



Israel will keinen Frieden mit der PLO S.31

Arbeiterkampf

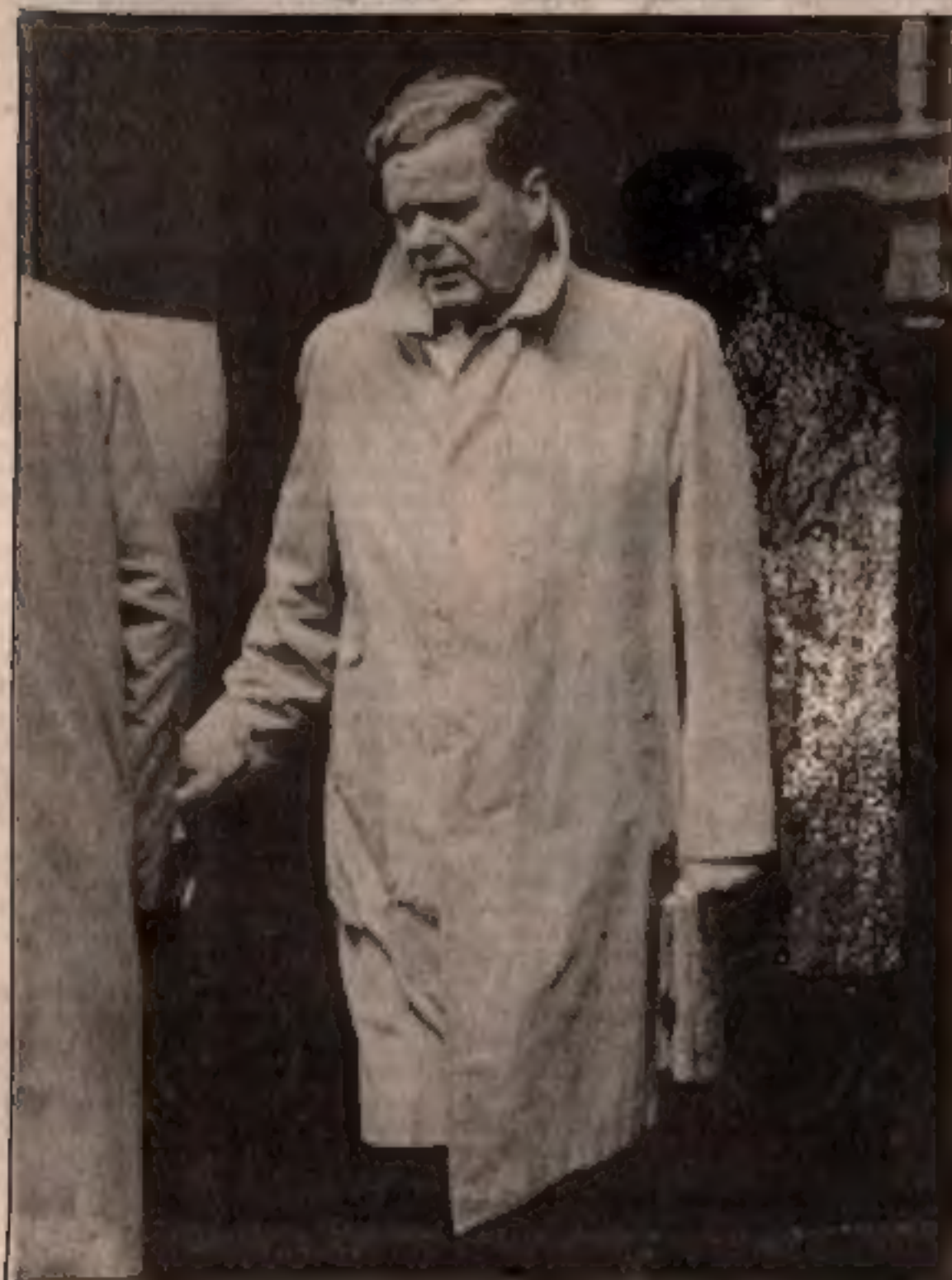
Jg. 15, Nr. 264, 18. 11. 85

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

4 DM

Förderpreis
DM 5,-

C 21734 E



Wer ist die graue Maus hinter von Brauchitsch?

52-D 3308

BND - Skandal:

Geheimdienstsumpf parlamentarisch gedeckt

Was sind schon 400.000 DM im Flick-Skandal? Eine Lappalie. Dennoch wibbelte die ordnungsgemäße Auskunft des ehemaligen Flick-Bevollmächtigten Eberhard von Brauchitsch vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Veruschung der Flick-Schmiergeldaffäre, die Wirtschaft habe 1979/80 zwecks „vorübergehender Überbrückung eines Etatpostens“ dem Bundesnachrichtendienst (BND) eine Spende zukommen lassen, einigen Staub auf.

Skandal riefen Parlamentarier aller Parteien: hier werde von der Wirtschaft in originäre Staatsaufgaben eingegriffen; rückhaltlose Aufklärung der dahinterstehenden Praktiken sei vonnöten. Doch nichts wird bekanntlich so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Als ruchbar wurde, welche Brisanz hinter dieser Transaktion zur Bekämpfung des Terrorismus stehen könnte, war es vorbei mit der Aufregung. Wenige Tage später reduzierte sich der Skandal auf einerseits die Verletzung der „Grundsätze staatlicher Haushaltsführung“, andererseits die

Sorge, der Bürger könne dem BND sein Vertrauen entziehen (BILD: „Es ist schon eine höchst windige Sache, wenn der Staat mit dem Klingelbeutel herumläuft, um die Sicherheit der Bürger zu finanzieren“). Und nur acht Tage später erhielt der Skandal sein Begräbnis erster Klasse. Eine große Koalition der staatstragenden Parteien — ohne die Grünen — sah zwar alles als ordnungsgemäß an, allein: „gerade im Sicherheitsbereich muß der Staat seine Aufgabe ausschließlich mit eigenen Mitteln finanzieren“, wurde im Bericht der Parlamentarischen Kontrollkommission kritisch zur Spende der Wirtschaft vermerkt. Die über große Mehrheit der gewählten Bundestagsparlamentarier stimmte dem zu.

Und das, obwohl nichts, absolut nichts aufgeklärt war von dieser nach wie vor geheimgehaltenen „abgeschirmten Operation“, die der BND mit Geldern der Wirtschaft durch die private Detektei Mauss unternommen ließ. Nur so viel ist bekannt geworden:

Fortsetzung nächste Seite

Aus dem Inhalt

Indonesien

Im Herbst 1965 schloßte der Putschversuch linker Offiziere der indonesischen Streitkräfte. Es folgte die grausame Raube der Sieger. Mindestens eine Million Menschen wurden umgebracht. Eine Analyse der Vorgeschichte des Massakers und der Rolle der indonesischen KP auf Seite 35

Miskitos

Die Spannungen zwischen Miskitos und Sandinistas waren lange Zeit Stoff für — häufig heuchlerische — Angriffe gegen die nicaraguanische Revolution. Wir sprachen mit Oscar Hodgson, Mitglied der Führung der Miskito-Organisation MISA-TAN wie der FSLN, über die Entstehung des Konflikts an der Atlantikküste, die Entwicklung der Autonomiebestrebungen und die Rückkehr der Miskitos an den Rio Coco. Seite 37

Israel

Felicia Langer, israelische Botschaftswärterin, verteidigt seit zwanzig Jahren Palästinenser vor den Gerichten ihres Staates. Sie berichtet über Menschenrechtsverletzungen in den von Israel besetzten Gebieten, über die innere Verfassung der israelischen Gesellschaft, den Kampf der Palästinenser und setzt sich mit dem Vorwurf des Antisemitismus auseinander, der Kritikern der Politik Israels gemacht wird. Ein Gespräch mit F. Langer auf Seite 33

Anti-NATO-Kongreß

„Gerade um gegen eine politisch doch relativ inhaltsleere Diskussion ein Gegengewicht zu entwickeln, ist es sehr wichtig, den Anti-NATO-Kongreß durchzuführen.“ Ein Interview mit Bernd Weidmann vom Görlitzer Kreis, Vorsitzenden des linker AK, der zum Trägerkreis des Anti-NATO-Kongresses gehört, auf Seite 20

Frauen

„Die grünen Frauen haben hoch gepowert und sind auf dem besten Wege, es der etablierten Politik nachzumachen: große Worte, wenige Taten!“ Dieses Fazit zieht Ulla Jeipke, Mitglied der Grünen und Frauenreferentin, aus der Teilnahme am 1. Bundesfrauenkongreß der Grünen. Seite 18

Antisemitismus

Die Debatte um Fasbinder „Der MÖL, die Stadt und der Tod“ ist immer undurchschaubarer geworden. Geht es um Antisemitismus? Um Antikapitalismus? Ist die Freiheit der Kunst in Gefahr? Ein Versuch der Klärung auf Seite 8

IGM

Der Zerstörung der Hamburger taz-Redaktion folgte eine Solidaritätswelle, die die Versuche, nicht allein die Aktion zu verurteilen, sondern auch die taz kritisch zu hinterfragen, überrollte. Seite 41

Konservative Aktion

Für eine „Deutsche Politik der konservativen Erneuerung“ will die Konservative Aktion mit einem Kongreß am 30.11./1.12. in Hamburg mobil machen. Neben der Behandlung von Themen wie „Ausländer und Abtreibung — Untergang der deutschen Nation“ und einem Fackelmarsch „für die unterdrückten Deutschen im kommunistischen Machtbereich“ soll für die Freilassung von Rudolf Heß getrommelt werden. Seite 21

Trotzkisten diskutieren Entrismus bei den Grünen

Die KPD hat auf ihrem Sonderparteitag Anfang November gerade den bisherigen Weg der Vereinigung mit der GIM gebilligt, da wird die staunende Linke von einem neuen Ereignis überrascht. Eine neugebildete Fraktion in der GIM diskutiert — spät zwar — Entrismus in die grüne Partei und Mitarbeit im, sowie Stärkung des ökosozialistischen Flügels. Der Fusionsversuch mit der KPD erfüllt in den Augen der Fraktionäre eine ganz neue Bewertung. Er entspringt „dem subjektiven Zustand der Schwäche und Erschöpfung, in dem sich beide Organisationen befinden“. Die Gefahr besteht, daß bei einer Fusion in solcher Situation, sich beide — GIM und KPD — „in blinder Panik ... nicht helfen, sondern nur gemeinsam untergehen“ können.

Damit gefährdet der Vereinigungsprozeß eine neue Komponente. Entwickelt sich bei der GIM das grüne Gegenstück zu der — mittlerweile aus der KPD ausgeschiedenen — Fraktion der knallharten Mier? Zuwachs für die geschwächten Grünen? Wir drucken — eine kleine Weltpremiere — zentrale Auszüge aus dem Strategie-Papier der GIM-Grünen ab.

Und wir behandeln in diesem AK ausführlich den Parteitag der KPD. Wir dokumentieren das denkwürdige Ereignis: Die Köpfe im „Roten Morgen“ sind gefallen, ein Zeichen dafür, „daß die Zeit in der sich unsere Partei auf ein formalisiertes, katechismatisches Marxismus-Verständnis berief, vorbei ist“, wie es in einer Selbstbeurteilung heißt. Seiten 42-44

Grüne auf Koalitionskurs

Vor dem Offenburger Parteitag der Grünen vom 13.-15. Dezember kündigt sich eine weitreichende Kräfteverschiebung in der Partei an. Die sogenannten Realpolitiker in der Partei gewinnen zunehmend an Gewicht und bestimmen die Politik der Partei. Nach dem hessischen Koalitionsbeschluß und der Landesversammlung im mitgliederstärksten Verband NRW befinden sie sich in der innerparteilichen Offensive, und es ist nicht so sehr die Frage, ob sie die Mehrheit in Offenburger haben werden, sondern ob sie den Durchmarsch organisieren wollen und sich darauf einigen können.

In Offenburger wird mit Sicherheit die Diskussion zwischen den Realos und den Fundis um die Frage der Regierungsbeteiligung eine Neuaufgabe erleben. Entsprechende Anträge sind gestellt und werden nachstehend vorgestellt. Vieles spricht dafür, daß diese Debatte ihre Fortsetzung in der fälligen Nachwahl zum Bundesvorstand findet. Für Spannung ist u.a. durch Abwahlanträge gegen die derzeitigen Vorstandsmitglieder Rainer Trampert und Jutta Dürfurth vom linken bzw. fundamentalistischen Parteiflügel gesorgt.

Demgegenüber ist die Situation der linken Grünen weiterhin desolat. Ihre Parteistrategen setzen offensichtlich einerseits darauf, daß das Lager der Realos sich in Offenburger noch nicht völlig gesammelt hat und mögliche Mehrheiten durch unterschiedliches Vorgehen blockieren könnte (s. z.B. die unterschiedlichen Anträge „Perspektive '87“ und „Die Dynamik wiedergewinnen“ aus Baden-Württemberg). Andererseits hoffen sie auf eine Verzögerungstaktik der Nichtbefassung solcher Anträge unter Verweis auf die auf dem Hagener Parteitag eingesetzten Bundeskommissionen, deren Arbeit noch nicht abgeschlossen und dem Parteitag nicht zur Abstimmung vorliegt. Fraktionierungen der Realo-Opportunisten künden sich in Bayern an, wo mehr als 20 Mitglieder der Grünen in einer (von uns dokumentierten) Stellungnahme ankündigen, der Partei die Wahlkampfunterstützung zu versagen, wenn sie weiter den Weg ei-

ner „staatstragenden Partei“ geht. Von Bremen aus haben Mitglieder aus dem linken Flügel der Friedensbewegung einen „Offenen Brief an die Grünen“ initiiert, in dem aufgerufen wird, die grüne Partei vor dem Weg der „Mehrheitsbeschaffung für die SPD“ durch klare Absagen an die Koalition und dem „Festhalten an den wichtigsten Forderungen, die grundlegende Gesellschaftsveränderung beinhalten“, zu bewahren. In Hessen haben die Radikalkollegen um Manfred Zieran zum wiederholten Male die innerparteiliche Opposition ausgerufen.

Derweil verkünden die Oberen Fischer, Schaly und Heinz Suhr ungenügend in den Medien die grüne Koalitionsbereitschaft. Vor elf Monaten kommentierten wir den Hamburger grünen Parteitag als „Erfolgreiches

Unentschieden der Realpolitiker“. Vor fünf Monaten schrieben wir nach Hagener: „Grüne Realpolitik im Wachsen“. Und nach Offenburger?

Das war der Zwischenstand am Ende des Hagener Parteitages im Juni 1985: Der mit großer Mehrheit gefaßte Beschluß zu grünen Bündnisperspektiven lehnt „eine freiwillige Selbstbeschränkung auf Opposition“ ab und erklärt erstmals auch direkte grüne Regierungsbeteiligung für zulässig und sinnvoll. „Für die Grünen gehört die gesamte Bandbreite parlamentarischer Möglichkeiten von der Opposition bis zur Alleinregierung zu den selbstverständlichen Handlungsmöglichkeiten unserer parlamentarischen Arbeit.“

Fortsetzung auf Seite 13

IGM-Aufruf Verteidigt das Streikrecht

Eine überraschende Kursänderung hat der Vorstand der IG Metall vorgenommen. In einem dramatischen Appell zur Verteidigung des Streikrechtes hat er eine Mobilisierungskampagne gegen die geplante gesetzliche Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz und die damit verbundene Einschränkung gewerkschaftlicher Streikmöglichkeiten begonnen.

Eine massenhafte Aufklärungsaktion der Gewerkschaft ist angelaufen, wobei insbesondere das nebenstehende Foto des IGM-Flugblatts der Bundesregierung als willkommenes Gelegenheitsobjekt, vom eigentlichen Inhalt ihrer Vorhaben abzulenken und die IGM der Diffamierung von CDU-Arbeitnehmern zu berechnen. Das Verhältnis Regierung/Gewerkschaften gerade erst zwischen „sozialem Dialog“ und Aktionswoche ausbalanciert, verschlechtert sich rapide.

Seite 3



Stützpunkt
Postfach 303
Lübeck 90
Telefon tags 4 25 07
nachts 41 40 50

Spezial:
Taktik, Fernüberwachung
Tage und Nächte über
den Atlantik 11 14
Mitt. Beratung der Kontrolle
und
Verbindung mit
Verbindungs-
büro

WOMER
MAUSS

PRIVATDETEKTIV
EINER DER BESTEN
IN DER LÜBCKE

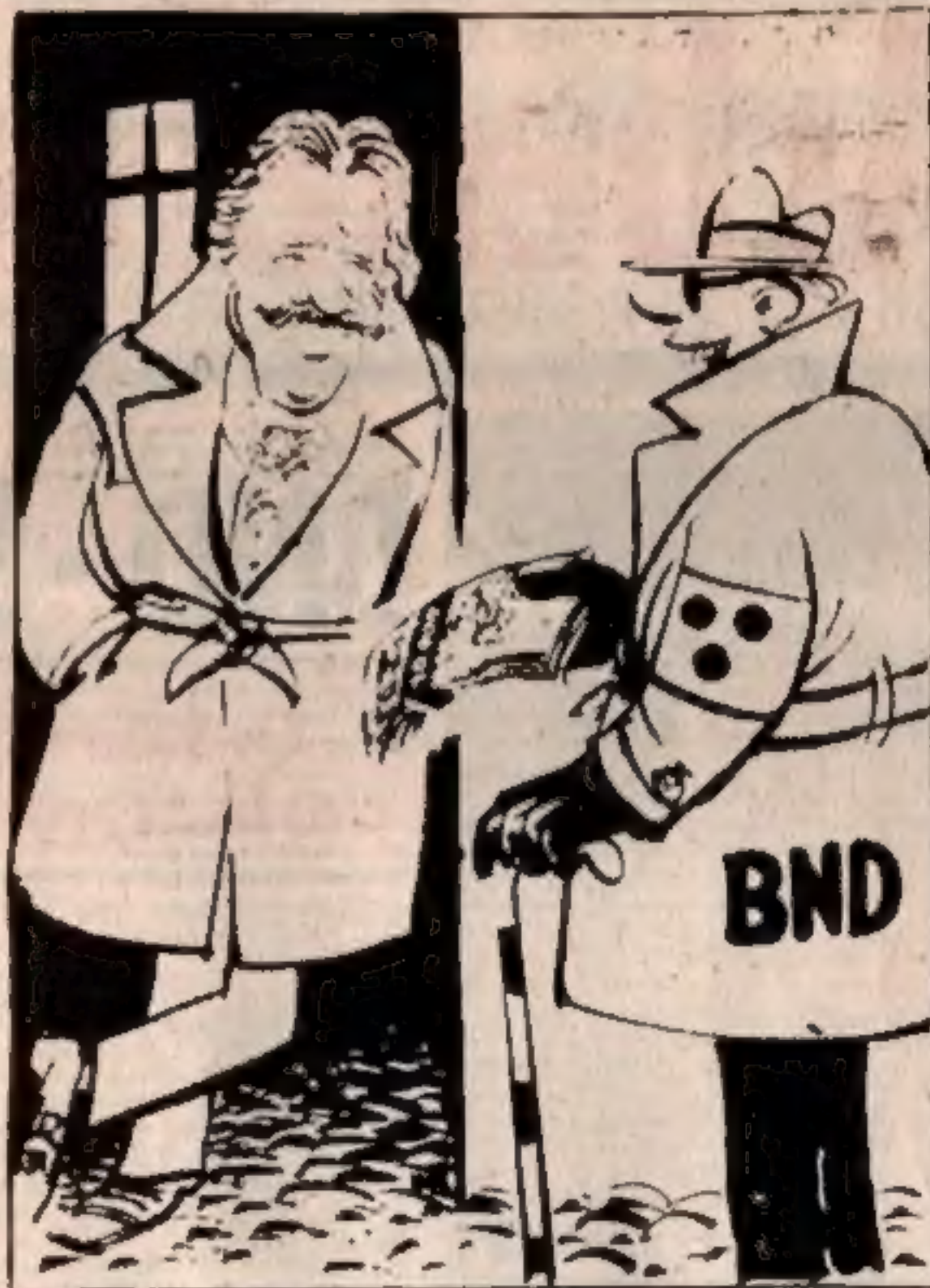
Die Visitenkarte der Detektei



Claude, alias Werner Mauss, gezeichnet nach Beschreibungen seines „Opfers“ Rene Düe.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Im Jahre 1979 sollen Vertreter der Kapitalisten in Sorge um ihre Sicherheit an den BND herangetreten sein, die Fahndung nach führenden RAF-Mitgliedern im Ausland zu intensivieren, um insbesondere die als Kopf der damaligen RAF geltende Brigitte Mohnhaupt aufzuspüren. Zu diesem Zweck sollte die Detektei Mauss (deren Name in diesem Zusammenhang offiziell weder bestätigt noch dementiert wird) einen entsprechenden Auftrag erhalten. Der BND schloß am 21.8.79 mit Mauss einen „Mitarbeiter“-Vertrag ab, der für ein Jahr gelten sollte und für den 650.000 DM veranschlagt waren. 400.000 DM davon habe die Wirtschaft in fünf Raten an den BND gezahlt (laut BILD: der HUK-Verband 200.000 DM in zwei Raten, gezahlt im Dezember 79 und Februar 80; die VEB 50.000 DM im März 80; Flick 100.000 DM im Juli 80; die Dresdener Bank 30.000 DM im September 80). Die restlichen 250.000 DM seien aus Haushaltsmitteln des BND gekommen. Nach acht Tagen wurde von den parlamentarischen Untersuchern noch eine Summe von 195.000 DM nachgeschoben, die für eine dreimonatige Verlängerung des Auftrags an Mauss gezahlt worden sei, ohne daß die Herkunft dieser Gelder geklärt ist.



Karikatur aus: „Hamburger Abendblatt“, 12.11.85

nichts an Kenntnissen bewegt werden können, einen solchen Vorgang als korrekt zu bewerten, über den nur nebulöse Kenntnisse vorliegen und sogar zu akzeptieren, daß mit der Spende der Wirtschaft „neben dem Interesse an der eigenen Sicherheit auch ein hohes Stück Gemeinsinn zum Ausdruck kommt“ (Schäuble). Die Frage, was denn nun genau der Zweck eines solchen dubiosen Auftrags war, wird nicht gestellt. Zwar haben die parlamentarischen Kontrollleure festgestellt,

es habe keinen „finanziellen Engpaß“ beim BND gegeben, dennoch wird nicht gefragt, warum trotzdem ein solcher Auftrag von der Wirtschaft kam. Was liegt da näher als die Vermutung, daß die staatstragenden Parlamentarier von ihren eigenen Kontrollleuren darauf verwiesen worden sind: „nicht weiter zu bohren, da alles weitere an Veröffentlichungen geheimer Geheimdienstpraktiken enthüllen könnte. Neu ist es in unserem Staat ja nicht, daß bei der Bekämpfung des Terrorismus jedes auch noch so illegale Mittel als recht gilt. Also stellen wir angesichts staatlich verordneten Stillschweigens jede auch dann zu wägen“ (Mitter) „als recht gilt. Also stellen wir angesichts staatlich verordneten Stillschweigens ein paar Fragen und spekulieren ein wenig, welche Motive den Ausschlag dafür geben könnten, daß die Aufklärung der Staatsräson geopfert wird.“

Von Brauchitsch dürfte bei dem Vorstoß der Kapitalisten eine maßgebliche Rolle gespielt haben. Von ihm dürfte auch der Anstoß gekommen sein, Mauss zu engagieren. Unterstützt wurde dieser Vorschlag vom damaligen BKA-Präsidenten Herold. Die Detektei Mauss gilt in staatlichen Geheimdienstkreisen und in der Wirtschaft (Mauss ist ständiger Vertragspartner der Versicherungswirtschaft) als Adresse für Aufklärungspraktiken, die außerhalb der Legalität liegen. Er unterhält zudem beste Verbindungen zum Bundes- und den Landesverwaltungsämtern, hat Zugang zu nahezu allen Erkenntnissen und kann seine Operationen in der Grauzone der Legalität offiziell gedeckt absichern. Umgekehrt hat ein solches Verfahren den Vorteil, daß — wenn was schief geht — offizielle Stellen ihre Hände in Unschuld waschen können. Von Brauchitsch hatte Mauss Dienste bereits im Jahr 1977 während

der Entführung des damaligen IFA-Präsidenten Schleyer in Anspruch genommen. Er diente ihm als Kurier für die privaten Initiativen, die Brauchitsch, damals BfA-Vorstandsmitglied und Vertrauter Schleyers, im Auftrag eines „Freundeskreises Hanns-Martin Schleyer“ zu dessen Freilassung unternahm. Mauss soll zudem bereits 1976 den gesuchten Rolf Pöhl in Athen aufgespürt haben. Wer waren damals seine Auftraggeber? Auf jeden Fall: Das Engagement von Mauss basierte auf dem Vertrauen von Kapital und staatlichen Geheimdiensten in die Methoden und die Diskretion, mit der diese ausgeführt werden. Aufträge an Mauss und Institute ähnlichen Kalibers kalkulieren ungewöhnliche Ziele und Ergebnisse.

Ungewöhnliche Ziele erfordern ungewöhnliche Partner

Man darf daher vermuten, daß auch dieser Auftrag ungewöhnliche Ziele verfolgte. Man muß nicht unbedingt das Besondere darin sehen, daß die Initiative in diesem bekanntgewordenen Fall von der Wirtschaft ausging. Für illegale Praktiken sind die BRD-Geheimdienste auch ohne solche direkte Auftragsvergabe jederzeit gut. Eher liegt nahe, daß sie eine Art „Wiedergutmachung“ oder „Rache“ für Schleyer war, und daß Vertreter der Kapitalisten nach dem Tod eigener führender Vertreter (Dresdener Bank-Chef Ponto und Schleyer) ihr Sicherheitsbedürfnis beruhigen wollten. Das Kapital als Exekutive in eigener Sache. Man darf daher auch vermuten, daß der Auftrag eben nicht nur lautete, RAF-Mitglieder im Ausland aufzuspüren — was die Geheimdienste mit Sicherheit schon selber versuchten — sondern mehr: Verschleppung oder gar Liquidation.

Spekulation, zugegeben, die in dem Maße genährt wird, wie die konkreten Vorgänge vernebelt werden. Es waren „demokratische“ Politiker, wie Strauß, der im „heißen Herbst“ 1977 die standrechtliche Erschießung von RAF-Gefangenen „als Überlegenheitsmaßnahme“ überlegungslos oder Golo Mann, der feststellte: „Wir befinden uns im Krieg, wir stehen zum Töten entschlossenen Feinden gegenüber.“ Daher könnte auch der „der Rahmen überkommenen Rechts“ gebrochen werden.

Damit muß aber auch wieder die Frage nach den seltsamen „Selbstmorden“ werden.

Damit muß aber auch wieder die Frage nach den seltsamen „Selbstmorden“ in Stammheim gestellt werden. Dem Verdacht auf Mord wurde mit der angeblichen Unmöglichkeit geantwortet, daß staatliche Stellen so etwas durchgeführt haben könnten, ohne daß dies publik geworden wäre. Auftragsvergaben des Geheimdienstes wie die an Mauss, die nicht nur üblich scheinen, sondern auch geübt werden, die sich zudem jeder Kontrolle entziehen, zeigen, wie so etwas möglich sein könnte.

Was lehrt der BND-Skandal? — Zum wiederholten Male, daß das Kapital Einfluß auf die Politik nimmt. — Daß der Staat sich über seine Geheimdienste eine Grauzone illegalen Handelns aufgebaut hat. — Daß in Fragen der inneren Sicherheit die große Koalition der staatsragenden Parteien nach wie vor intakt ist. — Daß demokratisch gewählte Parlamentarier massenhaft politische Selbstkastration betreiben, wenn es um die „Staatsräson“ geht.

Aus: „BILD“, 13.11.85

Aber, was haben eine demokratische Armee. Die Bundeswehr steht im westlichen Bündnis. Sie ist eine Friedenswehr. Auch Waffen können den Frieden sichern.

Damit werden wir nicht die auftrichtigen Friedensdemonstranten ab. Sie sollen umgekehrt auch die Bundeswehr nicht mehr abwerten.

Kleine Spende für den Staat gefällig?

Es ist schon eine höchst wichtige Sache, wenn der Staat mit dem Klappergeld rumkommt, um die Sicherheit einiger Bürger zu finanzieren (s. diese Seite). Die frühere SPD/FDP-Regierung hatte Geld für alles mögliche — Polenkredite, Massenreisen von Politikern zu zahlreichen Olympischen Spielen, Auflösung des Beamteneinsatzes. Aber ausge-rechnet für die Terroristenjagd soll es nicht gereicht haben? Oder brauchte man einen Privatdetektiv, weil der BND von Willy Brandts früherem Konstanterminister Ehmke durchge-schneidert worden war?

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7683, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Abverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift: Abonnementspreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abwurf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdener Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 4.500 Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Abnehmers, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Abnehmer mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Wer will da was veruschen?

Es ist schon erstaunlich, wie leicht fast 300 gewählte BRD-Parlamentarier mit

Frankfurter Rundschau, 15.11.85

Im Wortlaut:

„Frankfurter Rundschau“, 15.11.85

Jeden Anschein vermeiden...

Der als offizielle Bundeslagsdrucksache veröffentlichte Bericht der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) über die Spenden der Privatwirtschaft an den Bundesnachrichtendienst (BND) hat folgenden Wortlaut:

Private Zuwendungen an den Bundesnachrichtendienst

Die Parlamentarische Kontrollkommission ist im Verlauf von drei mehrstündigen Sitzungen am 11. und am 13. November 1985 und aufgrund der ihr von dem Gremium zur Genehmigung der Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste gemäß § 4 Abs. 9 des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1985 gegebenen Informationen hinsichtlich der privaten Zuwendungen an den Bundesnachrichtendienst in den Jahren 1979/1980 zu folgenden Feststellungen und Bewertungen gelangt:

1. Dem Bundesnachrichtendienst sind im Jahre 1980 von mehreren Unternehmen insgesamt 400 000 DM zugewendet worden. Der Bundesnachrichtendienst hat diesen Betrag zur teilweisen Finanzierung eines mit 842 000 DM honorierten Werkvertrages mit einem Detektivbüro verwendet, das sich aufgrund dieses Vertrages in der Zeit vom 1. September 1979 bis zum 30. November 1980 im Ausland um die Aufklärung des Aufenthalts von maßstäblichen Terroristen bemüht hat.

2. Die Parlamentarische Kontrollkommission hält die Entgegennahme privater Zuwendungen für die Erledigung dienastlicher Aufgaben des Bundesnachrichtendienstes nicht für anständig. Dies gilt um so mehr, als die notwendigen Haushaltsmittel im Haushalt des Bundesnachrichtendienstes ausreichend zur Verfügung standen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sicherzustellen, daß private Zuwendungen künftig in jedem Falle unterbleiben.

Auch wenn die Annahme solcher Zuwendungen nach den Feststellungen des Gremiums zur Genehmigung der Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste formell nicht zu beanstanden ist, muß der Staat gerade im Sicherheitsbereich seine Aufgaben ausschließlich mit eigenen Mitteln erfüllen.

Es muß jeder Anschein vermieden werden, daß sich Sicherheitsorgane in Abhängigkeit von finanzkräftigen

Geldgebern begeben und im Interesse finanzkräftiger Geldgeber eine stärkere Aktivität entfalten als in anderen Fällen.

Im konkreten Fall haben sich für solche Auswirkungen keine Anhaltspunkte ergeben.

Es ist nicht Aufgabe der Parlamentarischen Kontrollkommission, die Zuwendungen, bei denen hinsichtlich eines Teilbetrags nicht völlig geklärt werden kann, ob sie von einem Unternehmen unmittelbar oder auf dem Wege über eine Vereinigung an den Bundesnachrichtendienst geflossen sind, steuerrechtlich zu würdigen.

3. Nach den Feststellungen der Parlamentarischen Kontrollkommission hat der weinseitige Präsident des Bundesnachrichtendienstes auf Entscheidungen der Staatsanwaltschaft keinen Einfluß genommen.

4. Die Parlamentarische Kontrollkommission bedauert, daß sie von der Annahme von privaten Zuwendungen durch den Bundesnachrichtendienst seinerzeit nicht unterrichtet worden ist. Da es sich dabei um einen Vorgang von besonderer Bedeutung handelt, wäre dies gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes vom 11. April 1976 (BGBl. 1976, S. 453) Pflicht der Bundesregierung gewesen.

5. Bei der Beurteilung des Sachverhalts und insbesondere bei der Beurteilung der Frage, ob ein Fehlverhalten der damals Beteiligten vorliegt, muß die Gesamtsituation der Jahre 1976 bis 1980 gewürdigt werden. Sie war auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung und der Terrorismusaufklärung von der noch andauernden Errungung über die vorangegangenen Mord, dem Gefühl der besonderen Gefährdung bestimmter Personengruppen und einem starken Erfolgsdruck für die zuständigen Behörden gekennzeichnet. Bedeutsam erscheint auch, daß der Bundesnachrichtendienst von anderen Sicherheitsbehörden mehrfach aufgefordert worden ist, sich des im Rede stehenden Detektivbüros zu bedienen.



SEIT 20 TAGEN
GEFANGENER
DER R.A.F.

Die BND-Spende als Rache für Schleyer?

§ 116 Arbeitsförderungsgesetz

IG Metall: Verteidigt das Streikrecht!

Eine überraschende Kursänderung hat der Vorstand der IG Metall vorgenommen. Kurzfristig hat er eine Mobilisierungskampagne gegen die Pläne der Regierungsparteien auf gesetzliche Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz und die damit verbundene Einschränkung des Streikrechts beschlossen. Ad hoc wurden die Gewerkschaftsfunktionäre zusammengetrommelt, seit dem 14. November ist eine massenhafte Flugblattaktion angelaufen, betriebliche und außerbetriebliche Aktionen sind für diese Woche geplant.

Noch wenige Tage vorher hatte der IGM-Vorsitzende Mayr auf der Frauentagung seiner Gewerkschaft — abweichend von der bisherigen IGM-Position — die Bereitschaft zu Gesprächen mit der Bundesregierung über dieses Thema erklärt und sich damit entsprechenden Äußerungen von Ernst Breit und Hermann Rappe angeschlossen. Auch Mayrs Kollege Hans Janßen hatte jüngst in einem Interview eine gütliche Klärung für möglich angesehen und hoffte — mit Blick auf die CDU-Sozialausschüsse — daß es gelingen möge, „mit der Mehrheit der Gewerkschafter im Bundestag eine solche Gesetzgebung zu verhindern“ (taz, 1.11.85). Allerdings hatte Janßen auch „jede Art von Widerstand für gerechtfertigt“ angesehen, um Angriffe auf die Demokratie abzuwehren.

Mit dieser Entwicklung dürfte sich das Verhältnis Regierung/Gewerkschaften — gerade erst zwischen „sozialem Dialog“ und DGB-Aktionswoche ausbalanciert — rapide verschlechtern. Besondere Empörung herrscht bei der Bundesregierung über ein Bild auf Seite eins des zentralen IGM-Flugblatts, das groß die Parole herausstellt: „Die Nazis haben die Gewerkschaften verboten, diese Regierung will sie ausbluten!“

Ende des „sozialen Dialogs“?

„Rache für den Streikerfolg“ in der 35-Stundenwochen-Auseinandersetzung nennt die IGM das geplante Vorhaben, durch gesetzliche Änderung des § 116 im Falle „kalter“ Aussperrungen kein Arbeitslosengeld durch die Bundesanstalt für Arbeit (BfA) mehr auszahlen zu lassen, ein Gesetzesvorhaben, das die IGM nicht zu Unrecht als „Lex IG Metall“ betrachtet. Tatsächlich steht die Bundesregierung in der Pflicht ihrer kapitalistischen Klientel. Der Koalitionsstreit der letzten Wochen hierum mochte vielleicht manchmal den Eindruck tiefgreifender Differenzen erwecken, doch bestand Einigkeit im Vorhaben. Streik gab es, aber kein Arbeitslosengeld. Hierum mochte vielleicht manchmal den Eindruck tiefgreifender Differenzen erwecken, doch bestand Einigkeit im Vorhaben. Streik gab es, um den zu gehenden Weg. Während die direkte Unternehmerlobby in CDU/CSU/FDP den schnellsten Weg zum Ziel in der einfachen Anwendung der konservativ-liberalen Mehrheit im Bundestag sucht und das Gesetz schnellstmöglich vor der nächsten Ta-

rifauseinandersetzung verabschiedet haben möchte, bemühen sich insbesondere Kohl und Blum um einen Weg zum gleichen Ziel, ohne die Gewerkschaften frontal anzugreifen. Entsprechend orientierten sie auf eine einvernehmliche Regelung der Tarifpartner und auf Gespräche mit ihnen, um zum gewünschten Ergebnis zu kommen. Dies wäre aber nur um den Preis einer freiwilligen Unterwerfung der Gewerkschaften möglich gewesen, denn niemand in der Bundesregierung, von den Kapitalistenverbänden ganz zu schweigen, hatte jemals erwogen, den Gewerkschaften eine andere Regelung vorzuschlagen, als die, die Gelder der Bundesanstalt für Arbeit im Falle von Arbeitskämpfen zu sperren.

DGB-Führer wie Hermann Rappe waren offensichtlich zu einer solchen Regelung bereit, etwa im Sinne einer freiwilligen Verzichtserklärung der Tarifpartner, um eine gesetzliche Regelung zu verhindern. Möglicherweise haben solche Tendenzen im DGB zu der jetzigen Mobilisierungskampagne der IGM ebenso beigetragen, wie die berechnete Einschätzung, daß im Falle einer Nichterfüllung eine Bundestagsmehrheit der Regierungsparteien für ein neues Gesetz nicht mehr zu verhindern sein dürfte. Damit dürfte Kohls Plan, seinen Arbeiter-Adjutanten Blum in Vorgesprächen eine solche freiwillige Vereinbarung vorbereiten zu lassen, um sie dann auf dem anvisierten nächsten Spitzengespräch mit den „Sozialpartnern“ im Dezember vorzulegen, kaum noch Aussicht auf Erfolg haben. Der Spekulation, die Gewerkschaften bei Ablehnung als Schuldige für die dann notwendig werdende gesetzliche Änderung des § 116 hinzustellen, scheint die IGM jetzt mit einer eigenen Mobilisierungs-Offensive begnügen zu wollen. Dies könnte auch neue Konflikte mit den großen Koalitionären im DGB geben.

Um was geht's beim § 116?

Der Paragraph 116 des Arbeitsförderungsgesetzes regelt, daß unmittelbar von einem Arbeitskampf Betroffene im Falle der Aussperrung kein Arbeitslosengeld erhalten. Für mittelbar Betroffene, die infolge eines Arbeitskampfes in einem anderen Tarifgebiet oder in einer anderen Branche „kalt“ ausgesperrt werden, schreibt der bislang geltende § 116 vor, daß diese Arbeitslosengeld erhalten, wenn kein unmittelbarer Zusammenhang des Betriebes zum Streik und seinen Zielsetzungen gegeben ist. Die Entscheidung hierüber liegt zum einen bei den Gremien der Bundesanstalt für Arbeit (BfA), sie wird zum anderen durch die Rechtsprechung geregelt.

Da die BfA-Entscheidungen immer auch politische Entscheidungen sind, wird die Entscheidung hierüber zum anderen durch die Rechtsprechung geregelt.

Da die BfA-Entscheidungen immer auch politische Entscheidungen sind (und politisch hat die derzeitige Regierung in den Gremien eine Mehrheit), kommt es zu solchen Situationen wie im Jahr 1984 während des Streiks um die 35-Stunden-Woche: Die BfA erließ an alle Arbeitsämter die Anweisung, „kalt“ ausgesperrten Metallarbeitern

kein Arbeitslosengeld auszuzahlen (der sogenannte „Franken-Erloß“). Begründung: die IG Metall streike zwar nur in zwei Tarifgebieten — Baden-Württemberg und Hessen — sie habe aber bundesweit die Forderung nach der 35-Stundenwoche aufgestellt, so daß mit Auszahlung des Arbeitslosengeldes der Arbeitskampf beeinflusst werde. Das aber verstoße gegen die „Neutralitätspflicht“ der BfA. Diese Entscheidung löschte die IGM in einer einstweiligen Anordnung erfolgreich vor dem Arbeitsgericht Frankfurt und in zweiter Instanz vor dem hessischen Landessozialgericht an. Die Gerichte anerkannten, daß die regionalen Forderungen der IGM in Art und Umfang durchaus als unterschiedlich anzusehen waren (u.a. waren die Gewerkschaftsforderungen nach Arbeitszeitverkürzung mit unterschiedlichen Lohnforderungen verknüpft). Eine abschließende Entscheidung über diesen Rechtsstreit zwischen der IGM und dem Unternehmerverband Gesamtmetall vor dem Bundessozialgericht steht aus und wird auch noch einige Zeit auf sich warten lassen.

Unternehmerverbände, Wirtschaftsrat und Mittelstandsvereinigung der CDU sowie die FDP wollen diese Gerichtsentscheidung nicht abwarten, sondern die derzeitige Regierungsmehrheit nutzen, gar keine Unsicherheiten aufkommen zu lassen. Eine gesetzliche Neuregelung des § 116 soll zukünftig ausschließen, daß mittelbar von Arbeitskämpfen Betroffene Arbeitslosengeld erhalten. So weit, so (un)klar.

Die Gewerkschaften vom Streik abhalten ...

Was aber hat das Ganze mit dem Streikrecht und der Einschränkung von Gewerkschaftsrechten zu tun? Die Kapitalisten behaupten, die BfA verkomme zur Streikkasse der Gewerkschaften und verleihe damit die ihr auferlegte „Neutralitätspflicht“. Sie wollten daher keine Rechte einschränken, sondern die arbeitsrechtlich gebotene „Waffengleichheit“ im Arbeitskampf gesichert sehen. In Wirklichkeit verhält es sich aber genau umgekehrt. Eine solche gesetzliche Regelung würde für die Gewerkschaften das finanzielle Risiko im Streik erheblich erhöhen, damit erhöht sich auch die Schwelle, ab der überhaupt gestreikt wird, es verringert sich die Fähigkeit einer Gewerkschaft, einen Streik durchzusetzen, da ihre Kassen schnell leer sind. Im Sinne der „Sozialpartnerschaft“ ist genau dies natürlich gewünscht. Der Arbeitsrechtler Professor Müller, der der Bundesregierung ein Gutachten zum Arbeitskampfrecht gefertigt hat (siehe nebenstehenden Artikel) hat die „größtmögliche Abschaffung des Arbeitskampfes aufgrund tarifvertraglich vereinbarter Regelungen“ als das „Traumziel“ bezeichnet. Gelingt diese nicht über solche Regelungen, muß eben der Gesetzgeber ran.

Das Müller-Gutachten zum Arbeitskampfrecht
Einige Pflöcke eingeschlagen

Besondere Brisanz erhielt das Spitzengespräch Bundesregierung, DGB und Arbeitgeber am 5. September durch das wenige Tage zuvor veröffentlichte Gutachten des Arbeitsrechtlers Prof. Rudolf Müller zum Arbeitskampfrecht. Müller, ehemaliger Präsident des Bundesarbeitsgerichts (BAG), hatte dieses Gutachten im Auftrage von Arbeitsminister Blum erstellt. Sein Kurzfazit: Im Arbeitskampfrecht müßten „gesetzliche Richtungsplöcke eingeschlagen“ werden, u.a. bei der Zahlung von Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit an mittelbar vom Arbeitskampf Betroffene (Aussperrte), beim Verbot von Warnstreiks, die „Erzwingungsstreiks“ seien sowie bei der Legalisierung von Aussperrungen.

Der Arbeitskampf als Ordnungsmittel

Als Einstieg soll hier kurz vorgestellt werden, was Müller grundsätzlich zu Tarifautonomie, Koalitionsfreiheit und Streikrecht zu sagen hat.



Dieses Titelbild des zentralen IGM-Flugblattes erregte die Bundesregierung

... oder Streiks mit Aussperrungen zerschlagen

Die Bedeutung einer solchen Gesetzesänderung wurde im Kampf um die 35-Stundenwoche offensichtlich. Insgesamt 57.500 Metallarbeiter hatte die IGM zum Streik aufgerufen. 155.000 Metallarbeiter wurden von den Unternehmern im Gegenzug in den Streikgebieten Baden-Württemberg und Hessen ausgesperrt. Für Streikende und Aussperrte zahlte die Gewerkschaft Streikgeld. Die finanzielle Problematik ist leicht zu errechnen: fast dreimal so viele Aussperrte wie Streikende belasten die Gewerkschaftskasse erheblich. Zusätzlich sperrten die Metallunternehmen im gesamten Bundesgebiet von Hamburg bis Bayern 195.000 Beschäftigte aus. Begründet wurde diese „kalte“ Aussperrung mit streikbedingtem Arbeitsmangel. Die IGM konnte allerdings nachweisen, daß diese Gründe vielfach vorgeschoben waren, daß die Ausweitung der Aussperrungen vielmehr politisch bedingt war. In einigen Fällen erreichte sie gerichtliche Verfügungen dagegen. Die BfA verweigerte nun diesen „mittelbar vom Streik Betroffenen“ die Auszahlung von Arbeitslosengeld. Die IGM weigerte sich daraufhin, auch gegen den Druck aus der eigenen Gewerkschaftsbasis, Streikgeld zu zahlen und zog stattdessen — mit Erfolg — vor die Gerichte.

57.500 Metallarbeiter hatte die IGM zum Streik aufgerufen, durch Aussperrung stand am Ende die siebenfache Zahl im Arbeitskampf — 407.500 Beschäftigte. Dies verdeutlicht die Problematik einmal der Aussperrungspraxis in der BRD (die das „Müller-Gutachten“ durch Legalisierung der „Angriffsaussperrung“ noch verfeinern will), zum anderen auch einer gesetzlichen Änderung des § 116: Zukünftig läge es in der Hand der Unternehmerverbände, über Umfang von Streiks zu bestimmen und sie durch Ausweiten und finanzielles Ausbluten der Gewerkschaften zu beenden. Das aber hätte erhebliche Auswirkungen auf Gewerkschaften, deren Durchsetzungsfähigkeit in unserer Gesellschaft bestimmt ist von den gesetzlichen Rechten und tarifvertraglichen Regelungen für Arbeitskämpfe. Sie wären nahezu zur Ohnmacht verdammt, es sei denn, sie entwickelten ein ganz neues Selbstverständnis und neue Kampfformen. Diese Veränderung meinen IGM- und DGB-Führer, wenn sie davor warnen, die derzeitige Bundesregierung würde die Demokratie gefährden.

(Anmerkung: Eine ausführliche Darstellung dieser Problematik haben wir in AK 247 vom 4.8.84, S. 4, „Aussperrung, Arbeitsgericht und Polizei - Verrechtlichung und Verstaatlichung des Arbeitskampfes“ vorgenommen.)

(Anmerkung: Eine ausführliche Darstellung dieser Problematik haben wir in AK 247 vom 4.8.84, S. 4, „Aussperrung, Arbeitsgericht und Polizei - Verrechtlichung und Verstaatlichung des Arbeitskampfes“ vorgenommen.)

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Arbeitsförderungsgesetz (AFG)

Vom 25. 2. 1969

§ 116

(Unparteilichkeit bei Arbeitskämpfen)

- (1) Durch die Gewährung von Arbeitslosengeld darf nicht in Arbeitskämpfe eingegriffen werden.
- (2) Ist der Arbeitnehmer durch Beteiligung an einem inländischen Arbeitskampf arbeitslos geworden, so ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld bis zur Beendigung des Arbeitskampfes.
- (3) Ist der Arbeitnehmer durch einen inländischen Arbeitskampf, an dem er nicht beteiligt ist, arbeitslos geworden, so ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld bis zur Beendigung des Arbeitskampfes, wenn

1. der Arbeitskampf auf eine Änderung der Arbeitsbedingungen in dem Betrieb, in dem der Arbeitnehmer zuletzt beschäftigt war, abzielt oder
2. die Gewährung des Arbeitslosengeldes dem Arbeitskampf beeinflussen würde.

Die Bundesanstalt kann Näheres durch Anordnung bestimmen; sie hat dabei innerhalb des Rahmens des Satzes 1 die unterschiedlichen Interessen der von den Auswirkungen der Gewährung oder Nichtiggewährung Betroffenen gegeneinander abzuwägen.

- (4) Ist bei einem Arbeitskampf das Ruhen des Anspruchs nach Absatz 3 für eine bestimmte Gruppe von Arbeitnehmern ausnahmsweise nicht gerechtfertigt, so kann der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes bestimmen, daß ihnen Arbeitslosengeld zu gewährt ist. Erstrecken sich die Auswirkungen eines Arbeitskampfes über den Bezirk eines Landesarbeitsamtes hinaus, so entscheidet der Verwaltungsrat. Dieser kann auch in Fällen des Satzes 1 die Entscheidung an sich ziehen.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche im Sommer 1984 zeigt für Müller zweierlei. Zum einen war für ihn „beispielhaft für die Fähigkeit und den Willen zur Einigkeit auf beiden Seiten, selbst in einer extremen Situation ...“ (die) „besondere Schlichtung im Bereich der Metallwirtschaft“ (S. 53). Aber: „Im Blick auf einen nach den Erfahrungen des Sommers 1984 möglichen Ablauf von Tarifverhandlungen erscheinen gewalttätige Vorkehrungen gegenüber einer Auslieferung des Instituts (gemeint ist die Tarifautonomie, Anm. d. Verf.) mit ihren nachteiligen Wirkungen nicht zuletzt als selbst notwendig“ (S. 54).

Sowohl seine grundsätzlichen Überlegungen. Nun zu den konkreten Punkten, wo er größtenteils auch rechtspolitischen Handlungsbedarf sieht.

„Fließende Grenzen“ zwischen Warn- und Erzwungungsstreiks (Müller)

Kritisch sieht Müller das Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom 12. September 1984, welches, wie schon ein BAG-Urteil aus dem Jahre 1976, von der Gewerkschaft getragene kurze Warnstreiks für zulässig erklärt, da durch den Warnstreik ein „leichter Druck“ ausgeübt werden könne, der die Verhandlungen unter Umständen sogar fördern und einen großen Arbeitskampf möglicherweise gar verhindern könne. Müller reißt sich an dem neuen BAG-Urteil unter anderem deswegen, weil es aussagt, daß es kein „druckfreies Verhandeln“ gibt. Das BAG — so Müller — sieht den Arbeitskampf „möglicherweise nicht mehr als ein, wenn auch äußerstes Ordnungsmittel“. Der Tarifvertrag wäre so „nichts anderes als ein Waffenstillstandsvertrag auf Zeit. Im Ergebnis wäre dies das alte Klassenkampfdenken“ (S. 88). Da das BAG-Urteil in bezug auf das „Ultima-ratio-Prinzip“ (Streik nur als letztes Mittel) „rechtliche Unsicherheit“ geschaffen hat, schlägt Müller vor, dieses Prinzip rechtlich zu normieren. In seinem Gesetzesvorschlag heißt es u.a.: „Haben die Tarifvertragsparteien Schlichtungsvereinbarungen abgeschlossen, nach denen ein Arbeitskampf erst nach dem erfolglosen Versuch einer Schlichtung durchgeführt werden darf, ist ein vorher eröffneter Arbeitskampf rechtswidrig“ (S. 300).

Doch das reicht Müller noch nicht. Seiner Meinung nach sind die Warnstreiks von 1976 andere gewesen als die von 1984, die unter dem Motto „Neue Beweglichkeit“ standen. Diese Art Warnstreiks übersteigen seiner Meinung nach den „milden Druck“. Die Grenzen zwischen Warn- und Erzwungungsstreik seien „fließend“ geworden, so Müller. Somit seien diese Art Warnstreiks, was den allgemeinen Verhältnismäßigkeitsgrundsatz als auch, was das „Ultima-ratio-Prinzip“ angeht, „rechts- und verfassungswidrig“, was das „Ultima-ratio-Prinzip“ angeht, „rechts- und verfassungswidrig“ (S. 347).

Falls das Bundesverfassungsgericht (bei dem noch eine Klage der Arbeitgeber gegen das letzte Warnstreikurteil des BAG anhängig ist) sich seinen Überlegungen nicht anschließt, plädiert Müller auch in diesem Fall für eine gesetzliche Normierung. In seinem Gesetzesvorschlag hierzu heißt es u.a.: „Kurzfristige Arbeitsniederlegungen und kurzfristige Aussperrungen, die lediglich eine Beschleunigung der ins Stocken geratenen oder zögernd geführten Tarifverhandlungen verfolgen, sind zulässig ... Arbeitsniederlegungen und Aussperrungen der hier in Rede stehenden Art liegen nicht vor, wenn sie nach ihrer Gesamterscheinung den Charakter eines Erzwungskampfes tragen“ (S. 356).

Neufassung des § 116 gegen Arbeitskämpfe mit „Modell- oder Signalcharakter“

Bei der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche hat es bekanntlich auch eine große Zahl von „kalt ausgesperrten“ Kollegen/innen gegeben. D.h. Arbeiter/innen der Metallindustrie, die aufgrund arbeitskampfbedingter Produktions einstellen zu Kurzarbeit gezwungen waren. Für die entgangenen Löhne gab es außerhalb der umkämpften Tarifgebiete keine Leistungen der IG Metall. Die Betroffenen waren auf Ersatzleistungen der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) in Nürnberg angewiesen (nach § 116 Arbeitsförderungs-gesetz). Diese verweigerte zunächst die Zahlung von Kurzarbeitergeld. Erst gegen Ende des Streiks, nachdem Entscheidungen der Landes-sozialgerichte in Darmstadt und Bremen vorlagen, wurde die Zahlung von

Am 4. Oktober traten sechs Gefangene des Freiburger Knastes gegen die im August eingerichtete „geschlossene Abteilung“ und für die Verbesserung ihrer Haftsituation in den Hungerstreik. Ihr Protest hat breite Unterstützung innerhalb und außerhalb der Mauern gefunden. Zur selben Zeit wehrten sich in einer Eingabe an das Justizministerium 179 Gefangene der JVA Bruchsal gegen die Totalisolation an einem ihrer Mitgefangenen, der ebenfalls in einer geschlossenen Abteilung festgehalten wird.

Neben Bruchsal und Freiburg wurde auch in Mannheim eine solche Sonderabteilung eingerichtet. Daß auch für andere Knäste ebenso solche vorgesehen sind, steht außer Frage. In die „geschlossene Abteilung“ werden Gefangene gelegt, für die „besondere Sicherungsmaßnahmen“ angeordnet wurden. Etwa wenn „in erhöhtem Maße Fluchtgefahr“ oder „die Gefahr von Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen“ besteht. Worum es tatsächlich geht, sagt der Freiburger Knastkommandant Rösch recht ungeniert: Der Isolatrik eröffne der Anstaltsleitung „Disziplinierungsmöglichkeiten, die wir bisher bei bestimmten Disziplinverstößen nicht hatten“ — etwa bei „ständiger Arbeitsverweigerung“.

In einer Erklärung zum Hungerstreik schildern die Gefangenen die Zustände in der „geschlossenen Abteilung“: „Für durchschnittlich zehn (derzeit sieben) Insassen dieser Abteilung wurde eine ganze Station der VZA (Vollzugsanstalt, Anm. AK) freigegeben, wodurch sich die Überbelegungssituation für die übrigen Gefangenen noch verstärkt (die Station umfaßt normalerweise ca. 60 Haftplätze). Die Insassen der „geschlossenen Abteilung“ sind von den übrigen Gefangenen des Gefängnisses völlig, untereinander weitestgehend isoliert, bis auf zwei Ausnahmen befinden sie sich in Einzelhaft.“

Zu dieser Isolierung kommt die Verschärfung der sonstigen Haftbedingungen durch zahlreiche Schikanen der Anstaltsleitung hinzu: „Die isolierten Gefangenen sind — mit Ausnahme von wöchentlich zweimaligen Duschen — für täglich 23 Stunden in ihre engen Zellen eingesperrt. Sie haben täglich eine Stunde Hofgang, der allerdings bei regnerischem Wetter ... ausfällt. Der Hofgang findet in einem kleinen, eigens durch mit Stacheldraht bewehrte Zaun in einem von der übrigen Anstalt abgegrenzten Areal statt, das während der Hofgangzeit (7.30 — 8.30 Uhr) zudem im Schatten ... liegt“ — zumal es um diese Zeit im Winter noch dämmerig ist. „Jene isolierten Gefangenen, deren Zellen nach Norden liegen, sehen also niemals die Sonne.“ „Die Teilnahme am sonst üblichen wöchentlichen Sporthof ist den isolierten Gefangenen verweigert. Ebenso sind sie vom gesetzlich vorgesehenen

Kurzarbeitergeld „unter Vorbehalt“ aus Nürnberg angekündigt. Eine endgültige Entscheidung des Bundessozialgerichts liegt bislang noch nicht vor.

Nach Abschluß des „Jahundertkampfes“ ging das propagandistische Trommelfeuern gegen den bestehenden § 116 des Arbeitsförderungs-gesetzes (AFG) erst richtig los. 130 Abgeordnete der CDU/CSU unterzeichneten einen Novellierungsvorschlag für den § 116, der den Anspruch von „kalt ausgesperrten“ auf Arbeitslosengeld „nicht nur im regionalen Bereich des umkämpften Tarifvertrages, sondern darüber hinaus innerhalb des gesamten fachlichen Geltungsbereiches während der Dauer des Streiks oder der Aussperrung“ ausschließt. Dieser Gesetzesvorschlag wurde jedoch sofort nach Vorlage des Müller-Gutachtens zurückgezogen. Nach Meinung Müllers verletzen Zahlungen der BfA an „kalt ausgesperrte“ die Kampfpatrie und führen zu einer Stärkung der Gewerkschaften, die die BfA als „Streikkasse“ mißbrauchen. Er schlägt deshalb eine genauere Fassung des § 116 vor. In dieser Fassung heißt es u.a.: „durch die Gewährung von Arbeitslosengeld ... nicht in Arbeitskämpfe eingegriffen werden“ darf. Dies „gilt insbesondere auch für solche Arbeitskämpfe, deren Ergebnis nach den von den Tarifparteien für wesentlich erachteten Kampfzielen Modell- oder Signalcharakter haben“. In seinem Gutachten heißt es: „Von einem Tarifvertrag mit Signalwirkung kann man sprechen, wenn der Abschluß eines in Verhandlung stehenden oder umkämpften Tarifvertrages hinsichtlich einzelner seiner Regelungen und erst recht seiner sämtlichen Be-

Widerstand gegen »geschlossene Abteilung«

Fernsehempfang und von allen Veranstaltungen mit Freizeit und/oder Informationscharakter ausgeschlossen; auch an Weiterbildungsmaßnahmen können sie nicht teilnehmen. Telefongespräche nach außerhalb der Anstalt dürfen sie nicht am Münzfernsprecher führen, sondern an einem Dienstapparat und im Beisein (Mithören) eines oder mehrerer Beamter. Zudem müssen sie einen Aufschlag von 7 Pf. pro Einheit zahlen.“

Die Folgen dieser Haftbedingungen sind dieselben, wie sie aus den Isolatriken für politische Gefangene bekannt sind. Die Anstaltsleitung nimmt Selbstverwundungen und Selbstmordversuche von Gefangenen, die diese Haftbedingungen nicht mehr aushalten, mit unverhohlenen Zynismus zur Kenntnis: als ein isolierter Gefangener versuchte, sich das Leben zu nehmen, sah sie darin lediglich „eine demonstrative Selbstverletzung am Arm“.

„Die „geschlossene Abteilung““, schreiben die Gefangenen weiter, „erfüllt ... alle Kriterien der Isolationshaft in sog. Hochsicherheitsstricken, die ja schon von der Verfolgung der Angehörigen der Roten Armee Fraktion her hinreichend bekannt ist. Die seit langem gehegte Befürchtung, daß die besonderen Vollzugsmaßnahmen gegen die Angehörigen der RAF zum allgemeinen, auch nicht-politische Gefangene (bzw. sozialpolitische Gefangene) betreffenden Standard erhoben werden könnten, scheint sich angesichts steigender Kriminalität infolge wachsender wirtschaftlicher Rezession und rapidem Sozialabbau zu erfüllen.“

In Bruchsal sitzt ein Gefangener (wegen angeblicher Fluchtgefahr) bereits seit 18 Monaten in strenger Isolationshaft, eine Stunde am Tag hat er Einzelhofgang, die restlichen 23 Stunden ist er in seine Zelle eingeschlossen, ohne jede Möglichkeit zu einem Gespräch oder Kontakt zu anderen Knackis. 179 seiner Mitgefangenen solidarisierten sich und unterschrieben jetzt eine Eingabe an das Justizministerium. Ein anderer Gegenstand der Proteste in Bruchsal ist die Einführung einer besonderen Perfidie: eines venezianischen Spiegels im Besuchsaum — dahinter sitzen Vollzugsbeamte, Anstaltsleiter, politische Polizei oder wer auch immer, und überwachen die Besuche, ohne selbst gesehen zu werden.

Nach dem Bekanntwerden des Hungerstreiks im Freiburger Knast besetzten etwa 25 Menschen das Dach des gegenüberliegenden Finanzamtes. Über Lautsprecher wurde eine Erklärung verlesen, die an die etwa zweihundert Gefangenen gerichtet war, die gerade Hofgang hatten. Als die Polizei

brutal an die Räumung des Daches ging, protestierten die Gefangenen mit Sprechchören gegen die Polizeiaktion. Über hundert Gefangene blieben auf dem Hof und weigerten sich, wieder in ihre Zellen zu gehen. Sie wurden von draußen mit Decken, Pullovern, Getränken, Tabak und anderen Dingen, die über die Mauer geworfen wurden, unterstützt. Auch aus den Fenstern des Zellenflügels wurden Decken geworfen und Thermoskannen mit Kaffee „abgeschickt“. Die Gefangenen forderten die Auflösung des Iso-Traktes und ein Ende der Zwangsarbeit im Knast. Während die Anstaltsleitung sich zunächst bereit zeigte, über die Verlegung der isolierten Gefangenen zurück in den „Normalvollzug“ zu verhandeln, intervenierte das Stuttgarter Justizministerium und untersagte alle Zugeständnisse. Erst nach 22 Uhr gingen die Gefangenen in ihre Zellen zurück.

Die harte Linie zur Zerschlagung jeden Widerstands in den Knästen setzte sich in den folgenden Tagen fort: Die Anstaltsleitung kündigte die Verfolgung der auf dem Hof gebliebenen Gefangenen wegen „Gefangeneneuere“ an; entsprechende Ermittlungsverfahren wurden inzwischen eingeleitet. Eine dem Justizministerium unterstehende Sonderkommission mit sieben „speziell ausgebildeten Vollzugsbeamten“ wurde aus Bruchsal nach Freiburg beordert. Schon zuvor waren zwei der Gefangenen in das Vollzugskrankenhaus Hohenasperg verlegt worden. Nicht etwa aus Gesundheitsgründen, sondern — wie Knastkommandant Rösch offen den Anwälten gegenüber erklärte — um den Hungerstreik zu brechen. Falls er den Streik nach einer Rückverlegung nach Freiburg wieder aufnehmen, würde der Inhaftierte eben „ein bißchen hin und her gefahren“.

Eine Ungeheuerlichkeit sondergleichen ist es, daß die Hungerstreikenden dort in der psychiatrischen Abteilung untergebracht wurden. Einer von ihnen wurde vier Tage zusammen mit vier psychisch schwer kranken Männern in einer Beobachtungszelle eingesperrt. „Ein Arzt erklärte dazu“, berichtet die Badische Zeitung, „bei Hungerstreikenden werde zunächst einmal von einer geistigen Gestörtheit ausgegangen.“

Die Polizei hat deutlich gemacht, daß sie gewillt ist, die Solidarität von draußen zu verhindern. Die Dachbesetzer wurden festgenommen, verprügelt und über Nacht in Schubzellen des Knastes eingesperrt. Vier von ihnen, die bis auf den Dachfirst geklettert waren, holte am nächsten Morgen ein einsiger aus Göttingen herangekarrter SEK-Kommando herunter. Die 24 während der Dachbesetzung Festge-

nommenen wurden mit Strafanzeigen wegen „Anstiftung zur Gefangeneneuere“ bedroht. Eine Kundgebung am nächsten Tag am Knast war von einem völlig willkürlichen Polizeieinsatz und weiteren Festnahmen begleitet.

Am 18.10. demonstrierten über 500 Menschen gegen den Isolationsstrick — aufgerufen hatte praktisch die gesamte Freiburger Linke. Die Demo war Anlaß für ein gewaltiges Polizeiaufgebot, das den Zug am Knast einkesselte und eine Kundgebung am Finanzamt verhinderte. Dennoch war es eine der kämpferischsten Demonstrationen der letzten Zeit in Freiburg. Eine nachfolgende Veranstaltung der Anlaufstelle für Straftatklagen sowie des Arbeitskreises Kritischer Juristen, der Humanistischen Union, der Strafrechtsvereinerung BaWi, der Vereinigung Demokratischer Juristen, des Forums Recht, der Grünen und der Friedensliste half, die Forderung nach Auflösung der „geschlossenen Abteilung“ weit über den Kreis der Linken hinauszutragen.

Auch wenn der Freiburger Hungerstreik infolge der Verlegung der Hungerstreikenden, zum einen zurück in den „Normalvollzug“, zum anderen in verschiedene andere Knäste, schließlich aufgegeben werden mußte: Die Aktionen haben erreicht, daß in einer relativ breiten Öffentlichkeit über Sonderhaftbedingungen und Isolation diskutiert wurde. Es wird nun darauf ankommen, diese Ansätze einer öffentlichen Kritik an unmenschlichen Haftbedingungen weiterzuentwickeln und eine Kriminalisierung der protestierenden Gefangenen zu verhindern. Mindestens 13 der angeblichen „Rädelsführer“ des „verlängerten Hofganges“, darunter 7 Ausländer, wurden inzwischen in andere Knäste verschoben und übers ganze Land verteilt. Dort unterliegen sie zumindest teilweise „besonderen Sicherungsmaßnahmen“, d.h. sie werden von anderen Gefangenen isoliert, keine Teilnahme an Freizeit- und Gemeinschaftsveranstaltungen und Terror und Schikanen in den verschiedensten Formen: Von der Verweigerung von Schreibpapier für Briefe an einen Anwalt bis zum Kaputtschlagen ihrer Zelleinrichtung und persönlichen Dinge bei Zellen-durchsuchungen, von Schlägen bis zu stundenlangen Fesselungen an Händen und Füßen.

In dieser Situation, wo hinter den Mauern Exempel statuiert werden, ist Solidarität und Öffentlichkeitsarbeit von draußen notwendiger als je zuvor. Es darf nicht geschehen, daß diejenigen, die gemeinsam Widerstand gegen den Vollzugsterror geleistet haben, jetzt einzeln und im Verborgenen fertiggemacht werden.

KB/Freiburg

(Zitate aus der Hungerstreikklärung der Gefangenen, der Erklärung der Anwälte vom 10.10.85 und der Badischen Zeitung vom 11.10.1985)

keit des Beamteinsatzes während eines Arbeitskampfes im öffentlichen Dienst bestätigt, und dieser Teil seines Gutachtens damit „überholt“ ist.

Zwangsschlichtung und Angriffsaussperrung müssen legal sein (Müller)

Anhand der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche stellt Müller verschiedene Überlegungen an, wie man es erreicht, daß zukünftige Arbeitskämpfe, was ihre Dauer und ökonomischen Auswirkungen betrifft, einem „Verhältnismäßigkeitsgrundsatz“ entsprechen. Gesetzliche Regelungen wie die zeitliche Begrenzung von Arbeitskämpfen auf drei Monate oder eine Suspendierung des Arbeitskampfes auf Zeit verwirft er, da „ein entschiedener Widerstand der Gewerkschaften, wohl aber auch der Arbeitgeberseite ... vorhersehbar“ sei. „Die gesetzliche Verwirklichung dürfte in diesem Fall das soziale Klima erheblich belasten und das auf lange Zeit“ (S. 308). Als „nach dem ehernen politisch durchzusetzten“ sieht Müller die tarifvertraglich festgelegte Einrichtung von Schlichtungsausschüssen an, die von einer Tarifpartei oder der Bundesregierung angerufen werden können, wenn ein Streik „unverhältnismäßig“ wird. Da eine gesetzliche Regelung solcherart Schlichtungsvereinbarungen ebenfalls auf „erhebliche Schwierigkeiten stoßen“ wird, sieht Müller „die größten Chancen für eine Einigung“ in diesem Punkt „unmittelbar zwischen den Tarifpartnern“ (S. 314). Für „nicht behebbare Konfliktsituationen“ empfiehlt Müller schließlich die Zwangs-

schlichtung. „Eine genaue Umschreibung der Fälle, in denen eine Zwangsschlichtung unerlässlich ist, läßt sich“, so Müller, „nicht vornehmen“ (S. 76). Einen rechtspolitischen Handlungsbedarf des Gesetzgebers sieht er in diesem Punkt zur Zeit nicht.

Konkrete Angaben macht Müller in bezug auf Angriffsaussperrungen. Diese hält er in zwei Fällen für angebracht. „Angriffsaussperrungen können vorkommen in Wirtschaftsbereichen, deren Unternehmen in betonierter Weise auf die Arbeitsleistung der Arbeitnehmer angewiesen sind, wie z.B. im Dienstleistungsbereich“. Zum zweiten sieht Müller Angriffsaussperrungen dann als angebracht an, wenn „in Zeiten schwerer wirtschaftlicher Depression die Arbeitgeberseite in allen möglichen Branchen und Regionen vor der Notwendigkeit steht, den Abbau tariflicher Leistungen im Interesse der Erhaltung von Unternehmen und Arbeitsplätzen zu fordern, während die Arbeitnehmervereinigungen unter allen Umständen bei den bisherigen Regelungen verbleiben wollen ... Bei einem solchen Interessensgegensatz wären Tarifverhandlungen ohne die Befugnis zur Aussperrung nicht mehr als „kollektives Betreten““ (S. 113). Obwohl Müller zur Zeit keine Möglichkeit sieht, die Angriffsaussperrung rechtlich zu normieren, stellt er an das Ende seiner Überlegungen einen konkreten Gesetzesvorschlag. Dort heißt es schlicht: „Der Arbeitskampf kann mit einer Aussperrung eröffnet werden“ (S. 135).

(Die Seitenangaben beziehen sich auf das vom Bundesarbeitsministerium nachgedruckte Gutachten)

BAG-Kommission

Nach dem Tod von Günter Sare
Zurück zur Tagesordnung?

Einhalb Monate nach dem Tod Günter Sars, der am 28. September bei einer Anti-NPD-Demo von einem Wasserwerfer der Polizei überrollt wurde, ist die Diskussion darüber in Frankfurt noch keineswegs verstummt. Bis heute werden Demonstrationen mit einem Verbot bedroht, wenn sie die Vorgänge um Günter Sars thematisieren. Bis heute hat die ermittelnde Staatsanwaltschaft die Öffentlichkeit nicht informiert, ob und gegen wen sie Anklagen erheben will. Bis heute ist kein der Besatzungsmitglieder des Todeswasserwerfers IV/1, der heute unter dem Kennzeichen II/4 wieder eingesetzt wird, vom Dienst suspendiert und das, obwohl die Indizien für eine Vorsatztat sich erhärten haben. In verschiedenen Parliamentsgremien wurde mittlerweile über den Tod von Günter Sars diskutiert, Polizeigewerkschafter haben mehrfach Strafanzeigen gegen prominente Grüne erstattet, die laut einem Mordvorwurf ausgesprochen hatten. Und doch ist die Diskussion in der sog. demokratischen Öffentlichkeit und auch in der beteiligten Linken wenig vorwärtig gekommen.

nem Stock (1) bedroht, haben nach kurzfristigen öffentlichkeitswirksamen Pluspunkten für die „bedrohte“ Wasserwerfermannschaft offenbart, dass sich das Geschehen einfach nicht erklären lässt, ohne einen irgendwie gearteten Vorsatz oder eine Absicht bei den beteiligten Polizisten zu unterstellen.

Demonstrationsverbote

Öffentlicher Protest gegen den Tod von Günter Sare und den anhaltenden Polizeiterror danach sollte auch weiterhin verboten bleiben. Für den 3.11. erließ der Frankfurter Oberbürgermeister ein Demonstrationsverbot gegen einen Fackelzug in die berühmterberühmte gewordene Frankfurter Rohrbachstraße. Am 3. November 1981 hatte dort eine Polizeihundertschaft, die nur aus bundesweit zusammengezogenen Mitgliedern von sog. Sondereinsatzkommandos (SEK) bestand, ein Schlafifest unter den eingekesselten Teilnehmern einer Demonstration von etwa 800 Starnbacherinnen/innen veranstaltet. Und wie es ge-

insbesondere den Personenkreis anspricht, der für die gewalttätigen Ausschreitungen an der Startbahn-West und die Vorfälle in der Zeit vom 28.9. bis 1.10. in Frankfurt verantwortlich ist. Hinzukommt, daß sowohl die Aufrufe zur Teilnahme an der Demonstration als auch die Demonstrationsroute geeignet ist, die Emotionen der Veranstaltungsteilnehmer zu schüren und dadurch die Gefahr von Verstößen gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung begründet wird." (Beschuß des Verwaltungsgerichtes Frankfurt am Main IV/1 — H 2468/85)

Damit zensieren Wallmanns Ordnungsbehörde und die angerufenen Verwaltungsgerichte die Inhalte der angemeldeten Demonstration und erklären Proteste gegen den Tod von Günter Sare, gegen Polizeiterrort und gegen die Starbahn-West für verboten. Die Demonstration fand trotzdem statt. Zwar hatte die Polizei sowohl am Treffpunkt als auch an der gesamten geplanten Wegstrecke massive Kräfte postiert, verhinderte jedoch zunächst nicht das Sammeln und den Abmarsch von am Ende fast 2000 Demonstranten, die das Verbot ignorierten. Nachdem der Demonstrationszug den engen Innenstadtbereich verlassen hatte, sperrten die Polizisten den Weitermarsch und zerstreuten den Demozug, so daß schließlich nur ein Viertel der ursprünglichen Teilnehmerzahl am Endpunkt in der Rohrbachstrasse ankam. Dort wurden mutmaßliche Teilnehmer einer improvisierten Kundgebung eingekesselt und ihre Personalien festgestellt. Andersorts kam es zu Festnahmen, so daß insgesamt gegen mehr als 90 Menschen Ermittlungsverfahren wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet worden sind. Das sollten auch die bedenken, die das natürlich erfreuliche Stattfinden der Demonstration trotz Verbots etwas zu vollmundig als Ausdruck der Schwäche der Polizei, als Sieg über Wallmann etc. feiern. Festzuhalten bleibt, daß der Frankfurter OB das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit in ein Demonstrationsverbot mit Erlaubnisvorbehalt umgewandelt hat, so daß die Frankfurter Presse gegenwärtig Demonstrationen so ankündigt, daß noch offen sei, ob Wallmann den Aufzug genehmige. Um einer Situation zu entgehen, in der ähnlich wie in Südafrika, wohin Wallmann besonders inlinale Beziehungen pflegt, nur noch zu Beerdigungen legal demonstriert werden kann, organisierte der Trägerkreis der Aktionen der letzten Wochen eine Demonstration zur Wiederherstellung des Demonstrationsrechtes. Zwar gelang es, den Aufruferkreis um einiges zu erweitern, so daß das Spektrum nun von Jungsozialisten über Stadtjugendring, DKP, Grüne, Graue Panther, Tierschützer und KB bis zu Starbahninitiative und Autonomen reichte, doch war die Mobilisierungs- und Diskussionszeit für eine wirkliche Verbreiterung der Teilnehmerzahl zu kurz, so daß am 9.11. wiederum nur etwa 2000 Teilnehmer unter dem Motto „Wenn demonstriert wird, bestimmen wir!“ in die Rohrbachstrasse zogen. Es muß daraus gelernt werden, daß für den Erfolg einer politischen Demonstration mehr Gesichtspunkte entscheidend sind als ihre technisch-organisatorisch effiziente Vorbereitung, die heute knapp 2000 Menschen in Frankfurt befähigt, die Demonstration durchzuführen, auch wenn die Polizei mit nicht allzu brutalem Vorgehen ein Verbot durchsetzen will.

CDU-Stadtvorsteher namens Eisenkötter weiterte hier gegen „rot-grüne Faschisten“, gegen „Bürgerkriegsposi-
tel“, „Plünderer, Brandstifter und Zerstörer“. Die Polizei könne „es sich im Einsatz nicht leisten, ihre Handlungen politisch abzuwägen oder gar die Geschwindigkeit ihrer Fahrzeu-
ge auf den Rhythmus von Bürger-
kriegsspielern einzustellen“. Fast des
rechtsradikalen Schmierlinken: „Die
totale Demokratie taugt nicht für viele
Deutsche. Sie führt zur Anarchie“.

Die CDU-Fraktion im Ortsbeirat des Gallus-Viertels kann sich glücklich schätzen, daß ihr für diesen Artikel auf der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirats nur einige Eier um die Ohren fliegen. Bezeichnend ist, daß sich der Fraktionsvorsitzende der Römer-CDU, Gerhard Wenderoth, voll hinter diese Ausfälle gestellt hat.

Der Landtag hat mittlerweile mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die grünen Antragsteller die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Tod von Günter Sare abgelehnt. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Welcke führte aus, von einem Untersuchungsausschuß seien „keine neuen und zusätzlichen Erkenntnisse zu erwarten“ und verwies auf die seiner Meinung nach ausreichende Berufung eines „unabhängigen Untersuchungsausschusses“ durch Innenminister Winterstein. Abgesehen davon, daß dieser Beauftragte im Gegensatz zu einem Untersuchungsausschuß keine rechtlich abgesicherten Kompetenzen zur Zeugenvernahme etc. hat, ist auch die nominierte Person durchaus suspekt. Erkel war 1977 Mitglied des Schleier-Krisenstabes, dessen dubiose Praktiken durch die jüngsten Enthüllungen über Geldzuwendungen an den BND durch die Industrie einmal mehr ins Zweifelhafte geraten sind.

Den Grünen im Landtag im vorzuwerfen, daß der Antrag auf Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses viel zu spät kommt und erst durch einen Basisbeschluß auf der Landesversammlung erzwingen werden mußte. Entsprechend dünn war dann auch die Antragsbegründung durch das Nachröckertalen Jochen Vielhauer: Die Forderung nach einem Untersuchungsausschuß sei keine Mißtrauenserklärung gegenüber der Landesregierung. Nicht das Staatliche Gewaltmonopol, sondern dessen Ausübung stünden auf dem Prüfstand (nach TAZ v. 13.11.85). So lag der CDU-Landtagspolitiker Nassauer in der Landtagsdebatte nicht einmal total daneben, wenn er die Grünen verhöhnte, „sie könnten einen Untersuchungsausschuß ernstlich nicht wollen. Denn wenn der Untersuchungsausschuß herausfände, daß der Polizei kein Vorwurf zu machen sei, müßten die Grünen ja einräumen, daß ihre Verdächtigungen haltlos gewesen seien. Und

wenn der Ausschuß wider jegliche Wahrscheinlichkeit, Verfehlungen der Polizei aufdecken würde, „... hätten die Grünen sicherlich die größten Schwierigkeiten, vor ihrer 'Basis' die Wiesbudenner Koalition mit Vertretern eines Staates zu rechtfertigen, dem nachgesagt werde, er habe einen Menschen umgebracht.“ (FAZ, 13.11.83) Unwahr blieb die Zustimmung der grünen Parlamentarier zu der Anschaffung dieser neuen Wasserwerfer im Polizeirelat 1983. Die Grünen haben also durchaus selber ein schlechtes Gewissen. Die Grünen werden, wie schon bisher praktiziert, mit Schweigen über diesen Vorwurf hinweggehen und hoffen, daß das lästige Thema, das die SPD und auch sie selber nur in Schwierigkeiten bringe, möglichst bald vom Tisch kommt; sodas man sich dann nur noch mit „strukturellen“ Polizeireformen zu beschäftigen brauche. Wir erinnern daran, daß weitstichtige Kritiker der Landtagsgruppe bereits auf der Landesversammlung in Lollar Anfang 1983 in einem ironischen Antrag Vorschläge der Grünen für ein „alternatives Landeskriminalamt“ mit „alternativen Verhörtechniken“ und „alternativem Schußwaffengebrauch“ als Verhandlungsauftrag forderten ...

Politische Aufarbeitung notwendig

Mit ca. 500 Teilnehmern war eine Veranstaltung der „Vereinigung Hessischer Strafverteidiger e.V.“ und der „Liste demokratischer Ärzte“ gut besucht. In einer aufsehenerregenden Plakatschau hatten sie zuvor mit Motiven, die wir nebenstehend abgebildet haben, zu der Veranstaltung mobilisiert. Auch die „Hessenschau“ des ersten Fernsehprogramms berichtete über die gelungenen Bilder über die „Arbeit der Polizei“. Auf der Veranstaltung stellten Sebastian Cobler und zwei Ärzte juristisch und medizinisch das polizeiliche Gewaltvorgehen gegen Demonstranten in anschaulicher Weise dar.

Diese Informationsveranstaltung war aber immer noch nicht die dringend notwendige Auseinandersetzung um die politischen Fragen, die in der Frankfurter Linken endlich einmal nach dem Tode Günther Sares diskutiert werden müssen: Worin geht die Polizei besonders bei antifaschistischen Demonstrationen mit unvergleichlich und lebensgefährlicher Härte vor. Welche Strategie steckt in dem von Staat und Polizei geforderten Entsolidarisierungsprozeß zwischen militanten Linken und den Befürwortern des „staatlichen Gewaltmonopols“? Welche Chancen hat eine Reformstrategie überhaupt noch angesichts der Tötung von Antifaschisten.

KB/Gruppe Frankfurt

WWG-Prozeß eingestellt Falschaussage der Polizei

Nur zwei Stunden dauerte am 8.11. 1985 vor dem Bonner Amtsgericht der zweite Prozeß gegen einen Teilnehmer der Demonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel am 4. Mai 1985. Die Anklage gegen Peter R. aus Hamburg lautete auf „Widerstand“ und „versuchte gefährliche Körperverletzung“ gegen Vollstreckungsbeamte. Auf intensives Nachfragen des Hamburger Anwalts Maeffert allerdings stellte sich der Zusatz „gefährlich“ als ein „Kanzleifehler“ heraus. Da mußte sich wohl jemand vertippt haben.

Genauso wie von der „gefährlichen“ Körperverletzung blieb im Laufe des Prozesses von der „Körperverletzung“ überhaupt nicht viel übrig. Der Bulle, den Peter angeblich getreten haben soll, hatte dies weder zu Protokoll gegeben, noch war er im Nachhinein auffindbar.

Peter, der sich während des Demonstrations in der Nähe des Lautsprecherwagens befunden hatte, fand sich unprovoked in einer Menge knüppelschwingender SEKler wieder. Der zum Verhör geladene Zeuge, der Polizeibeamte des SEK aus Bielefeld, konnte ihn in einer Menge von Vermutungen ausmachen, wie er sich wiederholt gegen Festnahmen wehrte. Mehrfach habe er um sich geschlagen, aber dabei niemanden getroffen. Nein, vermute ich bei der Angeklagten nicht gewesen. Obwohl er angeblich kein Foto von Peter R. gesehen habe, konnte der SEK-Beamte sich sehr wohl und genauestens an die Kleidung erinnern, die er im Prozess ausführlich beschrieb. Auf die Nachfrage des Anwalts, wie er sich so genau an die Kleidung erinnern könne, antwortete der Polizeibeamte, er habe sich Aufzeichnungen gemacht, die er aber in

Bonn habe er dann irgendwann ein Festnahmeprotokoll zugeschickt bekommen, daß er sich aber nicht weiter angesehen habe. Auf den Hinweis, seine Aussagen seien wörtlich im Vernehmungprotokoll nachzulesen, wußte der Zeuge nichts mehr zu sagen.

Angehlich habe er den „Angeklagten“ auch allein festgenommen, ob er am Boden gelegen habe, daran könne er sich nicht mehr erinnern. Peter habe sich heftig gegen die Festnahme gewehrt, um sich geschlagen usw. aber, der ihn schließlich stieß im „Halswürgegriff“ abführen konnte, sei nicht getroffen worden.

Obwohl Peters Anwalt die Aussagen der SEK-Zeugen als unsicher, nachgelesen oder sogar falsch nachweisen konnte, gab es in diesem Prozeß nur eine „Einstellung“. Die sofort vom Staatsanwalt vorgeschlagen wurde, nachdem von der Verteidigung einige Fotos präsentiert wurden, die sehr eindeutig Peters Festnahme dokumentieren: Peter, am Boden liegend, von drei SEK-Bullen umringt.

Der Zeugen-Bulle aus Bielefeld war der festen Ansicht gewesen, er habe Peter ganz allein festgenommen. Das hatte er sogar beides.

Festhalten bleibt, daß ein Freispruch, wie er in einem solchen Prozeß eigentlich richtig gewesen wäre, nicht drin war. Die Staatsanwaltschaft ermittelte gegen einen der Tausenden von Demonstrierenden völlig willkürlich und kann es sich natürlich nicht leisten, zuzugeben, daß die SIK-Mitglieder willkürlich und brutal einzelne Personen, denen Gewalttaten nachzuweisen waren, festnahmen.

Ermittlungsmessung: Bonn



Protest gegen Polizeimethoden: Plakatwand in Frankfurt

In einer Pressekonferenz gab die Rechtsanwältin der Familie von Günter Sare, Waltraud Verleih, bekannt, daß sie der Staatsanwaltschaft Frankfurt eine Liste mit 35 direkten Zeugen für den tödlichen Vorfall überreicht hat. Die Staatsanwaltschaft hat mit ihrer Vernehmung begonnen. Bereits zuvor hatte sie jedoch die Einleitung von Ermittlungsverfahren gegen den Frankfurter Polizeipräsidenten wie auch die polizeiliche Einsatzeinheit abgelehnt. Frau Verleih bekommt bis heute keine Einsicht in die Ermittlungsunterlagen mit Ausnahme einiger Lichtbilder und eines vorläufigen Obduktionsberichtes.

Sehr still geworden ist es mittlerweile um die anfangs von Polizei und Staatsanwaltschaft gesteuerte Steinwurf-Theorie, nach der Günter Sare von einem Stein getroffen zu Fall gekommen und dadurch unter den Wasserwerfer geraten sei. Auch andere Informationen, die man lanciert hatte, der Tote habe einen Blutalkoholgehalt von 1,49 Promille gehabt, der Wasserwerfer sei „nur“ mit einer Geschwindigkeit von 23 km/h ohne Beschleunigung oder Abbremsen über Günter Sare gefahren und last not least, der Getötete habe den Wasserwerfer mit ei-

„zufällig“ ist, ging dem Polizeiberfall eine antifaschistische Aktion voraus; einige Teilnehmer der nächtlichen Demo hatten seinerzeit in dem Nazibuchladen „Volk und Kosmos“ die Möbel geradegerückt. Kurz nach diesem Vorfall veranstaltete das SEK den Überfall, der von allen Beteiligten als ihr schlimmstes Erlebnis mit der Polizei bezeichnet wird. Ein Novum ist, daß der seinerzeitige Einsatzleiter, ein Polizeiberrater Philippel, für diesen Einsatz derzeit als Angeklagter wegen „Körperverletzung im Amt“ vor Gericht steht. Seit 1981 wird nun jährlich eine „Erinnerungsdemonstration“ an dem Ort des Geschehens veranstaltet – dieses Jahr sollte das verboten sein. Die angerufenen Verwaltungsgerichte bestätigen Wallmanns Verbot und begründeten, „... daß sich die zu erwartenden Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bei der gegebenen Sachlage auch nicht durch Auflagen vermeiden lassen, insofern fällt ins Gewicht, daß die geplante Veranstaltung hinsichtlich ihrer Thematik, ihrer zeitlichen Verknüpfung mit einer Veranstaltung zur Räumung des Händlendorfs, des Prozesses im Zusammenhang mit den Vorfällen in der Rohrbachstraße und dem Tod von Gunter Sare

Als gar nicht angenehm empfanden wir die zuweilen aufkommenden Stimmen, die die „Ungleichbehandlung“ jüdischer Demonstrationen durch die Stadt anlässlich ihrer Aktion gegen die Faßbinderaufführung („Der Müll, die Stadt und der Tod“) monierten, um eine „Privilegierung“ der jüdischen Gemeinde nahezulegen und deren Protest dadurch abzuwerten. Allerdings wurden derartige Lösungen nur hinter vorgehaltener Hand verbraten, so daß eine öffentliche Auseinandersetzung mit dieser Stoßrichtung nicht stattfand.

Im Frankfurter Stadtparlament verwehrt der Stadtverordnetenvorsteher Labonte vier Zuschauern den Zutritt zur Zuschauertribüne, weil diese Flugblätter verteilt hatten, die die Polizei beschuldigten, Günter Sare ermordet zu haben. Derartige Zensurpraktiken, die von der CDU-Fraktion gebilligt wurden, waren aber noch gar nichts im Vergleich mit der Veröffentlichung im „Gallus-Echo“, einer Stadtteilzeitung der CDU für den Bezirk. In dem Günter Sare getötet wurde. Ein früherer

Im Gegensatz zu Güde bestand Heinz Hauser (Iz. 23.9.) „das Bewußtsein“ an den damaligen Frankfurter Vorkriegsbedingungen, daß „an erster Stelle

Aktionen + Proteste gegen Bundeswehrfeier

„Gemeinsam sind wir angetreten, das Erbe unserer Väter zu schützen“; diese Passage aus seinem Redemanuskript ließ Wörner bei seiner zentralen Rede aus Anlaß des 30. Jahrestages in Bergen-Hohne schließlich weg. Es gab zwar einen neuen Traditionserlaß der Bundeswehr, wonach man schon 30 Jahre feiern hätte abhalten können, ansonsten wurden in der Regel die moderaten Töne bevorzugt, daß die Bundeswehr ganz unbedingt eine Armee für den Frieden sei, integriert und anerkannt in dieser Gesellschaft. Nur am Rande wurde über mangelnde Opferbereitschaft „des freien Westens“ und Unzufriedenheit mit dieser Armee geklagt.

In diesem Artikel geben wir einen Überblick über Aktionen gegen die Bundeswehrfeiern, soweit wir ihn bis Redaktionsschluß erhalten konnten. Dabei fällt auf: Wir sind nicht nur zeitlich weit entfernt von den 25-Jahre-Feiern der Bundeswehr im Jahre 1980 sondern auch vom Höhepunkt damaliger linksradikaler Aktionen gegen die Bundeswehr im Rahmen der dann später größer werdenden Friedensbewegung. Aber auch die Bundeswehr hat bei 470 Veranstaltungen und bei zahlreichen öffentlichen Gelöbnissen es strikt vermieden, noch einmal Anlässe des Protestes in ähnlicher Weise zu bieten, wie damals bei ihren Veranstaltungen in Bremen oder Bonn.

Bergen-Hohne/Bilburg

Gegen das Übungsschießen in Bergen-Hohne (nahe Bergen-Belsen) protestierten am Rande der zentralen Bundeswehrfeierlichkeiten mit versammelter Ministermannschaft, die per Hubschrauber eingeflogen war und von einem Polizeikordon umgeben wurde, rund 200 Menschen, darunter viele Angehörige der Verfolgten des Naziregimes. Mobilisiert hatte die VVN, die eine Mahnwache „gegen das Militärspektakel in der Nähe des faschistischen Grauens“ durchführte. (nach taz, 14.11.85)

Der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung protestierte gegen das Schießen und die „Gewaltverherrlichung“, Kohl stellte „mit dieser Verhöhnung die Bundeswehr in die Tradition unheilvoller deutscher Vergangenheit“. (taz, s.o.)

„Unverständnis und Betroffenheit“ äußerte der Bonner KA zur

Weizsäcker-Rede zum Bundeswehr-Jahrestag. Er habe für eine „Sicherheitspolitik“ geworben, „die die Bereitschaft zur Selbstvernichtung verlange und die sei „zuletzt unmoralisch“. Eine „Selbstmordstrategie“ sei „niemals mehrheitsfähig“. (nach FAZ, 14.11.85)

Ohne Zwischenfälle, konnte in Bergen-Hohne die Aufführung von Brechts „Legende vom toten Soldaten“ durchgeführt werden. Das vom „Redaktionskollektiv der Kämpfenden Jugend“ (Arbeiterbund, München) entwickelte Programm sah die symbolische Ausgrabung des Soldaten des 1. Weltkrieges in Verdun (am 9.11.85) und des 2. Weltkrieges in Bitburg (10.11.85) vor, um den im Brecht-Gedicht dann von den Kriegssärzten für kriegsverwendungsfähig erklärten exhumierten Soldaten in Bergen-Hohne am Bundeswehrjubiläum teilnehmen zu lassen. Sowohl in Verdun — nach Protesten von Veteranenverbänden, als auch in Bitburg war die Aufführung verboten worden. Im Unterschied zu dem Versöhnungshandschlag von Reagan und Kohl über SS-Gräbern wurde diese Aufführung von der Bitburger Stadt und allen Gerichtsinstanzen bis hin zum Bundesverfassungsgericht als „Herabwürdigung des Andenkens der Toten“ qualifiziert. (nach taz, 14.11. und FR, 12.11.85)

Bonn

Zum Höhepunkt ihrer Jubiläumsfeier organisierte die Bundeswehr am 12.11. in Bonn ein umfangreiches Programm: Ehrung von „verdienten Bürgern“ in der Ermelkenkaserne, dem historischen Geburtsort der Bundeswehr, Ausstellung im Bundestag, großer Zapfenstreich im Ministerium auf der Hardthöhe mit Ansprache von Weizsäcker.

Die Friedensbewegung hatte nur mäßig auf all das reagiert: ein Bündnis von Bonner Friedensgruppen und der Bundeskonferenz unabhängiger Friedensinitiativen rief zu Aktionen auf, konnte aber über den ganzen Tag verteilt höchstens 400 Menschen mobilisieren. Zu keinem Zeitpunkt waren es mehr als 250 auf einmal. Dafür gab es aber tausende von Polizisten. So war es dann auch sofort klar, daß Aktionen im von Polizei und Gericht vorgegebenen Rahmen bleiben würden. Es gab recht gute Reden, u.a. von Ernst Buschmann und einem Vertreter der

Initiative Kirche von unten. Viel Energie war in die Vorbereitung von Sektchen und Straßentheater gesteckt worden.

Auch ein „Geburtsstundchen“ mit Trillerpfeifen, Posaunen, Nebelhörnern u.ä. trug ein wenig dazu bei, die frustrierenden Teilnehmerzahlen und Aktionsbedingungen (weit weg vom Ort des Geschehens) zu ertragen.

Einen besonderen Beitrag zur Demobilisierung im Vorfeld leistete die SPD. In einer Pressemitteilung hatten die Veranstalter erklärt: „Richard von Weizsäcker entlarvt sich mit der zu erwartenden Lobrede als Spielzeuge einer offensiv planenden Militärdiktatur“. SPD und Jusos traten aus dem mitveranstaltenden Bonner Friedensplenum aus, distanzieren sich heftigst von diesem Satz und der gesamten Aktion und polemisierten überall gegen jedwede Art der Beteiligung. Die Sprecherguppe des Friedensplenums nahm den Satz „mit Bedauern zurück“. Der Trägerkreis verabschiedete ihn in leicht abgewandelter Form zwar erneut, aber die Dynamik einer möglichen öffentlichen Debatte war gebrochen. Dieses Hickhack legte die praktische Aktionsvorbereitung fast eine Woche lang lahm. Ironischerweise bezog sich Weizsäcker in seiner Rede genau auf die zurückgenommene Passage. Das zeigt, daß die öffentliche Debatte durchaus im Bereich des möglichen gelegen hätte.

Der Versuch, Konflikte zu glätten und unter den Teppich zu kehren, statt die offene politische Konfrontation mit der Bundeswehr und ihren Befürwortern zu suchen, kennzeichnete das gesamte Bündnis. So war keine klare Aussage für die Abschaffung der Bundeswehr möglich, was zum frühzeitigen Ausscheiden der Bonner Autonomen geführt hatte.

Ob die recht gute Medienresonanz (mehrmals Fernsehen, ständig Radio, die meisten Tageszeitungen berichteten überwiegend freundlich) dieses inhaltliche Manko ausgleicht, bleibt mehr als fraglich. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß angesichts der völligen „Besetzung“ der betreffenden Stadtteile durch die Polizei ein ähnlicher Effekt wie beim öffentlichen Gelöbnis in Bonn vor genau 30 Jahren kaum möglich gewesen wäre. Der neuen Taktik, die Öffentlichkeit für die Bundeswehr über die Medien und nicht mehr direkt herzustellen, ist vorerst nur schwer beizukommen. Bleibt zu hoffen, daß die weit verbreitete Stimmung, da wäre mit anderen Konzepten doch etwas mehr zu machen gewesen, sich in konkretere Überlegungen umsetzt. (WR)

Erfahrungen aus Bremen und Bonn

„Die Veranstalter wissen es zu würdigen, daß beide Veranstaltungen „live“ vom Deutschen Fernsehen übertragen werden, doch etwas mehr zu machen gewesen, sich in konkretere Überlegungen umsetzt. (WR)

Erfahrungen aus Bremen und Bonn

„Die Veranstalter wissen es zu würdigen, daß beide Veranstaltungen „live“ vom Deutschen Fernsehen übertragen werden; der Große Zapfenstreich am Dienstagabend vom ZDF; Gefechts-schießen und Feldparade am folgenden Vormittag (...) von der ARD. (...) Daß die zentralen Veranstaltungen „mediengerecht aufbereitet“ sind, hat einen besonderen Grund: Die Kameras des Fernsehens erweitern mit ihrer Direktübertragung nicht etwa die Öffentlichkeit dieser Veranstaltungen, sondern sie stellen sie eigentlich erst her, denn sowohl der Termin auf der Hardthöhe als auch der in Bergen-Hohne sind nur für geladene Gäste zugänglich. Das ist, ohne daß darüber öffentlich gesprochen wurde, die Konsequenz aus den Erfahrungen, die die Bundesrepublik vor fünf Jahren in Bremen und Bonn sammeln mußte. Damals wurden die 25-Jahr-Feiern der Bundeswehr in beiden Städten zu Protestveranstaltungen. In Anwesenheit des Bundespräsidenten gerieten die Feiern für die teilnehmenden Soldaten zu einem Spießrutenlauf durch die Menge der Demonstranten, deren Haß- und Protestgeschrei weniger der Bundeswehr als dem Staat galt und ihn demütigen mußte. Wer damals dabei war, als rasende Demonstranten den Bundespräsidenten, den Kanzler und seinen Ministern ihr skandiertes Gebrüll entgegen schleuderten, wer sich an die Hilflosigkeit der Polizei, der Bundeswehr und der versammelten Staatsführung angesichts dieser Schmachtrituale erinnert, aber auch die Indifferenz der „schweigenden Mehrheit“, wird die Entscheidung, diesmal nur mit geladenen Gästen zu feiern, als unvermeidlich akzeptieren. Vor einem neuen Versuch, etwa auf dem Bonner Münsterplatz einen Großen Zapfenstreich in Anwesenheit der Staatsführung abzuhalten, mußte eine gelstig-moralische Wende

stattgefunden haben, will man nicht die Wiederholung der Szenen aus dem Jahre 1980 riskieren.“ (Karl Feldmeyer, in FAZ, 4.11.85)

DGB: Fehrenbach bei Gelöbnisfeier

„Bei einer öffentlichen Gelöbnisfeier der Bundeswehr spricht der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach. Die Rekruten-Verordnung findet am 8. November im Jahnstudium im nordwestfälischen Rheine statt. Es ist die erste Veranstaltung dieser Art, bei der ein Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes redet. Auf Gelöbnisfeiern hatten in der Vergangenheit schon DGB-Landesbezirksvorsitzende gesprochen. (Aus: „Welt der Arbeit“ 31.10.85)

Erlangen

Zu lautenen Auseinandersetzungen kam es in Erlangen. Auf dem Marktplatz sollte eine öffentliche Verteidigung stattfinden, die von über 30 Demonstranten „begleitet“ wurde. Nach ersten Zwischenrufen hatten Zuschauer — um die 1.000 waren gekommen — nichts anderes zu tun, als die Jugendlichen mit „Vergassungsprüchen“ zu attackieren. Die Polizei nahm eine Demonstration fest. (Aus taz, 14.11.85)

Freiburg

Die Bundeswehr hatte zu einer Feierstunde im Kreise handverlesener Gäste eingeladen und diese leider auf einen Dienstagvormittag terminiert, so daß gesichert war, daß sie unter sich bleiben. Gerade 20 Gegendemonstranten hatten sich eingefunden. Angesichts der aufgefahrenen Polizei blieb es dann bei Pfiffen und Johlen, als die örtlichen militärischen Würdenträger den Veranstaltungsaal betraten.

Am Abend sah die Szene anders aus: In einer „Jubelparade“ zogen etwa 200-300 Menschen durch die Innenstadt — angeführt von einem Wagen, von dem bekannte Politiker verurteilten Bürgern zuwinkten, unter Fahnenhenschwenken und Blasmusik, Konfetti-Werfen und lauten Parolen („Schneller als der Russenbar — ist die deutsche Bundeswehr“ oder auch einfach „Ju-bel Ju-bel“). Zwischen durch gab es politische Ansprachen an die „ganze wehrwillige Jugend“ oder markige Worte eines Generals, begleitet von Begeisterungstürmen. Salbungsvolle Worte des Militärbischofs und eine öffentliche Verteidigung von Rekruten unter Fackelschein rundeten die Feierlichkeiten ab.

Mit dem Gegenstand des Jubels hatte sich am Vorabend schon eine Veranstaltung zum Thema „30 Jahre Bundeswehr — 30 Jahre Remilitarisierung“ befaßt. Es ging so-

gab es politische Ansprachen an die „ganze wehrwillige Jugend“ oder markige Worte eines Generals, begleitet von Begeisterungstürmen. Salbungsvolle Worte des Militärbischofs und eine öffentliche Verteidigung von Rekruten unter Fackelschein rundeten die Feierlichkeiten ab.

Mit dem Gegenstand des Jubels hatte sich am Vorabend schon eine Veranstaltung zum Thema „30 Jahre Bundeswehr — 30 Jahre Remilitarisierung“ befaßt. Es ging sowohl um historische Fakten als auch um die Grundausrichtung der Bundeswehr als Angriffsheer. Gekommen waren etwa 70 Interessierte. Die Diskussion konzentrierte sich bemerkenswerterweise auf die Durchsetzung der Remilitarisierung gegen breiten Widerstand und auf die Rolle, die die SPD in diesem Zusammenhang spielte.

Träger sowohl der Veranstaltung als auch der Aktionen waren die Gewaldfreie Aktion, die „Volksfront“ und der KB (sowie viele nichtorganisierte Mitarbeiter der „Theatergruppe“). DKP und Autonome übten völlige Abstinenz. Ein Vertreter der Grünen war auf dem ersten AE-Treffen erschienen, um anschließend zu verbreiten, die Bundeswehrfeier würde in Freiburg gar nicht stattfinden. (s. 13.11.85)

Kiel

An einer „alternativen Führung“ in der Bundeswehr-Ausstellung zum „20. Juli 1944“ beteiligten sich am 14.10. 40 Menschen, 20 Uniformierte aus Polizei und Bundeswehr folgten. (nach: Politische Berichte, Lokalbeilage Kiel/Holstein)

Korschenbroich: Gelöbnis mit Gewalt durchgesetzt

Wollt Wimmer (CDU), MdB Neum, hatte sie eingeladen, „damit die Bürger Korschenbroich einmal direkten Kontakt mit den Soldaten der Bundeswehr bekommen können“. Und so wurden Soldaten und Waffen aus Westfalen

herangekarrt, um Kornchenbroich das ersehnte „Heerlager“ erleben zu lassen.

Ein breites Spektrum lokaler Friedensinitiativen hatte dagegen zur Demonstration aufgerufen, welche die Polizei wiederum zum Anlaß nahm, mit über 2.000 Mann die kleine Stadt zur Festung auszubauen, damit Wimmers „Gäste“ ihre Gelöbnis-Show öffentlich abziehen konnten.

Etwa 2.000 Demonstranten beteiligten sich am 26.10. an der friedlichen Demonstration gegen die Zurschaustellung der Waffen. Sie wurden aber daran gehindert, den Sportplatz selbst zu betreten, um dort inmitten des Jubelpublikums auch ihre Meinung kundzutun. „Frei nach Schnauze“ sortierten Polizei und Feldjäger die „Gäste“ nach gut und böse, Claqueuren und „Randallieren“ aus. Wer es dennoch schaffte und auf den Platz kam und dort auch nur einen Mucks wagte, wurde sofort ergriffen und mit brutaler Staatsgewalt hinausgeworfen. Beifall beim Publikum. Vor dem Stadion knüppelten Polizisten auf Demonstranten ein und nahmen fünfzehn von ihnen vorübergehend fest. Auch ein LOTT JONN-Redakteur landete im „Gefangenenlager“ (O-Ton Polizei).

Korschenbroichs Bürgermeister, Graf Spree, stolzierte derweil mit Wimmer auf dem Platz vor den Rekruten einher. In seinem Redebeitrag sprach er von „von außen bezahlten Berufs-demonstranten“ und drückte seine Hoffnung darüber aus, daß die „Randallierer und Störer“ wohl hoffentlich nicht aus Korschenbroich stammten. „Seine“ Korschenbroicher machten unterdessen Winke-Winke zu den Jungs auf dem Platz. (...)

Fortsetzung nächste Seite

ANZEIGE



Informationen und Materialien zur



Informationen und Materialien zur „größten Friedensbewegung in diesem Lande“ (Selbstdarstellung der Bundeswehr)

Aus dem Inhalt:

- Eine Liste der bekanntgewordenen Planungen der Bundeswehr aus Anlaß ihres 30. Geburtstages (am 12.11.85)
- Der Verteidigungsauftrag der Bundeswehr: „Überall und von Beginn an angreifen!“ (Remilitarisierung, operatives Konzept der Bundeswehr, Vorwärtsverteidigung, Diskussion um die Atombewaffnung) aus AK 254
- „Kanzler bleibe hart!“ — Der NATO-Beitritt und die Neuordnung des Ostens“ (Pleven-Plan, BYO, Roll-Back-Strategie, NATO-Integration) aus AK 258
- Materialien und Dokumente zur Diskussion um die Atombewaffnung der Bundeswehr von den 60er Jahren bis heute (u.a. Bundeswehrrichtlinien für den Atomkrieg) aus AK 252
- Die aktuellen Rüstungsplanungen der Bundeswehr aus AK 261
- Brauchen wir ein Konzept „Alternativer Verteidigung“? — und vieles andere mehr

48 Seiten, Kosten: DM 4,-

Bezug:

Antimilitarismus-Kommission
KB-Gruppe-Göttingen
c/o Buchladen
Rote Straße 10
3400 Göttingen



Kalender 1986 gegen den Krieg

Der Kalender gegen den Krieg erscheint nun im dritten Jahrgang. Wie bisher enthält er Fotos und Textbeiträge, in denen Informationen und Meinungen zu den wichtigen Themen der Friedens- und Anti-Kriegsbewegung enthalten sind.

- Bundeswehr und Wehrpflicht • 40 Jahre Hiroshima •
- Strategische — Weltraumrüstung • Kriminalisierung
- Mutlangen, Bombensüge, Weltwirtschaftsgipfel • und vieles andere.

Desweiteren die aktuellen Adressen von Friedensorganisationen und Gruppen, Filmen, Materialien, die den Kalender zu einem wichtigen Handbuch der Friedensbewegung gemacht haben.

Und natürlich ist der Kalender ein ganz »normaler« mit übersichtlichem Kalendarium, Ferienplänen 1986, den wichtigsten Postgebühren, einem Telefonverzeichnis usw.

Herausgeber des Kalenders sind wie in den Vorjahren Bernd Weidmann aus Göttingen und Herbert Meyer aus Recklinghausen, die sich den unabhängigen Teil der Friedensbewegung zugehörig fühlen.

Bestellungen an: Verlag Die Werkstatt, Lotzestr. 24 A in 3400 Göttingen, Tel. 0551-7700857. Für Wiederverkäufer wird ein Rabatt von 30% gewährt (ab 5 Stck.)

Fortsetzung von vorheriger Seite

AUFRUF

Bürger Konchenbroichs!
Wehrt euch gegen die terrorisierenden
Chaotenhorden. Bildet eine Bürger-
wehr, Schützt euer Heim. Vertraut
nicht auf die Polizei. Laßt euch nicht
von „seriösen“ Gruppierungen blen-
den. SPD, Grüne, DKP, Friedensini-
tiativen usw. stecken unter einer
Decke. Verhindert die Anreise der Be-
rufsdemonstranten.
Schlagt die Linken, wo ihr sie trefft.

Treffpunkt: 13.30 Uhr St. Andreas
Kirche

Dieser Aufruf fand sich am Tage vor
der Demonstration an verschiedenen
Stellen in Korschensbruch befestigt!

aus LOTT JONN, Stadtzeitung für
München-Gladbach

Lübeck

Ursprünglich hatten nur die örtlichen
Autonomen eine kleinere Aktion gegen
das öffentliche Gelöbnis geplant. Nach
den ablehnenden öffentlichen Äuße-
rungen von Engholm, einem örtlichen
Sireli zwischen CDU und SPD in der
Öffentlichkeit, waren dann flugs die
Jusos und DKP noch auf den Aktions-
zug gesprungen. Etwa 550 Leute haben
sich dann am Abend zu einem „fröhli-
chen Umzug“ getroffen.
(Bericht aus Kiel)

München

„Dagegen gibt es in München keinen
Grund zu so viel Vorleser. Dort bittet
Ministerpräsident Strauß zum Zap-
fenstreik und festlichen Empfang in
die Residenz (...) Überhaupt stellt die
bayrische Landesregierung mit ihrer
Beteiligung an den 30-Jahr-Feiern alle
anderen in den Schatten.“ (Karl Fek-
meyer, zit. n. FAZ, 8.10.)

„26 Demonstranten wurden am
Rande des Großen Zapfenstreiks auf
das Polizeipräsidium geschleppt und
erst in der Nacht wieder freigelassen.
Gegen die Anweisung wegen Wider-
stand gegen die Polizei, Beleidigung
und Körperverletzung ermittelt.“ (faz,
14.11.85)

Neumünster

In Schleswig-Holstein fand die zentrale
Bundeswehrfeierlichkeit mit Minister-
präsident Barschel in der Holstenhalle
in Neumünster am 12.11.85 statt.
Sechs Wochen vorher ging vom AK ge-
gen den Krieg und dem KB in Kiel die
Initiative zwecks Gegenaktivitäten aus.
Vier Wochen später, nach einer landes-
weiten Konferenz begann die Mobili-
sierung. Getragen wurde die Aktion
engagiert nur in Neumünster und Kiel
von Initiativen, (den noch auffindba-
ren) Linksrunden und SDJ/DKP.

„Am 12.11.85 fand die zentrale
Bundeswehrfeierlichkeit in der Holsten-
halle in Neumünster am 12.11.85 statt.
Sechs Wochen vorher ging vom AK ge-
gen den Krieg und dem KB in Kiel die
Initiative zwecks Gegenaktivitäten aus.
Vier Wochen später, nach einer landes-
weiten Konferenz begann die Mobili-
sierung. Getragen wurde die Aktion
engagiert nur in Neumünster und Kiel
von Initiativen, (den noch auffindba-
ren) Linksrunden und SDJ/DKP. Außen
vor blieben die Revolutionssozialisten
(der BWK meldete sich immerhin mit
speziellen Aufrufen) und die Autonomen
(Kreis um die inzwischen monatlich stattfin-
dende „Landesautonomenkonferenz“), de-
nen die Sache als zu „luschig, grün-
und KB-dominiert“ erschien.“

300 Teilnehmer hatte dann die De-
mo am 12.11. in Neumünster, die mit
einer Kundgebung begann. Das große
auf aggressive gestimmte Polizeiaufge-
bot ließ die Furcht vor einem größeren
Knall aufkommen. Allerdings blieb
dann sogar der vermutete Blockteil
der Demo unbehelligt.
(nach einem Bericht aus Kiel)

Neustadt

„Wenige Stunden nach einer Feier-
stunde zum dreißigjährigen Bestehen
der Bundeswehr auf Schloß Hambach
ist in der Nacht zum Dienstag (...) im
gleichnamigen Städtchen von Neustadt
an der Weinstraße eine Bombe explo-
diert. Es entstand Schaden von etwa
50.000 Mark. Menschen wurden nicht
verletzt. Der Sprengstoff war in einem
Feuerlöscher verborgen gewesen. (...) In
der Bundeswehrdienststelle, wo die
Explosion ein Loch in die Mauer geris-
sen hat, (...) befindet sich neben Bü-
ros, die für die Zusammenarbeit mit
den Streitkräften der Bündnispartner
zuständig sind, auch eine Fernmelde-
station.“ (FAZ, 13.11.85)

Nürnberg

Am Vorabend der „Reichskristall-
nacht“ fand auf dem Fußballplatz ein
Gelöbnis vor geladenen Gästen statt.
Der Vereinspräsident mochte sich of-

fenlich nicht dazu äußern, ob und
wieweil die Bundeswehr dafür bezahlt
hat. Zum anschließenden Umrund im
Rathaus mobilisierte zwar ein breites
Bündnis (Grüne, DFG-VK, DKP,
SODZDL, OIM, Grüne, Frauen gegen
Militarismus, Anti-Nato-Initiative und
der KB), erschienen waren mit 100 Per-
sonen aber nur einige Mitglieder. Die-
se konnten unbehelligt nach einer ge-
nehmigten Kundgebung vor dem Rat-
haus, anschließend spontan auch noch
einen Umzug um das Rathaus und die
Belagerung von einem der Eingänge
durchführen.

ein „Offener Brief“

Die Militärseelsorger beider Konfessio-
nen sollen allen öffentlichen Bundes-
wehrjubiläumlichkeiten fernblei-
ben, forderten kirchliche Gruppierun-
gen in einem „Offenen Brief“. Unter-
zeichner sind die Bistumsstellen Aa-
chen, Berlin, Köln, Limburg, Pax
Christi, Initiative Kirche von unten,
der ESO, der Abrüstungsinitiative Bre-
mer Kirchengemeinden, Christen für
Abrüstung, Internationaler kirchlicher
Friedensdienst, dem Laurethaus-
Konvent, Ohne Rüstung leben, Solida-
rische Kirche im Rheinland, Religiöse
Sozialisten, und dem Internationalen
Versöhnungsbund (in der BRD). Es
heißt darin (u.a.): „30 Jahre Bundes-
wehr sollten für niemanden ein Grund
zur Freude sein. Dieser Jahrestag erin-
nert uns Deutsche vielmehr daran, daß
unser Land 40 Jahre nach dem Ende
des Zweiten Weltkrieges in höchster
Gefahr steht, erneut Ausgangspunkt
und Schlachtfeld eines Krieges zu wer-
den.“ (...)

Dieser Jahrestag erinnert (...) daran,
daß die Remilitarisierung Deutsch-
lands gegen den Willen der Bevölke-
rungsmehrheit durchgesetzt wurde,
daß sie die endgültige Teilung
Deutschlands besiegelt und die Hoff-
nungen auf einen dauerhaften Frieden
in Europa verleiht hat.

Die beabsichtigten Waffenschauen
und öffentlichen Gelöbnisse stellen eine
Provokation für alle Menschen dar,
die dem Geist des Militarismus abge-
schworen haben und den Frieden
ernsthaft suchen.“

Es folgt der Aufruf zur Ablehnung
der Teilnahme an Bundeswehrfeier-
lichkeiten, „am deutlich zu machen,
„daß wir Christen an Gottes Verhei-
ßung festhalten und darauf vertrauen,
daß der Tag kommen wird, an dem die
Schwerter zu Pflugscharen
umgeschmiedet werden und nach Got-
tes Willen kein Volk mehr für den Krieg
üben wird.“ (nach FR, 25.10.85)

Regensburg

Rund 50 Leute von den Punks und der
Anti-Nato-Gruppe kamen aus Anlaß
der Bundeswehrveranstaltung zusam-
men. Ein Schweinskopf wurde feierlich
vereidigt.

Regensburg

Rund 50 Leute von den Punks und der
Anti-Nato-Gruppe kamen aus Anlaß
der Bundeswehrveranstaltung zusam-
men. Ein Schweinskopf wurde feierlich
vereidigt.

Stuttgart

In Stuttgart wurde die für den 30.10.85
angesetzte zentrale Bundeswehrfeier-
lichkeit des Wehrbereichs V schon
über eine Woche vorher aus angebli-
chen Witterungsgründen in eine Saal-
veranstaltung im Neuen Schloß umge-
wandelt. Das Unwetter drohte offen-
bar von der angesagten Gegendemon-
stration.

Rund 600 Leute führten einen paro-
disischen Zug durch. Mit von der Par-
tie „Kohl“ und „Strauß“ mit dem
Schild: „Vom deutschen Boden soll
nie wieder ein verlorenen Krieg ausge-
hen“, oder ein Panzer-fahrender Kohl
mit dem Transparent: „Ich fahre Leop-
ard, weil die Straßen in der DDR so
schlecht sind“. Aufgerufen hatte ein
Bündnis aus Falken, DKP-Spektrum,
DFG-VK, AWO, Gewaltfreie, Anti-
Nato-Initiative und KB.

Nach der Abschlussschuldung
lärnten zahlreiche Demonstranten an
den Absperrungen des Schlosses, das
durch mehrere Hundertschaften der
Polizei abgeriegelt worden war.

Verheerend

„Wir sind stolz auf unsere Soldaten“,
das war fortwährend bei den Bundes-
wehrfeierlichkeiten zu hören. Doch die
Rekruten sind überhaupt nicht stolz
auf die Bundeswehr, das ergab eine
Fragebogenaktion für eine Studie des
„Sozialwissenschaftlichen Instituts der
Bundeswehr“. Der „Spiegel“ (vom
11.11.85) berichtete über die verheer-
enden Ergebnisse dieser und anderer
Studien, dessen Veröffentlichung die
Bundeswehr strikt verbietet.

„Über 70 Prozent der Wehrpflich-
tigen betrachten den Dienst in der Bun-

deswehr als „verlorene Zeit“; sie ärgern
sich über Langeweile und Nichtstun,
empören sich über das „ständige Her-
umkommandieren“ und fühlen sich
„wie kleine Kinder“ behandelt.“

Nur jeder fünfte Wehrpflichtige hat
Vertrauen zu Vorgesetzten, über die
Hälfte kritisiert den „autoritären Füh-
rungsstil“ (...)

„Die Zeit ist um, der Kopf ist leer,
beim Bund steht uns nun keiner mehr“,
schreiben die Reservisten auf ihre Hut-
und Brustbänder, wenn sie nach 15
Monaten die Kasernen verlassen dür-
fen. (...)

Mehr als die Hälfte des täglichen
Dienstes wird, wie Untersuchungen er-
gaben, Wartungs- und
Instandsetzungsarbeiten gewidmet;
„Sagte ich für Opas Automuseum“,
basen die Wehrpflichtigen (...) Der be-
stehe aus „organisierendem Leerlauf“.

Der permanente Wechsel zwischen
Unterforderung in der Kaserne und
plötzlicher Überforderung bei Übun-
gen und Manövern führt oft zu Alko-
holgelegen. „Wir waren mal wieder zu-
dumm“, sagen die jungen Soldaten.
(...) Mehr als die Hälfte aller Strafta-
ten, meist sind es tätliche Angriffe ge-
gen Vorgesetzte oder Untergebene, ge-
schehen im Rausch.

13.710 Bundeswehrgeldstrafen wurden
1980 (...) durch Strafgerichte verur-
teilt, davon 3.863 wegen Vergehen
nach dem Wehrstrafgesetzbuch: eigen-
mächtige Abwesenheit, Fahnenflucht
oder Prügeleien. Im selben Jahr ver-
hängte die Bundeswehr über 45.000
Disziplinarmaßnahmen wegen Dienst-
vergehen. „Dienstentziehung“ ist das
häufigste Delikt, danach „Nichtbefol-
gen von Befehlen“ und
„Ungehorsam“.

Wehrstrafgerichte und
Tradition

Wehrstrafgerichte einzurichten, for-
derte der Richterbund pünktlich zum
Jubiläum der Bundeswehr. Da diese
sowieso im „Verteidigungsfall“ in aller
Eile vom „Notgesetzgeber“ eingerich-
tet würden, sei es besser das schon jetzt
zu machen, meint der Richterbund
(FR, 28.10.85)

Ebenso pünktlich zum „Fest“ gab
es neue Traditionsrichtlinien der Bun-
deswehr — einige Einheiten hatten so-
wieso schon ihren 50. Geburtstag gefeiert.
Gleichzeitige dieser „schweren
Geburt“ (IAP-Pressedienst): „Wie
hast Du's mit der Wehrmacht?“ „Kei-
ne vorbehaltlose“, aber doch eine ganz
bestimmte Anknüpfung an die „Hel-
den“ des 2. Weltkriegs ist nun er-
wünscht: „Haltung und Leistung aller
Soldaten und Verbände aus jener Zeit,
die ehrenhaft gekämpft haben, sind für
die Bundeswehr
überlieferungswürdig.“ Jetzt gibt es
nur noch einen „Mißbrauch der deut-
schen Soldaten und tragische Ver-
strickung“ bei den Nazis, ihre
„schuldhaft Verstrickung“ in die Er-
eignisse, noch im letzten Apel-Erlaß
von 1982 enthalten, ist nun weggefal-
len. (FR, 28.10.85)

General a. D. v. Senger und Etterlin
sieht das mit der Tradition — in „Sol-
dat und Technik“ (10/85) unter dem
Titel „50 Jahre Panzerwaffe“ — nun so:
„Das Geheimnis der Erfolge der er-
sten beiden Kriegsjahre lag neben der
Zusammenführung in großen operati-
ven Verbänden im reibungslosen, fast
automatisch vor sich gehenden Zusam-
menwirken der Waffengattungen (...) Strenggenommen endet mit dem Zwei-
ten Weltkrieg die Geschichte der Pan-
zerwaffe als einer Streitmacht, die sich
vermöge besonderer Eigenschaften von
der Masse des Heeres abhebt. Das ge-
samte Heer der Bundeswehr kann sich
als Erbe jener gesonderten Streitmacht
ansetzen.“ (zitiert nach IAP-Dienst,
12.11.85)

General a. D. v. Senger und Etterlin
sieht das mit der Tradition — in „Sol-
dat und Technik“ (10/85) unter dem
Titel „50 Jahre Panzerwaffe“ — nun so:
„Das Geheimnis der Erfolge der er-
sten beiden Kriegsjahre lag neben der
Zusammenführung in großen operati-
ven Verbänden im reibungslosen, fast
automatisch vor sich gehenden Zusam-
menwirken der Waffengattungen (...) Strenggenommen endet mit dem Zwei-
ten Weltkrieg die Geschichte der Pan-
zerwaffe als einer Streitmacht, die sich
vermöge besonderer Eigenschaften von
der Masse des Heeres abhebt. Das ge-
samte Heer der Bundeswehr kann sich
als Erbe jener gesonderten Streitmacht
ansetzen.“ (zitiert nach IAP-Dienst,
12.11.85)

Nach der Abschlussschuldung
lärnten zahlreiche Demonstranten an
den Absperrungen des Schlosses, das
durch mehrere Hundertschaften der
Polizei abgeriegelt worden war.

Nach der Abschlussschuldung
lärnten zahlreiche Demonstranten an
den Absperrungen des Schlosses, das
durch mehrere Hundertschaften der
Polizei abgeriegelt worden war.

Nach der Abschlussschuldung
lärnten zahlreiche Demonstranten an
den Absperrungen des Schlosses, das
durch mehrere Hundertschaften der
Polizei abgeriegelt worden war.

Nach der Abschlussschuldung
lärnten zahlreiche Demonstranten an
den Absperrungen des Schlosses, das
durch mehrere Hundertschaften der
Polizei abgeriegelt worden war.

Nach der Abschlussschuldung
lärnten zahlreiche Demonstranten an
den Absperrungen des Schlosses, das
durch mehrere Hundertschaften der
Polizei abgeriegelt worden war.

Nach der Abschlussschuldung
lärnten zahlreiche Demonstranten an
den Absperrungen des Schlosses, das
durch mehrere Hundertschaften der
Polizei abgeriegelt worden war.

SDI: Koalitionsstreit
um Aufrüstungsdiplomatie

Je näher das Jahresende rückt, desto
stärker fällt der Streit um den Ab-
schluß eines offiziellen Rahmenab-
kommens für die Zusammenarbeit
beim US-amerikanischen SDI-
Programm die Pressespalten. Dem Pu-
blikum wird ein Schaukampf nach be-
währtem Muster in der Außenpolitik
geliefert: Strauß und Dregger agieren
rechtsaußen, Kohl gibt sich verbal zu-
rückhaltender und Genscher stellt sich
dar als Außenminister, der einmal
mehr sozialliberale Kontinuität verkör-
pert. Bis Weihnachten soll das Pro-
blem aber vom Tisch sein.

Das Rahmenabkommen zwischen
den Regierungen der Vereinigten Staa-
ten und der BRD soll dazu beitragen,
die Bedingungen, unter denen west-
deutsche Firmen Aufträge zur Mitar-
beit an SDI erhalten, zum Teil durch
ein zwischenstaatliches Übereinkom-
men bzw. einen Notenaustausch zwi-
schen den Regierungen — ohne das
Parlament einzuschalten — zu regeln.
Nach Auffassung des forschungspoli-
tischen Sprechers der CDU/CSU-
Fraktion, Lenzer, sollte ein Rahme-
abkommen

— den Geheimschutz,

„Tiefer hängen!“

Unter diesem Titel läßt sich in der
Ausgabe des „Handelsblattes“
vom 6.11.85 Rainer Narendorf
über den Koalitionsstreit um das
SDI-Rahmenabkommen aus. Viel
industriepolitisches und juristi-
sches Terrain würde die Bundesre-
gierung auch mit dem Abschluß ei-
ner Vereinbarung nicht erobern.
Narendorf schreibt u.a.:

„(...) 2. Die Erwartungen, die an ein
Rahmenabkommen geknüpft wur-
den, waren viel zu hoch gespannt.
Der britische Verteidigungsmini-
ster Heseltine, der ein garantiertes
Auftragsvolumen für die britische
Industrie in der Höhe von 1,5
Mrd. Dollar erwartete, ist trotz ei-
nes Vorvertrages mit den USA ohne
eine solche Zusage heimge-
kehrt. Es ist eine blanke Illusion zu
glauben, die US-Administration
würde Milliardenaufträge an euro-
päische Unternehmen vergeben.“

„(...) Die Amerikaner werden nur
dann gezielte Zukäufe tätigen, wo
die Europäer Entwicklungsvor-
sprünge aufweisen. Sie werden an-
deren jedoch nicht die interessante
Entwicklung ganzer Teilsysteme
überlassen. Nur politische Geister-
fahrer können an eine wirklich
stark befahrene technologische
Zweibahnstraße glauben.“ (...)

3. Ein Rahmenabkommen würde
deutschen Unternehmen, die sich
an den SDI-Forschungsarbeiten
beteiligen, größere Sicherheit ge-
ben, aber MBB, Dornier und an-
dere werden auch ohne ein solches
Abkommen mit den USA ins Ge-
schäft kommen und nur zumutba-
re Auflagen akzeptieren. Fragen
des Geheimschutzes könnten bei
den ohnehin anstehenden Ver-
handlungen über das geltende Ge-
heimschutzabkommen geklärt
werden. Kame ein Abkommen
nicht zustande, bedeute dies kei-
neswegs eine technologische
Katastrophe oder ein Abhängen
der Bundesrepublik im High-Tech-
Bereich.

Die Kernfrage, die Kohl und
Genscher gemeinsam beantworten
müssen, lautet, ob die Vorteile ei-
nes SDI-Rahmenabkommens die
erkennbaren außenpolitischen Ko-
sten aufwiegen.“

Die Kernfrage, die Kohl und
Genscher gemeinsam beantworten
müssen, lautet, ob die Vorteile ei-
nes SDI-Rahmenabkommens die
erkennbaren außenpolitischen Ko-
sten aufwiegen.“

Die Kernfrage, die Kohl und
Genscher gemeinsam beantworten
müssen, lautet, ob die Vorteile ei-
nes SDI-Rahmenabkommens die
erkennbaren außenpolitischen Ko-
sten aufwiegen.“

Die Kernfrage, die Kohl und
Genscher gemeinsam beantworten
müssen, lautet, ob die Vorteile ei-
nes SDI-Rahmenabkommens die
erkennbaren außenpolitischen Ko-
sten aufwiegen.“

Die Kernfrage, die Kohl und
Genscher gemeinsam beantworten
müssen, lautet, ob die Vorteile ei-
nes SDI-Rahmenabkommens die
erkennbaren außenpolitischen Ko-
sten aufwiegen.“

Die Kernfrage, die Kohl und
Genscher gemeinsam beantworten
müssen, lautet, ob die Vorteile ei-
nes SDI-Rahmenabkommens die
erkennbaren außenpolitischen Ko-
sten aufwiegen.“

Die Kernfrage, die Kohl und
Genscher gemeinsam beantworten
müssen, lautet, ob die Vorteile ei-
nes SDI-Rahmenabkommens die
erkennbaren außenpolitischen Ko-
sten aufwiegen.“

Die Kernfrage, die Kohl und
Genscher gemeinsam beantworten
müssen, lautet, ob die Vorteile ei-
nes SDI-Rahmenabkommens die
erkennbaren außenpolitischen Ko-
sten aufwiegen.“

Die Kernfrage, die Kohl und
Genscher gemeinsam beantworten
müssen, lautet, ob die Vorteile ei-
nes SDI-Rahmenabkommens die
erkennbaren außenpolitischen Ko-
sten aufwiegen.“

Die Kernfrage, die Kohl und
Genscher gemeinsam beantworten
müssen, lautet, ob die Vorteile ei-
nes SDI-Rahmenabkommens die
erkennbaren außenpolitischen Ko-
sten aufwiegen.“

— „die Art der Auftragsvergabe und
die Preisgestaltung“.

— „den Technologietransfer,

— „die Eigentums- und Verwaltungs-
rechte, Patente und Lizenzen“

behandeln und verbindlich regeln.
Strauß will die BRD mittels eines sol-
chen Abkommens zum gleichberech-
tigten Partner bei der SDI-Forschung
machen. Die Federführung der westeu-
ropäischen Staaten bei einer Europäi-
schen Verteidigungsinitiative (EVI),
einem Abwehrsystem gegen Kurz-
streckenraketen, Marschflugkörper
und Flugzeuge des Warschauer Paktes,
soll in einem solchen Abkommen ge-
nau festgelegt werden, wie die US-
amerikanische Führung bei SDI. Die
vielfachen Zweifel von Wissenschaft-
lern und Politikern beiderseits des At-
lantiks sind in dieser Zeitung verschied-
entlich behandelt worden, und auch
Franz Josef Strauß scheint nicht ganz
überzeugt, „ob der militärische Zweck
mit SDI erfüllt werden könne“, aber
— so Strauß — „die wissenschaftlich-
technische Welt (werde) im Falle der
Durchführung des Programms anders
aussehen“.

Daran ist tatsächlich überhaupt
nicht zu zweifeln. Aufgabe der west-
deutschen Delegation von Politikern,
Industriellen und Wissenschaftlern un-
ter Leitung von Kohl-Berater Teltschik
war es denn auch, bei den Unterhan-
dlungen mit Regierungsvertretern der
USA, mit Militärs und Managern zu
sondieren, auf welche Weise die BRD-
Konzerne am günstigsten an dem For-
schungsprogramm teilhaben könnten.
Die Delegationsmitglieder kamen über-
einstimmend zu der Auffassung, daß
BRD-Firmen sich an SDI beteiligen
sollten. Das politische Fazit von Tel-
tschik ist ebenfalls eindeutig: „Ohne
Abkommen seien die Eigentumsrechte
deutscher Firmen nicht geschützt, faire
Wettbewerbsbedingungen nicht garanti-
ert, Manipulationen der Amerikaner
bei Geheimschutz und Preisprüfungs-
verfahren möglich“.

Die Zweifel, Widersprüche und Kri-
tiken, die von Genscher und der FDP
an einem Regierungsabkommen zu
SDI formuliert werden, sind nun kei-
neswegs grundsätzlicher Natur. Viel-
mehr wird im Außenministerium die
Einschätzung von Teltschik für kon-
kret falsch gehalten, so daß ein Rah-
menabkommen westdeutsche Interes-
sen nicht besser sichert:

— „Eine Gewährleistung fairer Parti-
nerschaft und freier Austausch der Er-
kenntnisse“ seien nicht zu erwarten;
— ein „abgeschlossenes Forschungsge-
biet“ ... würden die USA den Deut-
schen keinesfalls überlassen;

— höchst fraglich sei, ob die USA eine
adäquate Gegenleistung für deutsche
Forschungsbeiträge bieten — das wäre
dann „eine technologische Einbahn-
straße“;

— mit dem gewünschten „Einfluß auf
das Gesamtprojekt“ sei nicht zu rech-
nen.

— ein „abgeschlossenes Forschungsge-
biet“ ... würden die USA den Deut-
schen keinesfalls überlassen;

— höchst fraglich sei, ob die USA eine
adäquate Gegenleistung für deutsche
Forschungsbeiträge bieten — das wäre
dann „eine technologische Einbahn-
straße“;

— mit dem gewünschten „Einfluß auf
das Gesamtprojekt“ sei nicht zu rech-
nen.

Diese Bewertung scheint durchaus
realistisch und wird vom weder US-
noch industrieleidlichen Handels-
blatt-Kommentator Narendorf geteilt
(6.11.85). Bei solch geringem Wert des
Abkommens fällt es der FDP natürlich
leicht, sich als Hüterin der „Entspan-
nungspolitik“ aufzuführen, zumal sie
sich damit im Kreise der Regierungen
Kanadas, Dänemarks, Norwegens,
Griechenlands und Frankreichs befin-
det, die staatliche Übereinkommen be-
reits abgelehnt haben. Erste bittere Er-
fahrungen Großbritanniens, das trotz
Rahmenabkommens keinen festen An-
teil am SDI-Programm erhalten wird,
tragen zur Skepsis noch bei. Die FDP
will es einzelnen Firmen selbstver-
ständlich freistellen, SDI-Aufträge an-
zunehmen.

Obgleich sich materiell mit oder ohne
Rahmenabkommen keine großen
Unterschiede ergeben, liegen dem
Streit insoweit unterschiedliche Kon-
zepte der Koalitionspartner zugrunde,
als die FDP weiterhin eine Politik be-
treiben will, die bei fortgesetzter Auf-
rüstung den Spielraum in der Ostpoli-
tik wahren möchte. Die CDU/CSU
hingegen meint offenbar, mit aggressi-
ver Propaganda (z.B. zu den West-
grenzen Polens) und demonstrativer
Bündnistreue ließen sich in Politik und
Handel die meisten Zugeständnisse der
RGW-Staaten erzwingen. Die FDP ge-
denkt die gleichen Ergebnisse mit Auf-
rüstung und der Betonung der „klei-
nen Unterschiede“ (zu den USA) zu er-
reichen. Die militärische Gewaltandro-
hung gehört zum Instrumentarium bei-
der politischen Spielarten.

Quellen: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“,
„Süddeutsche Zeitung“ und „Handelsblatt“
von Oktober und November, „Der Spiegel“,
4.11.85.

fo.

ANZEIGE



Eine Broschüre der
Hamburger Friedenskoordination
74 Seiten, DIN A4, DM 6,-

Aus dem Inhalt:

NATO-Bastion Hamburg
Zivilschutz und Zivilverteidigung
Rüstungswirtschaft
Kriegsforschung an Hamburger Hoch-
schulen
Militärpropaganda
Anklageschrift gegen Kriegsvorberei-
tung in Hamburg

Zu beziehen über:
Hamburger Friedenskoordination,
c/o Bernd Kruse,
Postfach 201413, 2000 Hamburg

Verwendung nur gegen Vorauskauf
von DM 6,- + DM 1,- Porto
Ab 10 Exemplaren DM 5,- pro Stück

Frankreich/Rassismus:

Die Rechte will mit Le Pen gleichziehen

In knapp vier Monaten finden in Frankreich die Parlamentswahlen statt. Angesichts ihrer drohenden Wahlniederlage hat die PS schon vor geraumer Zeit die öffentliche Diskussion um die „Cohabitation“ — im Klartext: große Koalition — initiiert.

Anfang November fand hinter geschlossenen Türen (mit einer Ausnahme: bei den Reden von Le Pen), vor 1000 Delegierten der 7. Parteikongress der „Front National“ statt. Unüberraschenderweise beschloß man dort, die Ausländerfrage zum Hauptthema der Wahlkampagne zu machen. „Die Gefahr ist die Anwesenheit von bestimmten Elementen in Frankreich, deren Loyalität gegenüber Frankreich a priori in Frage gestellt werden muß. Falls es zu einem Konflikt zwischen Frankreich und Algerien käme, wie könnte man da sicher sein, daß sich die Algerier nicht für das Land, das sie als ihr eigenes betrachten, entscheiden würden und auch dafür kämpfen würden?“

Le Pen gab seinen Anhängern die Empfehlung: „Sprecht dieses Thema ohne Scheu während des Wahlkampfes an ... Man kann Patriot sein, ohne zugleich ein Ausländerfeind sein zu müssen“ (LM, 3.11.85).

Kurz zuvor war in der Wochenbeilage des rechten „Figaro“, „Le Figaro Magazine“, ein, nach eigener Einschätzung, „explosives Dossier“ veröffentlicht worden (26.10.85), unter der bänglichen Frage: „Wie wird Frankreich in 30 Jahren aussehen?“ bzw.: „Werden wir noch in 30 Jahren Franzosen sein?“ Laut Herausgeber Louis Pauwels (einer der maßgeblichen Chefs der sogenannten „neuen“ Rechten) naht die Apokalypse: Im Jahre 2015 werden in Frankreich „südafrikanische Zustände“ herrschen, und das Symbol der Republik, die Marianne, wird den Tschador tragen. 46.200.000 Franzosen werden sich 12.780.000 „Nicht-Europäern“ gegenüber sehen. „Die Zahl der Nicht-Europäer hat die Toleranzschwelle überschritten“.

Fremde Pflanzen können nicht auf unserem nationalen Boden wachsen, sie verhindern das Atmen der existierenden Vegetation und entwickeln sich zu Parasiten.“ Schließlich werde die „nationale Gemeinschaft devitalisiert“ sein.

Drei Tage später, anlässlich eines sogenannten Fernschieds mit Premierminister Fabius, bekräftigte Chirac, Führer der RPR: „Zunächst müssen



Le Pen

die Grenzen geschlossen werden, und zwar ganz energisch, dann müssen sämtliche Netze der illegalen Einwanderung mit drakonischer Härte verfolgt werden. Ich sage es schon seit langem. Es gibt Ausländer, die arbeiten, jene haben die gleichen Rechte, die gleichen Pflichten wie wir. Darüber braucht man nicht zu reden. Es gibt aber auch jene, die leider ihren Arbeitsplatz verloren haben: ihnen gegenüber muß eine menschliche, aber entschlossene Rückkehrpolitik entwickelt werden. Es gibt die sehr zahlreichen Illegalen: die müssen ausgewiesen werden ... Und was bedeutet das, Ausweisungen? Das bedeutet zunächst, daß man die Illegalen ausfindig machen

muß. Sie haben skandalöserweise die Identitätskontrollen abgeschafft, Monsieur Fabius. Sie müssen natürlich wieder eingeführt werden. Sie haben die fälschungssicheren Ausweise abgelehnt. Sie müssen eingeführt werden. Schließlich gibt es die Straftäter: sie sind leider zahlreich! Wissen Sie, und erlauben Sie dem Pariser Bürgermeister, es einmal zu sagen: ich erhalte tagtäglich dutzende besorgte Briefe von Menschen, die nicht immer von Ausländern in Paris angegriffen worden sind, aber 42% der in Paris gefaßten Straftäter sind Ausländer. Genauso sind ein Drittel aller Gefangenen in Frankreich Ausländer. Genauso sind 75% der verhafteten Drogenschmuggler Ausländer. Diese Ausländer müssen sofort ausgewiesen und der Polizei ihrer Länder übergeben werden“ (LM, 29.10.85).

Zum wiederholten Male diskutieren die Parteien den Rechten die Frage der Wahlallianzen mit der „FN“. Wie üblich heißt es, zumindestens an der Spitze werde es keine Wahlabsprachen geben, das schließt bekanntlich örtliche Bündnisse nicht aus.

Labbé, Fraktionsvorsitzender der RPR-Abgeordneten in der Nationalversammlung, erklärte allerdings: „Die Exzesse von Le Pen dürfen nicht den Lügen von Fabius zugute kommen ... Gewisse Exzesse können nicht als Begründung für eine strikte Ablehnung der wütenden Opposition herhalten“ (LM, 24.10.85).

Sein Kollege von der UDF (Giscard), Gaudin, bekundet Verständnis: Wenn man aus Richtung Aix-en-Provence nach Marseille reinkommt, habe man „das Gefühl in die Casba zu kommen. Die Franzosen fühlen sich nicht mehr wie zuhause“ (ebd.). 60 bis 80 Abgeordnete will die „FN“ in der nächsten Nationalversammlung haben und frohlockt, ohne die FN könne die Opposition die 50%-Schwelle nicht überwinden.

Allerdings hat auch die „FN“ derzeit einige interne Schwierigkeiten:

nung der wütenden Opposition herhalten“ (LM, 24.10.85).

Sein Kollege von der UDF (Giscard), Gaudin, bekundet Verständnis: Wenn man aus Richtung Aix-en-Provence nach Marseille reinkommt, habe man „das Gefühl in die Casba zu kommen. Die Franzosen fühlen sich nicht mehr wie zuhause“ (ebd.). 60 bis 80 Abgeordnete will die „FN“ in der nächsten Nationalversammlung haben und frohlockt, ohne die FN könne die Opposition die 50%-Schwelle nicht überwinden.

Allerdings hat auch die „FN“ derzeit einige interne Schwierigkeiten:

zwei Abspaltungen, einmal der „Front Français“ und auch der „Rassemblement national de Salut Public“, haben die Aufstellung dissidenter Listen angekündigt. Die einen begründen ihre Abspaltung mit der Ablehnung des FN-Generalsekretärs Sturbos, die anderen mit der Ablehnung von Le Pen selber.

Le Pen, der Anfang des Jahres der Folterung während des Algerienkrieges angeklagt wurde, hat jetzt eine zweite Affaire am Hals: Der „Anwalt der kleinen Leute“ soll sich 1976 das Erbe des Zementmillionärs Lambert erschlichen haben: Innerhalb 26 Mio. Francs plus einer feudalen Villa im vornehmen Vorort Saint-Cloud. Le Pen hatte den alkoholisierten 46-jährigen Lambert zum Militärberater der FN ernannt und ihm auch den Posten eines Innenministers im Falle eines gegliederten Putsches in Aussicht gestellt.

Verdacht erwecken nicht nur die Art und Weise, wie Le Pen als Erbe eingesetzt wurde, sondern auch die Art und Weise, wie Lambert gestorben ist. Eine Sondersendung zu diesem Thema im französischen Fernsehen brachte Einschaltrekorde: 31,2% Einschaltquote, d.h. 17 Mio. Zuschauer, gegenüber 25,9% für den bisherigen Fernsehstar Fabius. Laut einer Blitzumfrage fanden 40% der Zuschauer Le Pen überzeugend, 43% stimmten seinen ausländerfeindlichen Hetztönen zu.

Kein Wunder, daß die russistischen Aggressionen im Lande nicht abnehmen. Neu hinzugekommen sind Fußballfans des Pariser Club Saint-Germain (PSG), die im August gleich drei Mal und im Oktober in Metz wü-

leten: „Wir haben den Prinzipien Hitlers und der SS Gehör und Treue geschworen. Wir sind bereit zu töten für unsere nationalistischen Ideen. Tod den Ausländern. Out mit uns!“ (das letzte auf Deutsch, LM, 26.10.85).

Neben den Ausländern hat sich Le Pen eines neuen Themas angenommen: die „marxistisch-jüdische Presse“. Aufgrund der namentlichen Diffamierung vier etablierter Journalisten jüdischer Herkunft beschlossen die Sender „Europe 1“ und „Radio Télé Luxembourg“ Le Pen keine Sendezeit mehr zu gestatten — solange er sich nicht entschuldigt habe.

Ein Le Monde-Journalist, Autor eines Buches über die französische Faschisten-Szene, Alain Rollat, wurde gleich zum Thema eines Artikels in der FN-Zeitung „National-Hebdo“. Er sei „ein widerlicher kommunistischer Agent, mit Händen rot vor Blut von Nationalen, die aufgrund seiner Haßkampagne von Arabern und Linkskradikalen ermordet worden sind ...“ (LM, 24.10.85).

Am 7. Dezember wird in Paris eine Großdemonstration von SOS-Racisme und voraussichtlich auch der autonomen anti-rassistischen Bewegung stattfinden. Bekanntlich waren die ersten Märsche gegen Ausländerfeindlichkeit, 1983 und 1984, von den Jungen „Beurs“ (Semi-Anagramm von „Arabe“) initiiert worden. Später wurde, mit großzügiger Subventionierung von der Regierung und den entsprechenden Medien, SOS-Racisme aus der Taufe gehoben.

Frankreich-Kommission

Frankreich:

Greenpeaceaffaire abgeschlossen?

Vom Mord an dem marokkanischen Oppositionellen Mehdi Ben Bark vor 20 Jahren unter General de Gaulle bis zum Anschlag auf die Rainbow Warrior unter Mitterrand: Die Tradition der politischen Vertuschung geht ihren

(Communiqué des Informationsdienstes der Armee, 2.11.85).

Ähnlich würdig drückte sich Ehemann Prieur aus: „Meine Frau ist Offizier der französischen Armee, Opfer, auch das höchste Opfer, müssen in Kauf genommen werden, wenn man die Offizierskarriere einschlägt. Sie ist sich dessen bewußt. Sie hat nur ihre Pflicht getan“ (LM, 5.11.85).

Frankreich:

Greenpeaceaffaire abgeschlossen?

Vom Mord an dem marokkanischen Oppositionellen Mehdi Ben Bark vor 20 Jahren unter General de Gaulle bis zum Anschlag auf die Rainbow Warrior unter Mitterrand: Die Tradition der politischen Vertuschung geht ihren Weg. Zwar bekannte die Regierung ausdrücklich die längst bekannte Tatsache, daß der französische Geheimdienst DSGE den Anschlag durchgeführt hat. Nur: weder die einen, noch die anderen, sondern eine dritte, selbstredend total unbekannte Gruppe ist es gewesen.

Seit dem 23. Juli sitzen die zwei DSGE-Offiziere Prieur und Maffart in neuseeländischer Haft. Von vornherein stellte ihr Verteidiger klar, es handle sich hier um einen „Prozess gegen die französische Armee, also gegen Frankreich“ (Le Monde, 7.9.85). Diskrete Verhandlungen, so Quilès, Nachfolger von Hermin im Verteidigungsministerium, haben offensichtlich dazu geführt, daß die Anklage von „mord“ (also Mord) in „man's laughter“ (also fahrlässige Tötung) umgewandelt wurde. Der Unterschied in der Praxis: Für Mord hätten die Agenten lebenslänglich riskiert, für fahrlässige Tötung erwarten sie höchstens vierzehn Jahre Knast.

Quilès persönlich hat die beiden Gefangenen seiner Anteilnahme versichert: „Beide sollen wissen, wie sehr die französische Regierung um die Wahrnehmung ihrer Interessen bemüht ist. Der Minister hat ihren exemplarischen Mut sowie ihre Haltung, die den besten Traditionen der französischen Armee Ehre macht, gewürdigt“.

(Communiqué des Informationsdienstes der Armee, 2.11.85).

Ähnlich würdig drückte sich Ehemann Prieur aus: „Meine Frau ist Offizier der französischen Armee, Opfer, auch das höchste Opfer, müssen in Kauf genommen werden, wenn man die Offizierskarriere einschlägt. Sie ist sich dessen bewußt. Sie hat nur ihre Pflicht getan“ (LM, 5.11.85).

Gerüchte gehen um, bei den „diskreten Verhandlungen“ habe es sich auch um finanzielle Erörterungen gehandelt. Während der ersten Monate des Jahres 85 hat Neuseeland für 1.333 Mio. Francs französische Produkte importiert und Waren im Wert von 378 Mio. Francs nach Frankreich exportiert. Hauptexportprodukte Neuseelands sind Wolle (70%), Lammfleisch (15%) und Felle (10%).

Was bleibt? Die Atomversuche auf dem Mururoa-Atoll finden selbstverständlich weiter statt. Und wie gehabt werden Greenpeace-Schiffe in den „territorialen Gewässern“ gekapert. Denn: „Wenn wir eine unabhängige atomare Abschreckung wollen“, so Premier Fabius, „dann müssen auch Versuche stattfinden.“ Zumindest „unser Versuche die Umwelt nicht schädigen“ (LM, 25.10.85).

Was bleibt, ist also eine „bedauernde Affaire“, wobei zwei französische Offiziere in ein verfolgten Zielen völlig unangemessenes Unternehmen verwickelt wurden“, so Verteidigungsminister Quilès.

Frankreich-Kommission

Zehn EUREKA-Projekte beschlossen

Militärische Nutzung nicht unerwünscht

Am 5. und 6. November fand in Hannover die zweite EUREKA-Konferenz der Außen- und Forschungsminister von 19 Nationen und der EG-Kommission statt. Neben den 12 EG-Staaten (Spanien und Portugal ab 1.1.86) beteiligten sich Österreich, die Schweiz, Norwegen, Finnland, Schweden und erstmals die Türkei. Spekulative Entscheidungen wurden in Hannover nicht gefällt, aber die Verabschiedung von zehn Projekten im EUREKA-Rahmen unterstreicht, daß die westeuropäischen Staaten gewillt sind, die Zusammenarbeit in der Hochtechnologie-Forschung und -Anwendung voranzutreiben.

Die Zentralsekretäre der SED und der KPD, Honecker und Gorbatschow, hatten in der Vergangenheit ihr Interesse an einer EUREKA-Mitbeteiligung angemeldet. Solchen „blockübergreifenden“ Kooperationsangeboten erteilte Kanzler Kohl in seiner Eröffnungsrede eine klare Absage, denn EUREKA sei auch ein „Beitrag zur Sicherung unserer Freiheit“ und solle „bei aller Offenheit für sonstige Kooperationsformen ein europäisches Unterfangen bleiben, ... in dem Länder zusammenarbeiten, die sich einer gemeinsamen Weltordnung verpflichtet fühlen“.

Weniger verpflichtet wollte sich die Bundesregierung hinsichtlich der finanziellen Zusagen zum EUREKA-Programm. Während Frankreich für das nächste Jahr 330 Mio. Mark zur Unterstützung von EUREKA-Projekten bereitgestellt hat und grundsätzlich eine Linie des ausgeprägten kapitalistischen Staatsinterventionismus durch politische Leitlinien und öffentliche Mittel vertritt, will die Bundesregierung im Verein mit westdeutschen Bankern und Industriellen und der britischen Regierung durchsetzen, daß die staatliche Einflußnahme auf das EUREKA-Programm begrenzt bleibt. Die beteiligten Konzerne sollen einen möglichst großen Finanzierungsanteil selbst übernehmen.

Der Verlauf der Konferenz und die beschlossene Grundsatzentscheidung machten erneut deutlich, daß EURE-

KA nur ein Teil des breiter angelegten Versuchs ist, die Stellung der EG und mit ihr verknüpfter westeuropäischer Staaten in der Welt zu verbessern. „Die Schaffung eines großen homogenen, dynamischen und nach außen offenen europäischen Wirtschaftsraums ist für den Erfolg von EUREKA (ebenso) von entscheidender Bedeutung“, wie die Integration der EG-Außenpolitik und die Einbeziehung der Militärpolitik. Über Letzteres findet sich in den Presseverlautbarungen kein Wort, doch gerade das auf westdeutschen Vorschlag hin in Angriff genommene Projekt eines Euro-Lasers enthält die militärische Komponente: „Gebündelte kinetische Energie kann der Metallverarbeitung dienen, aber auch zum Abschluß von Panzern oder Flugzeugen. Die Utopie ist hier der Wirklichkeit nur mehr wenig voraus. (...) Laserkanonen befinden sich bereits im Versuchsstadium“. Und es ist die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt in Zusammenarbeit mit der Industrie, die bei der Entwicklung von Lasern als Waffe über kurze Reichweiten eine führende Stellung einnimmt.

Über das Verhältnis von EUREKA zu SDI sind sich die Regierungen Frankreichs und der BRD einiger, als es oftmals dargestellt wird. Obgleich es zwischen der BRD und den USA zu einer zweigleisigen Willenserklärung (Memorandum of Understanding) über den übereinstimmenden Interessen und der Art der Zusammenarbeit bei SDI kommen soll, wird die BRD ebenso wie der französische Staat die Beteiligung von Konzernen an SDI nicht direkt subventionieren, während dies bei EUREKA-Projekten der Fall sein wird. Die Erweiterung der militärischen Möglichkeiten im All wird von beiden Staaten angestrebt. Wegen der „unkontrollierten Ausdehnung destabilisierender Waffensysteme im All“ werden nach den Worten von Frankreichs Kriegsminister Quilès weitere Mittel für die eigene Weltraumbewaffnung bereitgestellt.

Die militärische Nutzung des Weltraums, die für den Ausbau der westeuropäischen Technologie- und Indu-

striepolitik eine maßgebende Rolle gespielt hat, trat im Rahmen der Hannoveraner EUREKA-Konferenz etwas in den Hintergrund. Anlässlich der ersten westdeutschen Raumfahrtmission „D 1“ veröffentlichte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ aber einen Beitrag vom Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Karl Kaiser, Mitglied der SPD, der die militärpolitische Bedeutung der westeuropäischen Weltraumaktivitäten in dankenswerter Offenheit hervorhebt. Kaiser weist eingangs darauf hin, daß für die „konventionelle Kriegsführung“ die „satellitengestützte Kommunikation (zunehmend) bedeutender wird“. Die BRD solle folglich beim Ausbau dieser Bereiche ebenso engagiert mitwirken wie bei der Entwicklung eines westeuropäischen Aufklärungssystems und den Prüfungen über die Durchführung einer Europäischen Verteidigungsinitiative (EVI) gegen sowjetische Kurz- und Mittelstreckenraketen. Mit der Westeuropäischen Union (WEU) stehe die notwendige Organisationsform für diese militärischen Pläne bereits zur Verfügung. So gradlinig wie Kaiser und andere Propagandisten der „dritten Kraft der Weltraumpolitik neben den beiden Weltmächten“ sich es wünschen, geht die Zusammenarbeit unter westdeutsch-französischer Führung jedoch nicht voran, denn bei den 46 Konsultationen machte die Bundesregierung keine neuen Finanzierungszusagen für den geplanten Raumgleiter „Hermes“ und sagte die Beteiligung an einem Beobachtungssatellitensystem sogar vorläufig ab. Da in den kommenden Jahren die militärische Kooperation durch gemeinsame Manöver unter Einbeziehung der französischen schnellen Eingreiftruppe (FAR) intensiviert werden soll, bleiben auch in der Weltraumpolitik weitere gemeinsame Rüstungsmaßnahmen wahrscheinlich.

Dresdner

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Mendelsblatt“ vom 30.10. - 8.11.85, „Frankfurter Rundschau“, 18.9.85

fe.



Dessin de PLANTU.

„Wissen Sie, wir haben nur die Streichhölzer geliefert!“

(Karikatur von Plantu)



Niederlande:

3.743.455 mal Nein und dennoch ein Stationierungsbeschluß



Das von über 3,7 Millionen Niederländer/innen, also von mehr als 25% der Gesamtbevölkerung unterzeichnete Gesuch, die Raketenstationierung abzulehnen, wurde am 26. Oktober öffentlich Premierminister Lubbers überreicht, unter dessen Führung die niederländische Regierung am 1. November — nunmehr endgültig beschloß, der im NATO-„Doppel“ beschlossenen Stationierung von 48 Cruise Missiles in Woensdrecht zuzustimmen.

Wir berichten über die Volkspetition, den Regierungsbeschluß und über die Aktivitäten der Friedensbewegung um den Regierungsbeschluß herum.

Die Möglichkeit einer Volkspetition wurde im KKN („Komitee Kruisbeheiden Nee“) erstmalig im Frühjahr 1983 diskutiert. Damals liefen auch im internationalen Rahmen Bemühungen, in den fünf Stationierungsländern der Pershing II und Cruise Missiles Volksabstimmungen durchzuführen.

Ein Volksentscheid wurde in den Niederlanden jedoch nur von Einzelnen erwogen und vom KKN — vom Interkirchlichen Friedensrat (IKV) und sozialdemokratischen Partei (PvdA) dominiert — als „unrealistisch“ zurückgewiesen, da Volksentscheide in der niederländischen Verfassung im Gegensatz zu Volkspetitionen nicht vorgesehen sind (bei einer Volkspetition richtet das Volk mittels einer Unterschriftensammlung eine dringende Bitte an Regierung und Parlament).

nen Beschluß über die Stationierung von Cruise Missiles auf niederländischem Territorium fassen. Ich ersuche Sie dann, zur Stationierung Nein zu sagen.“

Nach Bekanntgabe des Petitionstextes wurde ein nationales Empfehlungskomitee gebildet, das aus Politikern, Militärs, Juristen, Wissenschaftlern, Kirchenfürsten, Gewerkschaftsfunktionären, Journalisten, Schriftstellern, Schauspielern, Musikern und anderen „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“ bestand. Das Komitee sollte „die Breite der gesellschaftlichen und politischen Unterstützung der Petition“ (3) zum Ausdruck bringen und „eine Botschaft der politischen Kraft und politischen Unterstützung der Petition“ (3) zum Ausdruck bringen und natürlich werdend für die Unterschriftensammlung wirken. Auch auf lokaler Ebene wurden Empfehlungskomitees gebildet.

„Polarisierung verhindern!“

Bei der vor der Öffentlichkeit geheim gehaltenen KKN-internen Diskussion im Frühjahr 1983 waren die Meinungen über Zeitpunkt, Form und Ziele der Volkspetition sehr geteilt. Während die einen — vor allem die Vertreter des IKV und des Komitees Stoppt de Neutronenbombe — die Volkspetition explizit als Mittel sahen, um eine „Polarisierung“ in der Gesellschaft

Wieviele Unterschriften überzeugen die Regierung?

Während das KKN offiziell keine Prognosen abgab, erklärte Mient Jan Faber, Sekretär des IKV und des KKN, bereits Mitte August gegenüber der „Volkskrant“, bei einem Endergebnis von einer Million Unterschriften wäre die Volkspetition ein Mißerfolg. Für einen erfolgreichen Abschluß seien mindestens zwei bis drei Millionen Un-

„weil mehr als nur eine Unterschriftensammlung“. Sie werte nach, daß in der niederländischen Gesellschaft „keine Tragfläche“ für die Stationierung vorhanden sei und bilde den „finishing touch“ des langjährigen Kampfes gegen die Raketenstationierung: „Wir leben in einem zivilisierten Land. Wenn Millionen von Unterschriften unter eine Volkspetition gesammelt werden, dann ... werden in den Niederlanden keine Cruise Missiles stationiert.“ (5) Spitzen-illustrator Faber auf der Höhe seiner Kunst.

Hoffnungsträger Sozialdemokraten

Im Vorschlag des IKV-Vorstands zur Durchführung einer Volkspetition vom Dezember 1984 hatte es entsprechend und zur Distanzierung von der damals gerade entstandenen Initiative für Zivilen Ungehorsam und Nicht-Kooperation (BKNC) geheißen, daß alle Aktivitäten des IKV „auf die Beschlußfassung von Regierung und Parlament gerichtet“ seien und „nicht im Zeichen militärischen IKV „auf die Beschlußfassung von Regierung und Parlament gerichtet“ seien und „nicht im Zeichen einer Eskalation“ standen. Im KKN einigte man sich darauf, als KKN nicht zu Aktionen zivilen Ungehorsams aufzurufen, auch wenn die Regierung trotz Volkspetition die Raketenstationierung beschließen sollte.

Daß die Volkspetition unter den gegebenen Bedingungen auch als Propaganda für die sozialdemokratische Partei wirken würde (im Mai 1986 stehen Parlamentswahlen an) war der KKN-Führung von Anfang an bewußt. Mient Jan Faber auf einer Sitzung des IKV-Kampagnenrats im Oktober 84: „Wenn nichts die Regierung von ihrem Stationierungsvorhaben „abbringen kann, sind die Wahlen unsere letzte Hoffnung. Wenn wir davon ausgehen, bedeutet die Volkspetition eine gigantische Werbeaktion der Friedensbewegung für die kleinen linken Parteien und die PvdA.“ Es zeigen sich hier sowohl der Widerspruch zwischen Propaganda nach außen — Millionen von Unterschriften wurden die Stationierung verhindern — und der internen Erwartung — Wahlen, die der Sozialdemokratie erneut zur Regierungsübernahme verhelfen seien die letzte Hoffnung — wie die taktische Inkonsistenz der KKN-Führung: wenn die letzte Hoffnung auf eine PvdA in der Regierung gesetzt wird, dann mußte doch von vornherein klargestellt werden, daß, wird die Stationierung ungeachtet einer erfolgreichen Unterschriftensammlung unter die Petition durchgesetzt, die Forderung nach Neuwahlen aufgestellt werden muß.

Eine solche Forderung wäre im Sinne der KKN-Erwartungen nicht allein konsequent, sondern wird auch von neueren Meinungsumfragen gestützt, denen zufolge die beiden Regierungsparteien CDA (Christdemokraten) und VVD (Rechtsliberale), wenn jetzt Parlamentswahlen stattfinden, ihre Mehrheit verlieren würden. Die kleinen linken Parteien (PSP, PPR, CPN und EVP) würden ebenfalls Sitze verlieren. Die sozialdemokratische PvdA dagegen würde einen Riesengewinn verbuchen. Die Regierungsbildung der PvdA nach den Wahlen im Mai 1986 erscheint als reale Möglichkeit.

Im günstigsten Fall wird es dennoch nur zu einer Abspaltung der heutigen „Mitte-Rechts“-Koalition, bestehend aus PvdA und CDA kommen. Der CDA will mit seinem derzeitigen Koalitionspartner VVD unter anderem durch den Abschluß eines Stationierungsvertrags mit den USA vor den Wahlen „vollendete Tatsachen“ schaffen und dürfte danach in der Stationierungsfrage nicht mehr verhandlungsbereit sein.

Einige führende PvdAler sagen zwar ihren Wählern, mit ihrer Partei in der Regierung werde die Stationierung auf keinen Fall durchgeführt werden (6). Andere führende Sozialdemokraten aber machen deutlich, daß das — in den letzten drei Jahren der Opposition so eindeutig erscheinende — Nein ihrer Partei gegenüber der Stationierung in den Koalitionsverhandlungen durchaus zur Disposition stehen könne. So sagte der ehemalige sozialdemokratische „Venedig-gang“ in erster heutige Parlamentsabgeordnete Bram Steenderink in einem Interview: „Wenn die Niederlande sich im Rah-

men einer totalen NATO-Sicherheitspolitik (...) im Prinzip bereit dazu erklärt, Cruise Missiles zu stationieren, dann laßt sich darüber mit uns reden. Im totalen nuklearen Arsenal sind die Cruise Missiles nämlich nur ein Teilproblem.“ (7) Fraktionschef Joop den Uyl widersprach der Erklärung des Parteivorsitzenden Max van den Berg, eine Regierung mit der PvdA werde den Stationierungsvertrag mit den USA einseitig aufkündigen. Der ehemalige Premier will nicht mehr versprechen, als daß eine Regierung, an der die PvdA beteiligt ist, mit den USA neue Verhandlungen über eine „Beendigung oder Abänderung“ des Stationierungsvertrags aufnehmen werde (8). Die Rechte — kleine Clubs von NATO-Fans bis hin zur Regierungspartei VVD — machte gegen die Volkspetition mobil. Was auch sonst?

3.743.455 mal Nein

Die Volkspetition begann offiziell am 31. August im Stationierungsort der Cruise Missiles (Woensdrecht) mit ei-



Eine Demonstrantin am Tag des Stationierungsbeschlusses vor dem Parlament „Demokratie in den Niederlanden — zum Lachen“

ner Kundgebung und der Übergabe der ersten tausend Unterschriften an die KKN-Vorsitzende Sienne Strikwerda. In der ersten September-Woche wurden die Petitionskarten per Post an die 5,3 Millionen Wohnanschriften der Niederlande geschickt. Die unterschriebenen Karten konnten an das KKN zurückgesandt oder bei lokalen Sammelstellen abgegeben werden. Außerdem wurden sie in vielen Orten Haus für Haus eingesammelt. Nach Angaben des KKN haben sich etwa 80 000 Aktivisten/innen an diesen Einsammelaktionen beteiligt. Während der ganzen Zeit des Unterschriftensammelns, also in den Monaten September und Oktober, führte das KKN eine sehr intensive Werbekampagne mit Plakaten, Flugblättern, Zeitungsanzeigen und Werbespots in Radio und Fernsehen.

Am 20. September war die millionste Unterschrift gezählt. Acht Tage später waren es zwei Millionen. Und Mitte Oktober war die dritte Million voll. Am 26. Oktober gab Sienne Strikwerda auf einer von 25 000 Menschen besuchten Kundgebung in Den Haag das Endergebnis bekannt: 3.743.455 Menschen hatten die Volkspetition unterschrieben. Das sind mehr als 25 % der niederländischen Gesamtbevölkerung. Nie zuvor in der niederländischen Geschichte haben so viele Menschen ihre Unterschrift unter eine politische Petition gesetzt.

Einer Meinungsumfrage zufolge kam die Hälfte der Unterschriften aus

dem Lager der Sozialdemokraten. 70 % der PvdA-Anhänger sollen die Petition unterschrieben haben. Noch stärker mobilisiert wurden nur die Anhänger der — allerdings wesentlich kleineren — Radikallinken Partei (PPN) und Pazifistisch-Sozialistischen Partei (PSP). Von den Anhängern der beiden Regierungsparteien CDA und VVD sollen immerhin 18 % bzw. 12 % die Petition unterschrieben haben. (9)

KKN, IKV und PvdA bezeichneten das zahlenmäßige Ergebnis der Volkspetition als großen Erfolg. Sienne Strikwerda appellierte an die Regierung: „das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie“ nicht durch einen Stationierungsbeschluß zu zerstören. „Sie können die Menschen in zwei Flüchtlwege treiben, Apathie oder etwas, das wir alle verhindern wollen. Nämlich, daß Verzweiflung die Menschen in Extremismus treibt. Es ist Ihre was unsere Verantwortung, diese Flüchtlwege unmöglich zu machen.“ (10)

Der CDA-Fraktionschef De Vries beteuerte, seine Partei werde „das Signal der Petition berücksichtigen“, fügte aber gleich hinzu: „die überwältigende Mehrheit der christdemokratischen Parlamentarier würde einen positiven Stationierungsbeschluß der Regierung unterstützen.“ Der VVD-Sprecher Voorhoeve kommentierte: „Das Ergebnis zeigt vor allem, daß sehr viele Menschen wenig verstanden haben von der Friedens- und Sicherheitspolitik der Regierungskoalition.“

beteuerte, seine Partei werde „das Signal der Petition berücksichtigen“, fügte aber gleich hinzu: „die überwältigende Mehrheit der christdemokratischen Parlamentarier würde einen positiven Stationierungsbeschluß der Regierung unterstützen.“ Der VVD-Sprecher Voorhoeve kommentierte: „Das Ergebnis zeigt vor allem, daß sehr viele Menschen wenig verstanden haben von der Friedens- und Sicherheitspolitik der Regierungskoalition.“

Der Auftritt des Premierministers

Stargast der vom KKN organisierten (live in Radio und Fernsehen übertragenen) Abschlussskundgebung in Den Haag, am 26. Oktober, war Premierminister Ruud Lubbers. Er bestieg das Podium nicht nur, um symbolisch die 3,7 Millionen Unterschriften in Empfang zu nehmen und dem KKN zu die sem Ergebnis zu gratulieren. Er bekam von den KKN-Führern auch gleich noch die Gelegenheit, dem Friedensvolk die Regierungspolitik ausführlich zu erläutern und Werbung für die Genter Verhandlungen sowie für „das Bündnis der freien Länder“ zu machen. Der größte Teil der 28 000 in der Halle Versammelten begriff Lubbers Auftritt allerdings als Provokation.

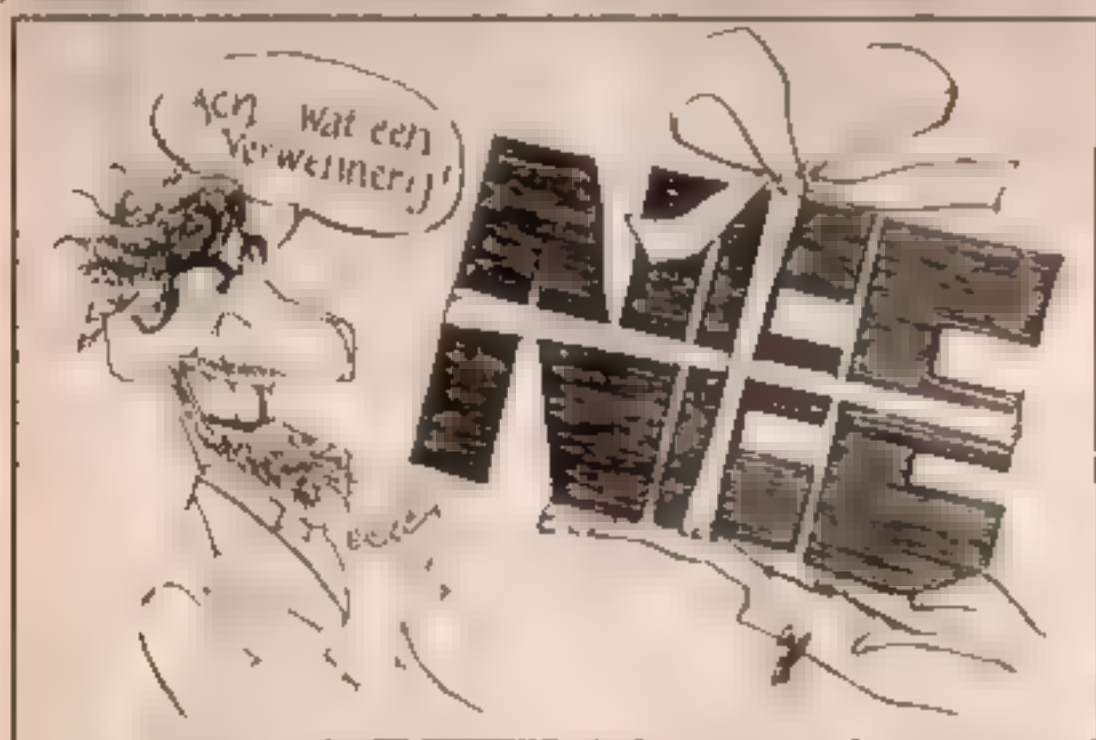
Als der Premierminister sich dem Rednerpult näherte, lehrte die Masse ihm den Rücken zu. Ein alternatives Basorchestra versuchte vergeblich, das von KKN-Ordern bewachte Podium zu besetzen und machte mit einer musikalischen Einlage dem „Macher“ der niederländischen Politik das Reden unmöglich. Aus der Halle heraus ertönte ein ohrenbetäubender Lärm. Sienne Strikwerda bemühte sich verzweifelt: „Es wäre schön, wenn Sie jetzt Herrn Lubbers 'mal zuhören würden. Wenn Sie jetzt nicht aufhören, gehen wir mit dem Premierminister zum Presseraum, denn wir, der KKN-Vorstand, wollen hören, was Herr Lubbers uns zu sagen hat. Hören Sie auf! Sie schaden unserer eigenen Aktion!“

Nachdem der Proteststurm etwas abgeebbt war, ließ Lubbers wissen, er habe „gehört und gebetet, daß das Wunder noch geschehen würde, daß die (...) Anzahl der SS-20-Raketen vom 1. Juni letzten Jahres gleich bleibt.“ Der Kraft seines Gebets kann Lubbers kaum vertraut haben, versicherte er doch zwei Wochen vor dieser Rede dem „Spiegel“, „daß wir uns auf das Material (über die SS-20-Anzahl — Anm. AK) verlassen werden, das die Amerikaner uns geben.“ (11)

Unabhängiger Flügel in der Friedensbewegung?

Die KKN-Führung mußte nicht nur weglocken, daß ihr Gatt beim Friedensvolk so schlecht ankam, schon zuvor war das Scheitern ihres Versuchs offensichtlich, eine Massenmobilisierung (= die gefürchtete Radikalisierung/Polarisierung) zum Abschluß der Volkspetition zu verhindern. Eine Reihe radikaler Friedensgruppen hatte selbstständig zu einer „Alarm Demonstration“ nach Den Haag zum Ort der Abschlussskundgebung aufgerufen.

Fortsetzung nächste Seite



Premier Lubbers zur Übergabe der Petition: „Was werde ich verwöhnt.“ (Karikatur von Peter van Straten, aus Vrij Nederland, 26. 10. 85)

und radikalere Aktionen zu verhindern, wollten andere mit der Volkspetition gerade die Basis für eine breitere Radikalisierung des Widerstands schaffen und Aktionen zivilen Ungehorsams legitimieren.

Erst nach dem bedingten Ja der Regierung zur Stationierung im Juni 1984 (1) wurde der Einsatz einer Volkspetition erneut debattiert. Am 8. Dezember 1984 sprach der Kampagnenrat des IKV sich für die Durchführung aus. Fünf Tage später beschloß das KKN „In den Monaten September, Oktober 1985 eine Volkspetition gegen die Stationierung von Cruise Missiles (zu) organisieren.“ Nach den beiden Massen demonstationen vom 21. November 1984 (Amsterdam) und 29. Oktober 1985 (Den Haag) sei dies, so hieß es in dem Beschluß, „das beste Mittel (...), um Menschen zu mobilisieren und zu aktivieren“. Der Zeitpunkt — September, Oktober — was im Hinblick auf die von der Regierung angekündigte endgültige Entscheidung der Stationierungsfrage am 1. November gewählt worden.

Im April organisierte das KKN regionale Treffen zur praktischen Vorbereitung, und im Mai eine nationale Konferenz.

Bereits vor den regionalen Treffen war im KKN der Text der Petition zwischen „den realistischen“ (...) und den „radikaleren“ Organisationsrat (2) ausgehandelt worden: „Ich wende mich gegen die atomare Rüstung. Sie werden um den 1. November herum ei-

terschriften erforderlich.

In Teilen der Basis der Friedensbewegung gab es starken Zweifel über den Sinn der von den KKN Abgeordneten beschlossenen Volkspetition. Viele fragten sich, was die viel Zeit, Geld und Energie kostende Aktion dem bisherigen Protest hinzufügen könne und ob nicht mittlerweile radikalere Aktionsformen angefragt seien. Schließlich hatte es bereits zwei riesige Demonstrationen mit 400 000 bzw. 550 000 Teilnehmern gegeben. Diverse Meinungsumfragen hatten gezeigt, daß mehr als die Hälfte der Bevölkerung gegen die Stationierung ist. Und auch eine große Unterschriftensammlung war bereits von der Friedensbewegung durchgeführt worden (1977 hatten 1,2 Millionen Niederländer eine Petition gegen die Neutronenbombe unterschrieben).

In einem Bericht über eine Sitzung des IKV-Kampagnenrats vom 27. 10. 1984 heißt es: „Viele zweifeln daran, ob selbst drei Millionen Unterschriften die Regierung von ihrem Stationierungsvorhaben abbringen würden.“ (4)

Die KKN-Führung demonstrierte jedoch Zuversicht. Sienne Strikwerda, die KKN-Vorsitzende, äußerte der „Volkskrant“ gegenüber, es sei „unmöglich“, daß die Regierung „die Petition zu Herzen nehmen würde. Mient Jan Faber schrieb, unter Verweis auf das niederländische Grundgesetz, die Volkspetition sei „mehr als irgendein weiteres Kampfmittel“ und

fer, an der ungeachtet des Boykotts der KKN-Führung die Mehrheit der Besucher der KKN Kundgebung teilnahm. Des weiteren hatten die telephonischen Einladungen aus dem IKV-Sekretariat an die örtlichen Friedensgruppen bloß nicht zu viele Leute nach Den Haag zu bringen, die aktiven Unterschriften sammeln nicht minder vergrößert als die vom KKN „von oben“ geregelte Zuteilung der Eintrittskarten für die Abschlusskundgebung. Das KKN war gezwungen, auf eine Einflußkontrolle zu verzichten und vor der Halle ein zweites Programm zu organisieren.

Organisiert worden war die „Alarm-Demonstration“ von einem Bündnis aus der Initiative für Zivilen Ungehorsam und Nicht-Kooperation (BONK), diversen Jugendorganisationen, lokalen Friedensplattformen, dem Friedensaktionsrat Woensdrecht, der Vereinigung für Kriegsdienstverweigerung, der antimilitaristischen Gruppe AMOK, der Sozialistischen Arbeiterpartei (IV Internationale) u.a. Von den Organisatoren wurde die Demonstration explizit als Unterstützung der Volkspetition gesehen, mit der zum Ausdruck gebracht werden sollte, daß der Kampf nach dem 26. Oktober weiter gehe und daß die Friedensbewegung die Stationierung nicht hinnehmen werde. In der zu der Demonstration mobilisierenden „Alarmzeitung“ wurden auf für die niederländische Friedensbewegung recht ungewöhnlich hohem Niveau — u.a. der Austritt aus der NATO und die einseitige Abrüstung propagiert.

Auch ein Ziel der Demonstration war es, die von IKV- und KKN-Führung in letzter Zeit zunehmend in Frage gestellte Forderung nach einseitiger Abrüstung wieder verstärkt in die

Diskussion zu bringen. Deshalb hatte man auch das aus 1977 stammende IKV-Motto, das in der IKV Praxis kaum noch eine Rolle spielt, „Alle Atomwaffen aus der Welt, zuerst aus der Niederlande!“ zur zentralen Forderung der Demo gemacht. Die zweite Forderung lautete: „Bedingungslose Ablehnung der Stationierung von Cruise Missiles!“ Über 15.000 Menschen nahmen an der Demonstration teil.

Diese „Alarm-Demonstration“ ist eines der sich in den letzten beiden Jahren häufenden Anzeichen dafür, daß in der Friedensbewegung allmählich ein von IKV/KKN Führung und Sozialdemokraten unabhängiger Flügel entstehen konnte. In die gleiche Richtung weisen die Blockaden in Woensdrecht und andere Aktionen im Juni letzten Jahres, die Gründung von BONK durch 600 Friedensaktivisten/innen im Januar dieses Jahres (12) sowie Diskussionen zwischen diversen Organisationen und Gruppierungen über die Schaffung eines solchen Flügels der Friedensbewegung.

Quellen und Zitate

- 1) Siehe dazu auch AK 247 S.24
- 2) Mat. Volksrat International 1985 — IKV-Mitroschüre Nr. 28 S.21
- 3) Pressemeldung des KKN vom 22.8.1985
- 4) IKV-Kernblatt November 1984 S.12
- 5) Artikel von Faber in der Mappe des KKN für die deutschsprachige Presse: Die politische Bedeutung der Volkspetition
- 6) Siehe zum Beispiel das Interview mit dem Parteivorsitzenden Max van den Berg in „De Volkskrant“ 24.8.1985
- 7) E. Levent, Magazin 38 1985
- 8) Vergl. Het Parool, 2.10.1985
- 9) Laut Volkskrant, 26.10.1985
- 10) Zitiert nach De Volkskrant, 26.10.1985
- 11) Der Spiegel, 4.11.1985 (21.10.85)
- 12) Siehe AK 248, S.15, vergl. auch: „Niederlande Sechseinhalb Jahre Raketenstationierung — Eine Chronologie, AK 262 S.25

Niederlande wieder im Gleichschritt mit der NATO

Fast sechs Jahre hat es gedauert, bis die niederländische Regierung dem Brüsseler „Doppelbeschluss“ und der daraus folgenden Stationierung von 48 Cruise Missiles auf niederländischem Territorium ohne Wenn und Aber zustimmen konnte. Am 1. November war es soweit. Die NATO-Kriegstreiber können sich freuen!

Im Dezember 1979 wurde die Regierung vom Parlament daran gehindert, in der NATO der Stationierung von 48 für die Niederlande vorgesehenen Cruise Missiles zuzustimmen. Der Stationierungsbeschluss wurde in den folgenden fünf Jahren immer wieder verschoben. Auf der parlamentarischen Ebene lag dies vor allem an der Minderheitsströmung von linken und gan-

den bis zum 1. November reduziert auf 243. Die Zahl entspreche damit genau dem Stand vom 1. Juni 1984. Von der niederländischen Regierung erwarte man nun, daß sie „keine Schritte unternimmt in Richtung Stationierung der Cruise Missiles“ (2).

Obwohl die Legitimierung der Cruise Missiles-Stationierung der niederländischen Öffentlichkeit gegenüber damit angeknackst war, hatte die Regierung ihre negative Antwort auf das sozietische Angebot sofort parat. Ihr sei es von Anfang an nicht nur um die in der europäischen Zone stationierten SS-20-Raketen gegangen, sondern um die in der gesamten Sowjetunion stationierten. Und deren Anzahl betrage nach Berechnungen der NATO und der USA 441, also 63 mehr als am 1. Juni 1984. (3)

Die Sowjetunion widersprach die-

Niederlande wieder im Gleichschritt mit der NATO

Fast sechs Jahre hat es gedauert, bis die niederländische Regierung dem Brüsseler „Doppelbeschluss“ und der daraus folgenden Stationierung von 48 Cruise Missiles auf niederländischem Territorium ohne Wenn und Aber zustimmen konnte. Am 1. November war es soweit. Die NATO-Kriegstreiber können sich freuen!

Im Dezember 1979 wurde die Regierung vom Parlament daran gehindert, in der NATO der Stationierung von 48 für die Niederlande vorgesehenen Cruise Missiles zuzustimmen. Der Stationierungsbeschluss wurde in den folgenden fünf Jahren immer wieder verschoben. Auf der parlamentarischen Ebene lag dies vor allem an der Minderheitsströmung von linken und ganzen Stationierungsgegnern in der christdemokratischen Partei (CDA), die an allen vier Regierungen seit 1977 beteiligt war/w. Von der NATO hatte die Regierung anscheinend aufgrund des breiten Widerstandes in der niederländischen Gesellschaft einen gewissen Spielraum bekommen, um Zeit zu gewinnen und ihre Angelegenheiten in Ordnung zu bringen.

Die Zeit wurde genutzt. Während die von sozialdemokratischen Kräften dominierte Friedensbewegung über das wiederholte Aufzucken der Breite des Protestes nicht wesentlich hinaus kam, wurde die Opposition in der CDA-Fraktion von der Parteispitze kaltgestellt und die Regierung rückte der Stationierung ein Schritt für Schritt näher.

Am 1. Juni 1984 war es soweit. Die Regierung sagte Ja zur Stationierung. Um die Provokation der Friedensbewegung nicht auf die Spitze zu treiben und der Sowjetunion den Schwarzen Peter zuzuschreiben, wurden allerdings noch ein paar „Bedingungen“ eingebaut und die endgültige Entscheidung ein letztes Mal verlagert, auf den 1. November 1985. Im Wesen besagte der wortreich und kompliziert formulierte Regierungsbeschluss vom 1. Juni 1984, für den Außenminister Van den Broek wenige Stunden zuvor die Genehmigung in Washington eingeholt hatte: Falls die Sowjetunion am 1. November 1985 mehr SS-20-Raketen stationiert hat als am 1. Juni 1984 (nach NATO-Zählung: 378 Stück), werden die Niederlande vor Ablauf des Jahres 1988 die 48 Cruise Missiles in Woensdrecht stationieren.

Am 10. Oktober 1985 wurde der Beschluss ungeachtet der sowjetischen Forderung ungeachtet der, in seiner viel zitierten Partner Rede (1) teilte K.P. Generalsekretär Michail Gorbatschow unter anderem mit, die Anzahl der in der europäischen Zone der Sowjetunion aufgestellten SS-20-Raketen sowie deren Stationierungsanlagen wer-

den bis zum 1. November reduziert auf 243. Die Zahl entspreche damit genau dem Stand vom 1. Juni 1984. Von der niederländischen Regierung erwarte man nun, daß sie „keine Schritte unternimmt in Richtung Stationierung der Cruise Missiles“ (2).

Obwohl die Legitimierung der Cruise Missiles-Stationierung der niederländischen Öffentlichkeit gegenüber damit angeknackst war, hatte die Regierung ihre negative Antwort auf das sozietische Angebot sofort parat. Ihr sei es von Anfang an nicht nur um die in der europäischen Zone stationierten SS-20-Raketen gegangen, sondern um die in der gesamten Sowjetunion stationierten. Und deren Anzahl betrage nach Berechnungen der NATO und der USA 441, also 63 mehr als am 1. Juni 1984. (3)

Die Sowjetunion widersprach dieser Berechnung, nannte aber keine anderen Zahlen. Allerdings hatte es auch nicht viel genutzt. Der niederländische Außenminister Van den Broek hatte zuvor nämlich schon klargestellt, bei widersprüchlichen Angaben würde seine Regierung sich auf die amerikanischen Zahlen stützen. (4)

Die Regierung wurde nicht nur von der Friedensbewegung heftig kritisiert, sondern auch von den Sozialdemokraten. Letztere warfen der christdemokratisch-rechtsliberalen Regierung vor allem vor, unfähig zu sein auf die „neue entstandene Situation“ einzugehen und die Chance zu Verhandlungen nicht zu nutzen (5). Premierminister Lubbers versuchte sein Image dadurch zu retten, daß er die (sicher unzureichende) sowjetische Verhandlungsbereitschaft als Erfolg des niederländischen Regierungsbeschlusses vom 1. Juni feierte. Deshalb müsse auch standhaft an der eingeschlagenen Linie festgehalten werden. (6)

So beschloß die niederländische Regierung am 1. November also wie vorgesehen endgültig die 48 Cruise Missiles in Woensdrecht zu stationieren. Am 4. November, das heißt noch vor der Debatte über den Beschluss im Parlament, wurde mit den USA ein entsprechender Stationierungsvertrag mit einer Gültigkeit von fünf Jahren geschlossen.

Die NATO kann zufrieden sein. Für die niederländische Friedensbewegung dagegen gibt es viel, sehr viel zu tun!

Quellen und Zitate

- 1) S. auch AK 263 S. 19
- 2) NRC Handelsblad 4.10.1985
- 3) Vgl. NRC Handelsblad 4.10.1985
- 4) Vgl. NRC Handelsblad 4.10.1985
- 5) Vgl. De Volkskrant 4.10.1985
- 6) Vgl. De Volkskrant 5.10.1985

Rebellion ist gerechtfertigt

Nach dem Stationierungsbeschluss: Die Spitzen der Friedensbewegung machen in Verbalradikalismus bzw. wollen bessere Zeiten abwarten. Radikale Antimilitaristen äußerten nachdrücklich und feurig ihren Protest.

Die KKN-Vorsitzende Sieme Strikwerda erklärte nach der Bekanntgabe des Stationierungsbeschlusses, sie sei „böse und enttäuscht“. „Wir werden es der Regierung noch schwer machen, unser Widerstand ist nicht gebrochen!“ (1) Allerdings hatte sie bereits eine Woche zuvor im Fernsehen angekündigt, das KKN werde als Organisation nicht aufrufen zu Aktionen zivilen Ungehorsams, da diese eine Gewissensentscheidung eines jeden Einzelnen seien.

IKV-Sekretär Mient Jan Faber (2) stanzerte sich in einem Interview (2) von der Auffassung, radikale Aktionen wie zum Beispiel Blockaden in Woensdrecht könnten (dazu beitragen)

ster ausgesprochenen Verbots und vielfachen Drohungen mit erheblichen Repressalien — noch viel größer. In 150 Orten streikten insgesamt etwa 150.000 Schüler! (4)

Die großen Demonstrationen fanden statt in Amsterdam (20.000), Den Haag (8.000), Rotterdam (6.000) und Groningen (6.000). Von der Demonstration in Utrecht (4.000 Teilnehmer) wurde berichtet: „Auffallend war der große Unterschied in Alter und Aussehen der Streikenden, Kinder der Grundschule liefen vor Studenten. Sauber frisierte PC-Utrecht-Fans standen dieses eine Mal brüderlich neben Punkern mit Hahnenkamm.“ (5)

In Zevenaar (250 Demonstranten) wollten die Schüler das Rathaus besetzen, wurden daran aber von den Gesetzeshütern gehindert. In Middelburg stürmten 1.000 Schüler einen Atomschutzbunker in einem Parkhaus. In Tiel (250 streikende Schüler) wurden ein Zivilschutz-Posten besetzt und Alarmsirenen eingeschaltet. In Den Bosch (1.500 Streikende) zogen kleine-

Am frühen Abend waren die Straßen dann wieder freigegeben. In der Stadt blieb es jedoch die ganze Nacht unruhig. In Arnhem verhinderte die Bullerei von Anfang an mit brutalen Knütteln, Hunde- und Auto-Einsätzen eine effektive Verkehrsblockade durch 1.500 Demonstranten. In beiden Städten streikten außerdem je 1.000 Schüler, die eigene Demonstrationen und Kundgebungen abhielten.

Vereinzelt gab es auch kleinere Sabotage-Aktionen. In Nijmegen wurde eine Eisenbahn-Stromleitung kurzgeschlossen, so daß der Zugverkehr zwei Stunden zum Erliegen kam; die Stromversorgung eines Stadtteils war durch Brandstiftung zeitweilig ausgeschaltet. In Zwolle richtete eine Brandbombe in einem Gebäude der Elektrizitätsgesellschaft einen Sachschaden von 100.000 Gulden an. In der Nacht vom 14. auf den 15.11. wurden von einer „Aktionsgruppe gegen den Nuklearkrieg“ drei Militärflughäfen angegriffen. Kabel wurden durchtrennt und Landefelder zerstört.

Im Stationierungsort Woensdrecht wurden 17 Aktivisten von der Militärpolizei festgenommen, nachdem sie in die Luftwaffenbasis eingedrungen waren. Das „Verteidigungsministerium“ gab bekannt, durch die vielen Aktionen gegen die Basis seit Juni 1983 sei ein direkter Schaden von vier Millionen Gulden entstanden. Daneben habe die verstärkte Bewachung der Basis dem Staat bisher nochmal zehn Millionen Gulden gekostet. Einer Meinungsumfrage zufolge ist die Mehrheit der Einwohner von Woensdrecht gegen die Raketenstationierung. Gleichzeitig soll aber auch eine Mehrheit gegen die Aktionen gegen die Luftwaffenbasis sein. (6)

Ziviler Ungehorsam

Während mittlerweile von verschiedener Seite das Fortbestehen des KKN in Frage gestellt wurde, sorgte in der ersten November-Woche ein von über 80 Personen bzw. Organisationen unterschriebener Aufruf zu Aktionen zivilen Ungehorsams für Aufregung bis ins Parlament hinein. Unterzeichnet war der Aufruf nämlich auch von vier Parlamentsabgeordneten (der dreiköpfigen PSP-Fraktion und einem Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei). Diese wurden nicht nur von der Regierung, den Christdemokraten, den Rechtsliberalen und den kleinen rechten Parteien heftig angegriffen, da sie zu Straftaten aufrufen und die parlamentarische Demokratie gefährden würden. Sie wurden auch von den Sozialdemokraten und sogar von der radikalpolitischen PPR und der realkommunistischen CPN gerügt.

Ziviler Ungehorsam

Während mittlerweile von verschiedener Seite das Fortbestehen des KKN in Frage gestellt wurde, sorgte in der ersten November-Woche ein von über 80 Personen bzw. Organisationen unterschriebener Aufruf zu Aktionen zivilen Ungehorsams für Aufregung bis ins Parlament hinein. Unterzeichnet war der Aufruf nämlich auch von vier Parlamentsabgeordneten (der dreiköpfigen PSP-Fraktion und einem Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei). Diese wurden nicht nur von der Regierung, den Christdemokraten, den Rechtsliberalen und den kleinen rechten Parteien heftig angegriffen, da sie zu Straftaten aufrufen und die parlamentarische Demokratie gefährden würden. Sie wurden auch von den Sozialdemokraten und sogar von der radikalpolitischen PPR und der realkommunistischen CPN gerügt.

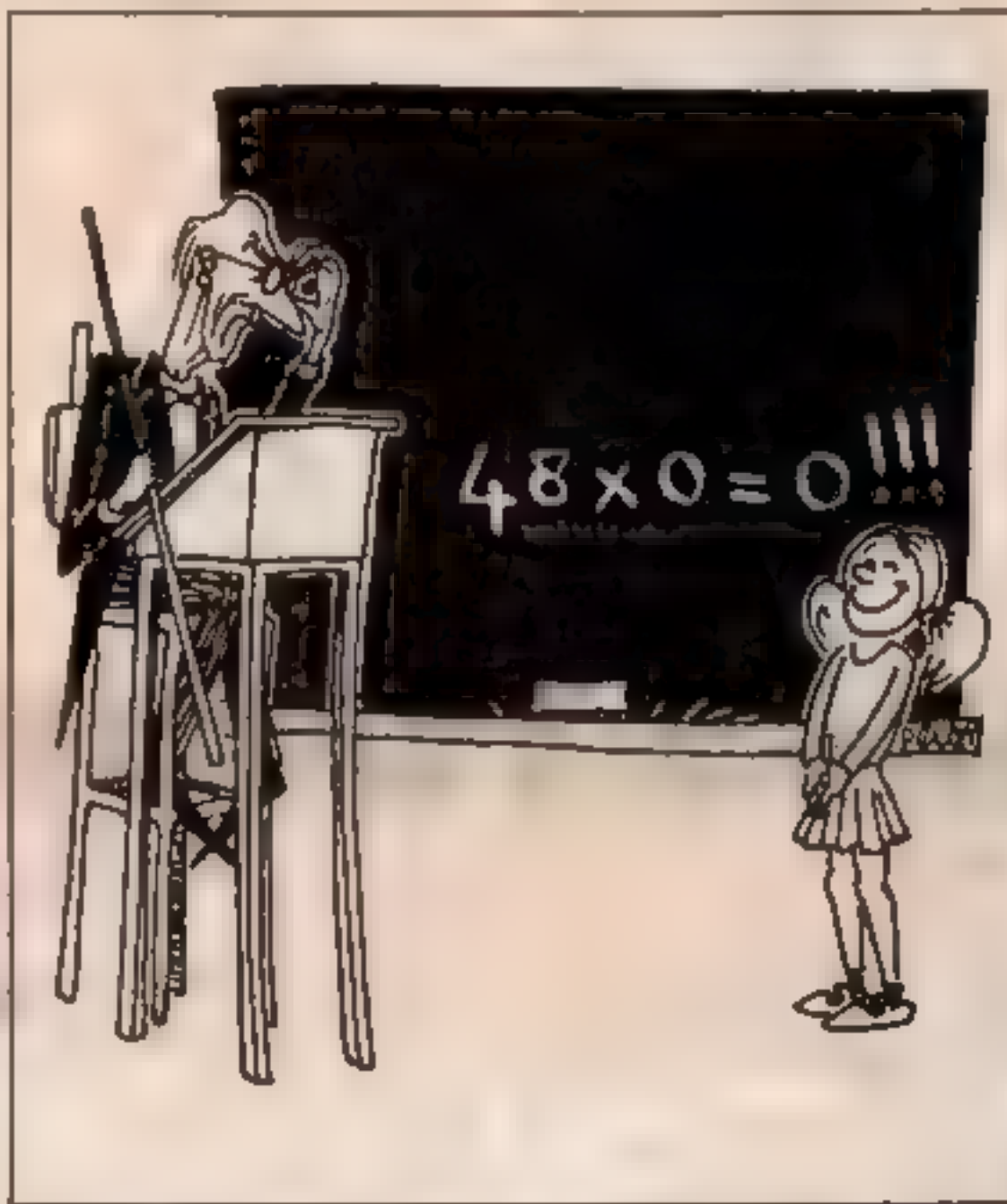
Der Aufruf ist am 5. November in Form einer großformatigen Anzeige in der „Volkskrant“ erschienen. Er wurde auch von dem Vorsitzenden des nationalen Empfindungskomitees für die Volkspetition und ehemaligen Gewerkschaftsfunktionär Cees Commandeur, von der Amsterdamer Abteilung der FNV-Baugewerkschaft, weiteren Gewerkschaftsfunktionären und sogar von ein paar Militärs unterschrieben.

Als Aktionsmöglichkeiten werden in dem Aufruf genannt: Besetzungen, Steuerverweigerung, Streiks, Demonstrationen und Blockaden. Alle diese Aktionen müßten öffentlich angekündigt und strikt gewaltlos durchgeführt werden. Die Initiatoren (Mitglieder von BONK) teilten am 5. November auf einer Pressekonferenz mit, den Bau der Stationierungsanlage in Woensdrecht als zentrales Objekt des Widerstands zu sehen. Dieser solle durch Arbeitsverweigerung in den betroffenen Betrieben und durch Aktionen von außen (wie Blockaden) so stark wie möglich behindert werden. Auf der gleichen Pressekonferenz wurde auch mitgeteilt, eine Gruppe von 200 Theologen würde aus Protest gegen die 372 neuen NATO-Atomraketen je 372 Gulden vom Betrag der von ihnen zu zahlenden Einkommensteuer abziehen und stattdessen in einen Friedensfonds einzahlen.

Niederlande-Kommunikation

- Quellen:
- 1) Zit. n. „De Waarheid“, 2.11.1985
 - 2) Trouw, 2.11.1985
 - 3) Vgl. „De Volkskrant“, 1.11.1985
 - 4) Vgl. „Volkskrant“, „Trouw“ und „De Waarheid“, 2.11.1985
 - 5) Trouw, 9.11.1985
 - 6) Vgl. „Trouw“, 2.11.1985

Weitere Quellen: NRC Handelsblad, „De Gids“, Nijmegen Dagblad, diverse Flugblätter und Informationen von „Jugend gegen Atomwaffen“ und BONK



(Aus „Alarmkrant“ Nr. 17 Nov./Dez. 1985 — gemeinsame Ausgabe von AMOK und Vredeskrant)



(Aus „Alarmkrant“ Nr. 17 Nov./Dez. 1985 — gemeinsame Ausgabe von AMOK und Vredeskrant)

die Stationierung doch noch (zu) verhindern, dies seien „Verzweiflungstaten“. Er hängen wollte auch weiterhin mit „der Politik“ im Gespräch bleiben. Die Cruise Missiles seien nur ein Teil des Problems, außerdem seien sie noch lange nicht stationiert. Schließlich gäbe es noch eine Debatte im Parlament. Wahlen im Mai 1986, diverse laufende und anstehende juristische Verfahren und last but not least die Verhandlungen in Genf.

Einen Tag zuvor wurde in der Presse gemeldet, im KKN werde der — vom Pax Christi-Vorsitzenden Jan ter Laak eingebrachte — Vorschlag diskutiert, bis nach den Parlamentswahlen in den Winterschlaf zu gehen, keinerlei Aktivitäten mehr zu unternehmen bzw. Kommentare abzugeben. Hintergrund dieses Vorschlags sei einstens Widerwillen bei diversen (nicht näher genannten) KKN-Mitgliedern dagegen, Wahlwerbung für die (mehr oder weniger) linken Parteien zu machen und zweiten Uneinigkeit über den weiteren Kurs. Während die gemäßigeren Organisationen im KKN Angst davor hätten, „in radikale und lärmvolle Aktionen mitgerissen zu werden“, befürchteten die radikaleren Organisationen, vom KKN zu stark gebremst zu werden. (3)

Schulstreik

Zum Glück gibt es in der niederländischen Friedensbewegung nicht nur Schlafmützen. Zum 1. November hatte eine der rührigsten KKN-Mitgliedergruppen, die Organisation „Jugend gegen Atomwaffen“, auferufen zu einem Schülerstreik und zu lokalen Demonstrationen. Bereits im Frühling letzten Jahres hatte es einen solchen „Streik“ gegeben, an dem sich 50.000 Schüler beteiligt hatten. Diesmal war die Beteiligung — trotz des vom Mini-

re Gruppen von Schülern durch die Innenstadt und warfen Scheiben ein. Vor dem Parlamentsgebäude in Den Haag gab es Schmutzweil zwischen den demonstrierenden Schülern und der Bul-

Notbremse

Die Rundfunkanstalt VPRO sendete von 7.00 Uhr morgens bis 15.30 nachmittags im Radio (Hilversum II) das Geheul einer Sirene, das nur — in regelmäßigen Abständen — von einem kurzen Kommentar unterbrochen wurde, in dem es unter anderem hieß: „Wir standen heute vor der Wahl entweder Reportagen über die Aktionen zu senden oder selbst eine Aktion zu unternehmen. Wir haben uns für die zweite Möglichkeit entschieden. Nicht etwa weil wir glauben würden, so noch einen Einfluß ausüben zu können, sondern aus Wut.“

Einem Aufruf der Initiative für Zivilen Ungehorsam und Nicht-Kooperation (BONK) entsprechend, wurden dutzende Eisenbahnzüge durch das Ziehen der Notbremse zum Stehen gebracht. 50 nicht nur Jugendliche wurden festgenommen.

Die dem sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftsdachverband FNV angeschlossene Transport-Gewerkschaft unterstützte die Aktion zwar nicht, wie von BONK erbeten, stand ihr aber ausdrücklich sympathisch gegenüber. Das reisende Publikum hatte größtenteils Verständnis für die Aktion und die dadurch entstehenden Verspätungen.

In Nijmegen machten etwa 1.000 Demonstranten die Hauptverkehrsader der Stadt mit Hilfe von brennenden Autoreifen stundenlang dicht. Je länger die Blockaden jedoch dauerten, desto geringer wurde die Teilnahme und umso rigorosere die Polizei-Einsätze

Die GRÜNEN vor dem Offenburger Parteitag:

Kurs auf Realpolitik und Koalition

Fortsetzung von Seite 1

Damit war für die Realos ein Durchbruch erzielt, auch wenn die von Otto Schily geforderte eindeutige Festlegung auf Koalition und dauerhafte „Juniorpartnerschaft“ mit der SPD unter den Parteitag delegierten keine Mehrheit gefunden hatte.

Die „einzigen Parlamentarier“

Nach dem Parteitag kehrte, begünstigt durch die Sommerpause, erst einmal Ruhe ein. Während in Hessen die Koalition unter Dach und Fach gebracht wurde, hielten sich die Bonner Realos weitgehend zurück. Die zur Vorbereitung der Fraktionsklausur Ende August von ihnen veröffentlichten Diskussionspapiere versuchten zunächst auf neue Variationen des Standardthemas, nur an der Seite der Sozialdemokratie hätten die Grünen eine Überlebenschance. Stattdessen wurde die Wende nach rechts über „konstruktive“ Vorschläge zur Verbesserung der parlamentarischen und grünen Kampagnenpolitik betrieben.

Wegrucker Wolfgang Ehmke verlangte in seinem Papier vom 22.8. eine „klare politische Schwerpunktsetzung für den Rest der Legislaturperiode“ — „Dem Waldsterben kommt ein immenser Symbolcharakter zu, der alle anderen Umweltprobleme überdeckt. Deshalb dürfen wir uns auch bei den Realpolitikern nicht verzeigeln, sondern müssen den 'ureigensten grünen Kern' als die Umweltbewegung und hier vor allem das Waldsterben und seine Ursachen — zum übergeordneten Schwerpunkt unserer Wahlargumentation machen. Ich wage sogar die Behauptung, daß wir unsere Existenzberechtigung verlieren, wenn wir das nicht machen! Die Grünen müssen grün bleiben!“ (Nebenbei bemerkt: Genau diesen Vorschlag — das Waldsterben als „übergeordneten Schwerpunkt im Wahlkampf — hatte der Jungtal in die FDP eingetretene Ernst Hopfischek schon vor drei Jahren gemacht; dessen Beispiel kann Ehmke ja

jüngst in die FDP eingetretene Ernst Hopfischek schon vor drei Jahren gemacht; dessen Beispiel kann Ehmke ja immer noch folgen, falls die Grüne Partei durch „Verzettelung“ ihre „Existenzberechtigung“ verlieren sollte).

Eine ähnliche Schwerpunktsetzung schreibt MdB Heinz Suhr vor. Er beziffert das „ökologisch ansprechbare Wahlempotenzial“ großzügig auf 15 bis 20%. Das Ausschöpfen dieses Potentials sei nur möglich bei einer Orientierung „— an wirksamen marktwirtschaftlichen und staatlichen Lösungsansätzen zur Steuerung umweltfreundlichen Produzierens und Konsumierens,

an der latenten, teilweise apolitischen Unzufriedenheit in der Bevölkerung weit über die bestehenden sozialen Bewegungen hinaus (was will uns der Autor damit sagen? Amn, AK); — an einer plausiblen Verknüpfung abstraktionspolitischer, ökologischer Konzepte der Grünen, die weder an Deutlichkeit noch an Machbarkeit zu wünschen übrig lassen“ („Die Chancen der Grünen zur Bundestagswahl '85“, S. 8 B 5).

Für Fraktionsgeschäftsführer Michael Veiper und Justiziar Uwe Günter sind es weniger die politischen Inhalte als die Form ihrer Darstellung im Parlament, die verändert werden mußten. „Parlamentarische Praxis muß sich der Ursprünge dieser Institution erinnern, diese muß deswegen bestehen — Platz für radikale Forderungen, — das Recht des Abgeordneten zur radikalen Selbstdarstellung, — die Chance des Abgeordneten zur ‚freien Rede‘, zur Entwicklung ‚großer Gedanken‘“ („Das Parlament kann ein Marktplatz der politischen Meinungsbildung der Bundesrepublik Deutschland werden, wenn die Grünen es so wollen“ (zitiert nach „faz“ vom 11.8.)).

Auch der Abgeordnete Ströbele meint das grüne Heiß auf der Bundes tagstribüne. „Nur wenn wir in Bonn die besten Parlamentarier oder besser die einzigen Parlamentarier und die

das ernst nehmen, was repräsentative Demokratie sein soll, nur wenn wir die parlamentarischen Spielregeln beherrschen und offensiv, auch aggressiv benutzen, werden wir gehört.“ Ströbele fordert sogar Anwesenheitspflicht für alle grünen Bundestagsabgeordneten während der Plenumsdebatten. „Wenn wir aber alle als Fraktion präsent und — schon optisch erkennbar — als Keil zwischen den leeren Banken der anderen — wenn wir mit allen Mitteln, von Anträgen zur Tagesordnung bis zur Anhörung des Bundesverfassungsgerichtes, richtiges Parlament herzustellen versuchen, wird auf uns gehört und finden wir Verbündete“ (Hans-Christian Ströbele: „Nur im Parlament kann sich die Fraktion ihr Profil erarbeiten“, 1.8.85). Der Vollständigkeit halber sei angemerkt, daß auch Grüne, die einer Koalition mit der SPD ablehnend bis reserviert gegenüberstehen, z.B. Antje Vollmer und Christa Nickels, große Hoffnungen in die Institution Parlament setzen; vgl. Rezension des Buches „Von der Machtbarkeit des Unmöglichen“ in diesem AK.

Im Gespräch gehalten wurde die Koalitionsproblematik durch Annemarie Borgmann, die medienwirksam ihren „Sinneswandel“ in dieser Frage verkündete. Als ehemalige „Fundamentalistin“ fordere sie nunmehr den „Mut zu einer unvollkommenen, aber gestaltenden Politik“, für die Grünen die „Überlebensfrage“. Ihr genauer „Kontext“ zwischen den Strömungen der „bedingten Koalition“ mit Beteiligung „unabhängiger grünen-naher Minister“, die von den Grünen benannt werden. Die Idee stammt ursprünglich vom niederrheinischen SPD-Spitzenkandidaten Gerhard Schröder, dessen Hintergedanke war, „daß die von den Grünen vorgeschlagenen Personen im öffentlichen Bild dann der SPD zugerechnet werden könnten“ („faz“, 30.1.85).

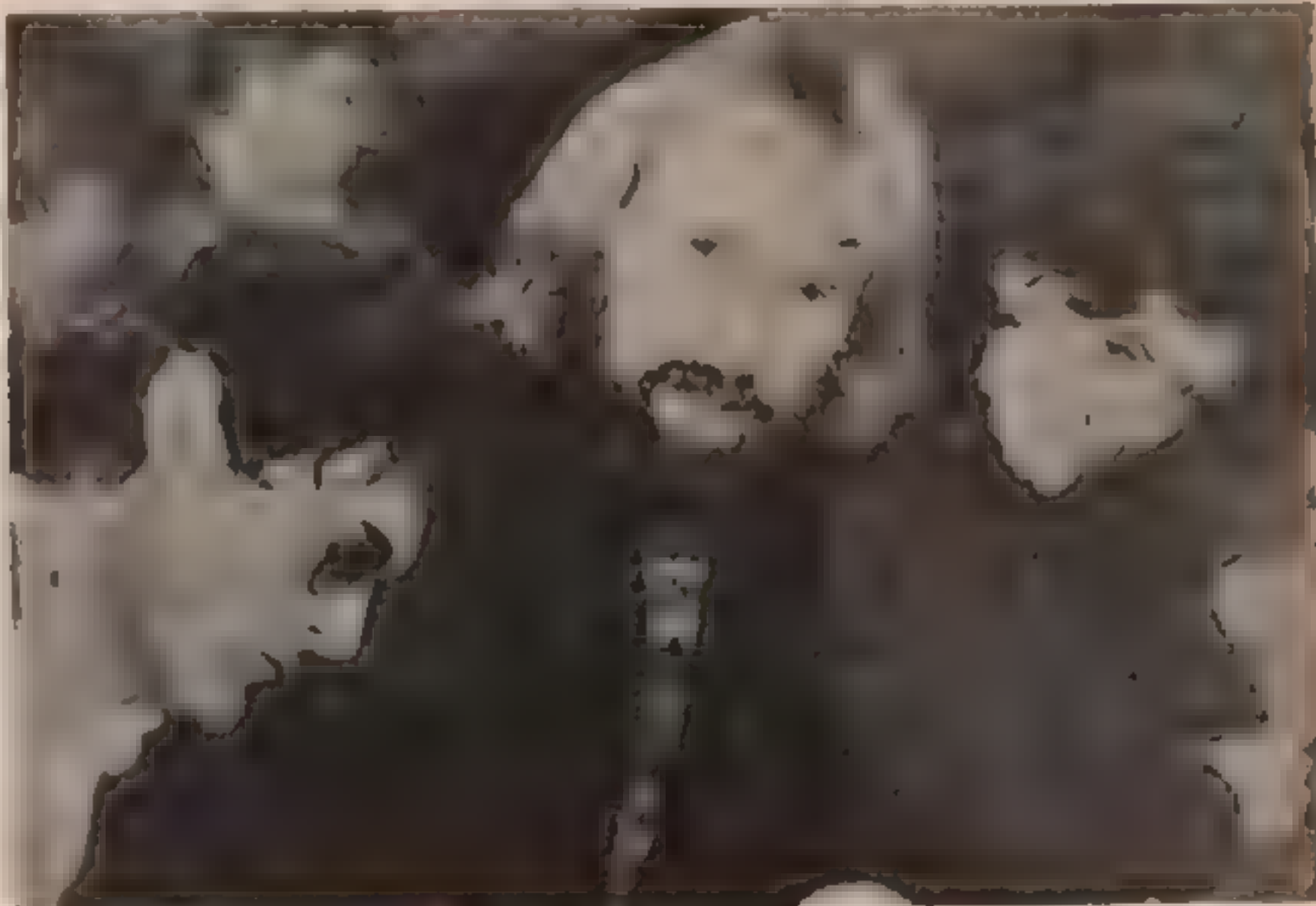
Fraktionsklausur beschließt Verwaltungsreform

Fraktionsklausur beschließt Verwaltungsreform

Erwartungsgemäß wurde keines der vorgelegten Papiere auf der Klausurung der Bundestagsfraktion Ende August beschlossen. Die organisatorischen Veränderungen, auf die die grünen Parlamentarier sich einigten, erweitern — so Fraktionssprecherin Hannegret Hönes — „die Kompetenzen des Vorstandes“, „Pressekonferenzen zu wichtigen Themen werden nicht mehr vorbei an uns gemacht“ („faz“, 31.8.). „faz“-Kommentator und Realo-Freund Max Thomas Mehr nahm die Fraktionsklausur für einen Totalverriß. „Obwohl seit der Rotation der Parlamentarier schon vier Monate vergangen sind, ist von den Neuen noch kein einziger politischer Impuls ausgegangen. Überall sieht er „Lagepolitische Versagen“ und prophezeit, „daß das politische Sommerloch der Grünen noch bis in den Januar '87 hinein andauern wird“ („faz“, 4.9.).

„Amoklauf“ gegen grüne „Gewerkschaftsfeinde“

Wie unberechenbar die Realos in ihren Versuchen sind, über die Presse Öffentlichkeit für sich Punkte zu machen — und auch, wie haarsträubend dümmlich sie dabei mitunter zu Werke gehen, zeigt der „Amoklauf“ (Rainer Trampert) des Bundestagsnachrückers L. des Fischer (Ulm) gegen den Bundesvorstand. In einem Brief an die „lieben Kolleginnen und Kollegen im grünen Bundesvorstand“ (datiert vom 24.10., ang. 25.10., auf der Titelseite der „Frankfurter Rundschau“) auszugeweiht zielt er auf die „Betonköpfe“ Jutta Dittfurth und Rainer Trampert, „heimtückisches Verhalten zur Aktionswoche des DGB“ und „unsolidarische Gehässigkeiten in Form einer Stellungnahme an die hessischen Landtagsgrünen“ vor. Hinter Tramperts Kritik an DGB und SPD auf einer Pressekonferenz zur



Trampert, Beckmann, Dittfurth — die Mitte wird's auf jeden Fall überleben

DGB-Aktionswoche meint er die „verrückte Zielvorgabe der gewerkschaftlichen Spaltung“ zu erkennen. Statt die Sozialdemokraten „mit dem beabsichtigten Getöse einer Dampfwalze ... zu überfahren“, hätte Trampert seine Kritik am Sozialabbau gegen die Regierungskoalition richten müssen. Ein Ansehen, das Rainer Trampert in seiner Erwiderung zu Recht als „Flanken schütz für die rechten Sozialdemokraten im DGB“ bezeichnet. Trampert zum Hintergrund des Tischer-Briefes: „Ich habe den Eindruck, mit Tischers Brief soll der Konflikt der Strömungen in den Grünen geschürt werden, wie so oft kurz vor Bundesversammlungen Udo Tischer sollte prüfen, ob er nicht als willfähiges Werkzeug benutzt wird.“ Es scheint hier aber unzureichende Absprachen gegeben zu haben. Öffentlich machte sich keiner von Tischers politischen Freunden mit dessen „gigantisch blöden“ (Trampert) Unterstellungen solidarisieren.

Ein (AIP-)Traum wird wahr: Hessen-Grüne staatstragend

Am 27.10. bestätigte die hessische Landesmitgliederversammlung der Grünen in Neu-Isenburg mit fast Dreiviertel-Mehrheit „die Haushalts- und Koalitionsvereinbarung der Verhandlungskommission von Grünen und SPD vom 16.10.1985, d.h. die Bildung einer gemeinsamen Landesregierung auf der Grundlage der inhaltlichen Vereinbarungen vom 4.6.1984 und vom 12.6.1985“ und schlug „Mania Haubach als Staatssekretärin für Frauenangelegenheiten, Joschka Fischer als Minister für Umwelt und Energie sowie Karl Kerschgens als Staatssekretär im Umwelt- und Energeministerium“ vor. Aus der Sicht der „faz“ ein historisches Datum: „Für die einen sind die Grünen am Sonntag, Teil des Schweinesystems“ geworden, für die anderen haben sie endlich ihren „Wahlaufruf“ erfüllt: „Fundamentalismus und Bundesvorstandssprecherin Jutta Dittfurth, Herausgeberin einer von den hessischen Realos als „störend“ empfundenen Dokumentation zum Tode von Günter Sare, hatte schon den Koalitionsbeschluß der Landtagsgruppe als Überlaufen ins andere Lager gewertet.

„Nur 18 Tage nach der Ermordung Günter Sares durch den Polizeiapparat beschlossen die Grünen im Landtag, mit der SPD zu koalieren, den Schritt auf die Seite der Herrschenden zu gehen.“ Gefahren sieht auch „faz“-Kommentator Klaus-Peter Klingelschmitt: „Daß die Gefahr der schleichenden Sozialdemokratisierung der Landtagsgruppe latent ist, haben die Damen und Herren Abgeordneten und ihre Wegrücker im Rahmen der Sare-Diskussion ‚bewiesen‘“ („faz“, 29.10.). Die Kritik am „defensiven“ Agieren der Landtagsgrünen ist ebenso wenig verbreitet wie die Unzufriedenheit mit den ausgehandelten Koalitionsvereinbarungen. Beides wird auch von vielen Realos geteilt, so auch von Klaus-Peter Klingelschmitt, der dennoch hofft, daß „gerade in der Koalition (...) der Konflikt mit der SPD geschult werden (wird)“. (...) Es liegt an Joschka Fischer und Mania Haubach, daß daraus in der realpolitischen Umwelt — eine klare politische Linie wird: Radikaldemokratie gegen Sozialdemokratisierung.“

Die neuen grünen Amtsträger Kerschgens und Fischer machen allerdings keinen besonders konfliktfreien Eindruck. Am bestehenden Beamtenapparat ihres Ministeriums wird nicht gerüttelt (Jo Leinen hat im Saarland immerhin den Personalfürer entlassen). Auch wenn ein Teil der Beamten „Politik nach dem sozialdemokratischen oder gar konservativen Schemata“ gelernt hat, gibt es — Kerschgens ist Theologe und glaubt an das Gute im Menschen — „auch diejenigen, die darauf warten, endlich ihre Schubladchen öffnen zu können, um das auf den Tisch zu legen, was bisher von der sozialdemokratischen Führung abgeblockt wurde“ (Interview in der „faz“, 1.11.85). Und Minister Fischer will sich als „Anwalt der Umwelt nicht mit Anordnungen und Weisungen durchsetzen, sondern überzeugen“ und „auch mit der Wirtschaft so viel wie möglich im Konsens erreichen“ („Der Spiegel“, 4.11.). Seine Formel „alles geht nach Recht und Gesetz“ findet selbst die „Frankfurter Rundschau“ (1.11.) „recht schwammig, staatsirrigend — um gemein zu werden“.

Bundesgremien protestieren

Viel Spott hat sich der parallel zur Neu-Isenburger Landesversammlung tagende Bundesausschuß (BHA) — höchstes beschließendes Gremium zwischen den Parteitag und seiner Empfehlung an die hessischen Parteifreunde eingehandelt. „den Koalitionsvereinbarungen nicht zuzustimmen und dadurch den Weg für Neuwahlen in Hessen einzuleiten“, Joschka Fischer zu diesem Beschluß im Interview mit dem „Stern“ (7.11.). „Ich kann das nur als grün-spezifischen Vorgriff auf die Kampagne am 11.11. und 11.11.11 bezeichnen. Warum die BHA-Empfehlung in Hessen keine Chance haben konnte, begründet Fundamentale Manfred Zieran gegenüber der „faz“ (29.10.): „In Hessen haben doch im Moment alle Angst vor Neuwahlen. Deshalb haben sehr viele Grüne, die inhaltlich mit uns übereinstimmen und nur sehr wenig Erfolgswahrscheinlichkeit im Bündnis mit der SPD sehen, trotzdem für die Koalition gestimmt.“

Der Bundesvorstand hatte in seinem Beschluß vom 21.10. (d.h. einige Tage vor der hessischen Landesversammlung) zur Lage der Grünen und zu den Wahlversprechen der SPD auch einige Sätze „zur Situation in Hessen“ aufgenommen und einstimmig festgesetzt, „daß das hessische Modell kein Modell für die Bundesebene sein kann.“ Auch Wahlversprechen der SPD auch einige Sätze „zur Situation in Hessen“ aufgenommen und einstimmig festgesetzt, „daß das hessische Modell kein Modell für die Bundesebene sein kann.“ Auch wenn die autonome Entscheidung der Landesversammlung zu respektieren sei, habe es doch in der Debatte des Bundesvorstandes Befürchtungen gegeben, „daß bei andauerndem Verlust inhaltlicher Forderungen grüne Identität unklar wird und es an anderer Stelle für die Grünen schwer gemacht wird, der SPD mit eindeutigen Forderungen gegenüberzutreten.“

Diese sehr moderate Kritik wertete die „faz“ als unverschämte Firmenschilderung, Udo Tischer selbst verteidigt für so manchen Realo als — siehe oben — „unvollständige Gehässigkeiten“ Joschka Fischer äußerte die Hoffnung, daß

Fortsetzung nächste Seite

Wenn die SPD regiert: Grüner Außenminister?

BILD-Interview mit Heinz Suhr, Bundestagsabgeordneter der Grünen

Etwa ein Frauenministerium, ein Umweltressort, das Auswärtige Amt. Oder die Ministerien für Verkehr, Innen und Agrar. Als Gegenstück zum Verteidigungsministerium wollen wir auch ein Amt für Friedenspolitik.

BILD: In wieviel Ministerien könnten Sie sich einbringen?

Suhr: Ich könnte mir vorstellen, daß die Grünen vier Ministerinnen und Minister haben wollen.

● Rücknahme des Pershing-Beschlusses
● Kürzung des Rüstungshaushaltes um 10 Prozent
● Rücknahme der Strichanstilllegungen bei der Bohrt-Ausbau des Schienenverkehrs
● Stopp des Wettbewerbs in Ost und West

Wettbewerbs stoppen

BILD: Welche politischen Bedingungen stellen Sie für eine Koalition mit der SPD?

Suhr: Meiner Meinung nach ist folgendes unverzichtbar:

● Verringerung der Atomwaffen sowie der chemischen und biologischen Waffen
● Plombierung des Ausbaus der Kernenergie

BILD: Wer die Umweltverschmutzung, wird die Schäden, die er verursacht hat, zur Kasse gebeten. Außerdem wollen wir eine Grundrente, die alle im Alter ein würdevolles Leben ermöglicht. Die Bspartverschuldung wollen wir nicht mehr haben.

Arbeit für alle und haben kein Interesse daran, Unternehmen zu ruinieren, sonst hätten wir ja noch mehr Pleiten als die Kohl-Regierung. Schließlich wollen wir den Chemieanstreng in der Landwirtschaft reduzieren, damit die Böden nicht weiter vergiftet werden.

BILD: Werden die Grünen auch den Austritt aus der Nato fordern?

Suhr: Das hatte ich 1982 nicht für durchsetzbar. Ein solcher Austritt ist ja keine Sache von heute auf morgen. Das wäre abzuwägen.

Arbeit für alle

BILD: Werden die Grünen auch den Austritt aus der Nato fordern?

Suhr: Das hatte ich 1982 nicht für durchsetzbar. Ein solcher Austritt ist ja keine Sache von heute auf morgen. Das wäre abzuwägen.

aus: „Bild“ vom 8.11.85

Fortsetzung von vorheriger Seite

nach dem kommenden Parteitag im Bundesvorstand „die Proportionen stimmen“. Obwohl eine Neuwahl der drei Sprecher (Trampert, Ditsch, Beckmann) nicht vorgesehen ist, „werde es mit ‚Sicherheit‘ eine Diskussion über sie geben“, sagte Fischer voraus (LFA, 4.11.).

Auch Rainer Tramperts persönlicher Kommentar (abgedruckt im „grünen Basisdienst“ 2/85) kommt ohne größere „Gehässigkeiten“ aus. Tramperts schärfster Vorwurf: „Wie andere Parteien auch, gaukeln Grüne den Wählern vor, mit ihren Stimmen passiere etwas. Den Wählern zwischen Grün und SPD wird signalisiert, wie bedeutend die Unterstützung einer SPD-Regierung zu den Bedingungen der SPD sei. So spielen die Grünen den Kronzeugen für die Genesung der SPD und stützen dadurch die Wahlerfolge der SPD.“

Überraschenderweise greift Vorstandskollege Lukas Beckmann zu erheblich stärkeren Worten. Das Verhalten der hessischen Landtagsgrünen zum Tode von Günter Sare sieht er als „nicht zu unterschätzenden, tragischen Einseitig in grünes Duckmäusertum“. Er weist die Gefahr, „daß jedes nicht oft notwendige Aufwachen gegen die SPD mit der Androhung von ‚Scheitern und Neuwahlen‘ im Keim erstickt werden kann. Umwelt- und Energiepolitik im Konsens mit der Industrie die Folge sein“ für Joachim Fischer kein Schrecknis, sondern Wunschvorstellung, wie wir gesehen haben.

Schwammig bleiben allerdings die „Konsequenzen für 1986/87“, die Beckmann aus dem hessischen „Experiment“ ziehen will. Einerseits warnt er vor „sozialdemokratischer Selbstzensur“ in der Wahlkampfstrategie. Andererseits spricht er sich nicht prinzipiell gegen eine Koalition aus, verknäuselt aber die Bedingungen für ein wie auch immer geartetes Bündnis mit der Sozialdemokratie: „Die Bereitschaft zu einer verbindlichen Zusammenarbeit mit der SPD auf Bundesebene schließt das Nein unmittelbar ein, wenn für eine neue ökologische, soziale und entmilitarisierende Entwicklungsrichtung unserer Gesellschaft mit der SPD keine hinreichende Chance gegeben ist.“

Mit „Entwicklungsrichtungen“ ist das so eine Sache. Manche sehen sie auch da, wo es gar keine gibt. Bei entsprechendem „gutem Willen“ könnten schon die Reduzierung der „Friedensstärke der Bundeswehr“ oder ein Tempolimit auf Autobahnen als untrügliche Beweise für eine ganz neue „entmilitarisierende“ bzw. „ökologische Entwicklungsrichtung unserer Gesellschaft“ verkauft werden.

„Perspektive '87“

Als Eigentümer des Monats erwies sich

ein werbewirksam als „Perspektive '87“ titulierter Antrag an den Bundesparteitag. Unterzeichner sind u.a. die Hessen Marita Maibach, Dirk Treber, Iris Baul und Jochen Vielhauer, Bundesvorstandsmitglied Brigitte Berthold und die Bundestagsabgeordneten Annemarie Borgmann, Eberhard Bueb, Norbert Mann, Heinz Suhr, Willi Tatge und Udo Tischer. „Die Grünen sehen die Notwendigkeit, die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP abzulösen“, heißt es da, aber auch: „Die Grünen sind zu Bildung einer Koalition auf der Grundlage voller Partnerschaft bereit, wenn nach Koalitionsverhandlungen in allen wichtigen Bereichen der Einstieg in eine ökologische und soziale Entwicklung gewährleistet ist. — Die Grünen sind nur dann zur Übernahme von Regierungsverantwortung bereit, wenn in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik, der Umweltpolitik, der Dritte-Welt-Politik, der Frauenpolitik, der Energiepolitik, der Wirtschaft- und Sozialpolitik und der Innenpolitik die Grundrichtung der vereinbarten Politik mit den Zielen der Grünen übereinstimmt und in dieser Richtung realitätsverändernde Fortschritte erzielt werden.“

Fraktionssprecher Christian Schmidt, „verdrängt über Eure Initiative, der Bundesdelegiertenkonferenz im Dezember erneut eine Koalitionsdebatte aufzuzwingen“, reagierte sofort nach Veröffentlichung mit einem Brief an die Unterzeichner, in dem es nur ungewöhnlicher Schärfe die Verlogenheit dieses Papiers bloßlegt: „Daß ihr für Koalitionen seid, kann ich verschmerzen. Was mich aber empört, ist die Art und Weise, wie ihr offensichtlich potentielle Grünen-WählerInnen für absolut beschneuert haltet. Ihr erzählt ihnen: Erstens machen wir eine Koalition mit der SPD, zweitens machen wir uns ‚keine Illusionen über deren Veränderungs willen‘, drittens sind wir ‚nur dann zur Übernahme von Regierungsverantwortung bereit‘, wenn das ‚gemeinsame Regierungsprogramm‘ in allen wichtigen Bereichen ‚mit den Zielen der Grünen übereinstimmt‘, und viertens sind wir uns bewußt, daß wir das ‚nur mit Unterstützung der außerparlamentarischen Bewegung erreichen können‘. Für wie dumme müßt ihr die WählerInnen halten, daß die glauben könnten, das sei alles zugleich möglich. Ich weiß, in den Wahlsagen der anderen Parteien wird unerbittlich gelogen; ihr aber übertrefft sie!“

Nachdem auch die sonst jedem „realpolitischen Experiment“ aufgeschlossene „Iaz“ (31.10.) den Antrag total verissen hat (Max Thomas Mehr „an Peinlichkeit kaum zu überbieten“), dürfte es mit der Perspektive '87 spätestens am 15. Dezember 1985 (Parteitag der Grünen in Offenburg) zu Ende sein.

Stichwort Peinlichkeiten: Heinz Suhr, Mitenidecker der zukunftsweisenden „Perspektive“, setzte eine Woche später mit seiner Forderung nach vier Bundesministern für die Grünen noch eins drauf (siehe sein Interview in „Bild“, nebenstehendes Fotomontage).

„Ich glaube nicht, daß für die Grünen ein Innenminister außerhalb des Vorstellungsvorgangs liegt.“ Auf die Frage nach einem Zweckbündnis mit der CDU: „Wir sind als Partei nicht sozusagen auf Lebenszeit auf ein Abonnement bei der SPD festgelegt. Es kann durchaus einmal in einem Land eine Situation entstehen, wo wir eine ganz andere Entscheidung zu treffen haben. Etwa in Baden-Württemberg, wo die SPD in einem miserablen Zustand ist. Vielleicht kommen wir da mit Lothar Späth eher zu Rande, als mit Ulrich Lang.“



Hessen ganz vorn?

Von der großen Weigerung Heis über Kopf in die totale Koalition?

„Die Dynamik wiedergewinnen“

Will eine Reihe baden-württembergischer Grüner mit einem „Antrag zur Wahlkampfstrategie“. Dieses Papier geht zurück auf zwei Beratungen von Ex-MdB Willi Haas (einer davon entstand in Zusammenarbeit mit Landesvorsitzendem Jörgen Maier). Ausgangspunkt ist eine Rückschau auf die seit Gründung der Grünen vergangene fünf Jahre: „Die zerstörerischen Prozesse der Industriegesellschaft haben sich seit 1980 unverändert fortgesetzt... (..) Die Grünen stellen in den Mittelpunkt des Wahlkampfes 1986/87

— eine ungeschönte, der Realität entsprechende konkrete Bilanz der Entwicklung seit 1980.

— und daraus abgeleitet, realistische Vorschläge zur Umkehr dieser Entwicklung. (...) Die Grünen werden einen Wahlkampf mit ihren fundamentalen Werten (...) Die Grünen werden einen Wahlkampf mit ihren fundamentalen Zielen und Inhalten führen und ihren Vorschlägen, auf welchem Wege sie zu erreichen sind. Wir werden keinen Wahlkampf führen für das, was mit der SPD ‚machbar‘ ist... (..) Die gegenwärtige Bundesregierung (...) sieht für die von uns benannten zerstörerischen Prozesse. Wenn wir diese Prozesse stoppen wollen, muß unser Ziel die Ablösung dieser Regierung sein. — Auch die SPD ist bis 1982 als Regierungspartei für die bisherige Entwicklung verantwortlich. (...) Trotzdem wird der Wahlkampf auf die Hauptfrage zu laufen, kann die für Zerstörungsprozesse stehende CDU/CSU/FDP-Regierung abgelöst werden oder soll ihre Politik bis 1991 fortgesetzt werden. Wenn es eine rechnerische Mehrheit der jetzigen Oppositionsparteien gibt, sind wir zur Ablösung der CDU/CSU/FDP-Regierung bereit und entscheiden uns für den Versuch, die Oppositions-SPD beim Wort zu nehmen und mit ihr eine ökologische, friedenspolitische und soziale Wende anzugehen. Die Grünen sind in diesem Sinne zu einer Koalition mit der SPD bereit. Sollte diese Koalition nicht zustande kommen, dann werden die Grünen wieder aus der Oppositionsrolle heraus alle etablierten Parteien unter Druck setzen.“

Diese letzte Zusicherung ist nicht wörtlich zu nehmen, zieht man das ursprüngliche Haas-Papier als Interpretationshilfe heran. Der Autor legt sich darin keineswegs auf Regierungsbeteiligung fest, auch das Spiel mit wechselnden Mehrheiten hält er „nicht für ausgeschlossen. Nach der Wahl ist ja alles offen. Nur eines müssen wir versprechen. Wir lassen die Regierung ab Oben runter oder nicht“ (zitiert nach „Iaz“ vom 14.10.)

Trotz dieses Blankoschecks an die SPD sollte der baden-württembergische Antrag erstens genommen werden als die leicht zu durchschauende „Perspektive '87“. Die Kombination — in jedem Fall Rau wählen, eine Koalition anstreben, aber einen radikalen Wahlkampf führen — dürfte für die grünen Parteitagdelegierten, von denen viele erfahrungsgemäß gern „von jedem etwas“ beschließen, nicht ohne Attraktivität sein.

NRW-Grüne auf neuem Kurs

Auf dem Landesparteitag der Grünen NRW vom 1. bis 3.11. in Düsseldorf hat sich der Realo-Flügel klar durchgesetzt. Nach der Formulierung eines harten Tolerierungskatalogs vor der Landtagswahl im Mai (dessen Verbindlichkeit dann allerdings noch vor dem Wahltermin stark relativiert wurde) soll jetzt die Ablösung der Kohl-Regierung oberstes Ziel grüner Politik sein. „Vergelt“ der „Antrag“ der 1987-Regierung oberstes Ziel grüner Politik im Vorfeld der Bundagswahl '87 sein. Schon im Landtagswahlkampf hätte sich die Partei nicht von „Gruppeneigenschaften“ beeinflussen lassen dürfen, sondern wesentlich auf den „Anti-Bonn Effekt“ setzen müssen, heißt es in der 14 Seiten langen Entscheidung. Die schmerzlichen Lehren der verlorenen Landtagswahl weisen aber der grünen Partei den Weg in eine bessere Zukunft. Der Antrag stellt in den Mittelpunkt die Notwendigkeit, „die Bonner Kohl-Koalition“ abzulösen. Ein Regierungswechsel und ein „ernsthafter politischer Wandel“ seien nur mit den Grünen möglich. „Wenn mit der SPD eine solche Politik substantieller Änderungen nicht zu verhandelt ist, werden wir eine kritische Oppositionsrolle einnehmen.“ Über die konkret nicht definierten „Bedingungen, die die Grünen für eine Zusammenarbeit mit der SPD stellen“, wird lediglich nebulös und vieldedeutig ausgeführt, sie müßten „mit angebbaren praktischen Handlungsschritten realisierbar sein; ferns Zielperspektiven genügen hier also nicht“. Sie müßten „mit dem erkennbaren Willen vorgetragen werden, sie zu realisieren“. Deshalb dürfe man erstens die SPD nicht „verbal wie einen Hauptfeind behandeln“, und müsse zweitens „unterschieden können zwischen“ den eigenen „weitreichenden politischen Zielen“ (die realpolitisch zu irrelevanten „Fernzielen“ reduziert werden, ganz in der Tradition der Juso-Doppelstrategie) und den „konkreten Bedingungen für eine Zusammenarbeit, die nur Stufen auf dem Weg zu den Zielen sein können“. Man bereite sich offensichtlich, dem Bundesweitend folgend, auf das Backen kleiner Brötchen und das Schlucken von Kröten vor. Ein Gegenantrag des ehemaligen Bundestagsabgeordneten

Strathmann und anderer, der eine „Umkehr der Entwicklungslogik“ und definierte Bedingungen für eine Zusammenarbeit mit der SPD forderte, erhielt nur ein Drittel der Stimmen, der Leitantrag wurde mit zwei Dritteln Zustimmung angenommen. Kennzeichnend für die Entwicklung im grünen LV sind auch — wegen der mangel nicht behandelte — Anträge wie die auf Forderung nach Rücktritt von Julia Ditsch aus dem Bundesvorstand wegen der Broschüre „Günter Sare ermordet“ und eine Unterstützungs Erklärung für die „hessischen Freunde“, die beide voraussichtlich auf dem Bundesparteitag gestellt werden.

Nimmt man mal die vielen wortreichen Beschwörungen des NRW-Landesantrages, keine „faulen Kompromisse“ etc. zu wollen, als das, was sie sind — nach ihnen gerichtete Identitätsbeschwörungen — so bleibt vor allem: „NRW-Grüne sind zur Regierungsbeteiligung bereit“.

So wird das auch in der Presse kommentiert. „Der Spiegel“ (4.11.) stellt den neuen NRW Kurs schon auf bundesweitem Triumphzug — nicht ganz zu Unrecht: „In Offenburg wählten die NRW-Grünen 30 Prozent der Delegierten“.

Und die Linken Grünen?

Wenn Argumente ausschlaggebend wären, hätten die linken Grünen leichtes Spiel. Insbesondere das dürftige Schauspiel, das die hessische grüne Regierungspartei bietet, liefert jede Menge Ansatzpunkte, um innerparteilich in die Offensive zu kommen. Thomas Ebermann in einem Interview mit „was tun?“ (12.9.): „Ich glaube, die sogenannten ‚erfolgreichen Realos‘ müssen die allermeiste Angst haben vor dem sozialdemokratischen Schachzug der inszenierten Neuwahl oder des Bruchs. Sie sind klassisch unfrei und an den guten Willen der SPD gekettet.“

Auch für die prinzipielle Ablehnung von Koalitionen haben die Linken weiterhin beste Argumente. Noch einmal Thomas Ebermann: „Ich denke, daß es bei einer Koalition Implikationen gibt, die weit über das hinausgehen, was oft zu einer sogenannten ‚Formfrage‘ heruntergewürdigt wird. Eine Partei, die in eine Koalition eintritt, wird unweigerlich gegen die Belange sozialer Bewegungen aus Sicht des Staatswohls oder des verteilungswertigen Gesamthaushalts — gleich welche Mystifikationen das annimmt — vorgehen müssen. Ich denke, daß damit ein extremer Bruch mit der zweifellos kleiner gewordenen Zahl derjenigen eintrifft, die gegen die heutigen Verhältnisse rebellieren. Koalition würde auch viel an den Dingen, die man unter dem Begriff ‚politische Kultur‘ zusammenfaßt, ändern und verschlechtern. Koalition und Rotation passen nicht zusammen und erst recht nicht Koalition und imperatives Mandat, denn für Koalitionen braucht man personelle Kontinuität, die Fähigkeit zur geheimen Absprache, Autonomie der Funktionalität, die Fähigkeit zur geheimen Absprache, Autonomie der Funktionalität gegenüber Parteibeschlüssen. Koalition würde einen erheblichen Schritt des Arrangements und der Einverständnisbildung mit dem hier und heute bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen bedeuten.“

Obwohl das alles schwer zu bestreiten ist und Otto Schily sich auch demonstrativ zu diesem Staat bekennt, bröckelt die innergrüne Ablehnungsfront. Der verbliebene Rest ist immer noch zahlreich, aber vereinzelt. In der Organisation ihrer Anhänger und der Fähigkeit, sich vor Parteitag auf ein abgestimmtes Vorgehen zu einigen, haben sich die Realos bisher als die besseren „Politiker“ erwiesen. Auch bis zum Offenburg Parteitag werden sich die entscheidenden Meinungsmacher unter den Realos vermutlich noch auf einen mehrheitsfähigen Antrag einigen können. Ob die Holzköpfe Suhr und Bueb dabei auch mit von der Partie sind, ist dann nicht so entscheidend.

Anderer die Linken. Auf dem Hamburger Parteitag hat Rainer Trampert unmöglicher Bündnispartner Bahro ein niges kaputt gemacht. In Hagen konnten sich die Linken noch nicht einmal auf einen gemeinsamen Antrag einigen. Thomas Ebermann, der durch sein persönliches Eingreifen schon auf manchem grünen Parteitag für Stimmung (nicht unbedingt für Mehrheit) gesorgt hat, steht die links-grüne Zersplitterung (zu der er nicht unmaßgeblich beigetragen hat) auch, schreit aber auch ratlos, wie dann etwas zu ändern sein könnte: „Ich würde mir wünschen, daß die Linken innerhalb der Grünen stärker miteinander diskutieren würden. (...) Vielleicht kommt das noch?“ Vielleicht auch nicht.

Zusammenstellung: Ju/Hamburg

Protest gegen Kurs der bayerischen GRÜNEN

Mit einer Protesterklärung gegen den auf der Landesversammlung der bayerischen Grünen am 1. bis 3. 11. in Weidenburg beschlossenen staatstragenden Kurs hat sich die unterlegene Minderheit an die Öffentlichkeit gewandt. Unter den mehr als zwanzig Erstunterzeichnern der Resolution stehen neben den Bundeshauptauschussmitgliedern Justus Werimüller und Werner Saffer und einer Reihe örtlicher Mandatsträger auch die Bundestagsabgeordnete Petra Kelly und Gert Bastian. Das — bislang allerdings nur als Gerücht gehandelte — Vorhaben des bayerischen Landesvorstands, gegen sämtliche Unterzeichner ein Parteiausschlussverfahren zu beantragen, dürfte angesichts der Beteiligung der beiden „Promis“ Kelly und Bastian einen Wirbel verursachen.

Die Resolution im Wortlaut:

Einen PARTEIPROGRAMMATISCHEN KAHLSCHLAG bemängelten über 20 Erstunterzeichner einer Resolution, Delegation und Funktionsgruppen und Mandatsträger der GRÜNEN, nach dem Programmartikel des bayerischen Landesverbandes. Ein Prozedur wird kritisiert, in dessen Verlauf immer mehr Inhalte früherer Programmatik zu rechtgegründet wird und an dessen Ende die GRÜNE Partei salonfähig im Sinne der Herrschenden geworden sein könnte. Die beobachtete Tendenz wird als der Weg zu bedingungslosen Koalitionen mit staatstragenden Parteien bei gleichzeitiger Aufgabe politischer Balancen angesehen.

Die Landesversammlung der bayerischen GRÜNEN hat sich in Weidenburg dazu festgelegt:

- den NATO-Austritt als langfristige Perspektive GRÜNER Friedenspolitik zu verschweigen,
- ihre Wirtschaftspolitik marktwirtschaftlich zu orientieren,
- selber eine staatstragende Partei zu werden,
- eine Linie des Antikommunismus zu verfolgen und
- die Interessen betroffener Bevölkerungsgruppen nicht mehr bedingungslos zur Richtschnur ihrer politischen Aktivität zu machen

auf den ersten Pressekonferenzen hierzu waren Landessprecher bereits dazu in der Lage, sich eine Mitgliedschaft im politischen Teil der NATO, aber auch militärische Zusammenarbeit mit NATO-Staaten wie Griechenland oder Italien, vorstellen zu können.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Auch in der Wirtschaftspolitik setzte sich die Vorstellung durch, mit Interventionen von staatlicher Seite eine andere ökonomische Form der Marktwirtschaft etablieren zu können. Daß hier aber nur der alte, kapitalistische Wein in neuen, ökonomischen Schläuchen dargestellt werden sollte, zeigte sich dann, daß systemkritische Perspektiven wie Vergesellschaftung bei neuen Formen des Eigentums bewußt gestrichen wurden, obwohl sie bundespolitischer Konsens der GRÜNEN (Sindelfinger Programm) waren.

Partikularinteressen mittelständischer Betriebe wurden z.B. höher gewertet als wirksame Forderungen zum Schutz der Arbeitnehmer gegen Rationalisierung. Eine eindeutige Festlegung auf Forderungen zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit konnte durch Hinzufügung zweifelhafter arbeitsmarktpolitischer Forderungen verwässert werden. So sehen Bayerns GRÜNE im Einklang mit Kartellverbänden und auch in der Ausgrenzung aller Menschen durch Verkürzung der Lebensarbeitszeit eine „Lösung“.

DEMOKRATIE UND RECHT

Wie die BASISDEMOKRATIE als weiterer, wichtiger GRÜNER Programmpunkt in Bayern verstanden wird, zeigte die Programmdiskussion zu Staat und Recht. Wurde schon im Wirtschaftsteil des Programms mit zahlreichen Zitaten der Bayerischen

Verfassung die Nähe zu Staat und Macht unterstrichen, so verzichtete der Programmteil Demokratie und Recht ganz bewußt auf grundsätzliche Staatskritik.

In der hierzu erfolgenden Debatte definierten Bayerns GRÜNE sich explizit als „staatstragende Partei“. An solche würde sie jedoch trotzdem auf Parteiverbote, auch für militante, neonazistische Gruppen verzichten. Andererseits wurde ein ursprünglich gefaßter Beschluß zur Aufhebung des KPD-Verbotes wieder rückgängig gemacht. Furcht vor Nähe zum Kommunismus feierte nicht nur hierbei frohliche Urstände. Nach der Diskussion über höchstmögliche Toleranz ggü. Andersdenkenden wurde die Verlesung eines Grußwortes der DKP abgelehnt.

Wie gefährlich die Sympathie bayerischer GRÜNER zu Staat und Gewalt ist, zeigte die Debatte zur Polizei und zur Ausländerpolitik. Einzelne Stimmen rechtfertigten hierbei die Aufrüstung der Polizei und plädierten für ein restriktives Asylrecht.

Auch wenn die Landesversammlung sich diesen Auffassungen nicht anschloß, zeigte sie bei der Debatte des Strafvollzugs, wie leichtfertig die Utopie wirklicher Gewaltfreiheit sachpolitischen Erwägungen zum Opfer fallen kann. Obwohl „Therapie statt Strafe“ und andere präventive Maßnahmen bereits die kriminalpolitische Diskussion der Gegenwart beherrscht, weigerten Bayerns GRÜNE sich, als Fernziel ihrer Politik die Abschaffung des Strafvollzugs festzulegen.

DIE UNTERZEICHNER WENDEN SICH DAGEGEN, MIT EINEM STROMLINIENFÖRMIGEN PROGRAMM DEN WEG DER ETABLIERTEN PARTEIEN ZU GEHEN: Nur die Radikalfreiheit eigener Standpunkte kann für ein klares, GRÜNES Profil abgrenzen. Gesellschaftliche Konfliktlinien sind aufzuzeigen und der GRÜNE Standpunkt muß den Betroffenen bleiben. Wenn die Fortsetzung der Landesversammlung am 20. November nicht zu einer ausführlichen Debatte über die angesprochenen Punkte führt, werden die Unterzeichner mit dem bisher vorgelegten Programm keinen Wahlkampf führen.

..

Offener Brief an die GRÜNEN

Wir sind in Sorge um die Entwicklung der GRÜNEN in einer Partei, die die Forderung sozialer und oppositioneller Gruppen und Bewegungen in die Parlamente getragen hat, hin zur Mehrheitsbeschafferin für die SPD, hin zu einer Partei, die die Exekutivgewalt in Landesregierungen und Bundesregierung anstrebt.

Spätestens seit den „Wahlmiederlagen“ der GRÜNEN im Saarland und in Nordrhein-Westfalen ist ein Stimmungsumschwung in der Partei zu registrieren, der die GRÜNEN in eine gemeinsame Regierungsverantwortung mit der SPD drängen will. Eine solche Entwicklung lehnen wir ab. Wir fordern Euch auf, schnellstmöglich Klärungsprozesse einzuleiten, die es allen Menschen, die sich in den letzten Jahren engagiert für die Änderung politischer Verhältnisse in der Bundesrepublik eingesetzt und gegen bedrückende Übergriffe staatlicher Macht und Planung gekämpft haben, möglich machen, klare Bewertungen der Zielsetzung in der Politik vorzunehmen.

(1) Wer innerhalb der GRÜNEN für eine Koalitionsaussage — ob bedingt oder nicht — steht, der vertritt eine parteiinterne Frage, welche Ordnung der GRÜNEN Partei überhaupt mit der SPD zu realisieren will. Wer Koalitionsverhandlungen hoffnungsvoll als Experiment mit ungewissem Ausgang kennzeichnet, festhält sich und insofern über die Haltung der SPD und die Erfahrungen mit ihr hinweg. (2) Die SPD wird die GRÜNEN unmittelbar in ihren sturmreichen Hallen der Versammlungen mündigen und bei Widerständen bayonetieren oder zum freibewertlichen Erlös freigegeben.

(3) Weder der Antikommunismus, noch der Zerstörung der Umwelt, noch der Ausbeutung der dritten Welt, noch der Aufrüstung, wären im Rahmen einer Regierungsbeteiligung der GRÜNEN an einer SPD-Regierung ernsthaft einzugreifen. Wer an den notwendigen Forderungen festhält und dafür in der Bevölkerung für aktive

Unterstützung werben will, der kann dies nur in der Opposition und muß dies gerade auch gegen die SPD tun. Grüne Machterwerbspolitik ist keine, die mit Macht Reformen durchsetzen kann. Die Propagierung der Koalition bindet nicht nur die Hände für die Organisation von Widerstand, sondern bereitet auch den Boden für die Integration der Protest- und Widerstandspotential in der Bevölkerung.

(2) Was die Regierung stellt, kann nicht gleichzeitig Opposition gegen sich selbst betreiben. Als Regierungspartei haben die GRÜNEN heute eine Reihe staatlicher Maßnahmen und Planungen zu vertreten, gegen die sich ihre Politik als Opposition noch gerichtet hat. Auch überzeugte Koalitionsbefürworter gehen nicht davon aus, daß wesentliche Politikziele durch einen Regierungseintritt der GRÜNEN realisierbar wären. Deshalb würden sich die GRÜNEN unter den herrschenden Bedingungen sehr schnell an einer Partei der Sozialisten wandeln, die, gerade noch zur kosmetischen Pflücke gesellschaftlicher Widersprüche fähig, an den prägenden Normen der wahren gesellschaftlichen Wirklichkeit festhalten müßte.

(3) Die GRÜNEN und als Protest- und Widerstands-Partei in die Parlamente gewählt worden. Wie wollen Euch den Mut machen, an dieser Grenze in eine parlamentarischen Rolle festzuhalten. Ihr habt richtige und gute Argumente dafür, daß nur tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen in den Bereichen Frieden, Umwelt, Sozial- und Außenpolitik der künftigen sozialen Entwicklung entgegenwirken können. Seid das nicht aufs Spiel, nur weil der Druck auf Euch verstärkt wird und Ihr in die Systemharmonie gezwungen werden sollt. Wir haben ein Interesse an parlamentarischen Konstellationen, in denen die etablierten Kräfte nicht über unsere Forderungen hinweggehen können, ebenso an Kräfteverhältnissen, die die Umsetzung dieser Forderungen erleichtern. Aber solange das Bewußtsein in der Bevölkerung und die Lage in den Parteien, vor allem der SPD, noch keine

wirklichen Veränderungen zulassen, ist es die Aufgabe der sozialen Bewegungen und der GRÜNEN, gesellschaftliche Konflikte und Widersprüche offenzulegen, sowie Vorstellungen zu entwickeln und zu vertiefen, die reale Veränderungen zum Ziel haben. Wenn kurzzeitiger Überlegungen aber die „Abkühlung der Rechtsregierung“ im Jahre 1987 diese Erkenntnisse überlagern, degradieren sich die GRÜNEN selbst zum 2. kleineren Übel. Nur wenn die GRÜNEN bei entsprechenden parlamentarischen Konstellationen an den wichtigsten Forderungen festhält, offen für grundlegende Veränderungen eintritt und sich weder von einer großen Koalition noch von Neuwahlen scheitern läßt, entgeht sie der Erstpreisbarkeit und hat die Möglichkeit ihre parlamentarische Existenz zu sichern.

Unsere Forderungen lauten:

Klare Abgabe an Koalitionen in der aktuellen Situation, Festhalten an den wichtigsten Forderungen, die grundlegende gesellschaftliche Veränderungen beinhalten und den katastrophalen Auswirkungen der herrschenden Verhältnisse entgegenwirken.

Klare Festgabe der Forderungen hinter den verschlossenen Türen von Koalitionsverhandlungen.

— parlamentarische Initiativen, die zum Bewußtsein beitragen, daß auch die SPD notwendigen Forderungen entgegensteht, Veränderungen beklagt.

— Unterstützung sozialer Bewegungen und Mitarbeit grüner Funktionsträger und Parlamentarier.



Es darf weiter regiert werden, Jochen Viehauer, Mitglied der Grünen-Landtagsfraktion, gratuliert Börner nach dem gescheiterten Mißtrauensvotum der CDU.

CHAOS in HESSEN

Unternehmer drohen mit Kapitalismus
SPD und GRÜNE protestieren

Verhandlungen mit den Grünen seien Zeichen eines „parlamentarischen Notstands“, denn diese Gruppierung sei „industriefeindlich und damit auch arbeitnehmerfeindlich“ (1). Die Grünen beabsichtigten, „unsere demokratische Gesellschaftsordnung zu zerschlagen“ (2). „Grüne gewahren ökologischen Zielen einseitig Priorität. Diese Einseitigkeit gefährdet Arbeitsplätze“ (3). „Einem möglichen neuen Bündnis mit den Grünen in Hessen dürfen die Arbeitsplätze in Hanau nicht geopfert werden“ (4). „Wir halten es für ganz unverständlich“, Herr Börner, „woher Sie das Zutrauen ableiten, mit einem grünen Umweltminister noch eine unserer Industrie zuträglich, an den Interessen der in der Chemieproduktion beschäftigten Arbeitnehmer orientierter Industrie zuträglich, an den Interessen der in der Chemieproduktion beschäftigten Arbeitnehmer orientierter Politik betreiben zu können“ (5). „Die weitreichenden Kompetenzen des grünen Umweltministers in Hessen führen zu einer Verunsicherung der Wirtschaft. Wichtige Investitionsentscheidungen für die Zukunft und damit neue Arbeitsplätze werden verhindert“ (6). Und dann die Drohung: „Wenn den Grünen zugestanden wird, daß sie etwa für Gewerbeaufsicht und Arbeitsschutz zuständig sein sollen, wird die breite Arbeitnehmerschaft empfindlich reagieren. Das sollte man besser nicht provozieren“ (7).

Eine Unverschämtheit sei es, rief Börner im hessischen Landtag aus, parlamentarische Mehrheitsentscheidungen durch Druck von außen korrigieren zu wollen. Sie machte sich zum Spießgesellen von Interessengruppen, warf Sieger der Bundesregierung angedacht ihrer Zustimmung zur Kampagne gegen die „rot-grüne“ Koalition im Bundesrat vor. „Hier ist hier eigentlich der Souverän, die demokratischen Parlamente oder die Industrielobby?“ fragte der grüne Realo Jo Müller in der gleichen Debatte. Sein hessischer Kollege Roland Kern sah in solchen Äußerungen eine Bewährung des Weges der hessischen Grünen: „Wir haben ins Schwarze getroffen“. Am scharfsten fiel die Reaktion der DKP aus. Sie sah in den Drohungen gegen das „rot-grüne“ Bündnis nicht nur „eine Steigerung des Verfassungsbruchs“, sondern erkannte sogar einen „stapelschleichenden Charakter“ (UZ, 23.10.85). Unvermeidlich natürlich auch, daß „Weimarer Verhältnisse“ beschworen wurden.

Neuaufgabe der Chaos-Kampagne

Nun gilt es vorab einen kleinen Trick zuzugeben. Alle eingangs aufgeführten Zitate sind nicht Bestandteil der BILD-, CDU- und Unternehmens-

bände-Kampagne, die nach dem Koalitionsbeschluß vom 17.10. einsetzte und in den Drohungen mit Investitionsverlagerungen in Hessens Nachbarländer ihren Höhepunkt fand. Die Äußerungen stammen zum Teil und von sozialdemokratischen Gewerkschaftlern, Fangen wir mit der letzten (7) an. Die Drohung mit den empfindlichen Arbeitnehmern, die man nicht provozieren sollte, hat der als gar nicht mal so rechts geltende hessische DGB-Vorsitzende Jochen Riechert ausgesprochen (Interview in der BILD-Zeitung vom 10.6.85). Die anderen Besorgnisse: (1) Rede des SPD-Bundestagsabgeordneten und damaligen IG Bergbau-Vorsitzenden Adolf Schmidt (zitiert in FAZ, 10.6.85). (2) Anzeige von Betriebsräten der Hanauer Nuklearfirma Nukem, Alkem, KBÜ und Transnuklear (zitiert in „Welt der Arbeit“, 4.4.85). (3) Rede von Hermann Rappe, SPD-Bundestagsabgeordneter und IG Chemie-Vorsitzender auf dem Hamburger Neujahrsempfang der IG Chemie („Linschau“ 2/85). (4) Rappe-Rede auf der Betriebsversammlung der Hanauer Nuklearbetriebe (FR, 4.6.85). (5) Brief von Betriebsräten der Hoechst AG an Holger Börner (zitiert in FR 10.6.85). (6) Hermann Rappe nach der hessischen Koalitionsvereinbarung in einem Interview der BILD-Zeitung vom 19.10.85.

Was ist denn nun dran an den Besorgnissen von Sozialdemokraten und Grünen, diese Republik sei in Gefahr? Erst einmal spielte sich das ab, was politisch den Prozeß „rot-grün“ zusammenarbeit von Beginn an begleitete: die Warnung vor dem Chaos für Wirtschaft und Arbeitsplätze, eine Warnung, für die nicht unerhebliche Teile der Gewerkschaften immer gern ein offenes Ohr hatten. Mit dem Koalitionsbeschluß steigerte sich diese Warnung der Rechten im Lande zu einer erneuten Propagandakampagne (typisch dafür die BILD-Zeilungs-Schlagzeile vom 21.10.: „Die gute Nachricht: Arbeitsplätze, Löhne — Hurra, aufwärts! Die schlechte Nachricht: Wegen Rot-Grün. Firmen flüchten aus Hessen“). Was dabei an konkreten Beispielen der Firmenverlagerungen genannt wurde, erwies sich entweder als Windes, politische Drohung (Hoechst) oder in einem Fall, Schwarzschildung. Batteriefabrik Sonnenschein in Bodingen, als möglicherweise einziger ersatznehmender Fall eines Umweltverschmutzungs, der kaum noch eine andere Chance als die „Flucht“ hat, da die Spuren seines Umweltschadens beim besten Willen nicht mehr zu verwischen sind.

(Fortsetzung nächste Seite)

Fortsetzung von vorheriger Seite

Grüne: staatstragend

Hoechst-Chef Hilger hatte mit dem lauten Nachdenken über mögliche Investitionsverlagerungen den Anfang gemacht (wie übrigens bereits im Juni sein Vorgänger Sammet). BDI-Chef Langmann äußerte ähnliche „Befürchtungen“. Metallarbeitgeberchef Stadler befürchtete einen „Mißbrauch der Vorschriften zur Behinderung der Industrie“. Parallel dazu kochten CDU-Politiker ihr Suppchen: Wollmann sah eine „Kampfunlage an die Arbeitnehmer und die moderne Industriegesellschaft“. Tandler sah eine „Koalition des Schreckens“ heraufziehen. Geflügel sah bereits für den Bund den „Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft“, Spangier bezeichnete die Grünen als „eindeutige Bedrohung der Wirtschaft“, die CDU-Chefs der an Hessen angrenzenden Länder Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern boten ihr Regierungsgelände wie Sauerbier als den idealen Unternehmensstandort an, usw. Letzteres betreiben in anderer Verpackung und nicht gerade mit Warnung vor dem grünen Chaos auch Leute wie Dohmann mit ihrem „Unternehmen Hamburg“.

Wettlauf um die wirtschaftliche Kompetenz

Sieht man einmal davon ab, daß hinter dem offensichtlichen Anpreisen der eigenen Standorte immer auch die Hoffnung auf Abwerbung steht, ist dies allerdings ein völlig nebensächlicher Aspekt der aktuellen Kampagne. Das Mittel, mit der Sorge um das Wohl der Wirtschaft und der Arbeitsplätze Stimmen zu sammeln, hat vielmehr mit einem Vorwahlkampf für 1987 zu tun, der an der Front ausgetragen wird, die voraussichtlich über die neuen Mehrheitsverhältnisse entschieden wird. Dabei geht es um die Frage, wer in den Augen der Wähler der „Mitte“, insbesondere der Arbeiter und der technischen Intelligenz, den Streit um die wirtschaftliche Kompetenz gewinnt. Die CDU, die sich auf die Unterstützung der Unternehmer verlassen kann, hofft mit der Chaos-Propaganda vor allem, daß Druck ausgeübt wird auf den rechten SPD-Flügel und die Gewerkschaften, die — siehe die Eingangszitate — durchaus empfänglich für diese Kampagne sind. Allerdings sollte dabei die konkrete Druckmöglichkeit der Unternehmen auch nicht überschätzt werden. Zwar stimmt, was die „FAZ“ schreibt, daß „ohnehin selbstverständlich ist und jedermann weiß, die Industrie kalkuliert bei ihren Standort- und Investitionsentscheidungen auch Vorteile oder Behinderungen“.

„Wichtig ist, daß die Industrie nicht nur aus Standort- und Investitionsentscheidungen auch Vorteile oder Behinderungen ein, die auf politische Verhältnisse zurückgehen“ (23.10.). Aber, kein Unternehmer wird, wie ein Sprecher bekannte, so mit nichts für nichts „aufgrund einer aktuellen politischen Situation Standorte verlagern“ (FR, 22.10.). Nachdem sich der erste Pulverdampf verzogen hatte, plädierte denn auch der hessische Bankenverband für „mehr Gelassenheit ... mehr Sachlichkeit und Distanz“ bei der Beurteilung der Lage im Hessen-Land und verwies darauf, daß auch im Saarland mit Jo Leinen im Amt „sich bisher nichts Grundlegendes geändert hat“ (Hamburger Abendblatt, 23.10.).

So dürfte denn der Zweck der Übung neben dem Vorwahlkampf darin bestehen, der SPD und den Grünen unmissverständlich zu versichern zu geben: Leute ohne uns läuft nichts, ihr glaubt doch wohl nicht im Ernst, gegen die Industrie regieren zu können. Otto Wolff von Amerongen hat dies ganz cool ausgesprochen. Um aus diesem Bundesland abzuwandern, „dafür ist die Struktur in Hessen zu gut“. Doch könnte sich diese Haltung ändern, wenn sich „aufgrund antizipierender Hemmnisse die Entwicklungsmöglichkeit der Industrie verringert“ (FR, 29.10.). Und selbstverständlich hat die SPD diese Lektion begriffen. Hält man sich nicht nur am wortgewaltigen Gedröhne von Börner und Siegel auf, so entdeckt man auch die Versicherung: „daß die Landesregierung im Rahmen der geltenden Gesetze handelt und auch in Zukunft handeln werde“ (Börner Regierungserklärung im FR, 23.10.). Daß die Sozialdemokraten der Industrie „nicht nur eine Bestätigung, sondern eine Entwicklungsperspektive“ geben (Börner laut FR, 31.10.), Hessens Leistungsfähigkeit sei nicht nur überdurchschnittlich gering, sondern das Land biete Unternehmen „auch weiterhin hervorragende Standortvoraussetzungen“ (FAZ, 31.10.). Wer will da noch klagen? Also alles bestens mit der Ausbeutung im Lande.

So sehen das auch die hessischen Grünen, die während dieser Kampagne erstmals ihre Bereitschaft, staatstragend zu wirken, unter Beweis stellen durften. Ihre Bundestagskollegen Heinz Suhr und Hubert Kleinert konzentrierten die Chaos-Kampagne mit dem begeisterten Hinweis auf Hessens wirtschaftliche Leistungsstärke. Otto Schily lobte sogar die Spitzenstellung des Landes bei der Arbeitsproduktivität. Und Joschka Fischer tat das, was ein Minister in diesem unserem Lande unter diesen unseren Verhältnissen tun muß. Er erklärte, „daß Recht und Gesetz im Umweltbereich genauso zur Anwendung kommen, wie in jedem anderen Bereich“ (FAZ-Interview, 1.11.85). Eben, eben, das ist es ja. So wird denn dieser „Anwalt der Umwelt“ (Fischer über Fischer) vorgetragen, wie er sagt, „die seitens der kannten Vollzugsdefizite bei der Anwendung des Umweltschutzes“ zu schließen versuchen. Damit ist auch schon der Handlungsrahmen fast beschrieben, zählt man noch das Bemühen hinzu, „so weit wie möglich den Konsens mit der Industrie zu suchen“. Grüne Realpolitik mag damit zu machen sein, aber was soll das ändern? Man muß entweder entschieden naiv sein oder ein sehr sonniges Gemüt haben, um Karl Kerschgens, den Staatssekretär in spe, ernstzunehmen, wenn er im gleichen Interview die Reaktionen auf den bevorstehenden grünen Amtsantritt als so „gewaltig“ ansieht, daß die Hoechst AG jetzt schon „Gründer investiert hat, um bestimmte Mißstände abzustellen. Die wissen genau: Da kommen jetzt Leute, die lassen in Umweltfragen keine Fünf gerade sein. Da findet eine Klimaveränderung zugunsten der Umwelt statt“, derweil sitzt Unternehmerlein zitternd daheim und denkt, was soll erst werden, wenn die mal regieren.

Diese der Sozialdemagogie entlehnte Verbalphrase, dürfte wohl doch weniger Naivität sein, denn der gleiche Kerschgens will jetzt endlich auch eine grüne, „ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik — im Rahmen einer Marktwirtschaft — im Gegensatz zum Modell der Staatseingriffe“ (FAZ, 1.11.). Das ist neben der Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols ein weiterer Press für die Koalition. Auf Bundesebene bleibt da nur noch das Verhältnis zur NATO und Bundeswehr zu klären, dann könnte es auch so reichen. Der Trend ist eindeutig. So wird man die Grünen wohl bald vergessen können, schließlich haben wir bereits eine SPD.

hr.



Run-away-Joschka

Kein Grüner ist vom SPIEGEL mit so viel Public Relations und Propaganda gefördert worden wie Joschka Fischer. Offensichtlich entspricht er in seinem Werdegang am ehesten den Träumen des zynisch-frustrierten, saturierten aber irgendwie linksintellektuell gebliebenen, durchschauten SPIEGEL-Redakteurs. Auf vierzehn Seiten plus Titelbild mit Fischer in Turnschuhen wird dieser Traum in Worte gefaßt. Wir haben spaßeshalber mal alle Titulierungen in der Reihenfolge wie sie gefallen sind aufgeschrieben. Fischer war und ist für die SPIEGEL-Redakteure „Industrieschreck ... Reink mit dem Cliché-Image ... intellektueller Rowdy ... eine Mischung aus Roadie und Rowdy ... ein fanatischer Dauerdiskutierer ... der aussieht wie die Typen, die dem Ruhrpott-Schläger Schi-

manski Spitzeldienste leuten ... ein Agitator ... ein Reale-Grüner mit kernigem Proleten-Gebäue ... ein ehemaliger Vorbestrafter und Drogenkonsument im Schlapperlook ... Run-away-Joschka ... schwäbischer Rebell ... Kriegshauptling der Frankfurter Sitte ... drahtiger Spontis-Oberspott ... Ionesco hero der Großstadt ... bildungshungriger Metzger ... einer der härtesten Streetfighter ... Schützentr ... Symbolfigur für linksliberale Intellektuelle ... Joschka mit dem Schnuller ... Profi ... Ex-Straßenkämpfer ... alternativer Aufsteiger ... Bürgerschreck ... Spontifex Maximus ... Troubleschooter der alte Wilde ... Joschka-Horror Picture-Show ... Autodidakt ... (politisch) Trübsüßiger ... der Strategie ... Tafelberg ... Filmstar ... Altpolitiker der ewigem schlagstarke Widerstands kämpfer“ (alle Zitate aus SPIEGEL, 4.11.85). Kurz zusammengefaßt: der erste grüne Minister mit einem Duft

von Abenteuer und großer weiser Mühsal. Nüchtern sieht Börner im gleichen SPIEGEL ihn als Repräsentanten der „kritischen Teile der jungen Generation“ (wieser/jung?), „die sich korrigiert hat und in unserem Staat mitarbeiten will“, deren „Impuls unsere Demokratie braucht“. Dem Joschka und all denjenigen, „die sich in diesen Staat integrieren wollen, das parlamentarische System anerkennen und vor allem in der Gewaltfrage eine klare Haltung haben“, „habe ich ein Angebot gemacht“, erklärt Börner sein Koalitionsangebot.

Und wofür das alles? Nicht für „die beste Möglichkeit sozialdemokratische Politik zu machen“, denn die „ist natürlich die sozialdemokratische Mehrheit im Parlament“. Wohl aber für rot-grün in Hessen, die „zweitbeste Lösung“ sozialdemokratische Politik zu machen, so Börner. That's it, Joschka. Run away.

Augen zu und durch! Hessische GRÜNE beschließen Koalition

Sonntag, den 27.10.85, Landesversammlung der Hessen-Grünen in der überfüllten Hugenottenhalle von Neu-Isenburg. Es geht auf die Entscheidung zu und die Koalitions-Realos, allen voran die Crew um das ehemalige Frankfurter Spontimagazin „Pflasterstrand“ zeigen Nerven: Mit Wutgeschrei, Schweißausbrüchen und Pöbeleien quittierten sie den Antrag eines Marburger Fundis, die Abstimmung über die Koalitionsentscheidung in der Sache von der Personalentscheidung über Joschka Fischer als künftigen Umweltminister, Karl Kerschgens als seinen Staatssekretär und Maria Haibach als künftige Frauenstaatssekretärin zu trennen.

Auch wenn die Grünen berechenbar geworden sind, haben Basisentscheidungen dieser Partei immer noch ein Quenchen von Unwägbarkeit, von Irrationalität; vergleichbar vielleicht einer Gerichtsentscheidung, über die auch erst nach der Urteilsverkündung wirklich Sicherheit herrschen kann. Druck dann auch noch das schlechte Gewissen, weil mensch sich in seinem Inneren über die politische Häßlichkeit und Unmoralität der Entscheidung durchaus im Klaren ist, führen Anträge, die das fast greifbare Ziel doch noch irgendwie gefährden könnten, zu schon grotesken Panikreaktionen, die in gar keinem Verhältnis zu den Chancen des Antrages stehen.

Die Abstimmung lief dann auch glatt durch: Gut zwei Drittel votierten für die Koalition mit Börners SPD, in offener Abstimmung bestätigten die Anwesenden ebenso den Personalvorschlag der Landtagsgruppe Joschka darf endlich Minister werden.

Für diese Koalition an sich gibt es seit längerem eine solide Mehrheit, erst recht nachdem in Nachverhandlungen mit Börner dessen Koalitionsbedingungen (Verabschiedung der zwei noch offenen Haushalte für diese Legislaturperiode in einem Rutsch, Gewährung nur eines Ministerpostens) optisch ein wenig nachgebessert werden konnten. Das eigentliche Problem der Koalition bestand in einem toten Anti-SPD-Demonstranten, genau vier Wochen zuvor in Frankfurt von einem Wasserwerfer der Polizei überrollt. Es mußte in Neu-Isenburg soweit minimiert werden, daß trotz Günter Sars einem Eintritt in die Landesregierung zugestimmt werden konnte.

Dazu wurde „der Punkt Günter Sars“ aus der Koalitionsdebatte wegen seiner Bedeutung herausgelöst und vorgezogen“, wie das Präsidium formulierte. Das war erstmalig geschickt.

Weniger geschickt war eine Erklärung von Bernd Messinger, grüner MdB, Vizepräsident des hessischen Landtages und früher linker ASIA-Vorsitzender der Uni Frankfurt. Er wollte dar, daß der Tod Günter Sars die grüne Landtagsgruppe „unsicher und ratlos“ gemacht habe, Gerade zwischen Polizeiminister Winterstein und ihm habe sich „eine Beziehung“ ergeben, seit der Minister das Projekt eines Ausländerfestes im Landtag so tatkräftig unterstützt hatte. Aus der Ratlosigkeit heraus sei die Landtagsgruppe erst einmal auf Tauschsituation gegangen. Dem Eindruck, alle Koalitionsstützen diesen windelweichen Kuts, konnte Dany Cohn-Bendit jedoch entgegenwirken. Er kritisierte die „defensive Politik“ der Landtagsgrünen, die Rücksicht auf die laufenden Verhandlungen mit der SPD genommen hätten und forderte einen „radikal bösen Streit“ mit der SPD, wenn deren traditionelle Polizeipolitik „Tote auf dem Gewissen“ habe. Gerade zu diesem Zweck sei jedoch der Eintritt in die Koalition durchaus der geeignete Schritt. Das hatte bei ihm wenige Tage zuvor durchaus anders geklungen: In einem FAZ-Interview (16.10.) war Cohn-Bendit noch für Neuwahlen eingetreten. Davon war nun nicht mehr die Rede. Doch sowohl auf diesen wie auch auf folgende linke und fundamentalistische Redebeiträge gab es eine eher schwache Resonanz unter den ca. 1.200 Anwesenden. Die koalitionswillige Mehrheit wollte sich in ihrer Entscheidung weder durch rationale noch durch emotionale Argumentationen beeinflussen lassen: Unbeeindruckt ließ sie der Vorwurf, daß SPD-Minister Winterstein mit der Einsetzung eines „unabhängigen Untersuchungsausschusses“ offensichtlich Veruschungsmaßnahmen zu Günter Sars Tod nach französischem Vorbild in Sachen Greenpeace vorzunehmen wollte. Unbeeindruckt ließ sie, daß die dafür vorgesehene Person namens Erkel vormals Mitglied im Schleier-Krisenstab gewesen war. Unbeeindruckt ließ sie Wintersteins demonstrativer Persönlichkeit für polizeiliche Übergriffe nach Günter Sars Tod gegen Demonstran-

ten. Und unbeeindruckt ließ sie der daraus resultierende Vorwurf der Komplizenschaft mit einer staatlichen Totschlagpolitik. Ein Genosse versuchte es noch auf andere Weise: „Hier wird mit dem Bauch entschieden, der halb richte ich meinen Appell an euren Bauch. Euer Bauch ist zu fett, ihr freßt zu viel Schweinefleisch, ihr soust zu viel Bier, eure Kleider sind zu warm, ob aus Wolle oder Leder. Und ihr schlaft zu gut.“ Doch auch das half nichts.

Angenommen wurde „zum Punkt Günter Sars“ — schubfachlich eine realpolitisch-orientierte Erklärung, die auf eine Demokratisierung der Polizei abzielt, Verbot des Binwases von Wasserwerfern, Namensschinder an Polizeiuniformen und ähnliches. Die Erklärung verzichtete nicht auf eine Distanzierung von Gewalttätigkeiten während der Protestdemonstrationen nach Sars Tod und war in Grunde ein Produkt liberaler Abgewogenheit, was das Gegenteil radikaldemokratischer Einseitigkeit ist. Die Antragsteller mußten erst dazu aufgefordert werden, einen Satz zur Solidarisierung mit den Demonstrationen aufzunehmen. Mit einiger Mühe konnte auch die Forderung nach sofortiger Installation eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Tod von Günter Sars gemeinsam verabschiedet werden.

Mittlerweile hat im hessischen Landtag eine Altparteienkoalition gegen die Grünen den Antrag auf Errichtung eines solchen Untersuchungsausschusses abgelehnt, und wir war es kaum gespannt auf, wie die Grünen im Landtag diese Brückierung mit perleichen Schweigen übergehen werden.

Immer lustig und vergnügt...

Geschmackvoll kam man vom „Punkt Tod von Günter Sars“ direkt zu einer sogenannten satirischen Einlage des „Vorläufigen Frankfurter Fronttheaters“. Dem satirischen Programm der „Szene-Graffiti“ („Jutta Dittforth ist der alternative Volksgeschichtshof“) mußte eine Schweigeminute für Günter Sars geopfert werden. Die nun folgende Koalitionsdebatte verlief ohne weitere Höhepunkte. Sie beschränkte sich mehr oder weniger auf den Austausch mehrfach gehörter prinzipieller Argumente für oder gegen die „Machtbeteiligung“.

Auch ein noch in der Nacht zuvor gefaßter Beschluß des grünen Bundesausschusses brachte keine neuen Aspekte ein: „Das vorliegende Verhandlungsergebnis mit der SPD bringt die Grünen in einer für unsere Existenz als eigenständige ökologische und soziale Partei entscheidenden Situation an den Rand unserer Glaubwürdigkeit...“ Der BHA empfiehlt deshalb Nichtannahme der Koalitionsvereinbarungen und Neuwahlen.

Künftige grüne „Machtpositionen“

Vom Ergebnis her bleibt dem künftigen Umwelt- und Energieminister der interessanteste Bereich der „Machtausübung“ in diesem Sektor unzugänglich: Genehmigung und Aufsicht von Atomanlagen verbleiben auch weiterhin beim SPD-Wirtschaftsminister. Dafür wird Joschka Probleme mit dem hessischen Giftmüll bekommen. Die Basis verpflichtete ihn, den Export von Sondermüll nach Schönberg in der DDR zu unterbinden.

Die an sich u.U. reizvolle Position der ersten Frauenministerin in der BRD konnte ebenfalls nicht durchgesetzt werden. Die Schaffung einer Staatssekretärin für Frauenfragen soll nun der Einstieg in das Frauenministerium für 1987 sein. Vorerst wird Maria Haibach sich um Profil gegen die neue „Bevölkerungspolitik der Landesregierung für Frauenfragen“, Wissen schalltministerin Vera Rüdiger, bemühen müssen, die das Thema den grünen Frauen natürlich nicht einfach überlassen wird.

Der künftige Umweltminister gab als Kostprobe seines Könnens in der Woche nach Neu-Isenburg eine Reihe von Interviews u.a. im „Spiegel“, im „Stern“, in „FAZ“ und „Frankfurter Rundschau“. Den Höhepunkt bildete dabei auch bereitwilligster Meinung seiner Frau ein Interview in der „Hessenschau“ der ARD, als er dem (wohlwollenden) Moderator schlicht und bündig mitteilen konnte oder wollte

Fortsetzung nächste Seite

Die DKP entdeckt die Realos für den Kampf gegen Rechts

Fortsetzung von vorheriger Seite

Dies offenbar zum einen eine bewußt misserregende Inkompetenz der künftigen Fachminister, vor allem aber wohl auch eine Angst, noch vor dem Termin der Verteidigung von Bormes den Stuhl wieder vor die Tür gestellt zu bekommen, wenn er auch nur ein falsches Wort sagt.

Die Hessen-Grünen haben sich für die sog. „Teilhabe an der Macht“ entschieden. Sie begründen dies heute kaum noch mit realen Einflußmöglichkeiten, sondern nur noch mit Sachzwängen und Taktik. Sie treten dabei in eine Regierung ein, die die Mitverantwortung dafür trägt, daß erstmals in der Nachkriegsgeschichte ein Demomstrant auf einer Kundgebung gegen Faschisten getötet wurde. Jeder längere Reformist vom Schlage eines I. Hermann würde schon aus Gründen der Selbsterhaltung und um künftiger Reformwünsche willen einen solchen Schritt nicht vollziehen. In Hessen sind derzeit keine klugen Reformisten am Werk, aber zwei Drittel der aktiveren grünen Basis identifizieren sich mit diesem Weg.

Angeichts dieser Lage nicht die innerparteiliche Opposition vor einem Dilemma. Das klägliche Bild in diesem Dilemma boten die hessischen Anhänger der eingegangenen Zeitung „Moderne Zeiten“ (MOZ). Ihr Vorredner Michael Stamm war eigens aus Hamburg angereist, um ihnen wieder einmal einen besonders durchtriebenen Plan anzuschreiben. Mit dem Vorwurf einer Stimmenthaltung würden unehere Grüne ihre Opposition zur Koalition ohne allzu hohe Hemmschwellen zum Ausdruck bringen können, so sein Rat.

Der Plan war eigentlich genial, bloß irgendwie hatte jeder eine Meinung. Nach mehrfacher Aufforderung von Seiten der ISP Fans zählte die Versammlungslösung auch die Enthaltungen aus. sieben.

Die Fundis/Radikalköologen wollen nun eine innerparteiliche Opposition organisieren und fordern zum geschlossenen Auftreten aller, die die hessische Realpolitik ablehnen. „Auf Nach ihren Angaben haben sich bei ihnen etwa 150 Interessierte gemeldet. Mit ihnen wollen sie sowohl Aktionen organisieren als auch eine Perspektiven-Utopie-Diskussion grüner Politik jenseits des parlamentarischen Systems.“

Die Linken/„Ökosozialisten“ haben bisher in Hessen keine gemeinsame Perspektive in den Grünen benannt. Aus einzelnen Diskussionsbeiträgen deutet sich aber an, daß sie die grüne Partei nicht mehr als ihr alleiniges politisches Identifikationsfeld sehen und sich aus der Rolle des „ideellen Gesamtgrünen“ verabschieden, der aus brav seine „konstruktive“ Politik macht, nicht „unnötig polarisiert“ etc. Spätestens mit der Entscheidung für die Koalition zu den hessischen Geschäftsbedingungen können die Grünen jedenfalls nicht mehr als der Schwerpunkt linker politischer Betätigung gesehen werden, allenfalls als ein „Arbeitsfeld“, das man noch mitnehmen muß.

Von den „sozialen Bewegungen“ hat sich diese Partei jedenfalls abgekoppelt und wird dort heute auch nicht mehr ernstgenommen. Es sei denn, als Zielobjekt für Entwürfe. Neuland war das Bad Godesberg der Grünen.

ih., FFM

Die DKP bezieht nach langer Zeit vorwärtiger Zurückhaltung erstmals klar Stellung zu den Strömungsausgleichssetzungen in den Grünen. Favoni sind eindeutig die Realos. Die Kampagne gegen die „rot-grüne“ Koalition war für die Parteizeitung UZ Anlaß für die dramatische Feststellung: „Was sich jetzt in und um Hessen abspielt, stellt eine Steigerung an Verfassungsbruch dar, die alarmiert ... Die Drohung mit dem Mißbrauch wirtschaftlicher Macht durch Abzug der Produktionsmittel aus Hessen, sie hat staatsstreichenähnlichen Charakter“ (U.Z. 23.10.85). Als dann gar im hessischen Landtag das CDU-Mehrheitsvotum gegen Bormer mit den Stimmen der Grünen abgelehnt wurde, da stand für die DKP fest: „Die Mehrheit links von der CDU ist also in Hessen eine politische Realität ... Und überall haben sich die Bedingungen für die Einigung aller demokratischen und linken Kräfte gegen die Politik der Wollmann, Kohl und Dreger verbessert“ (U.Z. 23.10.85). Störfaktoren sind dabei offensichtlich nicht nur die Rechtskräfte, sondern auch die Fundamentalsoptionen innerhalb der Grünen, die, wie die UZ bedauernd vermeldet, ebenfalls gegen die Koalitionsvereinbarungen arbeiten und Unmut darüber äußert, daß „angeblich“ (O-Ton UZ) auf zentrale grüne Forderungen verzichtet worden sei (UZ, 19.10.85).

Zusammenführung der Kräfte links von der CDU/CSU

Parteivorsitzender Herbert Mies hat in seiner jüngsten Rede vor dem Parteivorstand der DKP die bündnispolitische Orientierung für die Bundestagswahlen 1987 vorgegeben (abgedruckt in der Beilage der UZ vom 31.10.85). „Drei Dinge braucht unser Land“, heißt es da. Abstraktion, vorrangig die Abkehr von SDI, Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau sowie Wiederherstellung aller demokratischen Rechte, die unter der derzeitigen Regierung abgebaut wurden.

Es gehe zwar um die Durchsetzung einer anderen Politik, notwendig sei aber zunächst die Absetzung der derzeitigen Regierung. Die politischen Positionen der Rechtskräfte seien instabiler geworden, die Gegenpositionen im Lager der SPD, der Grünen und selbstverständlich auch der DKP gestärkt. Mit den Veränderungen in der SPD und dem Einzug der Grünen in den Bundestag ergäben sich „neue Möglichkeiten für eine Sammlung der Kräfte links von der CDU/CSU, für die Schaffung einer parlamentarischen Mehrheit links von der CDU/CSU.“ Diese Idee sei „eine Aktionsorientierung“ und die DKP begrüße es, „daß sich in Hessen eine Koalition aus SPD und Grünen formiert. Das ist ohne Zweifel von beträchtlicher Bedeutung für das politische Leben in der Bundesrepublik, für die Entwicklung neuer Erfahrungen bei der Zusammenführung der Kräfte links von der CDU/CSU.“

Die „führenden Kräfte des Großkapitals haben alles in ihren Kräfte stehende getan“, um die hessische Koalition zu verhindern. Aber sie konnten sich nicht durchsetzen. „Einmal mehr ist deutlich geworden. Die Rechtskräfte können nicht schulen und wahren, wie sie wollen.“ „Der Beweis ist erbracht, daß die Formierung einer Koalition aus SPD und Grünen in der Bundesrepublik möglich ist.“ Erwartet wird von der hessischen Koalition „eine Regierungspolitik, die sich auf die Kraft der demokratischen außerparlamentarischen Bewegungen stützt.“ Nach einiger vorsichtiger Kritik an Rau und gutgemeinten Tipps an die SPD geht's dann endlich zur Sache, welche Rolle die DKP dabei zu spielen wünsch.

Ran an die Grünen

Die Polarisierung zur Rechtsregierung werde 1987 „eine gewaltige Sogkraft auf das Wahlerpotential der Grünen und der Friedensliste ausüben. Darauf baut sich heute schon erkennbar eine

Strategie auf, die die Grünen aus den Parlamenten herauskatapultieren und natürlich auch dem politischen Spektrum der Friedensliste eine parlamentarische Vertretung verweigern möchte. Köme diese Strategie zum Tragen, dann würden die Kräfte links von der CDU/CSU ein beträchtliches Stimmpotential verlieren. Das würde die Wahrscheinlichkeit einer Neuaufgabe der Kohl/Genscher-Regierung erhöhen.“

Daraus folgende Konsequenz: das Ringen „um neue Formen des politischen und wahlpolitischen Zusammengehens“. Grüne und die Friedensliste müßten „nach einer für alle Beteiligten akzeptablen Lösung suchen ... Guten Willen und politische Phantasie vorausgesetzt, lassen sich ... Lösungen finden, die allen Kräften links von der CDU/CSU die Möglichkeit einer Vertretung im Parlament eröffnen“. Die Grünen können mit einer Reihe von Angeboten der DKP und der Friedensliste rechnen, denn — so Mies — „darauf sollten jetzt in den einzelnen Bundesländern Gespräche in Gang gesetzt werden“.

Das DKP-Gerede von den „Linkskräften“ sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie eine Politik einschlagen, die „Rechtskräfte“ in der Linken, hier bei den Grünen, zu markieren. Denn mit den Realos läßt sich diese beunruhigende Politik gegen rechts am ehesten verwirklichen, bzw. muß man wohl sagen, daß diese schon längst da angekommen sind, wo die DKP gerne hinhöhen. Es ist schon atemberaubend, wie die DKP regelmäßig mit der Sensibilität eines Elefanten in der Leichenstube an den zentralen Entwicklungen und Auseinandersetzungen in der Linken vorbeigeht. Denn die Realos wollen und brauchen sie nicht und die mit dem Rücken an der Wand stehenden linken Grünen werden sich mit Sicherheit für diese Hilfe bedanken. Mies, mies.

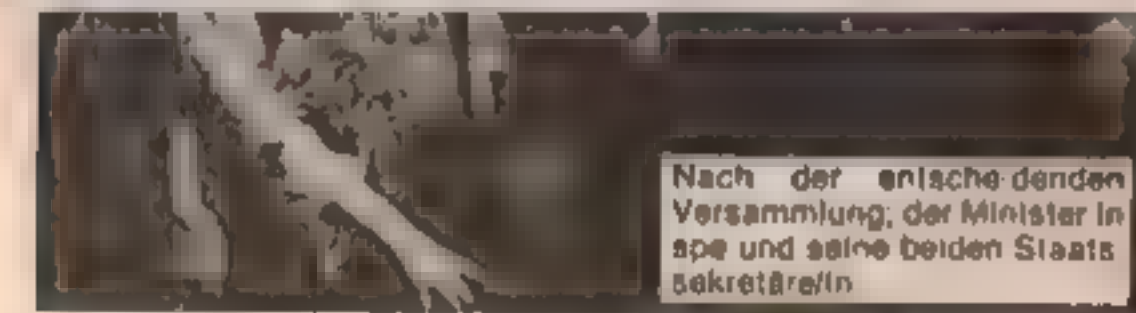
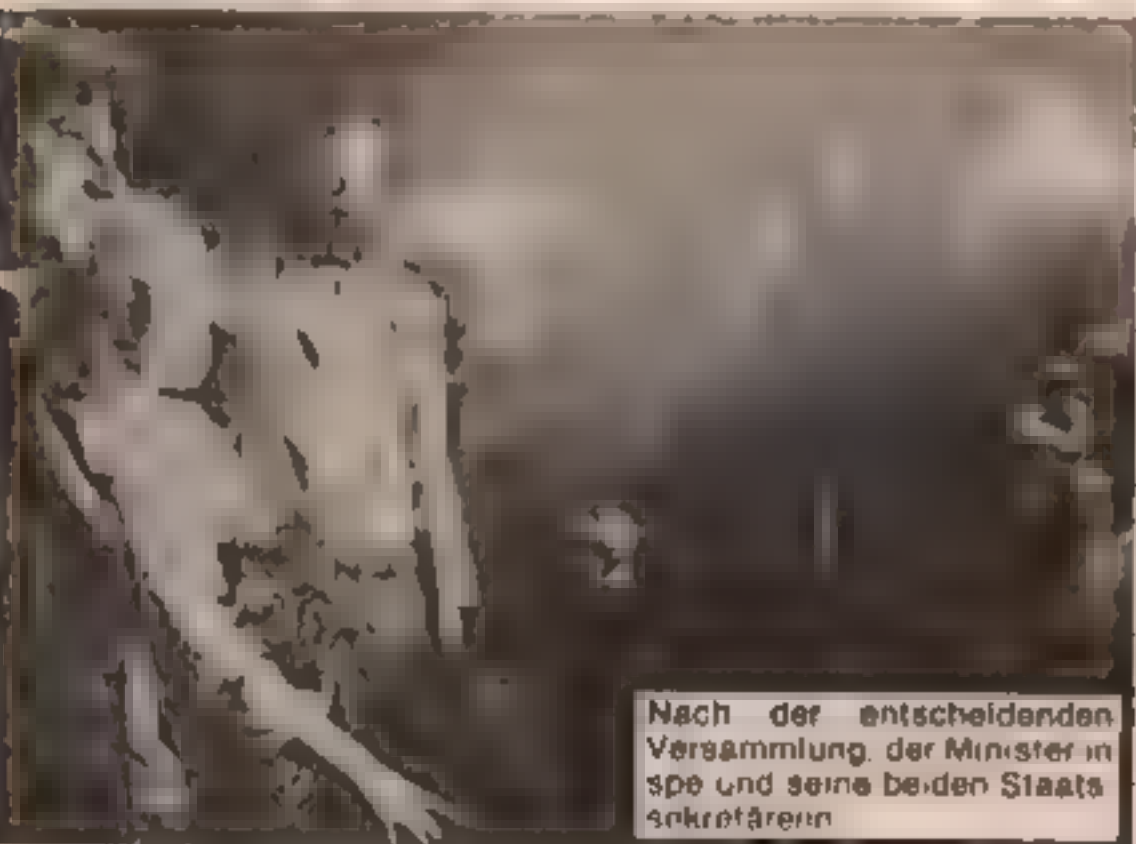
ih.

1. Bundesfrauenkongreß der GRÜNEN: Grüne Frauen im Aufbruch oder Niedergang?

Die 1. Bundesfrauenkonferenz der Grünen im Oktober 1985 stand unter dem Druck der allgemeinen Hochkonjunktur, die Frauen gegenwärtig, besonders wegen der anstehenden Wahlen in Stadt und Land, bei allen etablierten Parteien nachgezogen mit ihren Quotierungsforderungen für nicht Frauen in die Parlamente, mit der neuen Familienministerin Söbuth, die Sympathie bis hinein in die Frauenbewegung genießt, wie auch die schwerlich-leblosende Berechnung der EMMA, „Lovely Rita“, zeigt. Die Grünen, die noch vor wenig Monaten den Ruf einer Partei mit besonderer Sensibilität für die Frauenfrage genossen, geraten mehr und mehr ins Abseits auch in der Frauenpolitik. Die Bonner Frauen haben zwar noch wenige Tage vor dem Frauenkongreß ihre Antidiskriminierungsgesetz der Öffentlichkeit vorgestellt, aber auch diese Initiative bleibt zunächst eine der Bundesarbeitsgruppe Frauen, denn innerhalb der Grünen ist bislang weder das Gesetz noch die politische Umsetzung diskutiert worden.

Die grünen Frauen haben es in der Öffentlichkeit an Frauenpower nicht fehlen lassen. Während in Hamburg noch vor den Bürgerschaftswahlen mit der Parole geworben wurde „Auf unserer Liste kandidieren auch Männer“, wird bundesweit gefordert: „Das Patriarchat muß fallen!“, wie Waltraud Schoppe es nannte, oder Christa Nickels: „Macht ohne Frauen ist unmenschlich. Weiblichkeit ohne Macht ist Gefühlskuselei. Feminismus ist Weiblichkeit an der Macht und Macht weiblich zu machen“. Das sind große Worte, die aber leider auch von Christa Nickels nicht konkretisiert werden. Die Grüne Partei, ihre Politik und die vier Grundätze (ökologisch, sozial, gewaltfrei und bündendemokratisch) per se als feministische Politik hinzusetzen, bleibt eher Ausdruck einer hilflosen Wirklichkeit grüner Frauenpolitik. Hinzu kommt der Anspruch der Frauen, die Gremien paritätisch zu besetzen, wenn möglich sogar reine Frauenlisten aufzustellen, Vorstände zu übernehmen und demnach auch noch die geforderten Frauenministern zu besetzen. Diese politisch zweifellos hohen Ansprüche stehen gegenwärtig in keinem Verhältnis zur Wirklichkeit der grünen Frauen. Mehr und mehr geraten sie mit der Einklassung dieser Versprechen unter Zugzwang. Dennoch müssen die grünen Frauen es sich gefallen lassen, an diesen Ansprüchen gemessen zu werden.

Fortsetzung nächste Seite



Langer Marsch ... und linke Karrieren

Fischer hat's geschafft. Gratulation! Möglicherweise ist er — früh schon — auf dem Karriere-Zenu. Aber Sieger ist er nicht. Jo Leinen war schneller. Gratulation.

Nicht Josef Martin Fischer, möglicher hessischer Minister für Umwelt und Energie ab Dezember 1985, nein, Josef Leinen, saarländischer Umweltminister seit März 1983 ist der erste grüne Minister in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwei Wege, ein Ziel. Der eine Josef — ein ungeklärter Bürgersechse, der sich nur einmal in der Woche (montags) rasiert. Der andere Josef — immer gut informiert, smart, sympathisch schwebend. Der eine beim „Revolutionskampf“, „Straßenkämpfer“, Kriegshauptling des Häuserkampfes, Spontifex Maximus. Der andere, der Container Jo aus Bröckdorf, der Vorsitzende des BBU, der Hintermann der Loebener Deeskalationsgespräche, der Chef der Friedensbewegung. Der eine Josef von „Wir wollen alles“ zur „Politik der kleinen Schritte“, der „Straßenkämpfer“, der sich zum Realpolitiker gewandelt hat. Der andere Josef vom Juso-Funktionär über den sozialdemokratischen Bewegungsfunktionär zum Minister bei der Verwirklichung der kleinen Schritte.

Beide grün, beide Minister für Umweltschutz. Wer kann einen Unterschied in den Zielen nennen? Welchen, daß keiner kann? Was also ist der Unterschied? Der eine kam immer schon über die SPD zum Ziel, der andere gegen sie zum gleichen. Wie löst sich dieser Widerspruch auf? Im Bismarck.

Und noch eine Karriere. Leber zwar, aber nicht weniger spektakulär. Schon mal was von Tilman Fichter gehört? Das ist der, der 1971 zusammen mit Ute Schmidt im Wagenbach-Verlag

das Rotbuch „Der erzwungene Kapitalismus“ veröffentlicht hat, in dem scharfe Kritik von links außen an der Nachkriegspolitik der SPD geübt wird. Dieser Jungendler gehörte dann der Westberliner Gruppe mit dem beziehungsreichen Namen „Langer Marsch“ an. Ende 1983 wurde Tilman Fichter als Berater in die neugebildete Programmkommission zur Runderneuerung der SPD berufen. Seit an Seit mit so illustren Sozialdemokraten wie Egon Bahr, Anja Huber, Heinz Klüncker und Philip Rosenthal. Neue Bestimmung seines langen Marsches soll es jetzt — nach dem Wunsch von Peter Glotz — sein, daß er als Leiter und Trainer einer im Aufbau befindlichen Parteischule Funktionäre der SPD ausbilde. Gratulation! Wir wünschen ihm Hermann Rapper, Adolf Schmidt und Holger Bonner in der ersten Klasse.

Und noch eine Karriere. Aber wir warnen Finger davon, da wird nichts draus! Ernst Hopfischek, Gründungsmitglied der AL Berlin 1978, der grünen Bundespartei 1980, grünes Bundesvorstandsmitglied 1982, Promotor des rechten grünen Landesverbandes Westberlin 1983, einer der Ziehväter (neben Thomas Schmid) der grünen Strömung der Ökoliberalen für Marktwirtschaft und Rechtsstaat, ist im November aus der grünen Partei ausgestiegen. Gratulation an beide. Das kann ja nicht schaden. Seine neue Heimat? Hopfischek jetzt in der Westberliner FDP, der er beigetreten ist. Das wird sicher für beide Spaßig.

Weitere Karrieren? Um Otto Schily machen wir uns keine Sorgen. Aber was wird aus Thomas Schmid (auf ewig Lektor und taz-Redakteur?), was aus Daniel Cohn-Bendit (Theater-Intendant?), was aus Thomas Ebermann (Leiter der Spinnstube)?



Programmatheke Diskussion? ...aber bitte nur mit Konsens

Von 10.000 Frauen, die in den Grünen organisiert sind, kamen ca. 800 zum Bundesfrauenkongress. Aus Partei, Bewegung und Parlament waren „Mütter, Töchter, Omas, Lehen und Heterofrauen, Hausfrauen und Karrierefrauen, Feministinnen und Nichtfeministinnen, Realpolitikerinnen und fundamentale Sozialistinnen, Christinnen und Wertkonservative, Mannweiber und Miezgen...“ geladen. Vorwiegend kamen Frauen aus der eigenen Partei; nur wenige autonome Frauen waren anwesend, Frauen aus anderen Organisationen oder Parteien fehlten fast völlig als Beobachterinnen. Allerdings: Einige autonome Frauen waren extra aus Hessen angereist, um ihren Realpolitikerinnen für das geforderte Frauenministerium und die Koalitionsverhandlung mit der SPD den Rücken zu stärken. Auffällig waren die vielen neuen Frauen bei den Grünen. Auffällig war, daß wenig sogenannte Wertkonservative Frauen auf dem Kongress waren. Und auffällig war auch die bestehende Diskrepanz zwischen den Frauen von Stadt und Land. Während in den Städten oft die alten Bewegungsfrauen die grüne Frauenpolitik bestimmen, sind die Frauen vom Lande oftmals nicht über die Frauenpolitik zu den Grünen gekommen. Daraus ergibt sich, daß diese Frauen zunächst und in erster Linie Erfahrungen austauschen wollen, während sich andere Frauen zurückgezogen fühlen, weil sie sich einer politischen Ausrichtungsdiskussion um grüne Frauenpolitik stellen wollen. In den Arbeitsgruppen führte diese Diskrepanz oft zu Spannungen.

Die Vorbereitung des Kongresses konzentrierte sich auf zwei Teile. Die Strategiedebatte bezog sich auf die Forderung nach einem Frauenministerium, die Koalition in Hessen und interne Fragen wie Frauenlisten und Parität. Für die programmatheke Diskussion hatte die Vorbereitungsgruppe 12 Arbeitsgruppen vorgesehen. Dazu gab es einen umfassenden Reader, der zu allen wichtigen Fragen wie Familienpolitik, Erwerbsarbeit und Quotierung, Gewalt gegen Mädchen und Frauen, Gen- und Reproduktionstechnologien, Staatskneite für Frauenprojekte und andere parallel zu den Arbeitsgruppen Pro- und Kontrastbeiträge veröffentlicht. Beiträge, die sich mit den etablierten Parteien auseinandersetzen, waren für den Reader nicht erwünscht, weil Frau sich erstmalig mit der eigenen Partei beschäftigen sollte. Kritiken gab es dann vor allem von den Müttern und von den Frauen, die sich für Frauenlisten und Vorstände stark machen; sie unprovierten schließlich eigene Arbeitsgruppen.

In den Eröffnungsreden legte Waltraud Schoppe den Schwerpunkt auf die Gewalt gegen Mädchen und Frauen; Sieglinde Fries leistete einen umfangreichen Beitrag zu der katastrophalen ökonomischen Situation der Frauen in der BRD und entwickelte Forderungen nach Existenzsicherung, wobei sie einen gerade gefaßten Beschluß der Bundestagsfraktion der

richtigerhaltung auf dem Plenum entsprechend langweilig und ausgedehnt. Mit einer programmatheke Diskussion hatte das Ganze nicht mehr viel zu tun. Vorsichtig versuchten einige Frauen, bei der Vorstellung der zu verabschiedenden Resolutionen aus den Arbeitsgruppen Kritik anzumelden, so bei der Forderung der Mütter, die generell ihren Babyväter von der grünen Partei bezahlt sehen wollten, die Prostitution als Beruf anerkennen zu lassen, oder auch der Versuch einiger Gruppen, mit ihrer Thematik die Schwerpunkte der Bundestagswahl vorwegzunehmen. Brisant wurde es am Diskussionspunkt zum § 218. Zunächst hatten die Mütter einen Antrag eingebracht, der am ersten Abend den Abschluß des Kongresses forderte, weil sie ihre Kinder ins Bett bringen mußten. Dadurch wurde die Resolution zum § 218 und somit die Forderung nach ersatzloser Streichung auf den nächsten Tag verschoben. Daß dies eine geplante Verzögerung war, merkte Frau am Abend, als leider auch Teile der Organisationsfrauen versuchten, die § 218-Frauen zu bearbeiten, damit sie auf die Einbringung ihrer Resolution verzichten. In der Arbeitsgruppe zum § 218 hatte es nämlich mit den ökoliberalen Frauen wieder einmal harte Auseinandersetzungen um den „Schutz des werdenden Lebens“ gegeben. Diese Debatte wollten einige Frauen nicht im Plenum haben, weil, das macht sich eben nicht gut, wenn die Öffentlichkeit davon erfährt. Daß die Frauenversammlung schließlich trotzdem mit großer Mehrheit die ersatzlose Streichung des § 218 forderte, ist der Hartnäckigkeit der § 218-Frauen zu verdanken, die nicht bereit waren, ihre Resolution zurückzuziehen. Das Presseecho war dann ja auch entsprechend positiv.

Überhaupt kann festgestellt werden, daß die Presse es mit den grünen Frauen gut meint. „Grüne Hälfte der Jobs für die Frauen“, „Traumland der Frauen“, „Grüne Frauen meiden sich wieder“ usw... Die Forderung der grünen Frauen nach der „Quotierung sämtlicher Erwerbsarbeit- und Ausbildungsplätze, d.h.: Frauen werden solange bevorzugt eingestellt, bis sie mindestens 30% aller Arbeitsplätze einnehmen“, und die Forderung nach der ersatzlosen Streichung des § 218 standen in den Medien mehr im Lichte als auf dem Kongress selbst. Ein Blick auf die Abschlusssession macht deutlich, daß programmatheke nicht viel Neues von den Grünen zur Frauenpolitik bringt. Nicht selten kam daher der Spruch von Frauen: „Wir haben mal wieder die Forderungen der Frauenbewegung nachgebetet“. Selbst das hochgepriesene Antidiskriminierungsgesetz ging unter, und so ist und bleibt es einfach Fakt, daß die grünen Frauen die Politik machen, die sie für wichtig und richtig halten. Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahlen, dem „Frauenpower“ aus den etablierten Reihen, wird es schwer für die grünen Frauen, deutlich zu machen, was sie für die Mehrheit der Frauen in den kommenden Jahren wollen.

„Strategiedebatte“ bleibt ohne Konsequenzen

Mit großer zeitlicher Verzögerung und wenig Zeit zur Diskussion, begann die „Strategiedebatte“ mit vier einleitenden Beiträgen, die ein Spiegelbild der Meinungsverschiedenheiten bei den grünen Frauen bot. Durch die wenige Tage zuvor vereinbarte Koalition zwischen Grünen und SPD in Hessen war der Dampf bereits aus dem Topf, und viele Frauen empfanden es als überflüssig, den zentralen Streitpunkt um die Forderung nach einem Frauenministerium oder auch das Verhandlungsergebnis in Hessen einer Auseinandersetzung zu unterziehen. Dennoch lohnt es, die Redebeiträge und die Stimmung der versammelten Frauen genauer darzustellen.

Waltraud Schoppe hatte in ihrem einleitenden Beitrag bereits für Unruhe unter den Frauen gesorgt: „Der Hessenversuch ist richtig. Die Hessenfrauen haben für die Rechte der Frauen gekämpft. Das Resultat ist mager. Aber ich will von den Kritikerinnen wissen, wo durch grüne Intervention mehr für die Frauen erreicht wurde: in NRW, wo es auch durch das falsche Verhalten der Frauen zur Niederlage der Grünen kam, oder in Hessen, wo durch den Frauenaktionsplan schon jetzt reale Hilfe für viele Frauen stattfindet.“ Waltraud führt alles auf die Krise der Partei zurück, die ausgelöst wird durch „emotionalisiertes und ideologisiertes Linien-Hick-Hack“; darüberhinaus sei die Partei nicht in der Lage, kritische Solidarität mit Waltraud Schoppe und anderen prominenten Realpolitikern walten zu lassen: „Wer hier denunziert und rechthaberisch auftritt, wird es mit mir zu tun bekommen!“



Daß insbesondere die Frauen aus NRW sich dagegen wehrten, die Schuld an der Niederlage bei den Landtagswahlen zugeschoben zu bekommen, versteht sich von selbst; daß aber keine Frau das demagogische Spiel Hessen/NRW von Waltraud Schoppe angriff, ist eher schade.

Marita Haibach, die neue grüne Staatssekretärin für Frauenpolitik in Hessen, ermüdete mit ihrem Beitrag sichtbar die Versammlung. Dennoch zeigt ihre Rede sehr deutlich, auf welchem Hintergrund gegenwärtig in Hessen ein Frauenministerium gefordert wird. „Meine feministische Grundeinstellung kennt keine Parteigrenzen, sondern eher Sympathiegrenzen. Daß sich das öfter vermischt, ist klar, ich freue mich, wenn eine CDU-Frau im Landtag eine Rede hält, mit der ich zwar in vielen Punkten nicht inhaltlich übereinstimme, ich aber das Gefühl habe, jetzt hat sie es den Männern in ihrer Fraktion gezeigt!“. Diese und andere Allgemeinplätze wie Solidarität der Frauen „über alle Parteigrenzen“ und gegenseitige Unterstützung sollen nach Marita Haibachs Auffassung Frauen in der Politik wieder sichtbar machen. Kein inhaltliches Wort der Differenz zu anderen Frauen aus der CDU oder SPD, auch nicht zur Frauenpolitik. „Mein politisches Ziel ist daher, den Staat für Fraueninteressen zu nutzen, dafür zu sorgen, daß der Staat in meinem Sinne wirkt.“ Dafür fordert sie kompetente Einsetzungen für Frauen auf allen Ebenen konkretisieren tut sie dies allerdings nur für die parlamentarische Ebene: Frauenausschüsse und Frauenministerien in Stadt und Land. Was die künftige Staatssekretärin in Zukunft in ihrem Amt machen will, bleibt im Unklaren. Offensichtlich ist sie wesentlich vornehmlicher geworden, hatte sie doch noch vorzeitig in der „Luz“ bekanntgegeben, daß es ohne Frauenministerium in Hessen keine Koalition mit der SPD geben dürfe. „Frauen müssen rausfinden, wann es wichtig ist mitzumischen“. Zweifellos, das scheint Marita Haibach begriffen zu haben. Auch wenn dieser Beitrag nur wenig Beifall bekam, spiegelt er doch eine Strömung unter den grünen Frauen wider. Die Frauenkonkurrenz quer durch alle Parteien war auch schon von Bonner Frauen zu hören, als Heiner Geißler sich mit seinen familienpolitischen Leitsätzen profilierte und grüne Frauen meinten, sie müßten jetzt den CDU-Frauen noch den feministischen Kick geben. Was bei dieser Politik völlig unverständlich bleibt, ist

die Tatsache, daß die etablierten Frauen, ob in Hessen oder Bonn, fleißig die Finger heben, wenn es darum geht, bei den Frauen zu sparen oder auch bestehende Rechte rückgängig zu machen. In keinem bundesdeutschen Parlament gibt es bisher ernstzunehmende Anzeichen, daß Frauen aus den etablierten Parteien sich in Opposition stellen zur Politik ihrer Partei, geschweige denn gegen frauenfeindliche Maßnahmen abstimmen. Wenn wir dann noch die Unterstützung der EMMA für Marita Haibach und die Forderung nach einem Frauenministerium für 1987 betrachten, dann kann Frau nur noch feststellen, daß offensichtlich auch die alten Bewegungsfrauen „viel erlebt und nichts begriffen haben“. Selbst wenn Frau glaubt, das Frauenministerium könnte hier und heute eine Verbesserung für die Mehrheit der Frauen bringen, wäre ja eigentlich eine Diskussion angesagt, wie so eine Forderung umgesetzt werden soll, und wem soll sie nützen und welche konkreten Forderungen soll so ein Ministerium beschäftigen. Stattdessen wird uns in der neuesten EMMA die künftige Frauennege für ein Bonner Kabinett aus CDU, SPD und Grünen vorgestellt, als ginge es wirklich nur noch darum, mitzumischen und Posen zu besetzen. Was die Frauenbewegung gegenwärtig politisch nicht sichtbar machen kann, ist auch durch Institutionen nicht erreichbar. Daran ändert sich auch nichts, wenn Marita Haibach im hessischen Landtag angeblich gelernt hat, „wie endlich wirklich Frauenpolitik gemacht wird“. Was in Hessen wirklich durch die grünen Frauen an Verbesserungen für die Frauen durchgesetzt wurde und nicht schon im Programm der Sozialdemokraten stand, muß offensichtlich erst noch für die schwerfälligen fundamentalistischen Frauen klar gemacht werden. Da zählen Ergebnisse und Fakten, und nicht das allgemeine Gerede von MACHT und Frauenrepräsentanz. Doch kommen wir wieder zum Bundesfrauenkongress der Grünen und auf die Antworten, die andere Frauen zur gegenwärtigen Diskussion um die Frauenministerien haben. Verena Kleger, Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Frauen, hält es für zweifelhaft, ob die Forderung nach einem Frauenministerium wirkliche Veränderungen für die Frauen bringen. „Wo es um Elternfreistellung, Erziehungszeit, Arbeitszeit, Arbeitschutz, Steuererleichterung, Rentenpolitik usw. geht — also die für Frauen ganz entscheidenden Fragen — über diese Felder ent-

scheiden andere Minister. Eine Frauenministerin kann lediglich auf das, was sowieso geschieht und anderswo beschlossen wird, überall als Trumpfplaster Gleichstellungsprogramm draufplastern. Hier ein paar Mark, dort ein paar Infobroschüren. Im Kabinett muß sich die Ministerin dann letztlich sowieso der Mehrheit beugen.“ V.ena Kleger wendet sich gegen die Illusionenmacheri der Realpolitikerinnen. Stattdessen setzt sie ihr Vertrauen lieber in die außerparlamentarische Bewegung und auf die Selbsttätigkeit der Frauen. „Ohne Druck von außen wird auch eine parlamentarische Opposition kraftlos und überflüssig“.

Einen anderen Punkt greift Regina Michalik, Mitglied des Bundesvorstand der Grünen, auf. Sie sagt laut, was viele linke Frauen innerhalb der Grünen längst denken: ob sie noch richtig aufgehoben ist in dieser Partei. „Feministische Politik? Die seh' ich ehrlich gesagt bei den Grünen nur in Nischen. Allerdings ist für mich zur Zeit die autonome Frauenbewegung auch keine verlockende Alternative. Es gibt nun mal nicht einen richtigen Weg, und erst recht keinen für alle Zeiten richtigen. Deshalb würde ich auch keine autonome Feministin mehr überreden wollen, GRÜNE zu werden — auch schon allein aus der Hoffnung heraus, daß es noch eine autonome Frauenbewegung gibt, wenn ich die Grünen mal wieder verlasse, damit ich weiß, wo ich hingehen kann.“ Trotz dieser resignativen Stimmung fordert sie die Frauen zum offensiven Handeln auf. Nicht neue Programme seien notwendig, denn die hatten die Grünen, sondern die Umsetzung sei wichtig. Forderungen, die meist bei den Grünen verpuffen, wie Kampagnen-Politik oder öffentlichkeitswirksame Arbeit zu leisten, standen in ihrem Beitrag an zentraler Stelle. Zweifellos ist dies eines der größten Probleme der Grünen Partei insgesamt. Ob der Appell von Regina Michalik etwas nützen wird, ist zu bezweifeln. Dies zeigte sich besonders auch in der anschließenden Diskussion, wo mehrheitlich Frauen auftraten, um die Realpolitik kritisch aus Hessen zu unterstützen, während sich linke grüne Frauen oder fundamentale Sozialistinnen mit ihren Kritiken zurückhielten.

„Aufbruchstimmung“ bei den grünen Frauen?

In der Nachbetrachtung des 1. Bundesfrauenkongress der Grünen war die Berichterstattung der Medien, wie schon gesagt, eher freundlich. Die gegenüber der grünen Realpolitik sonst so freundliche „Luz“ fand ein paar kritische Töne, weil die grünen Frauen nicht zu einer einheitlichen Strategie gefunden haben. Allerdings muß gleich wieder einschränkend festgehalten werden, daß die „Luz“-Frauen sich vorwiegend über das Chaos bei Anträgen und Abstimmungen aufregten, nicht aber über die Kritiken an Frauenministerium und Hessen Koalition berieten.

Die Frauen der Bundesarbeitsgruppe bewerteten den Kongress als „vollen Erfolg“. Weil so viele Frauen gekommen sind, suggerierten sie eine Aufbruchstimmung der grünen Frauen, wie es in einer Erklärung an die Presse heißt. Zur Strategiedebatte hielten die Frauen fest: „Zwar konnte die Konferenz keine Beschlüsse fassen, es wurde jedoch offensichtlich, daß die Position von Waltraud Schoppe, die am Samstag das heftigste Koalitionsergebnis befürwortet hatte, von einer großen Mehrheit nicht unterstützt wurde.“

Dem Beifall nach geteilt dürfte diese Einschätzung richtig sein; ob die grünen Frauen allerdings wirklich einen neuen Aufbruch vor sich haben, muß sich erst noch erweisen. Für Hamburg läßt sich jedenfalls diese Einschätzung nicht bestätigen: Obwohl auf die 40 Frauen aus Hamburg der Kongress besuchten, gibt es keine einzige Frau, die für den neuen Landesvorstand — nur 14 Tage nach dem Frauenkongress — zur Verfügung stand. Und dies ist kein zufälliges Ereignis. Die Krise der grünen Partei wird konkret sichtbar und läßt sich nicht mehr mit Schlagworten abtun. Was nützen Mehrheitsbeschlüsse für Partei und Autonomie in der Frauenpolitik der Grünen, wenn die Frauen im Zuge der Krise zuerst durch das Sieb fallen? Was nützen die illusorischen Forderungen nach Frauenministerien und Posen an der Macht, wenn die Frauenpolitik der Grünen nicht Ausnahme der EMMA keine Basis hat, geschweige denn eine unterstützende Bewegung?

Die grünen Frauen haben hoch gepowert und sind auf dem besten Wege, es der etablierten Politik nachzumachen: Große Worte, wenig Taten!

(Ulla Jelpke (Mitglied der Grünen und Frauenreferentin))

»Von der Machbarkeit des Unmöglichen« Gespräche über grüne Perspektiven — Eine Buchvorstellung

Wer nach den dreijährigen grünen Wahlniederlagen ein Buch über „grüne Praxis und grüne Perspektiven“ verkaufen will, darf vor allem mit dem Titel nicht zu beschreiben sein. Nach den hochkapitulierenden Worten von Joschka Fischer („Von grüner Kraft und Herrlichkeit“) und Ebermann/Trampert („Die Zukunft der Grünen“) soll nun ein weiteres Buch „Von der Machbarkeit des Unmöglichen“ (Herausgeberin Sabine Stamer, Junfermann-Verlag) überzeugen.

Interviewt bzw. in politische Streitgespräche verwickelt werden Grüne fast aus dem gesamten Spektrum der Partei: Lukas Beckmann, Christa Nickels, Karl Kerschgens, Thomas Ebermann, Petra Kelly, Joschka Fischer, Antje Vollmer, Eckhard Straumann und Jürgen Trittin; außerdem die „Parteilosen“ Matthias Kunzel und Alexander Schubart und der sozialdemokratische Minister Jo Leinen. Interessante Gesprächspartner also, denen Sabine Stamer keineswegs bloß die Stichworte für vorproduzierte Statements liefert. Die Technik der Interviews, gegenüber den Befragten „in die Opponentenrolle zu schlüpfen“ und dort nachzufragen, „wo es spannend und schwierig wird“ (Vorwort), deckt die Schaumschlägerei der grünen Koalitionsbefürworter ebenso auf wie die Ratlosigkeit ihrer innerparteilichen Kritiker.

Umweltminister im Vergleichstest

Ob es Joschka Fischer als erstem grünen Minister gelingt, sich von seinem sozialdemokratischen Kollegen Jo Leinen positiv abzusetzen, wird sich ja in nicht allzu ferner Zukunft zeigen. Sabine Stamers Buch bietet einen interessanten Ministervergleich kurz vor dem Staatschluß zum hessisch-saarländischen Reformvertrag.

Jo Leinen hatte zum Zeitpunkt des Interviews schon die ersten Wochen als saarländischer Umweltminister hinter sich. Mit seinen Beamten im Ministerium kommt er bestmöglichst. Die meisten Beamten haben die herrliche Fähigkeit, sich auf die jeweiligen politischen Vorgaben einzustellen. Vor einigen Monaten haben sie CDU-Politik vertreten, jetzt vertreten sie SPD-Politik“ (S. 43). Ob das vielleicht auch daran liegt, daß sich gar nicht so viel geändert hat? Sabine Stamer fragt Jo Leinen, welche Mittel ihm denn in seiner „Eigenschaft als Mitregierender zur Verfügung“ stünden. Antwort: „Ja. Für jedes Projekt können Aufgaben und Bedingungen gestellt werden. Verbote und Untersagungen sind als letztes Mittel ebenfalls möglich. Ökonomischen Druck kann die Landesregierung nur minimal ausüben, weil das Land finanziell ruiniert ist. Der juristische Druck hat seine Grenzen dort, wo die Umweltsituation in der Konsumergierung nur minimal ausreicht, weil das Land finanziell ruiniert ist. Der juristische Druck hat seine Grenzen dort, wo die Gesetzgebung in die Kompetenz der Bundesregierung fällt.“ Da hilft nur der Bundesrat — und die „Bewegung“. „Wir müssen die Dinge über den Bundesrat vorantreiben. Außenparlamentarischer Druck und eine lebendige Öffentlichkeit sind dabei die größten Hilfen.“ Worauf sich Sabine Stamer stellvertretend für die fassungslosen Leser fragt, „warum du nicht lieber BBU-Sprecher geblieben bist, um den außerparlamentarischen Druck, der deiner Einschätzung nach anscheinend das wichtigste Element bleibt, weiterzuentwickeln.“ Das weiß Jo Leinen auch nicht so recht, er findet es immerhin „interessant, ob ein Umweltminister aus der Ökologiebewegung kommt oder aus der Industrie“ (S. 50).

Joschka Fischer, befragt vor dem Zustandekommen der hessischen Koalition, grenzt zunächst noch einmal seine neu gewonnenen grünen Überzeugungen vom linken Radikalismus selber jungen Jahre ab. Die „soziale Frage“ ist von der „Gallingsfrage“ verdrängt worden, Utopien sind überflüssig. Gewalt ist schädlich, unter Systemveränderung kann er sich „nichts vorstellen“, wohl aber unter „Blocküberwindung“, auf daß wir nicht „aus einer moderaten Satellitenrolle gegenüber Washington plötzlich in eine sehr harte Satellitenrolle gegenüber Moskau geraten“ (S. 123).

Innenpolitisch wünscht er sich „eine weitgehende Demokratisierung der Gesellschaft“, auch der Wirtschaft (S. 124). Das soll rein rechtsstaatlich ablaufen, wobei die Grünen durchaus „auch am Bauzaun züchten“ (S. 131) dürfen, aber nicht zu heftig. „Wenn du glaubst, man könne den rechtlichen Rahmen von links sprengen, dann sage ich dir, er wird auch von rechts ge-

sprengt werden. Das ist ein Spiel mit dem Feuer“ (S. 130).

An der Verfassung, für Joschka „eine Art Sozialvertrag“, und an der Aufgabe, eine 51% Mehrheit zu erreichen, werde letztlich kein Grüner, „auch wenn er noch so radikal (ist, ...) teilnehmen können“ (S. 131). Die Gewinnung neuer Wähler ist für ihn überhaupt das Bewertungskriterium für grüne Politik. „Bringi es uns einen Wähler mehr, wenn wir als grüne Partei auf der Position der Anti-AKW Bewegung beharren?“ entgegnet er ganz entrüstet auf die Frage, ob die hessischen Koalitionsvereinbarungen und das Eingeständnis, die Abschaltung von Biblis A und B sei „rechtlich nicht machbar“, nicht die „Akzeptanz von Atomkraftwerken und atomfreundlichen Gesetzen in der Bevölkerung erhöhen“ würde (S. 129).

Von einem grünen Umweltminister erwartet Joschka Fischer keine sensationellen Taten, wohl aber Ehrlichkeit. „Dann muß er eben seinen Wein einschenken über das, was eigentlich gemacht werden mußte und über das, was er aufgrund der gegebenen juristischen und politischen Situation tun und nicht tun kann.“ — „Die erste Pflicht eines grünen Ministers wäre es, die Kluft zwischen dem Notwendigen und dem Machbaren zur Mobilisierung zu nutzen“ und auch „deutlich zu machen, wo die Hauptwiderstände gegen weitere Verbesserungen zu finden sind“ (S. 128). Es wäre immerhin schon etwas, wenn Minister Fischer diesen selbstgesetzten Anspruch auch erfüllt.

Bei der Beantwortung der Frage nach den „grünen Perspektiven“ zur Bundestagswahl 87 argumentiert Joschka besonders trickreich: „Eine SPD-Grüne Regierung würde in einem Chaos enden“ (S. 133) — und zwar wegen der Ansprüche der USA auf bundesdeutsches Territorium. Deshalb wird auch die SPD „keine Koalition wollen“, Anbieten müssen die Grünen sie trotzdem, „weil die Grünen die Option auf die Macht nicht aufgeben dürfen, sonst werden sie auf Dauer nicht über der 5%-Grenze bleiben“. — „An der Bereitschaft zur Regierungsbeteiligung hängt in dieser Demokratie die Frage der Hoffnungsträgerschaft, ob mir das paßt oder nicht“ (S. 134). Allem Anschein nach paßt es ihm ganz gut; ob sich seine innerparteilichen Kritiker aus dem Lager der „Fundis“ und „Ökosozialisten“ durch die Zusage beruhigen lassen, aus der Koalition werde sowieso nichts werden, bleibt abzuwarten.

Nachzutragen zum Ministervergleich bleiben die originellen Ideen, die Karl Kerschgens, Wegbereiter der hessischen Koalition und künftiger Staatssekretär in Fischers Umweltministerium, zu den Anforderungen an grüne Amtsträger formuliert: „Ein grüner Umweltminister, der raucht, wäre für mich unglücklich.“ (S. 33). Auch Auto zu den Anforderungen an grüne Amtsträger formuliert: „Ein grüner Umweltminister, der raucht, wäre für mich unglücklich.“ (S. 33). Auch Auto fahren darf er nicht — was wird Kerschgens' künftiger Chef dazu sagen? Schwere zwischenmenschliche Konflikte scheinen vorprogrammiert. Schlußbuch ist „so etwas“, sagt Kerschgens bezogen auf das hessische Bündnis, „auch eine Beziehungskrise“ (S. 61).

Sachverständige begutachten „Hessen Rot-Grün“

Aus der Sicht der Anti-AKW Bewegung, in der er seit ihren Anfängen aktiv ist, bewertet Matthias Kunzel, jetzt wissenschaftlicher Mitarbeiter der grünen Bundestagfraktion im Bereich Atomenergie, die hessische Koalitionsvereinbarung. Er sieht darin keinen „tatsächlichen Kompromiß“. Viel mehr sei hier das „sogenannte kleine Atomprogramm der SPD“ festgeschrieben worden, das vorsieht, „die im Bau und Betrieb befindlichen AKWs auslaufen zu lassen, Neuanträge — an die heute sowieso niemand mehr ernsthaft denkt — abzulehnen und anstelle der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf die direkte Endlagerung zu propagieren. Die direkte Endlagerung als saubere Lösung zu verkaufen ist ein Betrug, denn nirgendwo auf der Welt ist ein solches Endlager für Atommüll in Sicht. Und trotzdem haben sich die Grünen in den Verhandlungen darauf eingelassen, diese Endlagerung als Alternative aufzutischen. Wer die Atomkraftwerke in Biblis erstmal schließt, kann sich wohl schlecht hinstellen und der Bevölkerung reinen Wein einschenken über das wahre Ausmaß der Atomkraftprobleme“ (S. 67).

Alexander Schubart, bekanntester Repräsentant der außerparlamentarischen Bewegung in Hessen, den die Grünen früher gern als Aushängeschild auf ihrer Landtagswahlkandidatenliste haben wollten und dann wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ wieder kippeten, erhebt ähnliche Vorwürfe gegen das hessische „Experiment“. Das Startbahnproblem werde von den Grünen „vollständig verdrängt“. Ein Konzept zum Abriß der Startbahn „in fünf, zehn oder fünfzehn Jahren“ und zur Wiederaufforstung des Geländes hält Aschu „durchaus (für) ein Stück Realpolitik“, das „hätte von den Grünen in die Verhandlungen mit der SPD eingebracht werden können“ (S. 78). Ob gegenüber der SPD mehr durchsetzbar gewesen wäre, hält er für fraglich. Er fordert aber, daß die Grünen mit den getroffenen Vereinbarungen ehrlich umgehen und nicht „euphorisch verkünden, sie hätten so viel erreicht, daß der Weg für etwas grundsätzlich Neues frei sei“ (S. 78).

Koalitionskritiker ohne Konzept

So dürftig die Argumente der Koalitionsbefürworter (nicht nur) in diesem Buch auch sein mögen — ihren grünen Kritikern fällt auch nicht viel ein. Christa Nickels und Antje Vollmer, die noch auf dem Hamburger Parteitag im Dezember 1984 die mit Abstand besten Reden gegen den Rechtstrend gehalten hatten, machen im Interview eine ziemlich resignierten Eindruck.

Christa Nickels gibt ihre Ratlosigkeit auch offen zu. „Ehrlich gesagt, manchmal bin ich sehr ratlos und nie dergeschlagen, insbesondere, wenn ich daran denke, daß sich Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre noch so viele Menschen persönlich empört und engagiert haben. Manchmal denke ich, es gibt nur die Alternative, daß die Grünen zwangsläufig zur grünen FDP werden oder von der Bildfläche verschwinden“ (S. 32). Koalitionen lehnt sie nicht mehr grundsätzlich ab, will dafür aber keine Inhalte opfern. Die Grünen dürften „nicht den Mut zum Risiko verlieren“ (S. 27), allerdings müßten sie — Stichwort „Kindersex-Skandal“ in NRW — zukünftig „heikle Themen mit größter Sorgfalt behandeln“ (S. 27).

Bemerkenswert ist Christa Nickels' Vertrauen in das Parlament und in die Reformierbarkeit der Verhältnisse auf parlamentarischem Wege: „Das Parlament ist so gut oder so schlecht wie die Abgeordneten, die dort hocken. Die Fraktionszwänge müßten aufgehoben und die Rechte der einzelnen Abgeordneten gestärkt werden. Jeder einzelne Abgeordnete mußte den Grundsatz der Gewissensfreiheit ernst nehmen. Wenn ich die Hoffnung aufgeben würde, daß sich die Machtstrukturen der Parlamente verändern lassen, dann müßte ich jede Hoffnung auf eine gewaltfreie Veränderung aufgeben“ (S. 38).

Ganz ähnlich wie ihre Mitstreiterin aus den Tagen des Bonner „Feminismus“, Christa Nickels, argumentiert auch Antje Vollmer. Die Grünen sollten auf keinen Fall den „Anspruch stellen, eine Volkspartei zu sein, die alles abdeckt und alle vertritt“. Das „nicht integrierbare grüne Wahlerpotential“ ist unsere Basis, das sind die Menschen, für die wir Politik machen, also die Frauen, die Jugendlichen, die Arbeitslosen und die Menschen aus dem Alternativsektor, aus der sogenannten Szene“ (S. 142).

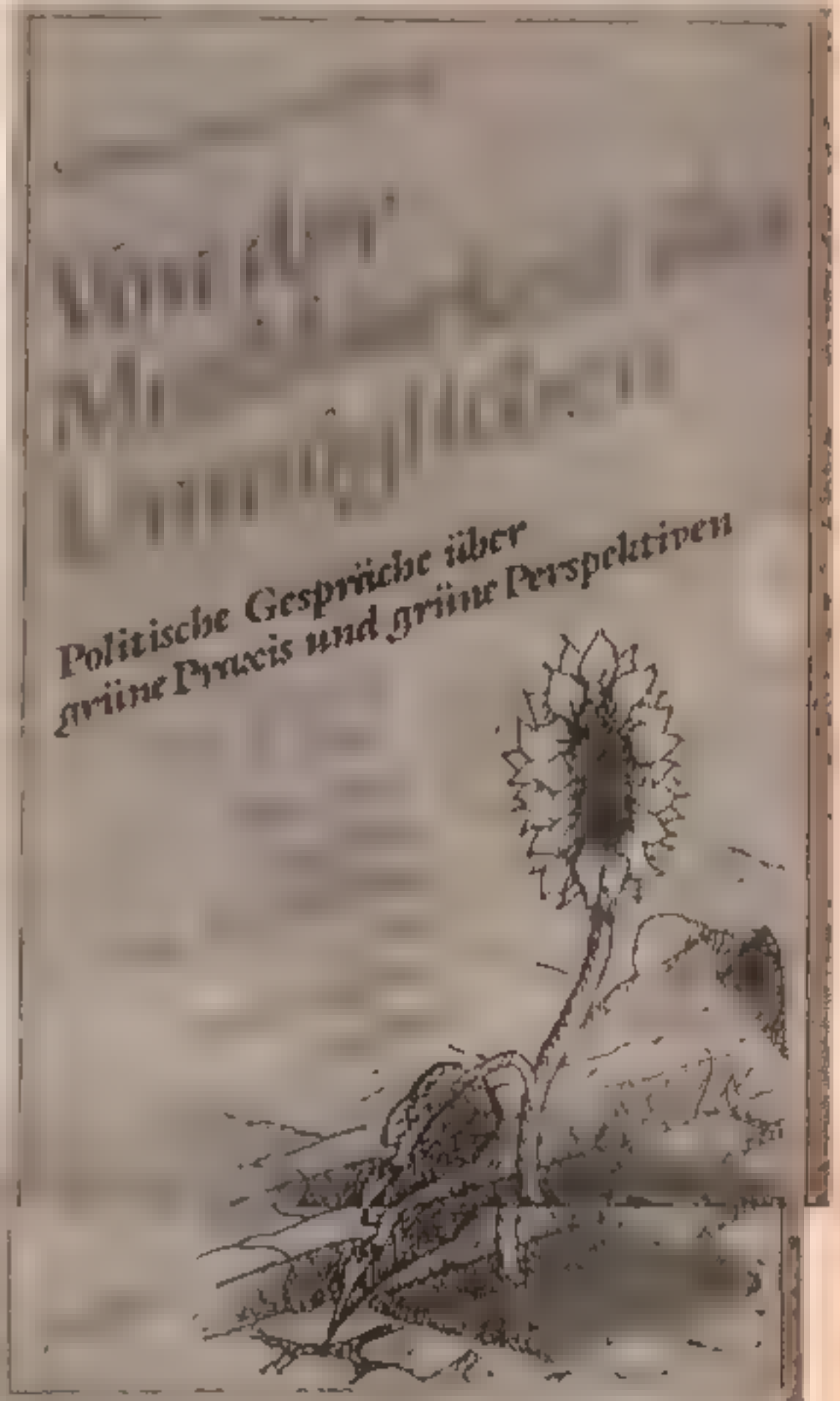
Ähnlich große Hoffnungen wie Christa Nickels setzt Antje Vollmer auch in das Parlament und verweist teils nachdenklich, teils stolz auf den „Beitrag zur Reform des Parlamentarismus“, den die Bundestagsgrünen schon geleistet haben: „Wir haben das Parlament belebt, Interesse dafür geweckt. Noch nie haben so viele Menschen die Parlamentsdebatten im Fernsehen verfolgt. Wir haben damit den Parlamentarismus attraktiver gemacht, und das in einer Zeit, in der seine Bestechlichkeit offensichtlich wurde. In der Hick Affäre waren wir gleichzeitig Ankläger und Kronzeugen der Reformierbarkeit des Parlamentarismus“ (S. 141).

Thomas Ebermann — „ich (gelte) in der Öffentlichkeit auch als kluger politischer Taktiker“ (S. 97) — scheint sich auf mittlere Sicht mit seiner Minderheitenposition bei den Grünen abgefunden zu haben. Ebermann will nicht „Repräsentant des Wählerwillens“ sein, sondern sich „mit dem durch-

schnittlichen Deutschen anlegen.“ Die Grünen müßten „immer wieder über die Geringfügigkeit des Unterschieds (zwischen CDU und SPD) aufklären“ (S. 103). Er sieht auch keinen wesentlichen Unterschied zwischen dem, was die grüne Regierungspartei in Hessen und die oppositionelle Hamburger GAL gegenüber der SPD durchsetzen konnten: „Wenn du weißt, daß eine Reihe von Beschlüssen (des Hamburger Senats; Anm. AK) auf unsere Initiative zurückzuführen sind, kannst du hessische Erfolgsbilanz durchaus auf Hamburg übertragen. Ohne uns hätten einige Alternativprojekte keine Gelder bekommen, wäre diese oder jene kulturelle Initiative nicht gefördert worden, wären der gigantische Müllberg in Georgswerder und die Norddeutsche Affinere nicht in der Diskussion. Ich blase diese Dinge einfach auf und verbuche sie dann als Erfolg eines GAL-Senators“ (S. 102).

Antje zur SPD“ (S. 100). Daten wird sich auch in absehbarer Zukunft nicht ändern, wenigstens es an guten Vorräten nicht fehlt. Spätestens bei der Wahlniederlage in NRW ist viel von „Kampagnefähigkeit“, „Stärkung der außerparlamentarischen Aktivitäten“ und „Programmierbarkeit“ die Rede. Daß die Grünen eine reinge Wahl- und Parlamentspartei sind, kommt in den von Sabine Stamer geführten Gesprächen klar zum Ausdruck. Das Vertrauen, das z. B. Antje Vollmer und Christa Nickels, denen man sicherlich nicht Opportunismus ankreiden kann, in den Parlamentarismus setzen, ist aus linker Sicht ziemlich erschreckend.

Die Koalitionsfrage wird auch weiterhin die innerparteiliche Auseinandersetzung beherrschen. Die „realpolitische Genügsamkeit“ beschreibt Sabine Stamer so: „Wo sämtliche Überzeugungskraft dafür aufgewandt wird,



Erschienen im Junfermann-Verlag, 1985, 201 Seiten, DM 19,80

Thomas Ebermann will auch weiterhin, anders als Christa Nickels und Antje Vollmer, an der strikten Ablehnung von Koalitionen festhalten, weil er „in der Form der Koalition die Identifizierung mit dieser Gesellschaftsordnung und diesem Staat“ (S. 107) nicht. Schillys Versuch, an der Frage des staatlichen Gewaltmonopols einen „Durchbruch“ (S. 105) zu schaffen, will er sich ebenso entgegenstellen wie dem „beunruhigenden Mittelfristtrend“ (S. 108).

Resümee

Aus Platzgründen müssen die restlichen vier Beiträge hier unterdrückt werden. Namentlich die Viehredner Lukas Beckmann und Petra Kelly haben aber auch kaum Neues zu bieten.

Bleibt die Frage nach einem Resümee, was sagt dieses Buch über den gegenwärtigen Zustand der Grünen aus? Sabine Stamer in ihrem Nachwort: „Von der Einlassung auf die Verhältnisse zur Anpassung an das Bestehende“ — „Einem Ausweg aus dem grünen Dilemma hat derzeit niemand anzubieten. Diese Feststellung erscheint mir längst nicht so tragisch wie die Tatsache, daß die Grünen derzeit dabei sind, sich selbst ihren geringsten Spektrum immer mehr zu verbauen. Die Diskussion um ihre zukünftige Politik konzentriert sich zunehmend auf ihr Ver-

schlechte Kompromisse zu rechtfertigen, anstatt ihre Unzulänglichkeit zu kritisieren, da ist es nur eine Frage der Zeit, bis der Kompromiß zum eigentlichen Ziel erklärt wird. So beschneidet die Verteidigung politischer Genügsamkeit, verdrängen die hessischen Realpolitiker sogar, die Möglichkeit des „politisch und juristisch Machbaren“ wirklich auszuschöpfen“ (S. 193).

Eine Konzentrierung auf ganz andere Fragen schlägt Arno Klönne in seinem Beitrag „Überlegungen zur sozialen Basis und politischen Philosophie der Grünen“ vor, der zusammen mit Sabine Stamers eigenem Nachwort den Anhang zu den Interviews bildet. Klönne sieht die Grünen in zwei ganz unterschiedlichen politischen Traditionen: der „antiautoritären“ und der „wertkonservativen“, deren friedliche Koexistenz auf Dauer nicht möglich sei. „Eine „Klassenübergreifende“, rechts und links hinter sich lassende Bewegung mit dem Ziel „gesellschaftlicher Natürlichkeit“ wäre nur zu fürchten, nicht zu erhoffen.“ Die „Widersprüche in der politischen Philosophie der Grünen“ machen für Klönne den „eigentlichen Gehalt innerparteilicher Kontroversen“ aus, die „von den Debatten über fundamentalistische oder realistische Politik und Koalitionsbeziehung oder Koalitionsverweigerung eher verdeckt werden“ (S. 178).

Ja / Hamburg

„Stein Velt
versteht mich nicht.“

zum „Gefährten von Rudolf Heß“ 1984.
— Aktionen und Bestrafung durch die HNG.
— Solidaritätsaktionen in Chile, Spanien und insbesondere Südafrika; usw.
In der Aktion und Mittelpunkt der ganzen Bewegung ist die 1967 gegründete „Hilfsgemeinschaft gegen die Verbrechen der NSDAP“ (HNG). Unter dem Vorsitz des ehemaligen Bundesjustizministers und bereits Anfang der sechziger Jahre als Verfechter einer Einleitung der Verjährungsfrist für Naziverbrechen hervorgetretenen Ewald Bucher sowie des Heß-Sohnes Wolf Heß (der auch die diesjährigen KA-Aktivitäten z.B. durch einen persönlichen Brief an die Gefangenen unterstützt) und an der in diesem Verein einerseits die verschiedenen Aktivitäten zusammen, andererseits geben von ihm wesentliche Impulse in alle Richtungen aus.
Seien es Veröffentlichungen oder Unterschriftenaktionen, — offene Briefe oder juristische Schritte: mit Hartnäckigkeit wird hier grundlegend die auf sich Kritik an einem „Antifaschismus“, an einer „Unrechtschiff“ formuliert, aber auch, mit schließlichen und Horrorgeschichten über die angeblich „inhumane“ Seite der Haft, Anknüpfungspunkte für bürgerliche und liberale Gruppen geschaffen.

„Humanitäre Stützen“

Mit dem Argument der „humanitären HNG“ kann man letztendlich keine Bewegung des 20. Jahrhunderts — im Rahmen einer generellen „Integrationspolitik“ (19) — mit d. physischen und ideologischen Grundlagen der Antifaschismus z.B. schon Anfang 1954 auf eine Stellungnahme für die Spandauer Haftlinge gegenüber den Westalliierten (20).

Es verwundert nicht, daß insbesondere durch Mitglieder der CDU/CSU, immer wieder die „Problematik Heß“ aufs Tapet gebracht wurde. Nebenparlamentarisch, oftmals mit politischer Irreführung vorgebrachten Anfragen im Parlament, waren sie sich nicht zu schade, direkt z.B. die Aktivitäten der HNG zu unterstützen — als etwa 1975 die gesamte Bremer CDU-Fraktion einer Kundgebung der HNG ihre Größe zukommen ließ (22), bei den Aktionen vor sich zu werden, wie es Strauß u.a. 1977 tat (21), oder auch, natürlich aus „humanitären Gründen“, die Haft als „jeder rechtlichen Grundlage entbehrend“ anzuerkennen (24).

Weiter ist beachtlich, daß auch SPD und FDP nie Schwierigkeiten mit dem Engagement für Heß hatten. Seit 1973 machte sich z.B. die Bundesregierung für die Freilassung stark (23), bekundete auf entsprechende Anfragen wiederholt, sie würde sich „seit vielen Jahren (...) bei den Gewährsmännern da für einsetzen“, daß Rudolf Heß aus humanitären Gründen begnadigt wird“ (26) und verteilte die Heß-Interessen, etwa durch Helmut Schmidt sogar auf G. K. (27).

Auch der niedersächsische Ministerpräsident, der SPD-Chef Gerhard Schröder, wendete sich, die Naziverbrechen Heß“ betonend, gegen „das weitere Einsperren eines Symbols“ (28).
Mehr als bedauerlich aber ist das aber bis ins, daß sich etliche bekannte bürgerliche Liberale und Linke für die Freilassung aus humanitären Gründen aussprechen, denen man tatsächlich schwerlich Kaugelatine mit Neonazis vorwerfen kann. Dazu gehören z.B. Meiden wie die taz, die sich 1980 nicht entblenden konnte, „Freiheit für Rudolf Heß“ zu fordern (29), ohne die politischen Umstände mit einem Wort zu würdigen.
Wie zynisch gerade nur der „humanitäre Frage im Fall Heß“ abgeduldet nehmende Erpressungspolitik betrieben werden kann, exemplarisch der CSU-Signaturnummer Merles gekannt vor: Am 1. Mai die Jährling von der BRD aufzubringenden 2,16 Mio. DM zur Unterhaltung des Spandauer Knäuses einzusetzen, bei es doch — bis ob die Berechtigung auf Entschädigung an das Wohlergehen eines für die Notwendigkeit dieser Entschädigung aber Hauptverantwortlichen geknüpft sei — besser, diese Gelder, „besonders hart getroffenen NS-Opfern in Israel und Polen zugute kommen zu lassen.“ (30)

Nürnberg Unrecht?
Zudem ist die Freilassung des „Letzten von Spandau“ aus humanitären Gründen eine — insbesondere von den Rechten — ganz offensichtlich vorgezeichnete Begründung. Neben der unbestreitbaren Tatsache, daß sich gerade unter den Nazis doch die hem-

mungslosen Befürworter der Todesstrafe u.a. in befinden, geht selbst die so „humanitäre“ argumentierende HNG grundsätzlich von der gnadenlosen Legitimation einer lebenslangen Haft aus, wie sie z.B. durch den zeitweiligen Heß-Anwalt, „Rechtsverteidiger und Mitbegründer der Schönborn'schen „Grünen Aktion Deutschland“, Eberhard Engelhardt (31), in ihren eigenen Publikationen verbreitet läßt: „Selbstverständlich gibt es Fälle, in denen eine lebenslange Strafe auch lebenslang vollstreckt werden muß. Sonst wäre es eine Farce, sie im Gießwerk überhaupt zu erwählen.“ (32)

Der wie eine derartige Gnadenlosigkeit in Betracht kommt, verdrängen z.B. auf einer HNG-Kundgebung 1975 in München ausgegebene Parolen: „Laßt Heß frei — Brandt und Wehner nach Spandau“ (33).

Derartige „humanitäre“ Positionen führen sich zutiefst an. Sie verdeutlichen nur, daß es im Kern der ganzen Geschichte neben dem Individuum Heß vielmehr um politische Ziele geht, die eben auch für bürgerliche Kreise ihre Reize haben. Oder deutlich, wie es die „konservative Aktion“ in ihrem die jährigen Einladungsschreiben betont: Es geht um „die Würde unseres deutschen Vaterlandes“, besser noch um die Wiederherstellung dieser Würde.

Was dies beinhaltet, zeigt sich an der speziell z.B. von den so genannten „humanitären“ Parteien und Organisationen (HNG) besetzten Reichsbank und anderen NS-Organisationen in Bayern, Alfred Seidl, vorgebracht juristischen und politischen Argumentationen. Mit Hinweis auf die „bedingte Unmöglichkeit“ in einem Punkt der Antifaschismus (Planung eines Antifaschismus) begründeten Verbot von Heß, zitierte die auf die Revivierung der Nürnberger Urteile als „Unrecht“, auf die Klassifizierung des NS als einem „illegale“ und mit „Rechtsfeldern behaftet“ (34) (35).

Darüber hinaus liegt die Stöchrung aber in der Forderung der Besondere des deutschen Faschismus insgesamt und somit nicht nur seiner Rehabilitierung, sondern auch seiner Legitimierung. Wie, so fragen die Heß-Freunde, ist es möglich, daß eine auf rechtlich Deutscher persönlich ist die Angelegenheit eines Kniees verurteilt wird, wenn sich seine Richter im Laufe der Zeit doch selber in dieser Hinsicht mit Blut bekleckert haben? Der Krieg der Nazis vor eben ein „normal“ imperialistischer Krieg gewesen, also „Gleiches Recht für alle am Krieg beteiligten Nationen“ (35).

Damit wird nichts anderes gefordert als die „gleichberechtigte“ Aufnahme der BRD in das westliche Bündnis, die „Gleichberechtigung“ eines „so viel mehr auf Exzellenz basierten“ als „normal“ imperialistischen Krieg gewesen, also „Gleiches Recht für alle am Krieg beteiligten Nationen“ (35).

Dies wird nichts anderes gefordert als die „gleichberechtigte“ Aufnahme der BRD in das westliche Bündnis, die „Gleichberechtigung“ eines „so viel mehr auf Exzellenz basierten“ als „normal“ imperialistischen Krieg gewesen, also „Gleiches Recht für alle am Krieg beteiligten Nationen“ (35).

Keine noble Geste für J.M.

Unglaublich, aber wahr: Was hierzulande jedem x-beliebigen SSler gönnt ist, die ewige Ruh“, die Achtung wegen der Opfertat fürs Vaterland, die Ehrung, soll ausgerechnet einem Obersturmbannführer, Josef Mengele, versagt bleiben. Keiner will ihn haben. Weder in Brasilien noch in der Heimat, ob in Glinzburg oder anderswo.

Haben wir es denn nur noch mit Heuchlern zu tun? Zum Beispiel Mengele Junior. In der „Hunt“, im Zweiten deutschen Fernsehprogramm hat er doch erzählt, klar, Auschwitz sei grauhaft, aber Vater bleibe Vater.

Und jetzt? Den eigentlichen Vater nicht begraben wollen, oh ja das eine häßliche Geheiß!

Was für eine Familie!

Zum Beispiel Dregers Totenschreck vor ganz wichtiger Bestandteil unserer abendkulturellen Kultur, hat der Mann gesagt: Alles nur Phrasen?

Zum Beispiel Kohl: „Im Toten ehren wir das Bild des Menschen“.

Sprüche?

Schade, daß Boettich weg ist. Denn es ist doch das Letzte, daß man vierzig Jahre danach die eigenen Leute nicht mal ordentlich beerdigen darf. Wie da mal, bei Oberst Rudel. Wie da man daraus klug werden? Verständlich ist Unmut über die Benennung einer Anne Frank Straße in Bergen. Schließlich will man sich nicht „mit einem Kainmal brandmarken lassen“.

dem Recht“, insbesondere dem anvisierten Hauptland der Sowjetunion gegenüber. Gerade die, die eine Freilassung Heß im Wege stünde, gerade sie, die unbefähigt die weitere Inhaftierung verweigern und damit den Bestand eines Verbrechens (37) able.

Ein Argument, das eben nicht nur durch die Nazis, sondern auch mit wachsendem Vergnügen von allen bürgerlichen und liberalen Freilassungsbefürwortern ohne wenn und aber penetrant ins Feld geführt wird. Und speziell weil diese Schuldzuweisung allgemeiner Konsens ist, säteln die Rechten noch drauf: Heß könne, so z.B. Seidl (38), längst frei sein, wenn die Westalliierten endlich einmal entschieden Druck machen würden, wenn sie Spandau endlich plätzen und sich nicht immer wieder dem „Niet der Russen“ bergen würden. Der unsagliche auf einschlägig bekannte „Historiker“ David Irving gar stelle, diese antihistorische Richtung untersützend, klar, daß die „Mißachtung der Friedensverträge Heß“ überhaupt verantwortlich sei „für das Vordringen der Sowjets ins Herz Europas.“ (39)

Menschenrechte? — Her damit!

Es sei hier nochmals betont, daß es in der Auseinandersetzung um die Freilassung leider nicht um das Individuum Heß geht, solange dieser als hoch berechtigte Nazi mit der Funktion eines Symbol für die Verbrechen gegen (1) vergebliche Unterzeichnung und Rechtslosigkeit (40) hat.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß ein 92-jähriger mit all seinen überbedingten Gebrechen — trotz der im Gegensatz zur Nazipropaganda relativ guten Haftbedingungen — im Grunde unfähig ist. Es kann auch kein Zweifel daran bestehen, daß eine fortschrittliche Politik als Ziel die Aufhebung der Knäse zugunsten humaner Maßnahmen im Auge behalten muß, ebenso wie die generelle Verwirklichung von Menschenrechten, wenn sie die Möglichkeit dazu hat. Gerade deswegen aber muß zur Kenntnis genommen werden, daß Heß als auch wie vor auf sein „Recht“ pochender Nazi, als kühnste Verkörperung eines zu seiner Vergangenheit stehenden faschistischen Funktionärs und „unrechtmäßig Verfolgten“ eine Symbolfigur nicht für Antifaschisten, sondern vielmehr für Nazis und bürgerlichen Staat ist.

Die Freilassung von Heß ist für diese der Baustein, der im Puzzle allgemeiner und langjähriger Rehabilitations- und Integrationsbestrebungen noch fehlt? Weil der „Fall Heß“ genau diesen Baustein darstellt (und auch darstellen will) in einem Land, in dem Nazis gedeckt und „integriert“, ihre Verbrechen staatlicherseits angeleitet oder vertuscht, die Vergangenheit „inwurmlos“ werden soll, in dem Antifaschisten jedoch geknöpft, über den Haufen gefahren und unter unmenschlichen Bedingungen eingekerkert werden eben deshalb wäre die Freilassung von Heß ein politischer und kein individuell „humaner“ Schritt. Eben deshalb auch muß heute noch gelten, was

der Antifaschist Arie Goral 1977 beispelhaft auf den Punkt brachte: „Wenn wir in einer intakten politischen in einer klaren antifaschistischen Umwelt leben würden, wo systematisch erzogen wird und klargestellt wird, was Faschismus ist und wo er anfängt, dann könnte Herr X nach Hause gehen, dann würde man lachen.“ (41)

Dem allerdings, und wer wollte das ernsthaft bestreiten, ist bedauerlicherweise nicht so: Es gibt viel zu tun.

Pe,

- Quellen und Anmerkungen:
1. G. Beyerle, Kapita. Reichswehr und NSDAP, K. 1962 S. 208
2. ebd. S. 178
3. C. P. Faschismus und Neofaschismus, K. 1984 S. 454
4. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
5. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
6. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
7. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
8. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
9. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
10. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
11. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
12. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
13. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
14. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
15. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
16. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
17. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
18. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
19. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
20. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
21. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
22. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
23. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
24. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
25. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
26. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
27. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
28. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
29. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
30. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
31. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
32. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
33. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
34. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
35. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
36. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
37. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
38. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
39. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
40. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100
41. Zitiert nach: H. J. Henke, Antifaschismus, K. 1984 S. 100

Hamburg: SS-HIAG-Treffen verhindert

Das für den 26.10. in Hamburg angekündigte Jubiläumstreffen der SS-HIAG zu ihrem 35-jährigen Bestehen (siehe Ak 263, S. 30) hat nicht stattgefunden. Im Anschluß an ihre erfolgreiche Verhinderungskampagne veröffentlichte das „Aktionsbündnis gegen die SS-HIAG“ dazu folgende Pressemitteilung:

1) Wir haben verhindert, daß die HIAG in der von ihr angekündigten provokativen Art und Weise ihr Treffen in Hamburg durchführen konnte. Es bleibt offen, ob die HIAG in der Lage war, sich in einem anderen Ort in aller Stille zu treffen. Wir haben heute mit einer Demonstration von 2000 Menschen die Ablehnung faschistischer Ideen deutlich gemacht. Dies sehen wir insgesamt als Erfolg.

2) Unsere Demonstration konnte das Treffen der Faschisten politisch verhindern, obwohl der Hamburger Senat durch die Person des Stadtrates Kubels hat bekannt gegeben lassen, daß der Senat grundsätzlich ein Versammlungsrecht für Nazis sieht, und herbei ist, das Treffen unter Polizeischutz stattfinden zu lassen.

3) Wir werden weiterhin an unserem Bündnis festhalten, um auch weiterhin Treffen und Aufmärsche von faschistischen Organisationen und Parteien zu verhindern. Wir weisen in diesem Zusammenhang auf einen Kongress der „Konservativen Aktion“ unter dem Motto „Freiheit für Rudolf Heß“ hin, der am 30.11.85 in Hamburg stattfinden soll. Dieser Kongress darf nach unserem Willen nicht stattfinden.

Die SS-HIAG ihrerseits äußerte sich ebenfalls zu ihrem ausgefallenen Treffen. Die Pögnanz dieser Selbstdarstellung wollen wir unseren Lesern und Lesern ebenfalls nicht vorenthalten.

„Soldaten“

Betr.: Proteste gegen SS-Treffen! (Ihre Ausgabe vom 23. 10. 85)

„Soldaten“

Betr.: Proteste gegen SS-Treffen! (Ihre Ausgabe vom 23. 10. 85)

Zuerst möchten wir, der Landesverband der Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehem. Waffen SS (HIAG), Hamburg e. V. feststellen, daß

wir weder die SS SIPO GESTAPO, oder noch eine andere Unterliederung der SS sind, sondern um mit den Worten des ehem. Bundeskanzler Konrad Adenauer, oder — des Ersten SPD-Partei-Vorsitzenden Kurt Schumacher zu sprechen: „Soldaten wie andere auch waren“.

Wir haben mit den von den „Friedensgruppen“ und sogenannten „demokratischen Vereinigungen“ genannten Bullenbäuser Damm und Lidice nicht das geringste zu tun. Wir waren Frontsoldaten, von denen der ehem. Bundeskanzler Helmut Schmidt sagte, daß er immer ein beruhigendes Gefühl hatte, wenn eine Einheit der Waffen-SS in seiner unmittelbaren Nähe lag.

Wir weisen weiter darauf hin, daß Soldaten der ehem. Waffen-SS in allen Parteien tätig sind und vor allem als SPD-Mitglieder in der zivilen Verwaltung hohe und höchste Ämter bekleiden. Wir glauben kaum, daß das der Fall wäre, wenn wir solche Verbrecher wären, wie die „demokratischen Gruppen“ uns hinzustellen versuchen.

Wir wissen weiter, daß die treibende Kraft gegen unsere unpolitische Zusammenkunft am Anlaß unserer 35-Jahrestag, die VVN/Bund der Antifaschisten ist. Hier handelt es sich um einen Zusammenschluß, der im Verfassungsschutzbericht des Herrn Minister des Innern, als verfassungsförmlich und linksorientiert seit Jahren genannt wird. Das sollte nicht nur für die sogenannten „demokratischen Gruppen“ zu. Anders dagegen die Landesverbände der HIAG — Wir sind weder marxistisch-faschistisch, sondern ein aus der Not der Nachkriegszeit entstandener Verein von Frontsoldaten der ehem. Waffen SS. Kein Traditionsverband, geschweige eine Nachfolgeorganisation!

HIAG — Landesverband Hamburg e. V.
Frster Landesvorsprecher
Franz Schmitz
Wohnort: 37
2000 Hamburg 34

(aus „Marburger Anzeiger“, 31. 10. 85)

Daimler/AEG: BRD-Konzerne bereit für Handels- und Weltkrieg

Mit der Einverleibung der AEG ist der Automobilhersteller Daimler-Benz — vorbehaltlich der Zustimmung des Bundeskartellamtes — zum größten Rüstungsproduzenten der BRD aufgestiegen. Die Mehrheitübernahme bei AEG ist die dritte Übernahme einer Rüstungsfirma durch Daimler in diesem Jahr; im Frühjahr war die Motoren- und Turbinenunion MTU ganz in den Besitz der Daimler-Benz AG übergegangen und im Sommer 65,5 Prozent der Anteile an Dornier. Der Daimler-Konzern ist damit zum größten BRD-Konzern geworden. Diese Konzentration stärkt die beteiligten Konzerne sowohl für den innerimperialistischen Konkurrenzkampf mit japanischen und US-Monopolen wie für die Mitwirkung bei neuen Aufrüstungsvorhaben.

Umstrukturierung in der Automobilindustrie

Daimler steigt in die AEG zu einem Zeitpunkt ein, da die AEG zwar die ersten Nachwehen des Vergleichs mit der VW 1982 überstanden hat, aber noch keine Gewinnrückgewinnung oder Kapitalmangel leidet. Außerdem ist die AEG aus den schlechteren Zeiten einen Verlustvortrag von ca. 3 Mrd. Mark mit. Allerdings, so ist eben kapitalistisches Siegerrecht, wurde es der Daimler-Benz AG bei einer Beteiligung von 75 Prozent und mehr an AEG möglich sein, über einen

Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag diese AEG Verluste zum eigenen Vorteil steuerumdernd zu veranschlagen. Der Steuergewinn könnte mit 1,9 Mrd. Mark den Kaufpreis von 1,6 Mrd. Mark übertreffen. Einverleibt geht es der AEG wieder merklich besser. Nach einem Jahresumsatz von 37 Mrd. Mark 1983 konnten 1984 bereits Gewinne in Höhe von 398 Mio. DM erwirtschaftet werden. Wenn dies auf „eine höhere Wertschöpfung je Mitarbeiter“ zurückgeführt wird, verbirgt sich dahinter die immense Rationalisierung bei AEG in den letzten drei Jahren. Als im

Herbst 1982 der Vergleich beantragt wurde, war die Beschäftigtenzahl bereits um 30.000 auf 136.000 Mitarbeiter gesunken worden, und bis heute sind weitere 66.000 Arbeitsplätze abgebaut worden. Rund die Hälfte des AEG-Umsatzes von 11 Mrd. Mark soll auf Hochtechnologie-Feldern gemacht werden, die bei AEG insbesondere die Bereiche der Informations-, der Hochfrequenz- und der Kommunikationstechnik betreffen. In der Wehrtechnik hat die AEG 1983 an die 1,9 Mrd. Mark umgesetzt. Mit dem AEG-Kauf setzt Daimler seine Politik der Diversifizierung fort und ist damit dem von den großen runden kokarischen Automobilkonzernen eingeschlagenen Weg. In Erwartung einer tieferen Krise im Fahrzeugbau verlegen die kapitalistischen Fahrzeugproduzenten in sich neue Produktionsfelder zu erschließen. So kaufte General Motors u.a. das Software Unternehmen EDS, um dessen Hilfe neue computerisierte Produktionsanlagen errichtet werden sollen und das siebgrößte US-amerikanische Rüstungsunternehmen Hughes Aircraft Corp., das Satelliten und Flugkörper sowie Radar- und

Echolot Systeme herstellt. Mit dem Erwerb von Culbertson Aerospace hat sich Chrysler ebenfalls ins Rüstungsgeschäft eingekauft. In der Rüstung setzt der italienische Konzern FIAT bereits 25 Prozent um und japanische Automobilhersteller wollen künftig zehn Prozent ihres Umsatzes im Rüstungsgeschäft machen.

Dornier + AEG + MTU = SDI

Unabhängig davon, ob es zwischen Bundesregierung und US-Administration zu einem offiziellen Rahmenabkommen über die SDI Beteiligung kommen wird, werden sich westdeutsche Konzerne an SDI beteiligen. Obenan auf den Wunschlisten des Pentagon stehen die Firmen Dornier und Messerschmidt-Bölkow-Blohm/MBB. Beide Firmen sind in der Welt führend bei der Entwicklung weitreichender Ortungs- und Zielssysteme. Die Instrumentenplattform IPS von Dornier hat ihre Feuerprobe bei SDI-Vorversuchen mit dem Space Shuttle bereits bestanden. Für die kommerzielle Nutzung des AEG ist die Zusammenführung von Dornier und AEG nicht weniger interessant, wurde damit doch erstmals ein westdeutscher Konzern in

Coup von Daimler, eine Firma im Baden-Württemberg ins Konzernimperium zu integrieren, scheint möglich. „Es liegt nahe, daß bei der Integration des entsprechenden industriellen Potentials um Daimler-Benz herum über kurz oder lang auch die in Karlsruhe gelegenen Industriewerke Karlsruhe AG (IWK A) einbezogen werden, auch sie waren und sind ein technologisch hochstehendes Unternehmen, auch sie waren und sind in der Rüstung tätig, und auch dieses Werk gehört zu einem erheblichen Teil zu einem alten Familienkonzern, dessen Zusammenhalt durch Familienreligionen gefährdet wird.“

Zwei Zentren westdeutscher Rüstung

Neben der Daimler-Benz AG bleibt der MBB-Konzern beherrschendes Zentrum der Rüstung. Auch um diesen Konzern herum hat es in den letzten Monaten Umgruppierungs- und Zentralisationsprozesse gegeben. Anfangs wurde MBB im Winter 1984 Generalunternehmer für den Bau von zehn Minenkampfschiffen, obgleich die großen Produktionsanteile mit zwei Drittel auf die Werften Lütten, Kröger-Werft und Abeking + Rasch entfielen. Der Anteil der MBB an großen Produktionsanteile mit zwei Drittel auf die Werften Lütten, Kröger-Werft und Abeking + Rasch entfielen. Der Anteil der MBB an großen Produktionsanteile mit zwei Drittel auf die Werften Lütten, Kröger-Werft und Abeking + Rasch entfielen.

Die 6 größten Rüstungsunternehmen in der BRD im Jahre 1983 (Darstellung unter der Annahme, MTU, Dornier und AEG waren bereits Teil des Daimler-Konzerns gewesen)

Rang nach Rüstungsumsatz 1983 (1)	Unternehmen (2)	Hauptanteile (3) (Februar 85)	Rüstungsgüter (Auswahl) (4)	Beschäftigte 1983 (5)	Umsatz in Mio. DM 1983 (6)	Rüstungsanteil in % 1983 (7)	Rüstungsumsatz in Mio. DM 1983 (8)
1	Daimler-Benz AG						
(2)	AEG Telefunken AG	Daimler-Benz AG 65%, Siemens AG 15%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Elektronik, Radar	63.250	9.630	-20	-1.926
(3)	Messerschmidt-Bölkow-Blohm GmbH (Dornier)	Daimler-Benz AG 50%, MAN 50%	Flugzeugtriebwerke	2.179	2.179	52	4.133
(4)	Dresdner Bank AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(5)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(6)	Messerschmidt-Bölkow-Blohm GmbH (Dornier)	Daimler-Benz AG 50%, MAN 50%	Flugzeugtriebwerke	2.179	2.179	52	4.133
(7)	Dresdner Bank AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(8)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(9)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(10)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(11)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(12)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(13)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(14)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(15)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(16)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(17)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(18)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(19)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(20)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(21)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(22)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(23)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(24)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(25)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(26)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(27)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(28)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(29)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(30)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(31)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(32)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(33)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(34)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(35)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(36)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(37)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(38)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(39)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(40)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(41)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(42)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(43)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(44)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(45)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(46)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(47)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(48)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(49)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(50)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(51)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(52)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(53)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(54)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(55)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(56)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(57)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(58)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(59)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(60)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(61)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(62)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(63)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(64)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(65)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(66)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(67)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(68)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(69)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(70)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(71)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(72)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(73)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(74)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(75)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(76)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(77)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(78)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(79)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(80)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(81)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(82)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(83)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(84)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(85)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(86)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(87)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(88)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(89)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(90)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(91)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(92)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(93)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(94)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(95)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(96)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(97)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(98)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(99)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320
(100)	Daimler-Benz AG	Daimler-Benz AG 65%, Thyssen AG 10%, AEG AG 10% (Dresdner Bank AG)	Transportpanzer	190.60	32.179	1	320

Anmerkungen:
1) In Klammern Stellung als einzelner Rüstungsbetrieb bzw. Stellung in der dann geänderten Rangfolge.
2) In Klammern Gesamtumsatz bis zur Übernahme durch die Daimler-Benz AG.
3) Geschäftsjahr 1983/84.
4) Original.

Quelle: Hufschmidt/Voll/Drowanyj, Die Profile der Aufrüstung, in: „Blätter für deutsche und internationale Politik“ 78/5, S. 786 ff. eigene Berechnungen.

Erstmalige Kriegswaffen-Systeme werden von dem neuen Super-Konzern in fast allen Arten hergestellt. Ein Blick in die Waffenarsenale der Konzern- Tochter zeigt dies.

Die AEG produziert Feuerwerksysteme für den Kampfpfeiler „Leopard 2“. Funkpeilungen für die Panzerabwehrwaffen „Maar“, „Horn“ und das Luftabwehrsystem „Roland“. Elektrische Systeme für die Kampfmaschine „Tornado“, „Alpha Jet“ und „Phantom“. — Der „Tornado“ fliegt mit einem MTU-Triebwerk, der „Alpha Jet“ ist eine Koproduktion von Dornier mit dem französischen Konzern Dassault — AEG ist aktiv bei der Produktion von Minen, Minenräumgeräten und Torpedos.

Mit Triebwerken aus der Produktion von MTU (liegen u.a. die Flugzeuge „Tornado“, „Alpha Jet“, „Atlas“, „T-28“ und „Transall“; am Bau der Triebwerke für den „Jäger 90“ und den Panzerjagdhubschrauber „PAH 2“) soll MTU beteiligt werden. Daneben stellt MTU Motoren für die Panzer „Marder“ und „Leopard“ und für U-Boote her.

Die Daimler-Benz AG, „der verschiedenen Versionen von Schwerlastwagen und Transportern“ Marktführer und Hauptbeteiligte an den Entwicklungsarbeiten für die neue „Kampfwagen-Generation“, wird mit der Einverleibung der A

Die Brokdorf-Entscheidung des BVG: Demonstrationen sind »Frühwarnsysteme« für »Integrationsdefizite«

Eine großzügigere Versammlungsfreiheit habe stabilisierende Funktionen für den Staat, „die gestaute Unzufriedenheit, Unmut und Kritik öffentlich vorzubringen und abzurufen, und fungiere als notwendige Bedingung eines politischen Frühwarnsystems, das Signale an die Integrationsdefizite sichtbar ... mache.“ Offene Worte über Deeskalations- und Integrationsmöglichkeiten bei Demonstrationen waren dem Bundesverfassungsgericht so wichtig, daß es vier Jahre nach der letzten großen Brokdorf-Aktion ein Musterurteil in anwendungsorientierter Rechtsprechung lieferte. Dafür setzte sich das BVG eigen über die üblichen Verfahrenstippen hinweg. Normalerweise wäre eine BVG-Klage nur dann zulässig gewesen, wenn sich die Demonstration als eine der vorher durch alle Instanzen geklagt hat oder das war bei abetung.

Der Unmut ist in der Tat ein ein. An Grund ist für Integrations- und Deeskalationsvorstellung zu bezeichnen, weshalb wir hier die wesentlichen Aussagen dazu zusammenfassend darlegen wollen, auch wenn das Urteil bereits am 11.7.85 ergangen ist. Der eigentliche konkrete Anlaß, die damalige Ausdehnung eines Demonstrationsverbots bis nach Wilster hinein, nimmt nur einen Bruchteil des Urteils ein. Kein Wunder, daß das Gericht (nachträglich) die Demonstration bis hin zu den Polizeisprengern erlauben wollte — ohne Demonstrationsspielraum ist die begrenzte Unmutäußerung und vor allem eine Differenzierung zwischen Teilen der Demonstrationsteilnehmer gar nicht möglich.

Während auf liberaler und sozialdemokratischer Seite gejubelt wurde, tadelte die PAZ, die konstatierte Weisheit des BVG zumeist laßt. Sie nannte die BVG-Vorstellungen „allotrius“ und „denkmal“ und empfand den Richter als „Demonstrationswöchener“ (21.7. und 24.8.85). Während die Regierungskommunikation eine Demonstrationenverschärfung durchgesetzt hat, proklamiert nun die SPD eine mögliche Verfassungsklage dagegen. Doch Thema ist hier die Funktion eines „Iberale“ Demonstrationenrechtes im Sinne der Integration in diesen Staat.

Die Versammlungsfreiheit

Bemerkenswerte Passagen zur Bedeutung der Versammlungsfreiheit enthält

Die Versammlungsfreiheit

Bemerkenswerte Passagen zur Bedeutung der Versammlungsfreiheit enthält das Urteil des BVG: „... das Recht sich ungehindert und ohne besondere Erlaubnis mit anderen zu versammeln, gilt seit jeher als Zeichen der Freiheit, Unabhängigkeit und Mündigkeit des selbstbewußten Bürgers ... in einer Demokratie müsse die Willensbildung vom Volk zu den Staatsorganen und nicht umgekehrt verlaufen, das Recht des Bürgers auf Teilhabe an der politischen Willensbildung äußere sich nicht nur in der Stimmabgabe bei Wahlen, sondern auch in der Einflußnahme auf den ständigen Prozeß der politischen Meinungsbildung, die sich in einem demokratischen Staatswesen frei, offen, unreglementiert und grundsätzlich „staatsfrei“ vollziehen müsse ... An diesem Prozeß sind die Bürger in unterschiedlichem Maße beteiligt. Große Verbände, finanzstarke Geldgeber oder Massenmedien können beträchtliche Einflüsse ausüben, während sich der Staatsbürger eher als ohnmächtig erlebt ... dem Einzelnen ... verbleibt ... nur eine kollektive Einflußnahme durch Inanspruchnahme der Versammlungsfreiheit für Demonstrationen. Die ungehinderte Ausübung des Freiheitsrechts wirkt dem Bewußtsein politischer Ohnmacht und gefährlichen Tendenzen der Staatsverdrossenheit entgegen ... Namentlich in Demokratien mit parlamentarischem Repräsentativsystem und geringen plebiszitären Mitwirkungsrechten hat die Versammlungsfreiheit die Bedeutung eines grundlegenden und unentbehrlichen Funktionselementes.“

Diese Sätze wurden von liberaler Seite angeführt, um das Urteil als Sicherung von Bürgerrechten zu preisen. „PAZ“ und „West“ hingegen erörtern sich darüber, vom Gericht zu hören, das Kapital regiere den ohnmächtigen Bürger. Das Gericht befürchte je-



Brokdorf 1981

Joch selbst mit der unmittelbar an schließenden Passage die zutreffendste Beschreibung der Versammlungsfreiheit in ihrer Funktion für den Staat: „... die Staatsgewalt wird durch besondere Organe ausgeübt und durch einen überlegenen bürokratischen Apparat verwaltet ... wird die stabilisierende Funktion der Versammlungsfreiheit für das repräsentative System zutreffend dahin beschrieben, sie gestalte Unzufriedenheit, Unmut und Kritik öffentlich vorzubringen und abzurufen, und fungiere als notwendige Bedingung eines politischen Frühwarnsystems, das Signale an die Integrationsdefizite sichtbar ... mache.“ Vom Ausbau der Bürgerrechte kann bei einer derartigen Funktionszuweisung der Versammlungsfreiheit wohl ernsthaft nicht gesprochen werden. Um diese Funktion aber auch erfüllen zu können, bedarf die Versammlungsfreiheit selbstverständlich eines gewissen Schutzes gegen behördliche Willkür: „Mit diesen Anforderungen wären erst recht behördliche Maßnahmen unvereinbar, die über die Anwendung grundrechtsbeschränkender Gesetze hinausgehen und etwa den Zugang zu einer Demonstration durch Behinderung der Anfahrt und schleppende vorbeugende Kontrollen unzumutbar erschweren oder ihren staatsfreien unreglementierten Charakter durch exzessive Observationen und Registrierungen verändern.“ Auch der „Straßenverkehr“ hat hinter öffentliche Versammlungen zurückzutreten und „Spontandemonstrationen“ sind zu genehmigen.

Wie weit der Schutz vor behördlichen Maßnahmen reicht, wird an anderer Stelle im Urteil deutlich. Unter direktem Bezug auf „den Erfahrungsbericht des Nordrhein-Westfälischen Innenministeriums zur Großdemonstration 1977 in Kalkar“ werden die damals großräumig durchgeführten Behinderungen durch die Polizei als „effektive Schutzmaßnahmen“ ausdrücklich gebilligt. Ein gutes Dutzend Polizeipersonen zwischen Abfahrtsort und Demonstrationort wie 1977 sind keine Behinderung der Anfahrt und schleppende Vorkontrolle. Ein Verfassungsgebot, wer solches nur für möglich hielt.

Deeskalation bald Gesetz?

Nach den Bemerkungen zur Versammlungsfreiheit wandte sich das Gericht der Aufgabe zu, die Deeskalationsstrategie in handhabbare Rechtsformen zu gießen, d.h. verbindliche Richtlinien für die Behörden und Demonstrationsveranstalter aufzustellen und zu definieren.

Erinnern wir uns zuvor aber an die Vorgaben der Deeskalierer zum Fried-

densherbst '83. Carsten Voigt (MdB, SPD) am 20.4.83 in der Polizeiakademie Hiltrup: „Interesse von uns allen und Aufgabe der Polizei ist es dann, das Recht auf friedliche Demonstrationen zu schützen, die Einhaltung der Rechtsordnung mit angemessenen Mitteln zu gewährleisten und eine Eskalation der Gewalttätigkeit soweit wie möglich zu verhindern. Sie wird bei dieser Aufgabe sicherlich auch die Unterstützung der großen Mehrheit der Friedensbewegung finden, die am friedlichen Verlauf ihrer Kundgebungen und Demonstrationen interessiert ist. Mit diesen Teilen der Friedensbewegung sollte die Polizei rechtzeitig das Gespräch suchen.“

Was sie ja auch tat. Jo Leinen, damals BBU und selbsternannter Sprecher der Bewegung: „Wir wollen uns mit der Polizei darüber verständigen, daß die Aktionen beider Seiten gewaltfrei ablaufen. Ziel einer gewaltfreien Aktion ist es ja auch, daß sie berechenbar ist. Wir sagen z.B. vorher, daß wir bei einer Blockade da oder da sitzen“ (11.7.83). Die geheime „Stuttgarter Runde“ zwischen Büro Stümper und Vertretern der Friedensbewegung gab am 27.10.82 zu Protokoll, Wege finden zu wollen „zum generellen Gewaltverzicht mit der Konsequenz der Isolierung von Gewalttätern bei Demonstrationen“. Der geplante „Staatsvertrag“ zwischen Polizei und Bewegung sah u.a. vor: Erhaltung der demokratischen Kultur in einer demokratischen Zeit, insbesondere die Unterordnung von Minderheiten unter die Mehrheit; die absolute Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols und des geltenden Rechts, um Protestaktionen für beide Seiten kalkulierbar zu machen; Ermöglichung einer klaren Lagebeurteilung für die Polizei durch Gesprächsbereitschaft der Veranstalter; frühzeitige Entwarnung anstehender Gewalttätigkeiten.

Das Gericht führte dazu aus: „in den eingeholten Erfahrungsbereichen und nach dem Ergebnis der Stuttgarter Gespräche können zur friedlichen Durchführung von Veranstaltungen nach Art der Bonner Friedendemonstration 1981 oder der südwestdeutschen Menschenkette 1983 mehrere Lösungen beitragen. Dazu gehören neben der rechtzeitigen Klarstellung der Rechtslage, daß beiderseitige Provokationen und Aggressionsanreize unterbleiben, daß die Veranstalter auf die Teilnehmer mit dem Ziel friedlichen Verhaltens und der Isolierung von Gewalttätern einwirken, daß sich die Staatsmacht — gegebenenfalls unter Bildung polizeifreier Räume — besonders zurückhält und übermäßige Reaktionen vermeidet, und daß insbesondere eine rechtzeitige Kontaktaufnahme erfolgt, bei der beide Seiten sich kennenlernen, Informationen austauschen und möglicherweise zu einer vertrauensvollen Koopera-

tion finden, welche die Bewältigung auch unvorhergesehener Konfliktsituationen erleichtert ... Eine Verpflichtung, diese Erfahrungen nicht nur in Erwägung zu ziehen, sondern auch tatsächlich zu erproben, läßt sich verfassungsrechtlich zusätzlich damit rechtfertigen, daß dies das mildere Mittel gegenüber Eingriffen in Gestalt von Verbieten oder Auflagen ist.“

Damit ist das Verhalten von Behörden und Verwaltungsgerichten festgelegt. Fehler aus der Vergangenheit, die in der Öffentlichkeit stets unpassend wirkten, wie etwa ein vornehmliches Demonstrationsverbot zu erlassen (an das sich dann niemand hält) oder die zuweilen keckte Rechtsprechung einiger Verwaltungsgerichte, die überstrenge Behördenauflagen aufhoben, sollen in Zukunft vermieden werden.

Eingriffe der Behörden/Polizei sollen demnach „davon abhängen, wie weit etwa bei Großdemonstrationen eine Bereitschaft der Veranstalter zu kooperativen Vorkehrungen besteht.“ Wer nicht mit der Polizei kooperiert, hat dann bei gleicher „Sicherheitslage“ eher mit einer gewaltsamen Auflösung zu rechnen. Dann wird es also noch schwerer — sollten Großdemonstrationen wieder möglich werden —, die Kumpans-Kooperation zwischen Behörden und Demonstrationsveranstalter zu kritisieren. Kritiker/minderheiten solcher Absprachen sind nicht nur praktisch, sondern bald auch rechtlich ein „Sicherheitsrisiko“ in ihrer bloßen Eigenschaft als Kritiker/innen der Deeskalierer.

Das Gericht gab zudem den Hinweis: „Die Auswertung der erwähnten Erfahrungen auf der Ebene des einfachen Rechts zu präzisieren ...“. Nachdem die Verfassungskonflikte vorab beschieden sind kann fast es nötig werden sollte, ein Deeskalationsgesetz in's Haus stehen.

Wird den Demonstranten schon allerlei Wohlverhalten abgefordert, bevor sie in den zweifelhaften Genuß der oben definierten Versammlungsfreiheit kommen, brauchen sich die Behörden nicht viel zu vergeben. Sie dürfen niemals Situationen entstehen lassen, die „etwa die Anwendung flexibler Einsatzstrategien unmöglich machen.“

Die Illusion, gerade mit Kooperationsgesprächen könne die Polizei zur Mäßigung angehalten werden, bleibt Illusion.

Der Vorteil solcher Gespräche liegt, wie schon immerzeit kritisiert, eindeutig bei der Polizei. Durch „das gegenseitige Kennenlernen ... werden schon im Vorfeld kollidierende Interessen, etwaige Konfliktsituationen und wechselseitige Belastbarkeiten deutlich. Ferner erhöht sich die Prognose der Sicherheit der zuständigen Behörde.“

Das Vorgehen gegen vermeintlich unfriedliche Demonstranten wird mit dem Schutz der friedlichen begründet.

Der ewig neue Streik in der Gewaltfrage wird genutzt, „Gewaltbefürworter“ — und das ist inzwischen jeder der die trotz Verbot „Schutzbekleidung“ trägt — zum Freiwild zu erklären. Dem: „Von den Demonstranten kann ein friedliches Verhalten um so mehr erwartet werden, als sie dadurch nur gewinnen können, während sie bei gewalttätigen Konfrontationen am Ende stets der Staatsgewalt unterliegen werden und zugleich die von ihnen verfolgten Ziele verdunkeln. Die Anordnung eines Versammlungsverbot wird verfassungsrechtlich auch bei Großdemonstrationen keine besonderen Probleme auf, wenn die Prognose mit hoher Wahrscheinlichkeit ergibt, daß der Veranstalter und sein Anhang Gewalttätigkeiten ... anderer zumindest billigen werden. Eine derartige Demonstration wird als unfriedlich von der Gewährleistung des Art 8 GG überhaupt nicht erfaßt, ihre Auflösung und ihr Verbot können daher dieses Grundrecht überhaupt nicht verletzen.“

Wer den voraussetzenden Gehorsam nicht aufbringt, eine Sachbeschädigung vor ihrem tatsächlichen Eintritt zu verurteilen, verläßt die Rechtsordnung.

Außerhalb dieser Rechtsordnung Stehende, sind dann aufzulösen. Es gibt für eine solche Auflösung jetzt eine präzisierte Rangordnung, wer die Gewalttätiger zuerst alle machen darf. „Jedoch ist bevorzugt eine nachträgliche Auflösung zu erwägen, die den friedlichen Teilnehmern die Chance ... und dem Veranstalter den Vorrang bei der Isolierung unfriedlicher Teilnehmer beifügt.“

Wer in der Vergangenheit einmal einen solchen Konstellation ausgesetzt war, kann ermesen, daß bei dermaßen motivierten „kooperationswilligen, isolierenden „Friedlichen“, die einfache Schutzbekleidung kaum ausreicht, von der „stets siegreichen Staatsgewalt“ ganz zu schweigen.

Der Brokdorf-Entscheid ist jedenfalls nicht geeignet, ernsthaft zu begründen, die Versammlungsfreiheit wäre jetzt vor staatlichen Übergriffen besser geschützt als noch vor einigen Jahren. Dafür geben die letzten Monate und das Urteil nichts her.

Das deeskalierende Verhalten der Polizei hat sich insgesamt „bewährt“, und den Behörden ist das rechtliche Instrumentarium an die Hand gegeben, auf massenhafte Proteste ohne große Reibungsverluste zu reagieren. Daß es für den Staatsapparat nötig war, mit dem Urteil dieses ohnehin existierende Vorgehen extra verfassungsrechtlich festzuklopfen, läßt nur vermuten, daß es im Sicherheitsapparat immer noch eine ernzunehmende Anzahl rechter Kritiker dieser Linie gibt, und einen Haufen alter Handgeigen, die lieber gleich zur Attacke blasen, als kurz nachzudenken und der Differenzierung den Vortzug zu geben.

Aber wie klagte doch BuWi Polizeisprekter Gerbort in „Die Polizei“ (9/85) über die mittlere Führungsebene der Polizei: „Defizite“ beim „Erkennen politischer Zusammenhänge. Die rein schematische Rechtsanwendung ohne die Fähigkeit, politische Wirkungen zu erkennen, scheint mir nicht auszureichen, den modernen Anforderungen an diese Funktionen genügen zu können.“

Ach ja. Der eigentlichen Sachentscheidung, zur Frage der Rechtmäßigkeit des Verbots der Brokdorfdemonstration '81, widmete das Gericht gerade 1/10 des Gesamtumfangs des Urteils. Das Gericht blieb seinen vorher entwickelten Grundsätzen treu. Ergebnis: Das großräumige 3-Tage-Verbot des Landrates für die gesamte Wilstermarsch ist rechtmäßig. Rechtmäßig ist das Verbot für jenen „Bereich, der durch diejenigen Punkte begrenzt wurde, an denen die Polizei in einer Entfernung zwischen etwa 4,5 bis 9 km vom Bauplatz Sperren errichtet hatte“. Das waren jene Sperr Container, von denen herab Jo Leinen die Demonstranten zum Anhalten aufforderte. Er war halt damals der 1. Entwicklung schon ein gutes Stück voraus. Da wird er sich freuen.

„Kein großer Wurf“?

Ein Aufatmen geht durch die Kripo: „Der große Wurf seien die Beschlüsse nicht, heißt es, aber es sei doch wenigstens endlich eine Entscheidung gefallen“ (1) so das Hamburger Abendblatt. Was lange währt, wird endlich...

Endlich! diskutierten Polizeistrategen vom Schlage eines Stümper oder Zuhldorf seit 15 Jahren hinter den Kulissen und seit fünf Jahren läuft nun die öffentliche PR-Kampagne für polizeiliche Untergrundagenten oder „verdeckte Ermittler“, wie sie inzwischen vernehmlich genannt werden. Für dieses Ziel beschwerten die polizeilichen PR-Spezialisten landauf, landab in blühendsten Farben das Geschehen von „unbekannten Zuhldorf“ mit einer drohenden „mafiaähnlichen Parallelgesellschaft“, die nur mit „verdeckten Ermittlern“ begangen werden könne. Die KRI und die verschiedenen Funktionen des Bundeslagers wurden in Stellung mit Argumentenmaterial der Polizeigewerkschaften (GdP und BDK) und beachtlichen Lagernden von IKA beauftragten „Spezialisten“ wurden auf Polizeikongresse geschickt, bis sie sich das Lagebild der „organisierten Kriminalität“ zu eigen gemacht hatten. Mit der Erfahrung im Hintergrund, daß man beim Feilschen immer mehr fordern muß als man letztlich kriegt, durften die Polizeistrategen mit dem vorliegenden Beschluß der IMK zwar nicht zufriedengestellt, aber doch erst mal ganz zufrieden sein. Innerhalb haben die Innenminister einstimmig die von der Justizministerkonferenz erarbeiteten Richtlinien zum „Einsatz verdeckter Ermittler“ verabschiedet. (2) Die Harmonisierung der bisher von einigen Ländern unterschiedlich gehandhabten Untergrundpraxis stehen alle Türen offen.

„Laut (2a)“ haben die SPD-Länder des abgeregelter, was lange sich ihre wesentlichen Einwände betrafen, nicht nur nicht, sondern (2) Daß das die Wände nicht gerade prinzipeiell waren zeigt am besten das anscheinende Ergebnis. Der „verdeckte Ermittler“ hat sich aber eine Legende und ausgereichte falsche Namen, falsche Papiere und Auszeichnungen beschaffen lassen. (3) In eine Szene verschleichen. Seine Identität wird in der Öffentlichkeit geheim gehalten. (4) Er darf die Verfolgung staatsbürgerlicher Aufgaben aus „kriminalistischen Erwägungen“ (5) zurückstellen. In „Ausnahmefällen“ kann kriminelles Verhalten von ihm durch den „übergesetzten Notstand“ (6) faktisch als „rechtmäßig“ (7) angesehen werden. (8) Faktisch ist damit das Ziel der Polizei erreicht, nämlich daß ein geheimdienstähnliches Spitzeln rechtlich (in diesem Fall nur verwaltungsrechtlich) legalisiert wird und daß außerdem Aussagen dieses Geheimagenten in ein Strafverfahren eingeführt werden können. Bei gleichzeitiger Geheimhaltung seiner wahren Identität (7).

Und nun die vielgepressten rechtsstaatlichen Einschränkungen für „verdeckte Ermittler“:

1. Sie „dürfen nur mit konkretem Ermittlungsauftrag gezielt begrenztes operativ vorgehen“ werden. (3)
2. „Aber... Grund und Länder nicht vorbestimmen, den zeitlichen Rahmen nicht zu bestimmen.“ (4) Die zeitliche Begrenzung kann der Ermittlung nicht über einen Zeitraum von 12 Monaten länger dauern. (8) Und wer kann schon überprüfen, ob der Untergrundfahnder nur einen „konkreten Ermittlungsauftrag“ verfolgt oder umfangreicher schmeißt? — Doch nicht etwa die Agenten!
3. „Strafgeführung“ der Agenten! (3) — Diese strafgeführung hat in der Vergangenheit z.B. nicht verhindert, daß sich sowohl der „007 des BKA“ Hans Georg Haupt, wie der Super V Mann Mauss jenseits der Legalität bewegten.
4. „Verdeckte Ermittler dürfen keine Straftaten begehen.“ ... „Als gewöhnliche Generalermächtigung kann § 34 StGB (rechtfertigender Notstand), Anm. AK nicht herangezogen werden.“ (9) Aber, — „Unberührt bleibt in Ausnahmefällen eine Rechtfertigung oder Entschuldigung des Verhaltens des einzelnen Polizeibeamten z.B. unter den Voraussetzungen der §§ 34, 35 StGB.“ (6) Und wie wir wissen, ist das Recht bisher immer zugunsten der Polizei ausgelegt worden.
5. Für den Einsatz eines verdeckten Ermittlers braucht die Polizei einen „konkreten Verdacht“ — die Einwilligung der Staatsanwaltschaft (10) Aber selbst wenn ein Staatsanwalt ein reserviertes Verhalten in Untergrundabteilung haben sollte, was kann zu erwarten ist, wird er nichts gegen die polizeiliche Beauftragung des „verdeckten Ermittlers“ sagen können, denn die Poli-

»Under Cover Agents«:

Gangster mit Pensionsanspruch

Einstimmig hat die Innenministerkonferenz (IMK) am 16./17.10. Richtlinien für den Einsatz von polizeilichen Geheimagenten, V-Leuten und Informanten erlassen. Eine jahrelange Propagandakampagne der polizeilichen Untergrundstrategen hat damit ihr — sicherlich nur vorläufiges — Ende gefunden. Die bürgerliche Presse hat dieses Ergebnis kaum „gewürdigt“ oder verurteilt, wie das Hamburger Abendblatt, das einschätzt, die Richtlinien würden „den Beamten kaum besondere Befugnisse einräumen.“ (1) Tatsächlich aber wurden die Forderungen der Polizei weitgehend bewilligt, auch wenn durch geschickte juristische Argumentationen der Anspruch erweckt wird, als seien gewisse Schranke Grenzen gewahrt.



„Lockspitzel-Einheiten“ der Polizei von Seattle, Washington

zei hat das Informationsmonopol. Außerdem ist die Staatsanwaltschaft aufgefordert, „ihre Entscheidung in enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der Polizei zu treffen“ (11)

5. „Der Verdeckte Ermittler ist von der Strafverfolgungspflicht gemäß § 163 StPO (Legalitätsprinzip, Anm. AK) nicht befreit.“ — Aber „Aus kriminalistischen Erwägungen können Ermittlungsmaßnahmen ... zurückgestellt werden.“ Auch wenn der „verdeckte Ermittler“ eine harte Hand anlegen muß, „Zurückgestellt“ werden.

Auch wenn der „verdeckte Ermittler“ strafbare Handlungen beobachtet, die er als Polizist eigentlich verfolgen müßte, kann er darauf verzichten, wenn dadurch seine Ermittlungen gefährdet würden — außer bei Mord und anderen Delikten der Schwerekriminalität. (5)

Der polizeilichen Opportunismus und damit Tür und Tor geöffnet, denn letztlich beurteilt der „verdeckte Ermittler“ in Eigenregie, was er verfolgen will und was nicht — Entschuldigungsgründe lassen sich nachher immer noch finden.

Das Legalitätsprinzip (Strafverfolgungspflicht nach § 163 StPO), wichtiges Rechtsprinzip des deutschen Staates zur „Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung“, war bisher eine Klippe für polizeiliche Untergrundführung, weil die polizeiliche Handlungswelt kalkulierbar machte — rein rechtlich gesehen —, als die Polizei alle Straftaten verfolgen mußte. Damit konnte die Polizei jedenfalls theoretisch nicht nach Belieben schnüffeln wie der VS, sondern mußte ihre Tarnkappe fallenlassen, wenn sie eine Straftat bemerkte. In der Praxis wird dieses Prinzip schon lange unterlaufen und Gerichte haben den Bullen in den letzten 15 Jahren immer wieder zugestanden, die „Strafverfolgungspflicht aus kriminalistischen Gründen“ aufzuheben.

Diese gerichtliche Praxis ist nun auch (verwaltungs)rechtlich abgesegnet. Bei ausdrücklicher Beibehaltung des Legalitätsprinzips (siehe oben) wurde eine Bresche in eben dieses Prinzip geschlagen, damit sich die polizeiliche (Untergrund)Praxis frei entwickeln kann. Was das Hamburger Abendblatt „kaum besondere Befugnisse“ nennt, erweist sich letztlich als Persönliches für die polizeilichen Geheimagenten, zumal die uns vorliegenden rechtlichen Thesen den einzelnen Ländern bei der Umsetzung einen großen Spielraum

lassen. Nicht erlaubt sind angeblich — entgegen den alten polizeilichen Forderungen — Lauschangriffe und die Gründung von Scheinfirmen. (1)

Untergrundpraxis

Mit diesem rechtlichen Freifahrtsschein in den Untergrund wird sich die „verdeckte Ermittlung“ weiter ausweiten, zumal sich jetzt sämtliche Innenminister auf diesen kommens vereinhaken haben. Das bedeutet noch mehr Spitzelken und damit erfahrungsgemäß mehr Agents provocateurs, die Kriminalität und damit erfahrungsgemäß mehr Agents provocateurs, die Kriminalität erst produzieren. Dabei ist die Tatsache, daß „verdeckte“ ermittelt wird, in den meisten Bundesländern schon ein alter Hut, oder wie Berlins Innenminister Lünner feststellte: „Verdeckte Ermittlungen gehören überall zum Alltagsgeschäft der Polizei — auch in Berlin.“ (13) Spezielle Organisationseinheiten zur „verdeckten Ermittlung“ — neben den MEKs, die sowieso seit jeher mit geheimdienstlichen Methoden arbeiten — stehen in den meisten Bundesländern bereit, in Baden-Württemberg, z.B. seit Mitte der 70er Jahre. „Insider schätzen die Anzahl der under-cover-agents ... die vom BKA und den Landeskriminalämtern eingesetzt werden, auf ungefähr 350.“ (14) — Ein geheimer Polizeinaparat, in dem Elemente der alten Gevapo neu verpackt sind, ist damit neu installiert. (15)

Gegen die „organisierte Kriminalität“?

Hauptargument der Polizeistrategen zur Einführung von Untergrundagenten ist die „organisierte Kriminalität“ für politisch aufgeklärte Menschen dürfte eine Binsenweisheit sein, daß Kriminalität und speziell „organisierte Kriminalität“ in einem kapitalistischen System weder von der Polizei noch von anderen Kräften verhindert, sondern höchstens verwaltet werden kann. Denn die „illegale“ Wirtschaft (z.B. Waffen- und Drogenhandel) großen Schubs, die „organisierte Kriminalität“ in jeder Beziehung der „legalen“ Wirtschaft, ausgehend von den gleichen Wertvorstellungen (Gewinnmaximierung) bis zu gleichen Produktions- und Vertriebsabläufen (Produktion in Billigländern, Monoposonierung etc.)

In vielen Bereichen sind die beiden Brüder wie stamische Zwillinge aufeinander angewiesen (Investition der „organisierten Kriminalität“ in der Baubranche, Heroinhändler benötigen Essigsäureanhydrid der „legalen“ Wirtschaft, der wiederum sind z.B. beim Waffenhandel z.B. in Kriminallieferanten immer noch einige Wege versperrt, die die „illegale“ Wirtschaft erschlossen hat etc.).

Daß die Polizei „organisierte Kriminalität“ nicht verhindern kann, wo geheimdienstlich operierende „under cover agents“ (UCAs) mit weit mehr Befugnissen und Mitteln ausgestattet sind als die verdeckten Ermittler hier, und trotzdem die vielbeschworbenen amerikanischen Zustände herrschen. Aber warum in die Ferne schweifen, wo das Gute doch so nah. Betrachten wir doch einfach die 1982 in Hamburg gegründete „Fachdirektion (FD) 65 — organisierte Kriminalität“. Diese Sonderkommission mit 45 verdeckten Ermittlern dürfte wohl von allen ähnlichen Einrichtungen in der BRD die weitreichendsten Befugnisse haben. (16) Zu ihrem Aufbau war eigens ein FBI-Spezialist für UCAs nach Hamburg abgestellt, und seine Erfahrungen sollen in die Hamburger Richtlinien für verdeckte Ermittler (Kripo-Chef O.-W. Müller: „Es ist unser Gebot“) eingeflossen sein. (17) Und dies ist ihre magere Bilanz:

- Eine unter großer Geheimhaltung vorbereitete und immens aufgebauete Polizeieinheit gegen den „Paten“ von St. Pauli, Wilfried Schulz. Im Prozeß konnte ihm nur Förderung der Prostitution, Steuerhinterziehung, Beihilfe zur Urkundenfälschung und Anstiftung zur Falschaussage nachgewiesen werden. Heiß erwartete Enthüllungen über Hamburgs Unterweltgroßen brachte der Prozeß nicht und schon gar nichts über Verbindungen zwischen Unterwelt und Polizei.

Als einer ihrer größten Erfolge gilt der Schlag gegen die Hells Angeln im August '83. Für den Prozeß haben es die wackeren Agenten immerhin geschafft, 140 Aktienordner zu füllen. Doch der Hauptvorwurf „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ wird laut MoPo immer fadenscheiniger. Außerdem, was unterscheidet diese Aktion von anderen Aktionen gegen kriminelle Banden, wie sie die Polizei schon immer mal wieder — auch ohne verdeckte Ermittler — geschafft hat?

- „Blitzaktion setzt Waffenring mail“ (17) — bei einer zeitgleichen Aktion in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Hamburg wurde endlich so ein richtiger Waffenhandlerring ausgehoben. Das gefundene Waffenarsenal: 3 Karabiner, 2 Schrotflinten, 12 Pistolen und Revolver sowie 2 Schießkugelschreiber. Außerdem Schrotmunition für Revolver, Hohlspitzgeschosse und 800 Schuß Munition. Ein Waffenhandel ganz großen Kalibers und ein grandioser Erfolg gegen die „organisierte Kriminalität“. Im MoPo klingt wohl, ...

libers und ein grandioser Erfolg gegen die „organisierte Kriminalität“? — wer's glaubt wird selb'!

Aber wenn man schon gegen die „organisierte Kriminalität“ nichts er reicht, dann muß man wenigstens in der Öffentlichkeitsarbeit aus Scheiße Gold machen, oder aus einer normalen Bande eine St. Pauli Mafia Wohl auch, um sich keinem allzu großen Erfolgsdruck aussetzen, haben die polizeilichen Warner vor der organisierten Kriminalität diesen Begriff immer sehr vage gehalten. Aber vor allem deshalb, weil es ihnen gar nicht (nur) um die ganz Großen im Waffengeschäft oder die nadelstreffenbezüglichen Hintermänner der Heroinmafia geht, sondern gegen ein viel umfassenderes Aufgabenfeld. Dazu die Pressemitteilung der IMK vom 17.10.85: „Unverkübbar ist bei bestimmten Erscheinungen der Kriminalität, insbesondere im Bereich der Schwerekriminalität, der organisierten Kriminalität, des illegalen Betäubungsmittel- und Waffenhandels, der Falschgeldkriminalität und der Staatsschutzdelikte (Belonung AK) der Einsatz von V-Personen und verdeckten Ermittlern.“

Gegen jede schwere Kriminalität und damit (77) natürlich auch gegen die Linke soll es gehen. Letztlich bedeutet das die Entwicklung einer Ausnahme-polizei gegen Protestbewegungen, die auch heute schon allseitig eingesetzt wird. Und daß es gegen Protestbewegungen geht, zeigt schon die Tatsache, daß bisher mindestens acht „verdeckte Ermittler“ in Bürgerinitiativen und linken Gruppen aufgeflogen sind. (18)

Allparteienkoalition für Geheimpolizei

Eben diese polizeiliche Orientierung gegen Protestbewegungen schenkt reformistische Kritiker der Geheimpolizei nicht — oder wollen sie nicht sehen. Dafür sehen sie die „organisierte Kriminalität“, gegen die schließlich was unternommen werden muß. Sicher hat die Kritik eines Emmerlich (SPD) oder der Grünen mit dazu beigetragen, Untergrundfahnder in die öffentliche Diskussion zu bringen. Aber das war's. Dann auch die Grünen haben noch im Februar '85 eine Hearing gegen die polizeilichen Geheimagenten veranstaltet. Aber schon im Oktober konnte Schily auf einer Podiumsdiskussion des Arbeitskreises sozialdemokratischer Juristen (AKJ) unwidersprochen über „die Notwendigkeit verdeckter Ermittlungen“ reden. (19) Also auch ein grüner Innenminister Schily hätte kaum die traurige Harmonie der IMK gestört!

Emmerlich (SPD), der sich inzwischen als SPD-Polizeikritiker etabliert hat (wie leicht so was heute ist!) machte sich '84 große Sorgen um die „organisierte Kriminalität“. Aber es dürfte nicht zugelassen werden, „daß die Exekutive uns vor vollendete Tatsachen stellt und ohne klaren gesetzlichen Auftrag (Belonung AK) personelle und organisatorische Maßnahmen trifft ...“ (20) Er lehnte „Überlegungen vor allem im Lager der CDU/CSU über einen verstärkten Einsatz (Belonung AK) verdeckter arbeitender Polizeispezialisten.“ (21) Also wenn sie einen „klaren gesetzlichen Auftrag“ haben, hat er nichts gegen verdeckte Ermittler, nur mehr als bisher sollen's nicht werden? Dem Mann kann geholfen werden: Richtlinien sind ja auch Regelungen, und die gibt's jetzt, alles klar? Mit ihrer Geheimpolizei in Hamburg (FD 65) hat die SPD gezeigt, daß es Unterschiede zur CDU/CSU höchstens in der Taktik zur Einführung der neuen Geheimpolizei gab und gibt, wie immer unter dem Motto: Einige Auswüchse beseitigen, um das Prinzip zu retten.

Anmerkungen

- 1 HA, 8.11.85
- 2 taz, 18.10.85
- 3 Thesen ... Punkt 1.2
- 4 Thesen ... Punkt 2
- 5 Thesen ... Punkt 4.4
- 6 Thesen ... Punkt 3.3
- 7 siehe zu den ursprünglichen Zielen der Polizeistrategen AK 240, 26.11.83
- 8 siehe dazu aber auch insgesamt zum Thema „verdeckte Ermittler“ neben AK 240 (Sondernummer 15.12.84 und Gtip 17 Bürgerrechte und Polizei Westberlin 1984)
- 9 Thesen ... Punkt 1.2
- 10 Thesen ... Punkt 4.1
- 11 Thesen ... Punkt 4.3
- 12 Die Wichtigkeit dieses speziell deutschen Rechtsprinzips hat den deutschen Faschismus nicht verhindert, eben dieses Prinzip auszuhöhlen und der Gestapo unbeschränkte Macht zu geben. Diese Erfahrungen mit der Gestapo und dem omnipotenten Reichssicherheitshauptamt (RSHA) bilden den Grund für die Wiedereinführung des Legalitätsprinzips nach 45 gewesen sein — neben der grundsätzlichen Bedeutung der Strafverfolgungspflicht für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung.
- 13 Sondermitteilungen, 13.9.85
- 14 siehe dazu Anm. 6
- 15 siehe dazu v.a. Russat Reihe Nr. 5 Nach Schilyer Sonderkommission in der BRD zugunsten Ausbau der neuen Gestapo Hamburg, 1978 sowie AK 240
- 16 siehe Anm. 6
- 17 Dazu um die wichtigsten Angaben über FD 65 s. unten im Artikel. (siehe Agenten 2. Teil) In der Reihe 141 Agenten gegen Mafia auf's Kreuz, MoPo 29.8.85
- 18 m. Göttinger und Braunschweiger „Arbeitskreis gegen Atomenergie“ in der Bremer Gruppe „Krieg dem Krieg“ und beim Aufbau einer revolutionären Zelle in Köln. Siehe auch taz Sondernummer, 18.12.84
- 19 Am 5.12.85 in Lübeck taz 7.10.85
- 20 FR, 4.1.85
- 21 SZ, 8.8.84



Die Fraktionen der Regierungskoalition haben sich auf neue Richtlinien für die Entwicklungshilfe geeinigt, die bis Mitte nächsten Jahres im Bundestag verabschiedet werden sollen. Den Antrag bringen die beiden Fraktionen (CDU/CSU und FDP) „in Kürze“ in das Parlament ein. „Darin wird besonderes Gewicht gelegt auf Rahmenbedingungen, die die Selbsthilfe der Menschen ermutigen. Den Entwicklungsländern könne zwar keine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung aufgezwungen werden, heißt es in dem Antrag. Dennoch gehe es in jedem Land Elemente einer freiheitlichen, marktorientierten und sozialen Ordnung, die gefördert werden mußten. (...)“

Bevorzugt werden sollen dem Antrag zufolge die Entwicklungsländer, in denen man sich um die Wahrung der Menschenrechte und der politischen Grundrechte bemüht und darüber hinaus eine Wirtschaftsordnung anstrebt, „in der die persönliche Leistung sich in Marktbeziehungen entfalten kann“ und in der die Bevölkerung an der Planung und Durchführung von Entwicklungsmaßnahmen teilhat.“ (SZ, 25.10.85)

Bei der „Neuordnung der Entwicklungspolitik stehen also zwei Elemente im Vordergrund: der Export des „Modell Deutschland“ (inklusive „sozialer Marktwirtschaft“) und die Interessen der BRD-Industrie. Auf diesen zweiten Aspekt soll im folgenden näher eingegangen werden.

Aus alt mach neu

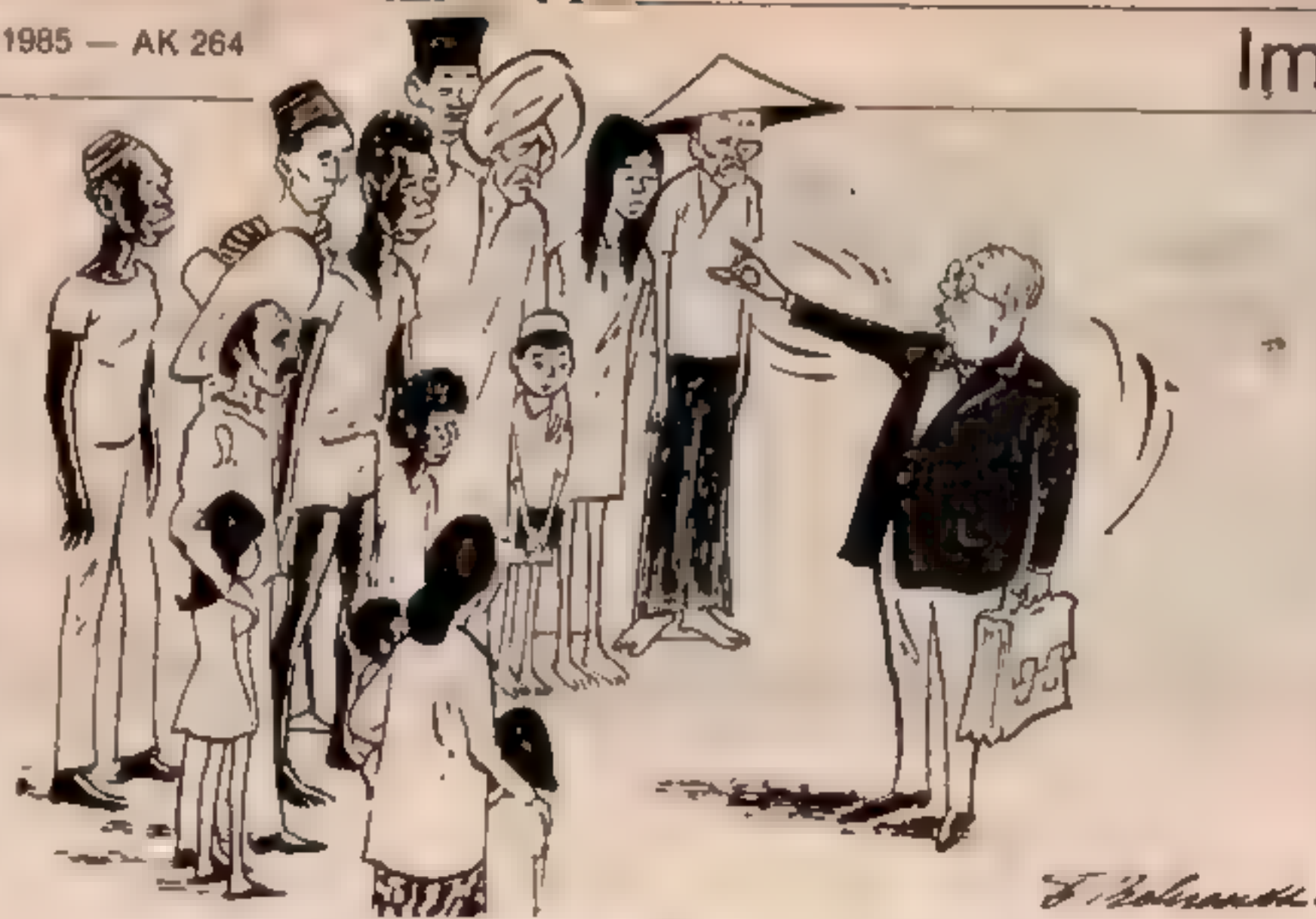
Natürlich hat diese Neuorientierung der Entwicklungspolitik Tradition, so wohl politisch als auch wirtschaftlich. In die zweite Hälfte der sechziger Jahre wurden die Beziehungen zur Dritten Welt, zum „Entwicklungsländern“, als „neue Welt“ bezeichnet. „Entwicklungsländer“ wurde die Bezeichnung, die in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre in der Entwicklungspolitik auf einer anderen Ebene formal anerkannt wurde. Aber auf nationaler Ebene die Nichtanerkennung der BRD als „Gegensatz“ für Hilfszusagen gefordert (wie es Politik ist unter dem Namen „Häufungsdoktrin“ in die Abteilung Gesellschaften der Geschichte eingegangen). Die Entwicklungshilfe sollte ökonomisch gesehen dazu beitragen, das bundesdeutsche Wirtschaft neue Exportmärkte zu erschließen und zum Teil auch ihre Rohstoffbezüge sichern.

Der seinerzeitige Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Walter Scheel (1961-1966), sah die Entwicklungshilfe „als exportförderndes und konjunkturstabilisierendes Instrument, als Modellport des marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzips und als Pre-Investment für privatwirtschaftliche Aktivitäten, ferner als außenpolitisches Instrument, um „Freunde in aller Welt bei der deutsch-deutschen Verständigung und auf dem Kurs der „positiven Neutralität“ gegen den Kommunismus zu halten.“ (Bolten) der Bundesregierung vom 4.8.1962)

Während die „Hallstein-Doktrin“ in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre in der Praxis immer mehr an Bedeutung verlor, behielt die Entwicklungshilfe die Bedeutung als exportförderndes Instrument bei. Nur während einer kurzen Phase Anfang der siebziger Jahre wurde in der bilateralen Entwicklungspolitik u.a. der Abbau der Lieferbindung, die Verbesserung der Konditionen und die Erhöhung der nach marktorientierten technischen Hilfe angestrebt — Maßnahmen also, die den Ländern der Dritten Welt ihre Handelspolitik erleichtern konnten. In diese Zeit, vor der ersten sog. Ölkrise, hatte der BRD-Imperialismus die Nase auf den Weltmärkten vorn, konnte es sich damit leisten

Nach dieser Phase der „Liberalisierung“ wurde die Entwicklungspolitik wieder verstärkt zur Abkehrung der Interessen der bundesdeutschen Wirtschaft eingesetzt. Hierzu sind insbesondere die erhöhte Lieferbindung der Kapitalhilfe (sowohl vertraglich als auch verdeckt), die (mehr politisch motivierte) Konzentration der deutschen Hilfe auf bestimmte Regionen und die spezielle Förderung der Energie- und Rohstoffsektoren in den Entwicklungsländern zu zählen. Außerdem wird verstärkt auch mit öffentlichen Mitteln die kommerzielle Finanzierung besonders durch die Mischfi-

nanzierung gefördert. Auch auf der europäischen Ebene (indirekte Beeinflussung durch die Bundesrepublik) wird das wirtschaftliche Eigeninteresse mit Nachdruck verfolgt und zwar u.a. dadurch, daß von einzelnen Entwicklungsländern unter Berufung auf bestehende Schutzabkommen für bestimmte sensible Produkte verlangt oder Anti-Dumping-Verfahren gegen sie angestrengt wurden.“ (A. Naini, Bundesrepublik Deutschland, S. 515, in: Die Entwicklungspolitik wichtiger OECD-Länder / Zur Lieferbindung und Mischfinanzierung siehe weiter unten.)



Entwicklungshilfe für die BRD-Industrie

„Beratungsdienst für die Wirtschaft in Entwicklungsländern“ sieht konkret u.a. Beratungsmaßnahmen, Managementhilfen und Zuschüsse für Messe- und Ausstellungsbeiträge der Länder der Dritten Welt vor. Die Anbahnung betrieblicher Kooperationen zwischen Unternehmen in Entwicklungsländern und in der BRD ist allerdings wichtigster Bestandteil der Zielsetzungen.

Zur Förderung betrieblicher Kooperationen (BK-Programme) eingerichtet. Das BK-Programm wird von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, GTZ (1), in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit, DEG (2), dem Technisch-Wirtschaftlichen Dienst der Ländervereine in Hamburg TWL (3) und privaten bundesdeutschen Beratungsunternehmen (4) durchgeführt. BRD-Firmen sollen unterstützt werden, langfristig mit Unternehmen in Ländern der Dritten Welt zu kooperieren (z.B. Handelsverbindungen, Lizenzverträge, Subcontracting, Lizenzabkommen, Know-how-Verträge, Joint Ventures). (BMZ, Promotion of Business Cooperation; glz, Das BK-Programm der GTZ.)

Der „Dialog“ mit den Entwicklungsländern

Die Kohl-Regierung, erläutern Dr. Albert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), „kann im Bereich der Entwicklungspolitik nicht alles neu erfinden. Kontinuität in der Politik ist das hervorsteckende Merkmal, aber es gibt neue Akzentuierungen, und die wichtigste Akzentuierung ist die Bereitschaft zu einer stärkeren Unterstützung der privatwirtschaftlichen Initiativen in der Dritten Welt.“

Der neue Weg (...) zielt auf einen partnerschaftlichen Dialog mit den Regierungen der Entwicklungsländer, in dem die Vorstellungen auch von unserer Seite verdeutlicht werden und erörtert wird. In welcher Weise wir am ehesten in der Lage sind, „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu praktizieren. Bei diesem partnerschaftlichen Dialog (...) geht es vor allem um folgenden Themen. Zum ersten wissen wir vielfach von Entwicklungsländern, die beseitigt werden müssen. Die Rahmenbedingungen müssen verbessert werden, damit sich wirtschaftliche Initiativen in diesen Ländern entwickeln können. (...)

Ein zweites Thema ist, wie man privatwirtschaftliche Aktivitäten stärker mobilisieren und unterstützen kann, als es bisher der Fall war. Das hängt schon damit an, daß man im Bildungsbereich oder in den Medien Bereiche bringen sollte, die sich nicht wirtschaftsfreundlich äußern. Wenn ein Schulkind in seinen Büchern immer nur liest, daß Unternehmern Ausbeuter sind etc., dann kann man von ihm als Erwachsener kaum erwarten, daß er Initiativen in Richtung wirtschaftlicher Betätigung entwickelt werden (...).

Wir wollen dritten Beiträge der deutschen Wirtschaft verstärkt in die Dritte Welt hineinkommen.“ (Dr. Albert, BMZ) Neue Aspekte der Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit Entwicklungsländern, S. 10ff., in: TU-Berlin, Technologietransfer durch Consulting und Kooperation)

... ist von der Industrie vorbereitet

Das Instrumentarium für diesen „neuen Weg“ für den „partnerschaftlichen Dialog“, hat sich die Kohl-Regierung bereits geschaffen. Der erste in jüngster Zeit vom BMZ konzipierte

„Beratungsdienst für die Wirtschaft in Entwicklungsländern“ sieht konkret u.a. Beratungsmaßnahmen, Managementhilfen und Zuschüsse für Messe- und Ausstellungsbeiträge der Länder der Dritten Welt vor. Die Anbahnung betrieblicher Kooperationen zwischen Unternehmen in Entwicklungsländern und in der BRD ist allerdings wichtigster Bestandteil der Zielsetzungen.

Zur Förderung betrieblicher Kooperationen (BK-Programme) eingerichtet. Das BK-Programm wird von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, GTZ (1), in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit, DEG (2), dem Technisch-Wirtschaftlichen Dienst der Ländervereine in Hamburg TWL (3) und privaten bundesdeutschen Beratungsunternehmen (4) durchgeführt. BRD-Firmen sollen unterstützt werden, langfristig mit Unternehmen in Ländern der Dritten Welt zu kooperieren (z.B. Handelsverbindungen, Lizenzverträge, Subcontracting, Lizenzabkommen, Know-how-Verträge, Joint Ventures). (BMZ, Promotion of Business Cooperation; glz, Das BK-Programm der GTZ.)

Im Haushaltsjahr 1984 wurde im Einzelplan 23 erstmalig ein eigener Haushaltszettel „Beratungsmaßnahmen für die Wirtschaft der Entwicklungsländer“.

Im Haushaltsjahr 1984 wurde im Einzelplan 23 erstmalig ein eigener Haushaltszettel „Beratungsmaßnahmen für die Wirtschaft der Entwicklungsländer“ eingerichtet. Vom Haushaltsansatz in Höhe von 20,5 Mio DM und allein 15,5 Mio DM für das BK-Programm vorgesehen. (BMZ, Jahrbuch Entwicklungspolitik 1985, S. 20ff.)

Bislang wurden mittels dieses Programms mehr als 250 Kooperationen herbeigeführt. Im Herbst 1984 waren im BK-Programm 53 Fachberater im In- und Ausland im Einsatz. Und die Zahl der Berater wird laut dem Leiter der Abteilung II im BMZ, Dr. Albert, noch erhöht. Das BMZ arbeitet „daher sehr eng mit der deutschen Consulting-Wirtschaft zusammen. Die Consultants, wie auch die Ländervereine in Hamburg, entsenden in unserem (BMZ) Auftrag Berater in dieses Programm, in das eine Mischung aus staatlicher Finanzierung und privatwirtschaftlicher Durchführung ergibt.“ (Dr. Albert, a.a.O., S. 19)

Hier stapelt Herr Dr. Albert ein bißchen tief, was die Rolle der Berater angeht, denn die Berater führen keineswegs nur durch, wofür das BMZ die Steuerbefreiung bewilligt hat. Die Berater sitzen vielmehr direkt vor Ort und „stehen in einem ständigen und engen Kontakt mit einheimischen Unternehmen und Unternehmensverbänden, Banken, Ministerien sowie den für Investitionen und Export zuständigen Stellen.“ (BMZ, Deutsche Unternehmen und Entwicklungsländer, S. 19) Über die Berater hat das BMZ vier Regionalkoordinatoren für Lateinamerika, Asien, Afrika und den Mittelmeerraum geschaffen, die aber nur koordinierende Funktion haben. „Sie sind hauptsächlich zuständig dafür, an die Bundesregierung zu berichten, welche Engpässe, welche Förderungsmöglichkeiten in der entsprechenden Region

gegeben sind. Sie sind damit ein wichtiges Glied zur Vorbereitung des sog. „Politikdialog“.“ (Dr. Albert, a.a.O., S. 19)

Der Kreis schließt sich. Der „neue Weg“ in der Entwicklungspolitik, der „partnerschaftliche Politikdialog“, die Förderung von Elementen einer „freiheitlichen, marktorientierten und sozialen Ordnung“ in den Ländern der Dritten Welt wird von der bundesdeutschen Wirtschaft und ihren Beratern nicht nur (passiv) durchgeführt, sondern vielmehr vorantreibt, angebahnt, ausgewählt, und, über die Regionalkoordinatoren, der Bundesregierung zur formellen Entscheidung vorgelegt.

Auf der Erfolgseite können die Berater verbuchen, daß sich ihre Energie auf die Vermittlung von langfristigen Geschäftsverbindungen für Rattanmöbel, Damenunterwäsche und Haushaltswäsche mit unseren Menschenrechtsfreunden auf den Philippinen konzentriert hat, oder für Blütenpollen aus der Dominikanischen Republik, oder, um noch ein Land zu nennen, in dem gemäß „Neuordnung“ der Entwicklungspolitik die „Bevölkerung an der Planung und Durchführung von Entwicklungsmaßnahmen teilhat“, für Kleinfahrzeuge, Lampen, elektrische Widerstände und Hong aus Haail. (Dr. Rinne, GTZ, Die Förderung der betrieblichen Kooperation mit Entwicklungsländern, S. 178; in: TU-Berlin, Technologietransfer durch Consulting und Kooperation)

Fast überflüssig zu erwähnen, daß solche Länder wie Nicaragua und Vietnam, um nur zwei prominente Beispiele zu nennen, durch diese Raster hindurch fallen. Dafür haben aber nicht erst die neue Bundesregierung und ihre privatwirtschaftlichen Berater, sondern schon Schmidt und Co. gesorgt. Die „Rahmenbedingungen“, ein offizielles Wort in diesem Zusammenhang, für den „Politikdialog“ müssen eben stimmen.

Lieferbindung und Mischfinanzierung

Das ökonomisch wichtigste Mittel, um Entwicklungsleistungen in den Dienst der einheimischen Industrie zu stellen, ist die Lieferbindung, die von allen kapitalistischen Industrienationen praktiziert wird. Lieferbindung heißt im konkreten Fall, daß die BRD einem Dritte-Welt-Land nur unter der Bedingung Entwicklungshilfe gewährt, daß das Land einen möglichst hohen Anteil dieser „Hilfe“ dazu verwendet, Waren und Dienstleistungen in der BRD einzukaufen. Es handelt sich hier also um eine mit Steuergebern subventionierte Exportförderung der kapitalistischen Industrien, die die Abhängigkeit der Dritte-Welt-Länder zementiert, und sie zwingt, auch für die ungünstigen Preis- und Vertragsbedingungen anzunehmen, da die internationale Konkurrenz ausgeschaltet ist.

Die Lieferbindung ist zwar ein altes bekanntes Instrumentarium, wird aber in den letzten Jahren verstärkt eingesetzt. Bei der offenen Lieferbindung — hier wird die Lieferbindung im Kapitalmarkt kommen vertraglich festgehalten — ist es ohnehin sowie in den als scheinbar klärten Bereichen Schiffbau, Lokomo-

bilbau, Ingenieurberatungsweisen und Atomkraft-Industrie, daß alle Kredite für Leistungen, die diese Wirtschaftszweige vergeben, gebunden werden. Aber das reicht den Herrschaften noch nicht. Insbesondere seit Anfang der achtziger Jahre wird verstärkt darauf geachtet, mittels Lieferbindung für alle Bereiche der bundesdeutschen Wirtschaft Exportaufträge sicherzustellen. Ein Anteil der gebundenen Hilfe an der öffentlichen Entwicklungshilfe der BRD von über 20% wird als noch nicht ausreichend angesehen.

In der Begründung nach außen darf heutzutage der Wink mit dem Zaunpfahl Arbeitsplätze nicht fehlen („gebundene Entwicklungshilfe sichert die Arbeitsplätze zu Hause“). Entsprechend verlangt z.B. der Haushaltsausschuß des Bundestages, daß Jahr für Jahr konsequent Entwicklungshilfe „mit Beschäftigungswirkung“ vergeben wird (FAZ, 13.2.82). Und die Kohl-Regierung fördert eine Konzeption der Entwicklungspolitik, die „noch beschäftigungsfördernder“ ist.

Zur Zeit wird diskutiert, die Hilfevergabe an nationale Ausschreibungen zu binden. Mit so einer Verpflichtungsklausel in den Entwicklungsverträgen würde die offene Lieferbindung erhöht werden. Zwar wird schon gemeinhin, daß die steigende Lieferbindung bei der DAC-Jahresprüfung (DAC = Development Assistance Committee; Entwicklungshilfeausschuß der OECD) auf Kritik stößt, aber das wird billigt in Kauf genommen. Es wird eben heute im internationalen Konkurrenzkampf mit härteren Bandagen gekämpft. (Zur Lieferbindung siehe A. Naini, a.a.O., S. 399ff.)

Die verdeckte Lieferbindung zielt darauf ab, unter Verzicht auf vertragliche Regelungen, durch indirekte Maßnahmen die staatlich gewährten Hilfeleistungen an Dritte-Welt-Länder wieder in die Taschen der heimischen Kapitalisten zu lenken. Hierfür gibt es allerlei Wege und Schliche; am vorliegendsten hat sich die Mischfinanzierung gezeigt, denn „der kombinierte Einsatz der offiziellen Mittel mit privatem Kapital garantiert ... die Verwendung der Mittel in der Bundesrepublik Deutschland.“ (A. Naini, a.a.O., S. 371)

Die Mischfinanzierung — obwohl politisch umstritten, sieht die Kritik der Grünen im Bundestag — wird von der Kohl-Regierung erheblich forciert. Von 1978 bis Ende 1984 wurden insgesamt 64 Vorhaben durch Mischfinanzierung gefördert. Der zugesagte Betrag belief sich auf insgesamt 4,3 Mrd. DM. Allein im Jahre 1984 wurden 1,96 Mrd. DM für Mischfinanzierungen (24 Vorhaben) zugesagt. (BMZ, Jahrbuch Entwicklungspolitik 1985, S. 148)

In ihrem jüngsten (sechsten) Bericht zur Entwicklungspolitik und im Memorandum zur DAC-Jahresprüfung 1985/86 berechnete die Bundesregierung die Mischfinanzierung umso als eine „entwicklungsgerechte Finanzierung“? Entwicklungsgerecht? Ja, aber für die BRD-Industrie

rung die Mischfinanzierung umso als eine „entwicklungsgerechte Finanzierung“? Entwicklungsgerecht? Ja, aber für die BRD-Industrie

Anmerkungen

- 1) Die bundeseigene GTZ (Stammkapital: 40 Mio DM) spielt für die BRD-Industrie in der Bundesrepublik eine Rolle in der Technik-Zusammenarbeit (GTZ) in der Welt. Die GTZ steht einer besonderen Arbeitsstelle, die die GATE (German Appropriate Technology Exchange) als ein wichtiges Element für die technologische Zusammenarbeit zwischen deutschen Firmen und Ländern der Dritten Welt fungiert. (BMZ, Deutsche Unternehmen und Entwicklungsländer, S. 45)
- 2) Die DEG wurde 1962 zur Finanzierung von Direktinvestitionen in Entwicklungsländern als bundeseigenes Finanzierungsinstitut gegründet. (derzeitiges Stammkapital: 1 Mrd. DM). Die DEG fördert die Zusammenarbeit privater deutscher Unternehmen und einzelner Partnerfirmen in Entwicklungsländern durch den Export von Bauleistungen, die Gewährung von langfristigen Darlehen und Garantien sowie entsprechende Betriebsunterstützungen. (Bundestag, Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, S. 55)
- 3) Die Ländervereine in Hamburg, Nah- und Mittelostverein, Ibero-Amerika-Verein, Ost-Asien-Verein, Afrikanischer Verein, Australien-Neuseeland-Verein, Asien-Verein, sowie Afrikanischer Verein, bieten je ein Auslandsbüro an, in dem die Ländervereine Handelsbeziehungen fördern. Die von den Ländervereinen geschaffene Technische Wirtschaftliche Dienst (TWL) unterstützt Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland und in Entwicklungsländern bei der Anbahnung von Kooperationen. Besondere Berücksichtigung finden dabei die Förderung des Handels, des Technologietransfers und des Transports sowie die Information über Investitionsmöglichkeiten. (BMZ, Deutsche Unternehmen und Entwicklungsländer, S. 55)
- 4) Bei den privaten Beratungsunternehmen handelt es sich um die Firmen: CONTINCO Beratungs GmbH, Neuer Jungfernstieg 18, 2 Hamburg 36; IJU Kronberg, Unternehmensberatung GmbH, Auf der Heide 8, 642 Kronberg; GFA Gesellschaft für Organisation, Planung und Ausbildung mbH, Hindenburg 18, 634 Bad Homburg; v.d. H. 1144, Herdion Associates Consultants GmbH, Frankfurt, Amey 55-58, 60330 Eschborn; 1982, Das BK-Programm der GTZ. Hierzu kommt noch der TWL, S. 3)

Fortsetzung von vorheriger Seite

verantwortlich. Die Jerusalemer Polizei mußte beiden aber einen Strich durch die Rechnung machen, es sei nicht eine Gasexplosion gewesen (44). Auch die Mord- in israelischen Zivilisten und Anschläge in den besetzten Gebieten lassen sich noch nicht eindeutig zuordnen. General Amnon Sharon, militärischer Chef der „zentralen Region“, nahm für sich in Anspruch, die dafür verantwortliche Terrorgruppe zerschlagen zu haben. Bei der „Erfolgserklärung“ sagte er nichts vom „Faktor 17“ (45). Aber vielleicht ist das noch ein arabisches Geheimnis und wird — ebenso wie das oben erwähnte Gespräch zwischen Arafat Abbas und der Entführer — zu gegebener Zeit der israelischen Öffentlichkeit in fernsichtlicher Weise bekannt werden.

Nachdem sich ja für die Einführung der Achille Lauro ganz deutlich die PLO verantwortlich erklärt, und das ja nicht so ganz in das bisher geschilderte Bild. Schließlich hatte die israelische Luftwaffe in Tunis vor allem zwei Ziele als Hauptziele der „Operation 17“ zerschlagen und in Amman soll es ja noch eines geben, das speziell der israelischen Bevölkerung als weitere Terrorzentrale vor Augen geführt wird. Was tun? Zwischen Arafat Abbas und Arafat wird die engste Zusammenarbeit konstatiert. Das war schon vorher schon ein sehr ungewöhnliches Ende der Entführung. Israel wird aber immerhin eine „unabhängige und voll souveräne Bewegung“, dann, daß Arafat von der geplanten Aktion gewußt habe (46). Außerdem wurde ins Feld geführt, daß Arafat Abbas in Tunis nur 100 m von Arafats entfernt gewohnt habe (47). Und schließlich meldete Israel auch, daß es im Besitz der Kopie eines Telegramms sei, das Arafat an Arafat Abbas noch in Italien per Funk übermitten habe. Darin habe Arafat Abbas zu seiner Rolle in der Entführungsfähigkeit begnadigt und ihm erlaubt, daß er sich vor den Amerikanern habe zeigen können (48). Wenn das kein Scheiternsgeständnis ist! Im nächsten wurde dieses Telegramm der internationalen Justiz von Israel als ernsthafter Beweis übergeben.

Nicht nur Israel hat möglicherweise wie die „Washington Post“ berichtet (49) — den amerikanischen Geheimdienst mit Informationen über das Versteck der Terroristen. Die PLO hat sich auch mit der USA eng verbunden. Die arabischen Regime haben das Abkommen der Maschabe-Übereinkunft erst im Februar 1985 ratifiziert, das auf der geplanten Aktion gewohnt hat (46). Außerdem wurde ins Feld geführt, daß Arafat Abbas in Tunis nur 100 m von Arafat entfernt gewohnt habe (47). Und schließlich meldete Israel auch, daß es im Besitz der Kopie eines Telegramms sei, das Arafat an Arafat Abbas noch in Italien per Funk übermitten habe. Darin habe Arafat Abbas zu seiner Rolle in der Entführungsfähigkeit begnadigt und ihm erlaubt, daß er sich vor den Amerikanern habe zeigen können (48). Wenn das kein Scheiternsgeständnis ist! Im nächsten wurde dieses Telegramm der internationalen Justiz von Israel als ernsthafter Beweis übergeben.

Nicht nur Israel hat möglicherweise wie die „Washington Post“ berichtet (49) — den amerikanischen Geheimdienst mit Informationen über das Versteck der Terroristen. Die PLO hat sich auch mit der USA eng verbunden. Die arabischen Regime haben das Abkommen der Maschabe-Übereinkunft erst im Februar 1985 ratifiziert, das auf der geplanten Aktion gewohnt hat (46). Außerdem wurde ins Feld geführt, daß Arafat Abbas in Tunis nur 100 m von Arafat entfernt gewohnt habe (47). Und schließlich meldete Israel auch, daß es im Besitz der Kopie eines Telegramms sei, das Arafat an Arafat Abbas noch in Italien per Funk übermitten habe. Darin habe Arafat Abbas zu seiner Rolle in der Entführungsfähigkeit begnadigt und ihm erlaubt, daß er sich vor den Amerikanern habe zeigen können (48). Wenn das kein Scheiternsgeständnis ist! Im nächsten wurde dieses Telegramm der internationalen Justiz von Israel als ernsthafter Beweis übergeben.

Zuletzt zurück zur „Flugzeugentführung“. Das palästinensische Kommando verließ die Achille Lauro am Morgen des 10.10.85 in Port Said, um der Beifahrer der im Hafen anwesenden Menschenmenge. Die PLO betont die Wahrheit der ganzen Entführungsgeschichte immer wieder, daß sie die Palästinenser vor ein eigenes Gericht stellen wollte. (Selbst Reagan, unvorbereitet von einem Reporter daraufhin angesprochen, billigte — ironisch wie er manchmal ist — dieses Verfahren (50). Italien war, als direkt von der Entführung betroffene Staat, mit der Übergabe der Entführer an die PLO einverstanden. Schon kurz nachdem die Palästinenser das Schiff aufgebrochen hat, erklärte Mubarak, sie hätten Ägypten verlassen, „vielleicht“ in Richtung Tunis. Der ägyptische Außenminister Meguid wurde genannt: „Sie sind Offiziere mit Verbindungen zur PLO übergeben worden.“ Die PLO dementierte sofort, sie wisse nicht, wo „die Piraten der Meeres“ sich aufhielten (51). Zu diesem Zeitpunkt wurden die Entführer nach in Ägypten festgehalten. Um 17 Uhr gab Reagan dem Flugzeugträger Saratoga den Befehl, sich für eine Operation bereitzustellen, um 21 Uhr befahl Reagan, das Flugzeug abzufangen. 15 Minuten später startete die Maschine in Ägypten. Interessant, wie Mubarak sich im folgenden herauszureden versuchte. Die USA hätten Tunesien angewiesen, erst die Erlaubnis zur Landung zu geben und sie dann zurückzunehmen. Außerdem habe er gedacht, die USA hätten die PLO übergeben. Im Verfahren in Italien oder den USA könne die Rache der Terroristen herausfordern, im anderen Fall hätte

»Keine Lösung des Palästinenserproblems — kein Frieden für die Welt«

Interview mit der israelischen Rechtsanwältin Felicia Langer

„Meine politische Erziehung begann 1951, als ich von Polen nach Israel kam. Ich konnte es nicht begreifen, daß es dort eine Bevölkerung gab, die unter dem Regime zu leiden hatte.“

1930 in Polen geboren, nicht Felicia Langer bei Beginn der faschistischen Besetzung Polens in die Sowjetunion, immigriert 1951 nach Israel und arbeitet zunächst neun Jahre als ungelernte Arbeitskraft in einer Fabrik. In Abendkursen beginnt sie ihr Jurastudium. Von 1967 an — zwei Jahre nach dem Beginn ihrer Arbeit als Rechtsanwältin — verteidigt sie die „Opfer der Okkupation“ des israelischen Krieges von 1967.

Felicia Langer sprach im November auf mehreren Veranstaltungen in der Bundesrepublik. Wir führten bei dieser Gelegenheit ein Gespräch mit ihr, das wir im folgenden, ergänzt um Teile ihres Veranstaltungsreferats, wiedergeben.



Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten

Die Menschenrechtsresolution der Vereinten Nationen von 1948 ist Felicia Langers Waffe in ihrem Kampf gegen die Behandlung der Palästinenser in den 1967 von Israel besetzten Gebieten Westbank und Gazastreifen. Elemente Grundrechte werden dort von der israelischen Besatzungsmacht mißachtet, meist juristisch abgesichert durch entsprechende Militärverordnungen. Ziel dieser Besatzungspolitik ist die Vertreibung der Palästinenser. Felicia Langer zitiert die Worte eines alten Fellachen, eines Bauern aus Hebron, der bei der Besetzung zu den Israelis sagte: „Ich bin 80 Jahre alt. Ich erinnere mich an die türkische Besatzung. Ich erinnere mich an die englische Besatzung. Aber ihr seid die Schlimmsten. Denn wir alle haben uns unterdrückt. Aber wir wußten, daß sie bis zu dem Tag, an dem sie uns wieder vertrieben, nur unser Land wollten, nicht unsere Identität. Ihr wollt uns nicht nur unterdrücken, ihr wollt uns vertreiben. Hier ist der Brunnen, den ich gegraben habe, und ihr erlaubt mir nicht, mein Wasser zu trinken.“

Mit der Oberaufsicht über die Wasser vorankommen. Die Grundwasser vorankommen wird darin eingeschlossen, zwischen die israelischen Besatzung der palästinensischen Bevölkerung eine wesentliche Lebensgrundlage in den besetzten Gebieten. „Man darf keinen Brunnen ohne Erlaubnis der israelischen Behörden anlegen. Manchmal kämpfe ich um die Erlaubnis für den Bau eines Brunnen, während die israelischen Siedler bekommen, was immer sie wollen — auf dem geraubten palästinensischen Land.“

Die israelischen Besatzer engen die Möglichkeiten der Palästinenser ein, die eigene nationale Identität zu wahren. Es gibt keine freie Meinungsäußerung, keine Versammlungs- und keine Organisationsfreiheit. Aus den Selbstverwaltungsgremien der Universitäten in den besetzten Gebieten werden die palästinensischen Mitglieder ausgeschlossen und durch israelische Militärs ersetzt. „Es ist auch nicht erlaubt, Mubarak nach eigener Wahl zu lesen. Die Ironie besteht darin, daß die Israelis, das Volk des Buches, heute dazu

Anderen verbieten zu lesen, was sie möchten. Auch ist es verboten, bei Gemälden die Farben zu benutzen, die man möchte. Die Farben der palästinensischen Flagge sind verboten.“

Besatzungssoldaten und israelische Siedler gehen meist strahlend aus, wenn sie von ihren Waffen Gebrauch machen. „Niemand kann mir feststellen, ob es bei dem Schuß um ein Verbrechen geht. Denn die Schützen handeln in der Sicherheit, daß es zu ihrer Selbstverteidigung geschieht.“

Den Widerstand, der sich gegen die Besatzungspolitik richtet, versuchen die israelischen Minder durch Föhrer in der Untergrundkämpfe zu brechen. Felicia Langer berichtet von Föhrersparten an den Körpern ihrer Klienten.

Nach einer Verurteilung durch die Militärgerichte werden die palästinensischen Gefangenen in überfüllten Zellen untergebracht. Es kommt zu Mangelkrankheiten wegen vitaminarmer Ernährung und Blinden aufgrund langandauernder Dunkelheit. „Die medizinische Versorgung ist völlig unzureichend. Manchmal sind die Gefangenen eher Kerkermeister als Ärzte und lesen eine chauvinistische Haltung an den Tag, so daß ein kranker Palästinenser Angst hat, zu sich zu

von Anschlägen die Verantwortung übernehmen, werden von der Bevölkerung als Helden gefeiert. „Und — die Siedler benutzen ihre Siedlung — wir wissen nicht genau, wie viele es sind, manchmal wachsen sie wie Pilze — als „Sprungbrett“ für ihre Angriffe gegen die Palästinenser.“

Die israelische Opposition

Durch den Libanon-Krieg, der geplant und durchgeführt wurde von Begin und Sharon zur „Sicherung der Nordgrenzen Israels“, hat sich in Israel eine Opposition herausgebildet, die unter der Lösung „Frieden jetzt“ erstmalig in der Geschichte des Staates Israel den nationalen Konsens aufgekündigt hat.

„Die israelischen Friedenskräfte kamen zu dem Schluß, daß es eine friedliche Lösung mit den Palästinensern geben muß. Man kann nicht alles mit einem Krieg erreichen. Daher haben wir gegen die Unterdrückung in den besetzten Gebieten demonstriert. Die Menschen in Israel verstehen immer mehr, daß es keine andere Lösung gibt, als den Palästinensern das Recht auf Selbstbestimmung zu geben — ein international anerkanntes Recht — und das Recht auf einen souveränen Staat in den besetzten Gebieten, Grenze an Grenze mit Israel.“

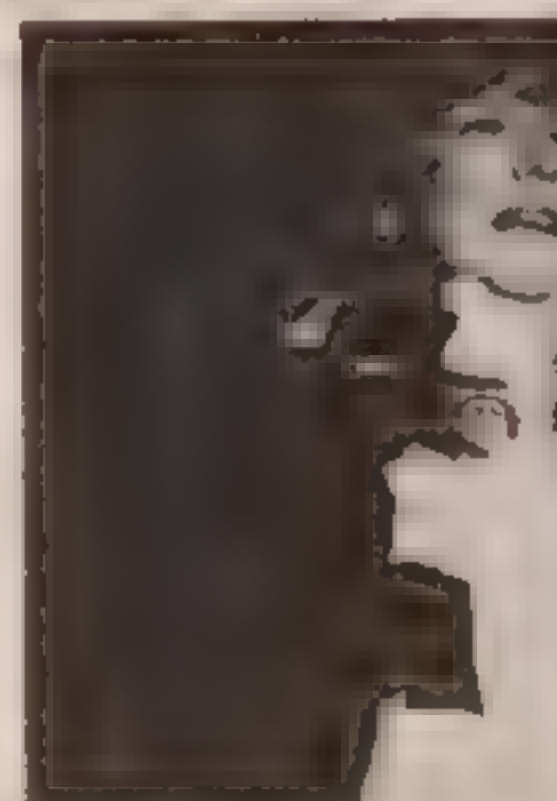
Daß sehr unterschiedliche Standpunkte in den „Frieden jetzt“-Bewegung vertreten seien, sei eine Stärke und begrüßenswert. „Es ist für uns eine Frage des Überlebens. Wir gehen auch mit Zionisten zusammen. Manchmal will ein Zionist nicht mit mir gehen oder mit meinem arabischen Freund. Aber wenn die Zionisten mit uns demonstrieren, werden wir sie beeinflussen.“

Von den Palästinensern fordert Israel als Voraussetzung für Verhandlungen um eine friedliche Lösung im Nahen Osten die offizielle Anerkennung, während für die israelische Regierung immer noch der Anspruch Begins gilt. „Wir haben die Anerkennung dieses Gangsters, dieses Terroristen Arafat nicht nötig.“ Außerdem unternehmen die israelischen Medien alles,

um die Palästinenser als Terroristen und die PLO als Terrororganisation darzustellen, die Flugzeuge entführt. Damit wird deutlich, daß es keine Bedingung der Welt gibt, unter der die Regierung des Staates Israel mit der PLO sprechen würde — außer die PLO ist nicht mehr die PLO. Vielleicht wird dann jemand mit ihnen sprechen oder worüber? Über das Weiter? Oder über den Fischfang im Mittelmeer?“

Daß sehr unterschiedliche Standpunkte in den „Frieden jetzt“-Bewegung vertreten seien, sei eine Stärke und begrüßenswert. „Es ist für uns eine Frage des Überlebens. Wir gehen auch mit Zionisten zusammen. Manchmal will ein Zionist nicht mit mir gehen oder mit meinem arabischen Freund. Aber wenn die Zionisten mit uns demonstrieren, werden wir sie beeinflussen.“

Von den Palästinensern fordert Israel als Voraussetzung für Verhandlungen um eine friedliche Lösung im Nahen Osten die offizielle Anerkennung, während für die israelische Regierung immer noch der Anspruch Begins gilt. „Wir haben die Anerkennung dieses Gangsters, dieses Terroristen Arafat nicht nötig.“ Außerdem unternehmen die israelischen Medien alles,



um die Palästinenser als Terroristen und die PLO als Terrororganisation darzustellen, die Flugzeuge entführt. Damit wird deutlich, daß es keine Bedingung der Welt gibt, unter der die Regierung des Staates Israel mit der PLO sprechen würde — außer die PLO ist nicht mehr die PLO. Vielleicht wird dann jemand mit ihnen sprechen oder worüber? Über das Weiter? Oder über den Fischfang im Mittelmeer?“

Sie kämpfen seit achtzehn Jahren

„Ich verteidige jetzt die zweite Generation von Palästinensern. Ich verteidige die Söhne und Töchter derjenigen, die 1967 verteidigte. Ihr Kampf ist Ausdruck des Heldentums und auch ihres andauernden und langen Leidens.“

Eine besondere Rolle haben die palästinensischen Frauen im Widerstand — als Mutter des Gefangenen, als Schwester, als allein für die Erziehung Verantwortliche. Ohne die Arbeit der Frauen hätte der Kampf nicht so viele Jahre fortgeführt werden können.

Auch im Gefängnis leisten die Frauen Widerstand. „Es gab Streiks, weil sie nicht für die Polizisten kochen wollten. Sie wurden gefoltert, sie wurden geschlagen und haben dennoch nicht nach — keine von ihnen.“

Felicia Langer kritisiert Arafats Position in Bezug auf die Verhandlungen. Seit dem Amman-Abkommen zwischen Arafat und Hussein sei überhaupt nicht mehr von einem Staat gesprochen worden. Das sei verständlich, weil auf internationalen Konferenzen über eine Lösung des Nahost-Konflikts den Palästinensern das Recht auf einen souveränen Staat auf der Westbank und in Gazastreifen eingeräumt worden sei.

Den „diplomatischen Weg“ lehnt Felicia Langer jedoch nicht prinzipiell ab. Der Fehler der sogenannten neuen Initiative ist nicht in ihrem diplomatischen Charakter zu suchen, sie ist falsch, weil sie den Täter fragt, ob er nicht von seiner Tat ablassen wolle. Die israelische Regierung wolle von Anfang an, daß die Verhandlungen möglich sind.

Die Kämpfe anderer unterdrückter Völker an ihre Befreiung, sagte sie haben gezeigt. Das Diplomatie mit bewaffneten Kampf gegen Okkupation und Tyrannei zusammengehen müsse, da jedes unterdrückte Volk das Recht habe, sich gegen den Unterdrücker zu wehren. „Wir sagen es sehr offen, daß die Palästinenser das Recht haben zu kämpfen. Womit wir allerdings nicht einverstanden sind, sind Aktionen, die sich gegen Zivilisten richten. — Die palästinensische Bewegung muß vereint sein und darf nicht nach kurzen Wegen Ausschau halten, die zu nichts führen. Sie muß vielmehr den schon oft gegangenen langwierigen Weg aller Befreiungsbewegungen gehen — mit den fortschrittlichen Kräften der Welt.“

Felicia Langer ist überzeugt, daß der Tag kommen wird, an dem eine vereinigte palästinensische Bewegung — durch die PLO repräsentiert — siegen wird.

Dann bist du ein Antisemit ...

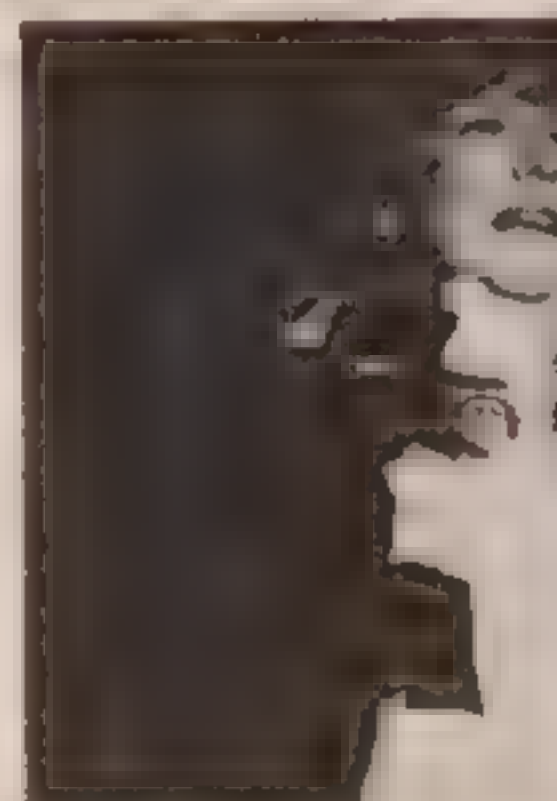
Felicia Langer fordert alle Gruppierungen, die für eine souveränen palästinensischen Staat eintreten, auf, die Friedensbewegung sowohl in der Bundesrepublik wie in Israel zu unterstützen. „Wir brauchen die Verurteilung, die internationale Verurteilung der israelischen Besatzungspolitik.“

Die palästinensische Bewegung muß vereint sein und darf nicht nach kurzen Wegen Ausschau halten, die zu nichts führen. Sie muß vielmehr den schon oft gegangenen langwierigen Weg aller Befreiungsbewegungen gehen — mit den fortschrittlichen Kräften der Welt.“

Felicia Langer ist überzeugt, daß der Tag kommen wird, an dem eine vereinigte palästinensische Bewegung — durch die PLO repräsentiert — siegen wird.

Dann bist du ein Antisemit ...

Felicia Langer fordert alle Gruppierungen, die für eine souveränen palästinensischen Staat eintreten, auf, die Friedensbewegung sowohl in der Bundesrepublik wie in Israel zu unterstützen. „Wir brauchen die Verurteilung, die internationale Verurteilung der israelischen Besatzungspolitik.“



zwischen Autoritäten. Wir brauchen sie, um unser Volk zu überzeugen, daß es sich nicht auszahlt, mit der Zerkleinerung fortzufahren. Laßt euch nicht verkleiden von euren Schuldgefühlen, die von den Israelis mißbraucht werden. Was immer Israel tut, alles ist gut. Wenn man Kritik äußert, wird gesagt: Halt den Mund. Du willst mich kritisieren? Dann bist du ein Antisemit! Ich werde das palästinensische Land rauben, ich werde alle Rechte für die Palästinenser abschaffen. Ich werde einen freien Handel und ein freies Meer haben, denn die Erde gehört mir. Sie haben kein Recht, die Opfer des Faschismus zu benutzen, um ihre Sache zu machen. Ich werde ihnen nichts erlauben. Ich werde ihnen nichts erlauben, daß sie auch nicht Pläne werden, die uns helfen.

Denn: kein Frieden im Nahen Osten — kein Frieden in Europa. Keine Lösung des Palästinenserproblems — kein Frieden für die Welt.“

Nahost-Kommission und Re-Internationalismus-Kommission

Felicia Langer in Hamburg am 7.11.85.

Indonesien:

20 Jahre Massaker im Namen der Freiheit

von Rainer Werning

Im Herbst 1965 scheiterte der Putschversuch linker Offiziere der indonesischen Streitkräfte. Präsident Sukarno fiel, es folgte die grausame Rache der Sieger. Das Militär beseitigte die Bevölkerung in die „Neue Ordnung“, „Gemäßigten“ Schätzungen zufolge kostete das 1 Million Menschen — andere Quellen gar sprechen von 2 Mio. und mehr — den Kopf. Die Henker von damals sind noch heute am Ruder — hofiert und genützt vom internationalen Kapital, das den Archipel mit seinen über 13.000 Inseln nicht allein aus landwirtschaftlichen Gründen „überaus reizvoll“ findet.

Der nachfolgende Beitrag analysiert die Vorgeschichte der Massaker und fragt nach der Rolle, welche die von der Welt (1920 gegründet; Mitgliederzahl Mitte 1964 38 Mio.) einnahm.

Am 17. August 1945 proklamierte Sukarno die Unabhängigkeit der Inseln. Die Niederländer, die im Gefolge britischer Truppen auf den Archipel zurückgekehrt waren, schickten sich durch zwei großangelegte „Pönertaktionen“ 1947/48 dennoch gegen die indonesische Führung. Die Indonesier überlebten die Terror des „Lafes“ (Niederländische Kräfte) und die „Pönertaktionen“ 1947/48 dennoch gegen die indonesische Führung. Die Indonesier überlebten die Terror des „Lafes“ (Niederländische Kräfte) und die „Pönertaktionen“ 1947/48 dennoch gegen die indonesische Führung.

Nach dem Abzug der Niederländer setzte sich der Prozess der zunehmenden Zentralisierung in Jakarta fort. Die Linsen unantastbarer Macht gekrönt und von hier aus wurden sie in den anderen Inseln abgespielt. Gegen den Widerstand der autonomen Regionalregierungen wurde 1955 die provisorische Verfassung der Republik Indonesien in Kraft gesetzt. Damit erhielt Sukarno als Präsident des neuen

„Vorsitzende der Republik Indonesien“ in Kraft gesetzt. Damit erhielt Sukarno als Präsident des neuen „Vorsitzende der Republik Indonesien“ in Kraft gesetzt. Damit erhielt Sukarno als Präsident des neuen „Vorsitzende der Republik Indonesien“ in Kraft gesetzt. Damit erhielt Sukarno als Präsident des neuen „Vorsitzende der Republik Indonesien“ in Kraft gesetzt.

Die ersten 10 Jahre seines Lebens verbrachte er in der eigenen Heimat. Er war ein Mann, der die Freiheit liebte und die Freiheit für alle wollte. Er war ein Mann, der die Freiheit liebte und die Freiheit für alle wollte.

Zentrifugale Kräfte in Schach halten

Die Massaker bildeten nur den Auftakt. 1957/58 wandten sich auf Sumatra die Aceh und Batak ebenso wie die Völker auf Sulawesi (Celebes) und Westjava gegen die Bevormundung Jakartas. Die Sukarno-Regierung sah darin jeweils eine unzulässige Bedrohung ihrer Macht. Sie griff ein, um die Unantastbarkeit der Politik des Kruppens zu sichern.

Die Ära Sukarno

Die provisorische Verfassung von 1950 war ihrem Charakter nach parlamentarisch ausgerichtet und wies dem Präsidenten eine eher repräsentative Rolle zu. Sie sah ferner eine Einkammer Legislative vor, der gegenüber das kabinettarische Exekutiv stand. Noch aus den Revolutionstagen kam eine Vielzahl von Parteien, von denen jedoch nur vier nennenswerte Bedeutung erlangten: der muslimische Masjumi-Partei, der Partei der muslimischen Geistlichen, Nahdlatul Ulama (NU), die sich 1952 von der Masjumi abgespalten; der Nationalen Partei (PNI) und den Kommunisten (PKI). Bis zu den ersten Wahlen (1955) wurde das Parlament nach der Art eines Gentlemen's Agreement mit ausgewählten Parteigrößen nach einem wahrscheinlichem Stärkeproportions gespielt. Die Wahlen bestärkten lediglich die dominierende Stellung der vier großen Parteien.

Mit Ausnahme der PKI, die ihre Basis vor allem in der Bauernschaft und in den städtischen Proletariat hatte, waren die anderen drei Parteien ihren Werten nach christlich. Ihre Unterschiede waren wenn

ger an widerstrebenden Interessen oder programmatischen Leitlinien festmachbar. Während die PNI stark in den Rängen des Beamten und der öffentlichen Angestellten verankert war, fand die Masjumi Unterstützung durch die städtisch verwurzelte Handwerker. Die NU genoss demgegenüber Rückhalt in den ländlichen Gebieten. Die Sozialistische Front (PSF) vor allem in den höheren Rängen von Armee und Bürokratie verankert, tauchte während der 1950er Jahre in der Verfassung als „Fünftes Element“ vor der PNI

Als einziges Element, als das es sich seit dem ersten Jahre in Unabhängigkeit der Inseln zeigte, war die „Fünftes Element“ vor der PNI. Als einziges Element, als das es sich seit dem ersten Jahre in Unabhängigkeit der Inseln zeigte, war die „Fünftes Element“ vor der PNI. Als einziges Element, als das es sich seit dem ersten Jahre in Unabhängigkeit der Inseln zeigte, war die „Fünftes Element“ vor der PNI.



Indonesischer Soldat verprügelt einen Demonstranten

verhiefen politisch halbherzige und administrativ schlecht inszenierte Maßnahmen. Kooperativen sollten aufgebaut, kontinkente Erziehung gewährt, Nationalisierungen durchgeführt und der Kampf gegen Imperialismus und Neokolonialismus verstärkt werden.

Mochte Sukarno als Repräsentant der Nationalbourgeoisie sich auch für diese Ziele eingesetzt haben, so war diese Bourgeoisie insgesamt zu schwach, sich politisch als staatstragend zu konstituieren. Immer wieder war sie gezwungen, Kompromisse einzugehen und viel in der ständigen Gleichgültigkeit, Große über sich zu erheben. In der Handvoll Kompradonen und reaktionären Militärs zu verfallen.

Die Anlehnung an den Westen hatte seit Ende der 1940er Jahre, daß das kabinettarische Exekutiv (April 1951 — Februar 1952) mit Washington einen geheimen „Tagesgespräch“ und „Sicherheitspakt“ schloß.

Nach 1953 vollzog sich mit Sukarno ausdrücklicher Beförderung unter Ali Subroto, einem linken Vertreter der PKI, eine Abkehr von der auf den Westen fixierten Außenpolitik. Bekanntlich fiel in diese Zeit nicht nur die Annäherung an die damals international geachtete VR China, sondern auch die Afro-Asiatische Konferenz in Bandung (1955).

Ausbalancieren widerstrebender Interessen

Sukarnos Außenpolitik ließ zwar den wachsenden PKI-Einfluß akkomodieren (so war die PKI bei den Regionalwahlen in Java im Inneren 27,3%

zur stärksten Partei aufgestiegen), doch hinderte ihn das nicht, mit der Masjumi und NU Bündnisse und Regierungskoalitionen einzugehen. Eine effektive Arbeit wurde dadurch verunmöglicht; keine der drei Parteien war für sich genommen stark genug, eine absolute Mehrheit zu erlangen. Zwangsläufig schürte das den Unmut der Bevölkerung über großartig verkündete, letztlich aber uneingelöste Versprechen und Reformen.

Und was lag näher — schon im Sinne einer eigenen Entlastung — als die Lasten der inneren Verhältnisse verantwortung zu machen? Folgerichtig rückte Sukarno, darin vom Militär flankiert, erhaltend — das System des Parlamentarismus ins Schußfeld und plädierte für dessen Abschaffung, weil das Land seiner Meinung nach einer erfolgreicheren Perspektive verlustig gegangen war.

Im Februar 1957 verkündete er sein eigenes — später unter dem Begriff „Gelenkte Demokratie“ hoffähig gewordenes — Konzept zur Gesundung des Landes. Die westliche liberale Demokratie wurde als Lösung indonesischer Probleme für untauglich erklärt. Der indonesische Weg, so Sukarno, besahe vielmehr in einem Prozess intensiver Beratung mit dem Ziel, einen tragfähigen Konsens herzustellen. Diesem auf Dorfebene gültigen Konzept könne auch nationaler Modellcharakter zu Beratung und Konsultation (musjawarah) und Konsens (mu akas)



und Führungsqualitäten — in diesem magischen Dreieck ließen sich dringende Entscheidungen lösen. Zu diesem Zweck schlug er die Bildung eines gotong-royong-Kabinetts vor, eines Kabinetts der „gegenseitigen Hilfe“ dem neben den vier bedeutenden Parteien auch ein Nationalrat angehören sollte. Hauptmerkmal dieses Nationalrats war sein überparteilicher Charakter, nur „funktionale Gruppen“ — Arbeiter, Bauern, religiöse Organisationen, die Intelligenz, Jugend- und Frauenverbände etc. — sollten darin zusammengefaßt sein.

Die PKI hatte sich durch die mit der „Gelenkten Demokratie“ verknüpften Möglichkeiten, nunmehr gebührend repräsentiert zu werden, angefreundet und daraus eine sehr eigenständige Art von „Mithetimmung“-Theorie geknüpft. Geläufig wurde sie als „Theorie von den zwei Aspekten der Staatsmacht“: einem „volksfreundlichen“ und einem „volksfeindlichen“. Hauptthesen dieser von Generalbefeiz Aidit formulierten und zur gültigen Richtschnur erhobenen Theorie — eine Regierungsbeteiligung verkörperte den „volksfreundlichen“ Aspekt, wodurch auf Dauer die Möglichkeit heranreife, dem Kommunismus entgegenzuwirken und auf friedlichen Wege zum Sieg zu verhelfen.

Diese Theorie führte zumindest dazu, daß erstens Sukarno seitens der PKI keinen Druck zu gewärtigen hatte, ja sein politischer Handlungsspielraum durch die selbstgewerkelte Integration der Partei in den Staatsapparat zu nahm, und zweitens de facto lediglich der „volksfeindliche“ Aspekt verstärkt wurde — verkörpert durch das Militär.

In seiner Einmütigkeit traten der Armee-Stabschef Nasution und Sukarno Anfang 1959 als Wortführer der Gelenkten Demokratie auf. Der Schritt dazu — die Rückkehr zur 1949er Verfassung mit präsidentiellem Zuschnitt. Sie lasse jene Vollmachten zu, die zur Umsetzung der Prinzipien konsultation, Konsens und funktionaler Repräsentanz erforderlich seien. Sukarno trug diesen Standpunkt anläßlich einer im April 1959 vor der Verfassungsgebenden Versammlung gehaltenen Rede vor, fand dafür jedoch aufgrund der festgestellten Unschönung über die Frage, welche Stellung dem Islam künftig zukommen sollte, nicht die notwendige Zweidrittel-Mehrheit. Quasi präsidentiell verordnete Sukarno am 5. Juli kurzerhand die Rückkehr zur 45er Verfassung. Die Bajonette des Militärs stützten diesen Handreich.

Grundlegende Reformen blieben aus

Die Lösung des wohl brennendsten Problems war die Verwirklichung einer durchgreifenden Agrarreform. Erst 13 Jahre nach der Unabhängigkeit wurde ein Agrarreform-Gesetz erzwungen, dessen verwässerte Form nicht nur die Schwäche Sukarnos, sondern der nationalen Bourgeoisie überhaupt deutlich machte. Von 10,8 Mio ha bebauten Landes sollten 1 Mio oder knapp 10% zur Verteilung gelangen, und die Abgaben an die Grundbesitzer durften 50% der Ernte nicht übersteigen. Es war nichts als ein kleines Trostpflaster, das die schlimmsten Auswüchse auf dem Lande verdecken sollte. Und dennoch ging die Reform den Grundbesitzern, zu denen auch die Mascheen und Kirchen gehörten, und dem Feudaladel zu weit. Diese kleine Minderheit, die am lautesten nach Demokratie schrie und ständig das Schreckensmal einer kommunistischen Diktatur an die Wand malte, verhinderte mit Drohungen, Erpressungen und offener Gewalt die Durchführung des Gesetzes. Das Endergebnis war veräppelnd: bis 1965 waren lediglich 1.500 ha verteilt worden. (1)

Wiederholt kam es auf dem Lande zu stürmischen Protesten und Demonstrationen, so daß es den Anschein hatte, als stünde der Ausbruch eines landesweiten Bauernaufstandes kurz bevor. Dampfend wirkte da sicherlich die willkommene Auseinandersetzung mit Malaysia (1963), in deren Verlauf die Wogen antirassistischer Sentiments dermaßen hochschwappen, daß binnige Bestrafungen unter ihren Handelstribunen in Jakarta und Lee und Kanton schakpantagen in Westjava nationalisiert und dem Militär zurückgegeben wurden.

Ab 1964/65 als Abwehr imperialistischer Einflüsse Verstaatlichungen sanktioniert wurden — davon betroffen waren z.B. vier amerikanische Ölfirmen und Goodyear — und PKI-Generalsekretär D.N. Aidit gar den von Sukarno nicht mit Abneigung bedachten Plan unterbreitete, die Arbeiter und Bauern zu bewaffnen, wies die Armee dieses Ansinnen mit aller Schärfe zurück. Alarmiert durch diese Ereignisse zeigte sich auch Washington, das Indonesien nunmehr von einer „kommunistischen Unterwanderung“ bedroht wahrte.

Vorbereitungen der Konterrevolution unter den Argusaugen Washingtons

Vorbereitungen der Konterrevolution unter den Argusaugen Washingtons

Ab überaus kritisch wurde die Situation eingeschätzt, nachdem Malaysia Anfang 1965 dem Sicherheitsrat beitrug und Indonesien daraufhin den Vereinigten Nationen den Rücken kehrte. Absprachen zwischen Indonesischen und amerikanischen Militärs häuften sich. US-Präsident Johnson traf mit den wichtigsten Verbündeten der Anrainerstaaten zusammen, wobei neben Vietnam auch das mögliche Umkippen eines neuen Dominostens in Südostasien (nämlich Indonesien) auf der Tagesordnung stand. Mitte Mai landete der Fernostexperte und für das hinter den Kulissen erprobte Ausheben von Coups bekannte Marshall Green als

neuer US-Botschafter in Jakarta. Es ist schwierig, den tiefen Verstellungen nachzuspüren; die engeren zwischen amerikanischen Regierungen und der indonesischen Armee besanden sicher indes in, daß dem von General Yani, dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte, und weiteren hochrangigen Militärs gegründeten Rat der Generale die Aufgabe zuteil, das Szenario eines konterrevolutionären Prozesses zu entwerfen.

Landung war ebenfalls die Zielsetzung der von den Militärsprützen angeordneten Verhaftung, Beseitigung Sukarnos, Ausschalten linker Nationalisten, Gewerkschafter und Kommunisten, eine außenpolitische Kehrtwende hin zum Westen, Rückgabe des verstaatlichten Besitzes an die früheren (ausländischen) Eigentümer und Öffnung des Landes durch Öffnung einer Kapitalinvestitionen. (2) Was vor allem die Zerschlagung der PKI betraf, so waren bereits „schwarze Listen“ mit den Namen all derer erstellt worden, die es rasch zu liquidieren galt. Das ganze Unternehmen sollte am 3. Oktober 1965 orchestriert ablaufen. Das war der traditionellen Jahrestag der Armee, an dem die Mustering von Truppenkontingenten am wenigsten Verdacht schöpfen ließ.

Der Untung-Putsch vom 30.9.1965

Zuvor kam diesem Plan der am 30. September von Oberstleutnant Untung, dem Chef der Leibgarde Sukarnos, inszenierte Gegen-Coup. Seinen Kommandos gelang es, der sechs zur höchsten Militärs habhaft zu werden und tags darauf über Pönk die Konterrevolution eines Revolutionäres beizubringen. Untungs Leute setzten auf die Unterstützung weiterer Teile der Armee. Dort fanden sich — auch unter den Offizieren — jenes Reservoir verantwortungsbewußter Leute, die sich für eine Beendigung ausdauernder Korruption und für einen schmerzhaften revolutionären Neubeginn mobilisierbar ließen.

Die Ereignisse überschlugen sich. Untungs Leute trafen sich auf dem Militärflughafen Halim. Sechs Topgeneräle — darunter auch Yani — wurden getötet. General Nasution überlebte die Flucht. Am Morgen des 1. Oktober sendete Radio Jakarta ein erstes Kommuniqué der Putschisten, dem nachmittags ein weiteres folgte. In letzterem wurden die Namen der Mitglieder des neugegründeten Revolutionärs gelesen. Auffallend war, daß sich darunter unverhältnismäßig viele Militärs befanden, die nicht nur nichts von ihrem „Clack“ wußten, sondern teilweise erwiesenermaßen bereits zum Tode verurteilt waren, der anderen Seite zuzurechnen. PNI- und NU-Leute fanden sich ebenfalls unter den 45 Namen, allerdings nur wenige PKI-Mitglieder bzw. „Sympathisanten“. Über den Charakter des Unternehmens hüllten sich die Kommuniqués in Schweigen. Nur soviel wurde erwähnt, führende Persönlichkeiten des Rats der Generale, den man der Komplizenschaft mit der CIA bezichtigte, wären kaltgestellt, Sukarno gelte es im Namen der eingeschlagenen antirassistischen Linie Rückendeckung zu geben und die Aktionen wären lediglich innerhalb der Armee verlaufen. Soziale Probleme wurden mit keinem Wort gewürdigt. Aufrufe zu flankierenden Streiks oder Demonstrationen unterblieben. Kurz eine Beteiligung des Volkes ward überhaupt nicht erwogen, ja die Kommuniqués suggerierten eine Situation, die — da angeblich unter Kontrolle — keiner Massenaktion bedürfte.

So brüchig die Plattform der Putschisten war, so rasch auch fiel ihr Kartenhaus in sich zusammen. Was folgte, war die Rache der Sieger.

Die PKI — Katze statt Tiger

Und die PKI? Nach der Niederschlagung des Madiun-Aufstandes (1948) konzentrierte die Parteiführung unter Aidit all ihre Anstrengungen auf die Gewinnung der Legalität. Keine per se schlechte Strategie — nur wurde sie um jeden Preis angestrebt. Dabei ging man soweit, sich nicht nur die Pancasila-Prinzipien zu zeigen zu machen, sondern sich bedingungslos — und buchstäblich — hinter Sukarno zu stellen. Wenn die Partei geklärt haben will, Sukarno für ihre eigenen Ziele zu instrumentalisieren, so verhielt es sich eher umgekehrt. Schon in den 50er Jahren machte Sukarno keinen hinterhältigen (außer Java) verfolgten, faktisch verbotenen Kommunisten aus der Klemme zu helfen. Belegte wurde der

Die Toleranzgrenze ist erreicht: Erweiterter Notstand in Nicaragua

Am 15. 10. verlängerte und erweiterte die Revolutionsregierung den Notstand um ein weiteres Jahr. Das Gesetz über die Befreiung der Herrschaft über die Produktion und Verteilung von Gütern (1) und die Befreiung des Marktes (2) wurde außer Kraft gesetzt. An der Kraft gewirkt wurde die Habeas Corpus-Akte, jedoch nicht im Zusammenhang mit der Verurteilung der Anführer der „Dirección Anipato“, die das Recht jedes Bürgers, den Oberbefehlshaber der Armee zu wählen, wenn er meint, daß seine Interessen durch die Staatsmacht verletzt wurden, ist nur in Bezug auf Contra-Aktivitäten außer Kraft. Das gesamte Straf- und Prozeßrecht wird durch den Notstand nicht berührt. Überwiegend die Gewaltenteilung in der Staatsorganisation. Möglich ist ein etwaiger richterlicher Haftbefehl gegen verurteilte Wehrmänner zu durchsetzen (3).

Weder auf politischer Ebene — Ausarbeitung der Verfassung — noch auf der Ebene der Atlantikküste — Verabschiedung der Agrarreform (4) — noch etwa die Agrarreform, alles auf der Ebene der Massenorganisationen — der MINT (5) oder der Gewerkschaften oder der Kirche (6) — noch auf der Ebene der Wirtschaft und der Landwirtschaft (7) sind in irgendeiner Weise vom Notstand betroffen. Es gibt weder Kriegrecht noch Ausgangssperre.

„Es handelt sich nicht darum, daß die Revolutionsregierung garantierte Rechte der Nicaraguenser suspendiert, sondern es geht ganz einfach um den Gebrauch eines legalen Mittels, um der Situation im Innern zu begegnen, die der imperialistische Feind dem Land aufgezwungen hat“ (5). Der erweiterte Notstand ist ein chirurgischer Schlag gegen die Opposition im Lande, die sich politisch mit der Contra verbündet hat und mehr oder weniger offen am Aufbau einer sogenannten „inneren Front“ arbeitet. In den letzten Monaten haben folgende Aktivitäten zugenommen: Extremistische Gruppen, wie z.B. COSEP (6) brachten Unternehmern Streiks ins Gespräch, sie wollten auf konzentrierte Weise die Auswahl der Exportprodukte unterlassen und ihre Bankkonten plündern, um so das Land in ein finanzielles Chaos zu stürzen, andere Gruppen sprachen das in religiöse Anlässe einzuwickeln und in politische Aktivitäten gegen die innere Ordnung des Landes zu verwickeln (7).

Auf diese konkreten Tatbestände zielt das Notstandsgesetz. Aus dem „Estatuto General de Derechos y Garantías“, welches bis zur Fertigstellung der Verfassung deren Platz einnimmt, wurden nur einzelne Artikel in sechs verschiedenen Absätzen außer Kraft gesetzt, um dem revolutionären Staat direkte Mittel in die Hand zu geben, innerhalb des gewählten Rahmens die Konterrevolution zu stoppen.

Akzess nicht die Ausarbeitung der Verfassung, wenn man in

Rechnung stellt, daß die Contra angekündigt hat, die unmittelbar bevorstehende Kaffeeernte massiv zu stören. Letztes Jahr verbrannten Contra-Überfälle das Einbringen von ca. 25 % des Kaffees.

Die entsprechenden politischen Reaktionen auf den erweiterten Notstand im Innern des Landes unterscheiden sich beträchtlich von denen des Auslandes. Die in den gesellschaftlichen Prozessen integrierten Parteien (PCD, FIC, PSN (8)) halten den Notstand für notwendig (9). Die verschiedenen Gewerkschaften CST, ATC, UNE, Fetsalud, Anden und LPN (10) schienen sich mit einem Aufruf an die nicaraguanischen Arbeiter: „Der Notstand als eine weitere Waffe zur Verteidigung der Arbeitermacht!“ (11). Die einzige Kritik an den Regierungsmaßnahmen kam aus der Ecke, gegen die sie gerichtet sind: Kardinal Obando y Bravo — seiner Rolle getreu, die ihm der Imperialismus aufgetragen hat — gab der ausländischen Presse bekannt: „Uns beunruhigt diese Tatsache, denn es scheint so, als ob wir uns auf den Totalitarismus zubewegen.“ (12).

Wohlich zu befürchten haben nur diejenigen etwas, die für die Contra konspirieren. Daß gleichzeitig mit der Verkündung des Notstandes in der Atlantikküste begonnen wird, massiv für die Verteidigung und für die Kaffeernte zu mobilisieren, ist ein Ausdruck dafür, daß die sandinistische Regierung und das nicaraguanische Volk an einem Strang ziehen. Bekämpfung der Contra und Erhalt der revolutionären Macht.

Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus der Rede von Innenminister Comandante Tomas Borge zum 6. Jahrestag des MINT (13) am 17. 10. 85, die unter dem Titel: „Der Notstand als eine Bremse gegen die Rückkehr des Alptraumes!“ in der Barricada erschienen (14).

Tomas Borge:

Auch wenn es stimmt, daß im nicaraguanischen Bereich wichtige Fortschritte erreicht worden sind, so gibt zur Zeit das nicaraguanische Volk im aufgezwungenen Krieg nicht nur ein einfaches Opfer, sondern einen breiten Strom von Blut und Tränen. Die Neuauflage der militärischen Kräfte der Konterrevolution hat den Feind dazu gebracht, verzweifelte Pläne vorzubereiten. Diese schweben ein. Das Anheuern von Soldaten verschiedener Nationalitäten, der Druck und die Provokationen gegen das honduranische Heer zu einer Konfrontation, gleichzeitig das Vorantreiben terroristischer Pläne in den Städten, besonders in Managua, wobei vorher ein Klima der Fehlinformation und Unzufriedenheit wegen der wirtschaftlichen Beschränkungen und der Manipulation religiöser Gefühle zu schaffen sei. Wir verschärfen die Augen und durchgebohrten Halbwahrheiten im Einklang mit ihrer konterrevolutionären Propaganda, beabsichtigen sie die revolutionäre Macht zu untergraben. Sie fördern in anderen Ländern die Autonten des Landes und die Gesetze der Republik heraus, und wenn die Regierung sie dazu aufruft, diese Gesetze einzuhallen, schreiben sie schon Totalitarismus!

Der internationalen Presse geben sie Falschmeldungen, die die Tatsache verdrehen und gelegentlich tragen sie Geldmitteln von internationalen Organisationen zur Finanzierung einer reaktionären politischen Partei bei. Der Aufbau einer neuen Gesellschaft ist ein Recht, das wir mit Krallen und Zähnen, mit Herz und Hirn und wenn nötig mit unserem Leben verteidigen werden. Dies zu unterlassen, wäre Selbstmord der Revolution! Kann sich jemand die Revolution in Nicaragua vorstellen mit Nationalgarde und Nationaler Sicherheitsdienst und sei es ohne Somoza? Wäre die Agrarreform und die freie gewerkschaftliche Organisation möglich gewesen, wenn die Großkapitalisten weiterhin die Banken, den Boden, die Gesetze und die empfindlichen Menschen kontrolliert hätten? Nein, nichts dergleichen wäre möglich gewesen, ohne einen starken revolutionären Staat aufzubauen zur Verteidigung der Interessen des Volkes. Diese Stärke bestimmt die kurzfristigen Maßnahmen — die Ausweitung des Notstandes — die Ausdruck der Wille der Revolution sind, die von

der US-Regierung geleitete Destabilisierung abzuwehren. Alles, was die Stabilität der Revolution verletzt, ist mit dem Ziel gleichzusetzen, Nicaragua als Nation auszuwischen.

Wir wissen, daß diese Entscheidung in der Öffentlichkeit manipuliert werden wird. Der Radiosender „Voice of America“ meldete, „daß das sandinistische Regime Nicaraguas nun sein wahres Gesicht zeigt und vor der Welt als das erscheint, was es ist: eine marxistisch-feministische Diktatur!“ Außerdem verbreitet der Sender, daß „der Verkehr von einer Stadt in die andere ohne vorherige Erlaubnis untersagt ist, daß die freie Meinungsäußerung offiziell abgeschafft worden ist“ etc. etc. BBC London „informiert“, daß sogar das Asylrecht abgeschafft worden ist. Der Korrespondent eines belgischen Radios spricht von einem tatsächlichen Ausnahmezustand. Andere behaupten es herrsche Kriegrecht und Ausgangssperre. Diese Desinformationskampagnen werden weitergehen — ohne Zweifel —, aber sie werden sich früher oder später an der Wahrheit messen müssen. Jedermann ist Zeuge, daß sogar unter Notstand völlige Bewegungsfreiheit im Land herrscht und die Freiheit ein- und auszuüben.

Der gesunde Menschenverstand zeigt an, daß niemand das Asylrecht verweigern kann, Recht, das Teil der internationalen Rechtsprechung ist. (15). Es ist schon ein Zeichen von Schamlosigkeit zu behaupten, hier gäbe es Ausnahmezustand und Kriegsrecht. Man muß blind sein, um zu behaupten, der Notstand leugne die Religionsfreiheit, in einem Land, dessen Revolution auf 1000erlei Art und Weise bewiesen hat, daß es religiöse Verfolgung gibt, in einem Land, welches revolutionär auf 1000erlei Art und Weise bewiesen hat, daß es religiöse Verfolgung gibt, noch jemals geben wird.

Die Arbeit des Parlamentes, das politische Leben der legalen Parteien (16), die Bemühungen im Autonomieprozeß an der Atlantikküste werden nicht durch den Notstand beeinträchtigt. Im Gegenteil, seine Wirkung soll eher die Entwicklung dieser Aktivitäten erleichtern. Jede politische legale Aktivität und alle öffentlichen Veranstaltungen sind nach vorheriger Autorisierung erlaubt.

Trotz der Lüge und trotz der unvermeidlichen Verleumdung war es notwendig, diese Entscheidung zu treffen, um die Untergrabung der revolutionären Autonten zu verhindern. Je umfassender und gewalttätiger ein Krieg ist, und ich beziehe mich nicht nur auf den militärischen Krieg, desto umfassender muß der Notstand sein. Das ist grundlegend. Hier und überall auf der Welt. Und wenn jemand darauf hofft, daß diese Ausnahmemassnahmen aufhören, muß er konsequenterweise darauf hoffen, daß wir den Frieden erlangen. Allerdings einen Frieden, der die Errungenschaften des Volkes unangestastet läßt, der nicht die Rückkehr zum Alptraum der Vergangenheit bedeutet und nicht die Auslöschung der Zukunft...

Dies ist ein Notstand ohne Ausgangssperre, ohne Kriegsrecht, ohne Frangas und ohne Einwanderungsbeschränkungen. Trotz der Soldnerheere und der Sabotageakte, die von außen organisiert werden. Ein Notstand, um die Arbeiter zu verteidigen, nicht um sie zu unterdrücken, um die Hoffnungen der Bauern, der Handwerker, Frauen, Studenten und Berufstätigen zu verteidigen, nicht sie aufzuheben. Ein Notstand, nicht um die Rechte und das Gesetz der Nicaraguaer zu verletzen, sondern gerade, um den Rechtsstaat zu bewahren. Ein Notstand, der auf keinen Fall sich in eine Laune verwandeln darf, um Unfähigkeit, Bürokratie, Dummheit und Mißbrauch einzuführen, sondern im Gegenteil, diese noch energischer zu bekämpfen. Ein Notstand, um das Vaterland zu verteidigen, nicht um es auszuliefern. Notstand einzig und allein, um den Feinden des Volkes die Hände zu binden. Wir, die revolutionäre Führung, wären zurecht unverantwortlich, wenn wir nicht diese notwendigen Schritte unternommen hätten, um den verschiedenen Unternehmungen zu begegnen, die der Imperialismus durchführt, um die Wirtschaft zu verminnen, die Produktion zu sabotieren, Hunger, Terror, Apathie, Mißtrauen und Verwirrung zu säen. Niemand kann daran zweifeln, daß die US-Regierung entschlossen ist, die vor-revolutionäre Ordnung wieder zu etablieren, genauso wenig wie niemand daran zweifeln kann, daß es Minderheiten von Nicaragua

gibt, die dieses Projekt unterstützen. Dieser Zersplitterungsplan versucht, das Volk von seiner Avantgarde zu trennen, sein Vertrauen in die Zukunft zu schwächen und die kollektive Angst zu erhöhen.

Anmerkungen

- 1) nicht allgemein verboten, sondern mit Pflicht, vorherige Erlaubnis einzuholen.
- 2) Barricada, 23. 10. 85 (Barr.)
- 3) COSEP = Komitee zur Verteidigung der Revolution, 8 antirealistische Gruppen, AMN LAE = Freigeistige Partei
- 4) solange es legal und gleichzeitig mit dem Notstand wurde das Verbot einer Zeitung der Diktatur Marquisse haben, gegen die sich die Zeitungsbestimmungen gehalten haben
- 5) Sergio Ramirez, Barr. 17. 10. 85
- 6) COSEP = Unternehmenseinheit
- 7) nach Barr. 22. 10. 85
- 8) PCD = Konservativ-demokratische Partei, PLI = Liberale Partei, PSN = Sozialistische Partei, Anden haben an den Wahlen teilgenommen und somit legal Parteien, die den Wahlprozeß im November 84 boykottiert haben, besitzen rechtlich keinen Parteistatus
- 9) Barr. 17. 10. 85
- 10) CST = Sandinistische Gewerkschaftszentrale ATC = Landwirtschaftsgewerkschaft UNE = Angestellte FETSALUD = Gesundheitswesen ANDEN = Lehrer UPN = Journalisten
- 11) damit wiederholt er die Worte des US-Pressesprechers Larry Speakes Barr. 17. 10. 85
- 12) Barr. 18. 10. 85
- 13) MINT = Innenministerium
- 14) Barr. 19. 10. 85
- 15) Hier sollte die internationale Amtekollegen Zimmermann mit Nachhilfe geben
- 16) d.h. der Parteien, die sich an den Wahlen beteiligen haben

Konten der Partei durch die Übernahme der „Hände von demselben Aspekt“.

Wesentliches Merkmal des Sukkranismus war die (bisher) Schwäche der Nationalbourgeoisie, die sich in entscheidenden Momenten stets auf die Seite der reaktionären Großgrundbesitzer, Militärs und Kompradonen schlug. Schon deshalb stimmte die Theorie nicht einmal auszuweisen. Schwerer gar wog, daß die PKI wohl nicht ein Ausfluß dieser Theorie war. Der Widerspruch zwischen Theorie und dem Image des „volksfreundlichen“ Aspekts gestärkt. Die erste Bindung an bzw. Hinneigung der Führungsschicht Sukkranismus mußte sie gleichsam blind machen gegenüber der Rolle des Militärs. Die Partei konnte es nicht anders werden, daß sich die Führung des Politbüros der Zentralkomitees der PKI vom 3. Oktober 1964 den 1. Sitzung-Coup und die Hinrichtung der Generale als „ein internes Problem der Partei“ (13) ansah.

Theoretische Mängel hatten selbst die Organisationsstruktur geprägt. Sie wurde locker gehandhabt — nach dem Motto: Die Masse macht's. So zögerte die Partei, in der Partei, in denen die Auseinandersetzungen mit der Klassenverhältnisse und der Dynamik gesellschaftlicher Widersprüche herausgel.

Gepflegt wurde außerdem eine Stadt-Zentriertheit, kader gingen nicht ins Hinterland, sondern wurden aus ihm in die Städte abgezogen. Die im Rahmen der agrarpolitisch durchgeführten Landbesitzungen erhielten allenfalls propagandistischen Flankenschlag; sie waren der Eigeninitiative der Bauern überlassen.

Die „Theorie der zwei Aspekte“ hatte in ihrer Praxis in den Städten dazu geführt, daß die Betonung ihres „volksfreundlichen“ Aspekts — was die Partei in der Satzung und in der Praxis der Parteiorganisationen, also der Nationalbourgeoisie, — sei zur „Verbürgerlichung“ der Partei bringe. Sollten sich darin die Arbeiter etwa wiedererkennen? Oder wollten sich die Bauern — wie das auf dem Lande oft geschah — damit abfinden, daß die Partei dem Hinterland den Rücken zukehrt? Erwartung einer Klientel-Revolution, die die Bauern als ihren

Der ging es nach der nationalistischen PKI Theorie einzuweisen.

Der ging es nach der nationalistischen PKI Theorie einzuweisen. Im September/Oktober 1965 als zehnte Hauskatze. Und leider war das auch zu nehmen. Unter dem Namen „volksfreundliche“ und „Diktatur“ und „Diktatur“ aus der Zeit, das sich das Volk der PKI Mitglieder, manche Sympathisanten widerstandlos aufgreifen und nicht ablehnen. So paralytisch war die Partei, daß der Einzug-Coup und die Konterrevolution sie in ihrer Gesamtheit gänzlich unvorbereteten traf. Die verbliebende Kurzsichtigkeit aber war gepaart mit der Verantwortlichkeit einer Parteiführung, die nicht nur ihre eigene Liquidation, sondern ein Massaker apokalyptischen Ausmaßes beging. Dann lag die eigentlich tiefe Tragik der 68er Ereignisse. Die ab 1966/67 geleisteten Selbstkritiken (4) waren nicht mehr als der zaghafte Beginn einer Neuorientierung, deren sozialpolitische Relevanz jedoch bis heute kaum erkennbar ist.

Anmerkungen

- 1) Ernst Schiller, Länderkunde Indonesien, Berlin 1978, S. 758 — s. ferner Reiner Werning, Südostasien im Jahre des Drachen. Politischer Rückblick, Bonn 1978, S. 4017 und Klemens Ludwig, Indonesien. Einleit in der Vielfalt. In: Entwicklungspolitik, eine Nachrichtenzeitung (Wien), Nr. 1, S. 57.
- 2) Siehe u.a. John Hughes, Indonesien. Upland, New York 1967, Ernst Ullrich, Indonesien. Ein neues Bild, Amsterdam 1970; W.F. Verheijen, Indonesien. A brief history and the development of the country, Paris 1972, S. 197.
- 3) John Hughes, Indonesien. Upland, New York 1967, Ernst Ullrich, Indonesien. Ein neues Bild, Amsterdam 1970; W.F. Verheijen, Indonesien. A brief history and the development of the country, Paris 1972, S. 197.
- 4) Diese Einschätzung wertete Sudirman Sekretär als „heißer PKI und PKI“ und ging von einem außerordentlichen Maßstab aus. 1965 als verfallene Stadt. Reiner Werning, Südostasien im Jahre des Drachen. Politischer Rückblick, Bonn 1978, S. 4017.
- 5) Die PKI wurde 1965 als „volksfreundliche“ und „Diktatur“ aus der Zeit, das sich das Volk der PKI Mitglieder, manche Sympathisanten widerstandlos aufgreifen und nicht ablehnen. So paralytisch war die Partei, daß der Einzug-Coup und die Konterrevolution sie in ihrer Gesamtheit gänzlich unvorbereteten traf. Die verbliebende Kurzsichtigkeit aber war gepaart mit der Verantwortlichkeit einer Parteiführung, die nicht nur ihre eigene Liquidation, sondern ein Massaker apokalyptischen Ausmaßes beging. Dann lag die eigentlich tiefe Tragik der 68er Ereignisse. Die ab 1966/67 geleisteten Selbstkritiken (4) waren nicht mehr als der zaghafte Beginn einer Neuorientierung, deren sozialpolitische Relevanz jedoch bis heute kaum erkennbar ist.
- 6) Die PKI wurde 1965 als „volksfreundliche“ und „Diktatur“ aus der Zeit, das sich das Volk der PKI Mitglieder, manche Sympathisanten widerstandlos aufgreifen und nicht ablehnen. So paralytisch war die Partei, daß der Einzug-Coup und die Konterrevolution sie in ihrer Gesamtheit gänzlich unvorbereteten traf. Die verbliebende Kurzsichtigkeit aber war gepaart mit der Verantwortlichkeit einer Parteiführung, die nicht nur ihre eigene Liquidation, sondern ein Massaker apokalyptischen Ausmaßes beging. Dann lag die eigentlich tiefe Tragik der 68er Ereignisse. Die ab 1966/67 geleisteten Selbstkritiken (4) waren nicht mehr als der zaghafte Beginn einer Neuorientierung, deren sozialpolitische Relevanz jedoch bis heute kaum erkennbar ist.
- 7) Die PKI wurde 1965 als „volksfreundliche“ und „Diktatur“ aus der Zeit, das sich das Volk der PKI Mitglieder, manche Sympathisanten widerstandlos aufgreifen und nicht ablehnen. So paralytisch war die Partei, daß der Einzug-Coup und die Konterrevolution sie in ihrer Gesamtheit gänzlich unvorbereteten traf. Die verbliebende Kurzsichtigkeit aber war gepaart mit der Verantwortlichkeit einer Parteiführung, die nicht nur ihre eigene Liquidation, sondern ein Massaker apokalyptischen Ausmaßes beging. Dann lag die eigentlich tiefe Tragik der 68er Ereignisse. Die ab 1966/67 geleisteten Selbstkritiken (4) waren nicht mehr als der zaghafte Beginn einer Neuorientierung, deren sozialpolitische Relevanz jedoch bis heute kaum erkennbar ist.
- 8) Die PKI wurde 1965 als „volksfreundliche“ und „Diktatur“ aus der Zeit, das sich das Volk der PKI Mitglieder, manche Sympathisanten widerstandlos aufgreifen und nicht ablehnen. So paralytisch war die Partei, daß der Einzug-Coup und die Konterrevolution sie in ihrer Gesamtheit gänzlich unvorbereteten traf. Die verbliebende Kurzsichtigkeit aber war gepaart mit der Verantwortlichkeit einer Parteiführung, die nicht nur ihre eigene Liquidation, sondern ein Massaker apokalyptischen Ausmaßes beging. Dann lag die eigentlich tiefe Tragik der 68er Ereignisse. Die ab 1966/67 geleisteten Selbstkritiken (4) waren nicht mehr als der zaghafte Beginn einer Neuorientierung, deren sozialpolitische Relevanz jedoch bis heute kaum erkennbar ist.
- 9) Die PKI wurde 1965 als „volksfreundliche“ und „Diktatur“ aus der Zeit, das sich das Volk der PKI Mitglieder, manche Sympathisanten widerstandlos aufgreifen und nicht ablehnen. So paralytisch war die Partei, daß der Einzug-Coup und die Konterrevolution sie in ihrer Gesamtheit gänzlich unvorbereteten traf. Die verbliebende Kurzsichtigkeit aber war gepaart mit der Verantwortlichkeit einer Parteiführung, die nicht nur ihre eigene Liquidation, sondern ein Massaker apokalyptischen Ausmaßes beging. Dann lag die eigentlich tiefe Tragik der 68er Ereignisse. Die ab 1966/67 geleisteten Selbstkritiken (4) waren nicht mehr als der zaghafte Beginn einer Neuorientierung, deren sozialpolitische Relevanz jedoch bis heute kaum erkennbar ist.
- 10) Die PKI wurde 1965 als „volksfreundliche“ und „Diktatur“ aus der Zeit, das sich das Volk der PKI Mitglieder, manche Sympathisanten widerstandlos aufgreifen und nicht ablehnen. So paralytisch war die Partei, daß der Einzug-Coup und die Konterrevolution sie in ihrer Gesamtheit gänzlich unvorbereteten traf. Die verbliebende Kurzsichtigkeit aber war gepaart mit der Verantwortlichkeit einer Parteiführung, die nicht nur ihre eigene Liquidation, sondern ein Massaker apokalyptischen Ausmaßes beging. Dann lag die eigentlich tiefe Tragik der 68er Ereignisse. Die ab 1966/67 geleisteten Selbstkritiken (4) waren nicht mehr als der zaghafte Beginn einer Neuorientierung, deren sozialpolitische Relevanz jedoch bis heute kaum erkennbar ist.
- 11) Die PKI wurde 1965 als „volksfreundliche“ und „Diktatur“ aus der Zeit, das sich das Volk der PKI Mitglieder, manche Sympathisanten widerstandlos aufgreifen und nicht ablehnen. So paralytisch war die Partei, daß der Einzug-Coup und die Konterrevolution sie in ihrer Gesamtheit gänzlich unvorbereteten traf. Die verbliebende Kurzsichtigkeit aber war gepaart mit der Verantwortlichkeit einer Parteiführung, die nicht nur ihre eigene Liquidation, sondern ein Massaker apokalyptischen Ausmaßes beging. Dann lag die eigentlich tiefe Tragik der 68er Ereignisse. Die ab 1966/67 geleisteten Selbstkritiken (4) waren nicht mehr als der zaghafte Beginn einer Neuorientierung, deren sozialpolitische Relevanz jedoch bis heute kaum erkennbar ist.
- 12) Die PKI wurde 1965 als „volksfreundliche“ und „Diktatur“ aus der Zeit, das sich das Volk der PKI Mitglieder, manche Sympathisanten widerstandlos aufgreifen und nicht ablehnen. So paralytisch war die Partei, daß der Einzug-Coup und die Konterrevolution sie in ihrer Gesamtheit gänzlich unvorbereteten traf. Die verbliebende Kurzsichtigkeit aber war gepaart mit der Verantwortlichkeit einer Parteiführung, die nicht nur ihre eigene Liquidation, sondern ein Massaker apokalyptischen Ausmaßes beging. Dann lag die eigentlich tiefe Tragik der 68er Ereignisse. Die ab 1966/67 geleisteten Selbstkritiken (4) waren nicht mehr als der zaghafte Beginn einer Neuorientierung, deren sozialpolitische Relevanz jedoch bis heute kaum erkennbar ist.
- 13) Die PKI wurde 1965 als „volksfreundliche“ und „Diktatur“ aus der Zeit, das sich das Volk der PKI Mitglieder, manche Sympathisanten widerstandlos aufgreifen und nicht ablehnen. So paralytisch war die Partei, daß der Einzug-Coup und die Konterrevolution sie in ihrer Gesamtheit gänzlich unvorbereteten traf. Die verbliebende Kurzsichtigkeit aber war gepaart mit der Verantwortlichkeit einer Parteiführung, die nicht nur ihre eigene Liquidation, sondern ein Massaker apokalyptischen Ausmaßes beging. Dann lag die eigentlich tiefe Tragik der 68er Ereignisse. Die ab 1966/67 geleisteten Selbstkritiken (4) waren nicht mehr als der zaghafte Beginn einer Neuorientierung, deren sozialpolitische Relevanz jedoch bis heute kaum erkennbar ist.
- 14) Die PKI wurde 1965 als „volksfreundliche“ und „Diktatur“ aus der Zeit, das sich das Volk der PKI Mitglieder, manche Sympathisanten widerstandlos aufgreifen und nicht ablehnen. So paralytisch war die Partei, daß der Einzug-Coup und die Konterrevolution sie in ihrer Gesamtheit gänzlich unvorbereteten traf. Die verbliebende Kurzsichtigkeit aber war gepaart mit der Verantwortlichkeit einer Parteiführung, die nicht nur ihre eigene Liquidation, sondern ein Massaker apokalyptischen Ausmaßes beging. Dann lag die eigentlich tiefe Tragik der 68er Ereignisse. Die ab 1966/67 geleisteten Selbstkritiken (4) waren nicht mehr als der zaghafte Beginn einer Neuorientierung, deren sozialpolitische Relevanz jedoch bis heute kaum erkennbar ist.
- 15) Die PKI wurde 1965 als „volksfreundliche“ und „Diktatur“ aus der Zeit, das sich das Volk der PKI Mitglieder, manche Sympathisanten widerstandlos aufgreifen und nicht ablehnen. So paralytisch war die Partei, daß der Einzug-Coup und die Konterrevolution sie in ihrer Gesamtheit gänzlich unvorbereteten traf. Die verbliebende Kurzsichtigkeit aber war gepaart mit der Verantwortlichkeit einer Parteiführung, die nicht nur ihre eigene Liquidation, sondern ein Massaker apokalyptischen Ausmaßes beging. Dann lag die eigentlich tiefe Tragik der 68er Ereignisse. Die ab 1966/67 geleisteten Selbstkritiken (4) waren nicht mehr als der zaghafte Beginn einer Neuorientierung, deren sozialpolitische Relevanz jedoch bis heute kaum erkennbar ist.

la-info



Hungerproduzenten

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika (la) e.V. Bonn

la-info erscheint im 10. Jahr und bringt in zehn Ausgaben jährlich.

Analysen und Nachrichten aus Lateinamerika, Berichte aus der Solidaritätsbewegung sowie beispielhafte Beiträge aus der und über die Kulturszene Lateinamerikas.

Schwerpunkthemen aus einigen la-infos:

- das ist der Gipfel Empörung über den Weltwirtschaftstag
- Ecuador: Abenteuer heute, auf der Suche nach neuer Ausbeute.
- Kirche: Angriff auf Lateinamerikas Volkskirche
- Deutsches Kapital in Brasilien
- Mitleid am Amazonas: Umweltzerstörungen und Ökobewegung.
- No future in El Salvador?
- Hungerproduzenten: Hamburger, Soja und Bananen
- Mexikos politische 'Stabilität'

Einzelpreis: DM 3,30
Jahresabo: DM 33.
Schüler, Studenten Azubis, Arbeitslose, Mittellose DM 10.
(obige Preise gelten ab 1986!)

Im Vertrieb:
250 Buchtitel aus Lateinamerika - Literaturverlag Antares

Kennlernabo
Die nächsten vier Ausgaben für DM 10,-

(mit Porto, gegen bar oder V.Scheck. Rücktritt sechs Monate vor Ende der Kennlernabo).
Informationsstelle Lateinamerika e.V., Romerstr. 88, 5300 Bonn 1
Abender

Dialog und Autonomie für Nicaraguas Atlantikküste

Nicaraguas Atlantikküste geht und geht als die Achillesferse der sandinistischen Revolution. Teils aus einer objektiven Notlage heraus, teils aufgrund falscher Einschätzungen haben die Sandinisten hier gravierende Fehler gemacht, die das Klima zwischen den jungen Revolutionären der pazifischen Seite Nicaraguas und den Völkern der Atlantikküste vergifteten, eine Entwicklung, die sich zum bewaffneten Kampf der Miskito-Indianer steigerte und wo der US-Imperialismus eine offene Hande für seine Interventionen vorfand.

Das kleine Volk der Miskitos, das seit immer wieder von Sandinisten belästigt wurde, hat sich doch so trefflich zur Demokratisierung der sandinistischen Revolution genutzt. Auch in der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung war die Situation der Atlantikküste und der Umgang der Sandinisten mit der Miskito-Indianer schon oft Gegenstand heftiger Debatten — durch Im AK.

Aktuell zeichnet sich eine gewisse Entspannung ab. Der seit Herbst letzten Jahres laufende Dialog der sandinistischen Regierung mit den politischen und militärischen Führern der bewaffneten Miskito-Organisationen MISURA und MISURASATA, die sich vor kurzem in West-Nicaragua und z.T. zu einer gemeinsamen Front vereinigten, hat zu einer gewissen Verbesserung der Lage geführt. Die bewaffneten Gruppen durch die Regierung und Übergabe von strategischen Gebieten. Neben der militärischen Feuerpause — es existieren in einigen Gegenden die Camps der bewaffneten Miskitoorganisationen

und die Stützpunkte der sandinistischen Volksarmee in unmittelbarer räumlicher Nähe — trägt auch die politische Diskussion über einen Autonomiestatus für die Atlantikküste zur weiteren Entspannung bei. In den indianischen Gemeinden herrscht weitgehend Kriegsmüdigkeit, so entsteht Verhandlungsdruck auf die bewaffneten Miskito-Kämpfer. Aber auch als wollen sich die Miskitos der MISURA und MISURASATA gegen die bewaffnete Kämpfer der sandinistischen Regierung an der Seite der sandinistischen und organisierten FIDN Contreras wehren.

Zur politischen Konfliktbesserung und zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Miskitos, die auch der laufende Rückbau der ab 1982 eingeleiteten Miskito-Organisationen MISURA und MISURASATA mit vielen Problemen und Unsicherheiten behaftet und kostet die Regierung große Anstrengungen. Mitte Oktober gab es einen großen Rückzug

der Miskitos an den Rio Coco, der von Kämpfern der MISURA und MISURASATA und Soldaten der EPS begleitet wurde.

Der Plan zur Entwicklung der Autonomie sieht vor, daß nach dem Abschluß der derzeit laufenden Volksbefragungs- und Konsultierungsphase (Consulta Popular) von den verschiedenen Autonomiekommissionen ein Gesetzentwurf über ein Autonomiestatut für die Atlantikküste entworfen wird. Hierbei sollen die Meinungen und Ansprüche zum Tragen kommen, die bei den Befragungen der Familien, Gemeinden, der verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren und bei den wichtigsten, das gesellschaftliche, politische und kulturelle Leben der Atlantikküste bestimmenden Gruppen in dieser Phase geäußert werden. Dieser Gesetzentwurf soll ab Anfang nächsten Jahres in der Nationalversammlung beraten und verabschiedet werden.

Wenn es tatsächlich gelingt — und derzeit sieht es so aus — daß dieser Prozeß von den wesentlichen ethni-

schon und politischen Gruppen der Atlantikküste mitgetragen wird, und die verschiedenen ethnischen Gruppen und Völker zu ihrem Recht kommen, dann ist auch die sandinistische Revolution ein gutes Stück vorangekommen.

Die Beruhigung der Konflikte und ein Autonomiestatus für die Atlantikküste wäre gleichzeitig ein Schlag gegen den US-Imperialismus und ein Sieg und Zeichen für alle indianischen Völker der Welt. Die FSI beweist jedenfalls zur Zeit, daß sie mit allem Nachdruck aus diesem speziellen Konflikt heraus will. Dies sollte auch die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung zu würdigen wissen und politisch und materiell die Entwicklung an der Atlantikküste unterstützen.

Das Interview entstand während einer Informationsreise zu verschiedenen Plätzen an der Atlantikküste. Unser Interviewpartner OSCAR HODGSON hat, obwohl erst 28 Jahre, eine wechselvolle Geschichte hinter sich. Er wurde am Rio Coco, in der Miskito-Gemeinde Waspan geboren, trat von Be-

ginn der sandinistischen Revolution an in gute Beziehungen zu den Sandinisten ein. Er wurde deshalb während der ersten bewaffneten Miskito-Operation (1981 "Navidad Roja" = rote Weihnacht) schwer verletzt, gefangen und entkam knapp dem Tod. Für die 1984 gegründete Miskito-Organisation MISATAN, die erst allmählich eine größere Verankerung in den Miskito-Gemeinden des nördlichen Zelaya erlangt, arbeitet er als Verantwortlicher für internationale Beziehungen. MISATAN hat erst Anfang Oktober, u.a. auf dem Beisein der Nationaldirektion der FSI, die offizielle Wiederzulassung von MISURA und MISURASATA als legale Organisation verlangt (im Moment noch vor kurzem als "Contreras" bezeichnet). Er gehört einigen indianischen Organisationen wie dem Exekutivkomitee des "Weltrates der Indianervölker" und ist Präsident der "Regionalen Koordination der Indianervölker von Mexiko, Belize und Zentralamerika" (CORPI). Zudem ist er Mitglied der FSI und der nebraskapflichen Friedenskommission, die sich eine Versammlung von 45 Miskito-Gemeinden zu direkten Verhandlungen mit den bewaffneten Gruppen MISURA und MISURASATA beabsichtigt.

Er nimmt in dem Interview teil, u.a. zur Geschichte der Konflikte an der Atlantikküste, zur Rückkehr der Miskitos an den Rio Coco und zur Entwicklung des Dialogs und der Autonomiediskussion.

HA

Interview mit Oscar Hodgson, Miskitoführer und Sandinist

AK: In den letzten Jahren gab es hier an der nicaraguanschen Atlantikküste schlimme Auseinandersetzungen und zahlreiche Widersprüche, die sich in aktuellem etwas zu entspannen scheinen. Diese Widersprüche wurden vom US-Imperialismus immer wieder ausgenutzt, um seine Angriffe zu verstärken. Kannst du kurz aus deiner Sicht — als einer derjenigen, die dabei fast unter die Räder gekommen waren — einen Überblick über die Entwicklung der Konflikte geben?

Oscar Hodgson: Nach dem Triumph der Revolution haben sich die Sandinisten von Anfang an mit den Interessen der Miskitos durch freundschaftliche Beziehungen, der unterschiedlichen Entwicklung der Landesteile sowie der Einsicht, daß in dieser Zeit indianische Gruppen gegeneinander ausgespielt wurden. Auch es ist, daß die Sandinisten von dem Problem, das die Miskitos an der Atlantikküste weiter vorliegt, also in gewisse Strukturen integriert werden müßte, andererseits mit der von der Miskito-Indianer selbst entwickelten Entwicklung der Atlantikküste ungenügend war, daß die Miskitos keine revolutionäre Entwicklung erleben konnten.

Als Sandinist, der gegenüber den Miskitos eine Politik der Autonomie betreiben wollte, habe ich die gute Absicht, die Sandinisten, die Atlantikküste zu entwickeln, aber mit einem vollkommen abgelehnten Konzept, welches abgelehnt von den Bedingungen der Pazifischen Seite war. Dies war einer der ersten großen historischen Irrtümer. Ein anderes fundamentales Problem war, daß es auch unter den sandinistischen Revolutionären eine ganz bestimmte Form von Rassismus gab, der logischerweise nicht institutionalisiert war, dennoch aber das Auftreten gegenüber den ethnischen Gruppen bestimmte. Es war eine Art Paternalismus, der uns, den Contreras, den Sumos, den Raras, Quifunus, Kreolen, Mesken und Miskitos wenig Möglichkeiten zur Partizipation gab und wenig Möglichkeiten gab, eine ungenügende Bedingungen entsprechende Politik anzustellen. Möglicherweise war dies der zweite große Irrtum. In der Tat, ganz konkret, es ist, daß das Aufreten gegenüber den Forderungen der MISURASATA, welche 1981 anfang, die politischen Initiativen selbst in die Hand zu nehmen, damit auch z.T. in Widerspruch zur Regierung trat. Damit begannen dann auch die größeren Konflikte zwischen der Regierung und den Miskito-Indianern, da die sandinistische Revolutionäre durch ihr mangelndes Verständnis und die praktischen Maßnahmen die Konflikte noch verschärften. Die Konflikte in den militärischen Auseinandersetzungen, wobei dann auch noch die unethische sandinistische Armee Fehler in ihrem Auftreten gegenüber den Miskitos machte und es zu einzelnen Ausschreitungen kam. Da mit wurde die sandinistische Stimmung noch mehr geschürt. Antikommunistisch auch deswegen, weil

trotz der Somatismus die direkten Interessen und das Leben der Indianergemeinden kaum berührt, im Gegensatz zur sandinistischen anfänglichen Entwicklungsstrategie, die direkt in das Leben der Miskito-Gemeinschaften eingriff. Hierzu kamen die ersten Manöver des US-Imperialismus, der zusammen mit einigen Führern der Miskito die Miskito-Indianer und ein indianisches Heer aufbaute, welches noch dazu durch die Morasche Kirche einen religiösen Charakter hatte und sie entwickelten diese Idee der Miskito-Indianer bis heute andauert. Mit der Aufnahme der Autonomiediskussion wollen wir der unterschiedlichen Geschichte und Realität der Pazifischen und Atlantikküste gerecht werden. Wir wollen mit dieser Autonomie wieder eine Verbrüderung und letztendlich eine Zusammenarbeit erreichen, aber auf der Grundlage der natürlichen Rechte der Contreras.

Besteht die Idee der Autonomie für die Atlantikküste darin, es anders zu machen, noch etwas mehr über den aktuellen Prozeß der Verhandlungen und den Dialog zwischen Regierung und den verschiedenen bewaffneten Gruppen der Miskitos zu erfahren.

Hier muß man eine Klarstellung machen. Anfang 1984 hat die FSI anfangs, die spezifischen Charakteristika der indianischen Völker neu zu bewerten, was z.B. heißt, die Bedeutung des kommunalen Grund und Bodens für die Indianergemeinden, die entsprechende Bewertung ihrer kulturellen "Eigenschaften", die Wertschätzung ihrer eigenen Sprachen und viele andere speziellen Lebensformen der Indianer. Von dieser neuen Bewertung aus gehen, hat die FSI dann auch die Forderungen der Indianervölker und derjenigen, die dafür kämpfen anders gesehen. Zugleich damit war der Beginn der Arbeit bei MISATAN. Damit konnte die Fronte auch klarer unterscheiden, was an diesen Forderungen für die Indianervölker selbst wichtig war, daß diese keinen konterrevolutionären Kampf führen, höchstens Teile davon, die ausgesprochen werden. Es begann der erste Kontakt mit den Indianern. Somit wurde der Dialog institutionalisiert. Der erste Schritt war die Anerkennung der Miskito-Indianer und die Wiedervereinigung der Miskito-Familie zu erreichen. Denn heute leben etwa 26.000 Miskitos in Honduras und etwa 26.000 in Nicaragua selbst. Durch die weiteren Positionen wurden die ersten Verhandlungsrunden in Bogota und Mexiko durchgeführt. Wir glauben, daß dadurch bereits große qualitative Fortschritte erreicht wurden. Gleichzeitig sah man damit aber auch, daß sich immer noch zwei harte Positionen gegenüberstanden. Außerdem gibt es natürlich nicht nur die Gruppe MISURASATA, von der der Frieden abhängt, sondern neuerdings auch die Anfang September gegründete KISAM, wie auch natürlich die Gruppen MISURA und MISATAN hier in Nicaragua. Zwischen diesen vier Organi-

sationen müssen auch Verhandlungen stattfinden, um eine einzige Organisation zu schaffen, die die Interessen der Miskitos vertritt. Anläufe für diebezüglich fortschrittliche Positionen gibt es in allen diesen Organisationen. Allgemein hat der Stand der Verhandlungen zwischen Regierung und den bewaffneten Gruppen schon sehr große Fortschritte gemacht. Es gibt heute Gemeinden, in denen sich abgesprochenemäßig die Kräfte der MISURA und MISURASATA frei bewegen. Sie werden dabei von der Zivilbevölkerung

mit Essen versorgt und haben sich fest etabliert. Das sandinistische Volksheer hat bspw. eine für die nicaraguanschen Souveränität und für jegliche nordamerikanischen Aggressionen strategisch wichtige Brücke bei der Gemeinde Sisin an die bewaffneten Gruppen übergeben. Daran sieht man bereits ein hohes Maß an Vertrauen, welches die Regierung und das sandinistische Volksheer den bewaffneten Gruppen entgegenbringen. Aber dieser Fortschritt wird letztlich davon abhängen, inwieweit die indianischen Grundrechte tat-

sächlich durch das Autonomieprojekt miteinbezogen, inwieweit hier u.a. die angestammten Rechte der indianischen Gemeinden, u.a. auf ihr Land abgesichert werden, da diese die Basis überhaupt für den Friedensprozeß darstellen. Ausgehend von so einer Basis werden auch wir Contreras ein Gefühl für die nationale Verteidigung entwickeln, wenn wir unser Recht durch eine autonome Regierung haben. Dann wird sich auch herausstellen, daß dies für uns keine abgelehnte Verteidigung ist, sondern daß es ganz konkret darum geht, unsere Gemeinden selbst zu schützen, unsere eigenen Naturschätze und Mienen selbst zu verteidigen und unsere Flüsse und Flüsse zu sichern. Mit der Verteidigung unseres Territoriums übernehmen wir dann auch einen Teil der nationalen Verteidigung.

Wie bewertest du in diesem Zusammenhang die konkreten Verhandlungen? Wir waren gestern auf einer Versammlung mit der Companera Mirna Cunningham (Miskito-Delegierte, nun Regierungschefin von Zelaya Norte, selber Miskito). Sie sprach u.a. von einer direkten Unterstützung durch die Regierung für diejenigen Gruppen, die bisher gegen die Regierung gekämpft hatten, z.T. mit Material, Waffen und Munition, um sich gegen evtl. nachrückende FIDN-Verbands zu verteidigen zu können. Stimmt das?

Ja, aber es ist nicht der entscheidende Schritt. Es wird noch viel mehr getan werden müssen. Letztendlich entscheidend dafür ist wirklich der Autonomieprozeß und das Recht der Contreras auf ihr Land. Wenn es nicht gelingt, daß die Bevölkerung künftig tatsächlich durch eine autonome Regierung vertreten wird, wenn es nicht gelingt, hierbei die bewaffneten Gruppen miteinbeziehen, dann wird dieser Krieg weitergehen.

Deshalb wird jetzt wohl nicht mehr von Contreras gesprochen, wenn die bewaffneten Miskitoorganisationen MISURA und MISURASATA gemeint sind?

In diesem Moment sind die MISURA und MISURASATA in der Gemeinschaft nicht mehr als Contreras zu bezeichnen. Jedoch gibt es innerhalb dieser Organisationen einige Führer mit konterrevolutionären Positionen. Jedoch auf die Basis bezogen, sind MISURA und MISURASATA keine Contreras, es ist eine ausgesprochene Kriegsmüdigkeit zu verzeichnen. Wir als MISATAN wollen jetzt versuchen, die Strömungen zu vereinen, die die tatsächlichen Rechte der Indianer verteidigen. Dabei haben wir uns natürlich mit den anderen konterrevolutionären Strömungen auseinanderzusetzen, die natürlich gegen den derzeitigen Waffenstillstand sind, der mit den indianischen Miskitoführern bereits im Juni vereinbart wurde. Ich möchte nochmal auf das Beispiel für eine wichtige Überwindung, die Übergabe der Brücke bei Sisin zurückkommen, da dies ja nicht-

Auszug aus dem Basisdokument zur Autonomie

Prinzipien und Ziel der Regionalautonomie

1. Nicaragua ist eine unteilbare Nation. Die Souveränität des revolutionären Staates bezieht sich auf das gesamte nationale Territorium.
2. Nicaragua ist ein Vielvölkerstaat, der gegen alle Formen von Diskriminierung, Rassismus, Separatismus, Lokalismus, Isolation und Hegemonialbestrebungen kämpfen will, um die Harmonie, Zusammenarbeit und Brüderlichkeit unter der Bevölkerung voranzubringen.
3. Nachdem Nicaragua die volle nationale Unabhängigkeit durch die Eliminierung der Macht der imperialistischen Bourgeoisie geschaffen hat, existieren zum ersten Mal in der Geschichte durch die sandinistische Volksrevolution die Bedingungen, die es den indianischen Völkern und der anderen Gemeinschaften der Atlantikküste erlauben, eine neue Gesellschaft auf gleichberechtigter Ebene mit dem Rest des nicaraguanschen Volkes aufzubauen.
4. Die Einheit des nicaraguanschen Volkes in ihren revolutionären Zielen, kombiniert mit der Verschiedenheit der Sprachen, Kulturen und Religionen, ist unverzichtbarer Markstein der Revolution.
5. Die Verteidigung der nationalen Souveränität und der nationalen territorialen Integrität ist die herausragende Pflicht eines jeden nicaraguanschen Bürgers. Die Ausübung der autonomen Rechte wird die nationale Einheit fördern und die Bereitschaft der Indianervölker und der Gemeinschaften der Atlantikküste erhöhen, die nationale Souveränität zu verteidigen.
6. Die sandinistische Volksrevolution erkennt das volle Recht auf Bewahrung der eigenen Kultur, Geschichte und Religion der Indianervölker und Gemeinschaften der Atlantikküste an, ebenso das Recht zur vollen Ausübung und Entwicklung der Sprachen, des Rechts, Unterricht in der eigenen Sprache und in Spanisch zu bekommen, das Recht ihre sozialen und wirtschaftlichen Aktivitäten in Übereinstimmung mit ihren Werten und Traditionen zu entfalten. Die Kultur und die historischen Traditionen der Atlantikküstengemeinschaften sind Teil des Reichtums der nationalen Kultur.
7. Das Recht auf Autonomie bezieht sich auf das Gebiet, das traditionell von Stämmen der Gemeinschaften der Atlantikküste bewohnt wurde.
8. Es wird das Recht auf individuellen und kollektiven Landbesitz für die indianischen Völker und ethnischen Gruppen der Atlantikküste anerkannt.
9. Die Indianervölker und die anderen ethnischen Gemeinschaften haben das Recht, ihre traditionellen Wander-Küstenbewässerung zu nutzen.
10. Die natürlichen Ressourcen sollten der eigenen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zugutekommen. Dies ist ein Einklang mit der nationalen Wirtschaftspolitik. Die Indianervölker und Gemeinschaften der Atlantikküste bestimmen über den sparsamen Gebrauch der natürlichen Ressourcen der Region.
11. Alle Völker der Atlantikküste haben die gleichen Rechte unabhängig von ihrer Zahl und ihrem Entwicklungsstand.
12. Die autonomen Rechte der Atlantikküstenbevölkerung beruhen nicht ihre Rechte und Pflichten als nicaraguanschen Bürger.
13. Regionale Autonomie, nationale Einheit und die Revolution werden für eine wirtschaftliche Strategie eingesetzt, die die Interessen der arbeitenden Bevölkerung begünstigt.
14. Die historische Realität und das komplexe ethnische Erscheinungsbild der Atlantikküste machen es nötig, eine autonome Regierung zu bilden, welche all diese Rechte organisiert und ausübt, die die lokalen und regionalen Interessen betreffen, mit Ausnahme der Rechte, die für die Zentralregierung festgelegt sind.

ach bedeutsam ist. Aber durch die Übergabe selbst, dann durch die Bereitstellung von Munition und Waffen für die Gruppen zur Verteidigung gegen die FDN, D.h. auch, hiermit stehen die Gruppen MISURA und MISURASATA nicht mehr in bewaffneter Frontstellung zur Regierung wie zur FSLN. Nichtsdestotrotz stellen sie eine politische Opposition dar, aber die bewaffnete Frontstellung kann gegen die vom CIA hochgepöbelte FDN laufen.

Jetzt noch zu einem entscheidenden Problem der ganzen sog. „Miskitofrage“, welches sich auch auf die gesamte Autonomiediskussion auswirkt, wie ich annahm. Ich meine die derzeit laufende Rückkehr der ab Anfang 1982 ausgesiedelten Miskitogemeinden zu rück an den Rio Coco. Ich war in letzter Zeit in Gesprächen dieser Miskitogemeinden und habe festgestellt, daß mit dieser Rückkehr große Hoffnungen und Erwartungen verbunden sind. Gleichzeitig treten aber neue Widersprüche und Probleme der Gemeindegemeinschaft mit der Regierung auf.

Damit man na nicht vorhersehen kann, daß die Gemeinden ja nicht freiwillig vom Rio Coco weggewogen. Es gibt eine Liebe von den Miskitos für den Rio Coco, dessen Fische, dessen reiche Erde, für die gesamte Natur. Dies hat auch die Regierung nicht richtig verstanden. Sie hat sich dann auch die Verpflanzung der Gemeinden nach Tasba Pri verheerend ausgewirkt. Der zweite wichtige Punkt ist die allgemeine Entwicklung des Krieges, die Wirtschaftsblokkade, die allgemeinen ökonomischen Schwierigkeiten. Dies hat natürlich die Miskitos genauso wie alle Nicaraguaner getroffen. Diese gestiegenen Lebenshaltungskosten wirken sich aber dennoch bei den ausgesiedelten Miskitos noch stärker aus, da sie früher in einem höheren Maße gewohnt waren, sich selbst zu versorgen. Dies wurde mit der Umsiedlung zerstört. Und die Leute hatten immer den Wunsch, an den Rio Coco zurückzukehren. Das hat natürlich auch den Aufbau von Tasba Pri beeinflusst, wobei sich ja die Regierung große Mühe gemacht hat. Jetzt gibt es finanzielle Transportprobleme, es gibt nicht genügend LKWs, die Armee hat auch Angst, daß ihre Lastwagen verbrannt werden. Dies führt zu Verzögerungen bei der Rückkehr und schafft Unzufriedenheit, ja z.T. sogar neue Anzeichen für Störungen bei den Miskitogemeinden. Deshalb versucht die Regierung, die zu Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um diesen Rücktransport schnell zu ermöglichen. Um nach der Rückkehr eine weitere Entwicklung einzuleiten, müssen dringende Aufgaben wie bspw. Gesundheitsversorgung angepackt werden, es müssen Schulen und andere Maßnahmen zum schnellen Ausbau zur Verfügung gestellt werden. Es muß die Erziehung in den eigenen Sprachen organisiert werden. Das Problem der Wohnungen und Häuser angepackt werden. Dies muß aber alles freiwillig geschehen, damit nicht wieder neue Barrieren zwischen Regierung und den Gemeinden entstehen. Ich glaube, wir haben dabei schon einige Fortschritte gemacht.

Wer will denn eigentlich angesichts der momentan sehr harten Lebensbedingungen zurück an den Rio Coco, wenn man mitbedenkt, daß trotz aller Unzulänglichkeiten in den neuen Gemeinden von Tasba Pri eine einigermaßen funktionierende Infrastruktur geschaffen wurde. Ist es tatsächlich die Mehrheit, die zurückkehren will?



Mit Postkarten wird für die Alphabetisierungskampagne geworben

Wir gehen davon aus, daß die übergroße Mehrheit an den Rio zurück will. Aber es gibt auch Jugendliche, die das nicht wollen. Sie haben sich an die neuen Lebensbedingungen gewöhnt, sie können hier leichter in die Umgebung und in die Provinzhauptstadt Puerto Cabezas reisen. Gerade auch die Fortschritte in den Gemeinden von Tasba Pri sind es, die einen Teil der jungen Leute dazu veranlassen, lieber hier zu bleiben. Ich würde sagen, es sind über 80%, die zurückkehren wollen, die meisten der verbleibenden knapp 20% dürfen Jugendliche sein. Darüber gibt es noch einen kleinen Teil von Leuten, die zur FSLN und zur Politik der Regierung gute Beziehungen haben. Diese haben z.T. Angst, es könnte zu werden oder sonstigen Repressalien seitens der MISURA oder MISURASATA ausgesetzt zu sein. Dieser Fakt muß in die laufenden Verhandlungen mitgebracht werden, daß diese Leute, die zwar Banditen sind, aber dennoch dem Miskitovolk angehören, ebenfalls zurückkehren können, denn sie sind für die weiteren Entwicklungen sehr wichtig.

Insgesamt sind es doch mehr als 15.000 Miskitos, die in ihre angestammten Gebiete zurückkehren wollen, man hört immer sehr unterschiedliche Zahlen?

Insgesamt sind es doch mehr als 15.000 Miskitos, die in ihre angestammten Gebiete zurückkehren wollen, man hört immer sehr unterschiedliche Zahlen?

Es sind ca. 17.500 Miskitos. Bis jetzt sind davon bereits gut 7.000 zurückgekehrt — der Rest ist noch in den Asentamientos und wartet. Du weißt, daß mehr als 26.000 Miskitos aus Masatagua in Honduras leben und mehr als 8.000 in Costa Rica — die meisten Familien sind in irgendeiner Form auseinandergerissen. Wir glauben, daß durch die Rückkehr unserer Leute an den Rio Coco auch die anderen Familien, die

trotz aller Schwierigkeiten und Repressalien durch die Behörden von Honduras, nach und nach zurückkehren. Dies wäre ein enormer politischer Fortschritt auch für die Autonomiediskussion.

Laß uns nun etwas genauer auf die Autonomiediskussion eingehen.

Autonomie heißt für uns in erster Linie Freiheit zu entscheiden, was im ökonomischen Bereich passiert, was im kulturellen mit den Naturschätzen passiert zu entscheiden, wie mit den Erträgen des Meeres umgegangen wird, wenn z.B. Öl gefunden werden sollte zu entscheiden, was mit dem Öl passieren soll. Auch zu sagen, wie der Fischfang weiterentwickelt werden soll. Autonomie im ökonomischen Bereich bedeutet auch, die traditionellen Handelsbeziehungen der Atlantikküste mit der Karibik und Honduras zu behalten und zu entscheiden, wie diese weiter auszuweiten haben. Wir wollen über die Minen entscheiden, über andere Naturschätze. Das heißt zusammengefaßt, wir wollen ökonomische Belange selber bestimmen.

Was den politischen Gesichtspunkt betrifft, so wünschen wir, daß unter Einbeziehung unserer ganzen Erfahrungen unter Berücksichtigung der nationalen Einheit und Souveränität und der notwendigen nationalen Verteidigung, wir selber entscheiden können, was hierbei die adäquaten Wege sind. Um letztendlich eine nationale Einheit zu erhalten, müssen auch wirklich unsere eigenen Erfahrungen und Erwartungen unsere eigenen Kriterien bei dieser Autonomie entscheidend sein.

Auf den kulturellen Aspekt bezogen heißt das, daß wir uns in unserer eigenen Sprache erziehen und weiterent-

wickeln wollen, daß unsere ganzen kulturellen Erfahrungen erhalten bleiben können und da, wo sie verschüttet sind, wiedererweckt werden können, daß der gesamte kulturelle Reichtum den wir Costenos haben, erhalten bleibt, daß die Miskitos und die anderen Völker ihre eigenen Sprachen erhalten können. Dies muß alles durch eine autonome Regierung zusammengefaßt und auch organisiert werden. Dafür müssen auch die Völker hier mobilisiert werden.

Dies ist auch ein Kampf ganz allgemein für die Rechte der indianischen Völker der ganzen Erde.

Das heißt, du siehst die Autonomie als einzig adäquate Form der Fortführung der Revolution auch hier an der Atlantikküste an, aber gibt es nicht einen Widerspruch zwischen weitergehenden Formen der Selbstbestimmung der Völker hier und diesem Autonomiestatus wie er jetzt diskutiert wird?

Wir müssen hier noch einmal feststellen, als Ausgangspunkt, daß Nicaragua vollständig der imperialistischen Politik der USA unterworfen war. Die Frage der Selbstbestimmung bedeutet, daß Nicaragua auch eine gewisse ökonomische Unabhängigkeit erreichen während dies unter den gegebenen Voraussetzungen der Unterentwicklung Nationale Souveränität bedeutet. In diesem Kontext eben, daß man autonomisch auf der stärksten imperialistischen Macht der Erde konfrontiert ist. Das heißt für die Selbstbestimmung des nicaraguanischen Volkes, materielle, politische und kulturelle Faktoren zusammenzuschließen, um eine Entwicklung hin zu einer dauerhaften Selbstbestimmung zu erreichen.

D.h. auch, wenn wir hier von Autonomie sprechen, können wir die Realität auf einer nationalen Ebene nicht vernachlässigen. Was wir wollen ist, zuerst einmal eine gewisse Gleichheit der Entwicklung zwischen Atlantik und Pazifik herzustellen. In diesem Zusammenhang sprechen wir natürlich auch von Selbstbestimmung der Atlantikküste, aber im Zusammenhang mit der Selbstbestimmung des gesamten nicaraguanischen Volkes. Mit der zunehmenden angefangenen Diskussion machen wir erst die ersten Schritte in die skizzierte Richtung.

Gibt es bei der Autonomiediskussion Probleme zwischen den verschiedenen ethnischen Minderheiten? Es gibt ja die verschiedenen indianischen Völker und daneben noch die Kreolen und Mexikaner.

Historisch gesehen gab es natürlich Konflikte zwischen den verschiedenen Gruppen, z.B. zwischen Miskitos und Sumos, zwischen Kreolen und Miskitos, zwischen den Metizzen und den Spanischstämmigen und den Schwarzen, dies sowohl vor als auch nach dem revolutionären Triumph. Voraussetzung war das durch die Kolonialmacht England und andere imperiale Mächte.

Wenn wir jetzt von Autonomie sprechen, dann heißt dies, daß wir zum ersten mal unsere Angelegenheiten in unsere eigenen Hände nehmen wollen. Dabei müssen die verschiedenen ethnischen Gruppen gleichermaßen vertreten sein, unabhängig von ihrer tatsächlichen Größe.

Trotzdem müssen wir noch eine andere Sache sehen. Bis jetzt sind es die Miskitos, die beim Autonomieprozeß die stärksten Willen haben und auch streitbar dafür eintreten. Historisch begründet haben die indianischen Gruppen eben ein ausgeprägteres Gefühl für die Autonomie als z.B. die Metizzen. Dadurch wird natürlich auch aktuell die Autonomiediskussion stärker durch die Miskitos geprägt als durch andere Gruppen, allein schon, weil bewaffnete Gruppen wie MISURA und MISURASATA auch dafür kämpfen. Dies soll aber nicht heißen, daß für die anderen Gruppen nicht die gleichen Rechte angestrebt werden.

Da hat ein einzelnes Mitglied in der FSLN, hat aber auch große Verantwortung als Indianerführer, da hat auch an leitender Stelle der Miskitogemeinschaft MISATAN und bei einigen internationalen Gremien für indianische Völker tätig. Gibt es zwischen diesen verschiedenen Aufgaben nicht auch Widersprüche und wie geht du damit um?

Die FSLN an sich hat natürlich keine antagonistischen Widersprüche mit dem Volk der Miskitos. Von daher ist es auch kein grundsätzlicher Widerspruch, sowohl Indianerinteressen als Indianerführer zu vertreten, als auch gleichzeitig in der FSLN zu sein. Dennoch gibt es natürlich im konkreten Widerspruch, welche Wege bei politischen Auseinandersetzungen einzuschlagen sind. Widerspruch auch deshalb, weil ein Teil der Führer der FSLN, z.T. Arbeiter- und Bauernführer vom Pazifik, noch nicht das richtige Verständnis haben, darüberhinaus hat sich vielleicht auch einmal die Formation der Indianer in der FSLN gezeigt, was zusammengekommen zu Zusammenstoßen führte. Deshalb haben wir auch angefangen, aus unserer Realität heraus, um stark mit der FSLN in ihrer Rolle als Avantgarde auseinanderzusetzen, aber aus der Position der Miskitoführer heraus. Wenn man Indianerführer und zugleich Mitglied der Frente ist, hat man mit unterschiedlichen Situationen zu tun. Einmal geht es darum, die anstehenden Probleme besser zu verstehen und gleichzeitig konkrete Antworten zu finden, das sind wir unseren Gemeindegliedern schuldig. Gleichzeitig müssen wir mit unseren Erfahrungen aus der Gemeinschaft der Miskitos heraus innerhalb der Frente die Auseinandersetzung führen. Deshalb glauben wir, daß die Indianerführung in der FSLN eine besonders hohe Verantwortung tragen und daß sie doppelten und mehrfachen Belastungen ausgesetzt sind. Aber es sind wirklich indianische Brüder und Schwestern, die die Einheit zwischen FSLN und Miskitos anstreben und die dabei mental ihr Vaterland und ihr Volk verraten werden.

Ich bedanke mich ganz herzlich für diesen Gespräch und wünsche dir viel Kraft und Ausdauer für die kommenden Kämpfe.

Puerto Cabezas, 19.09.85
h.a., Nürnberg

(Das Interview wurde redigiert)

NICARAGUA

Ein Traum
der
unzerstörbar
ist



Carolee Ritz

1986

Kalender '86

Ein Fotokalender über Nicaragua

Lesen und sehen sind zweierlei. Die Fotos von Cornelia Ditz, die drei Jahre lang als Fotografin Nicaragua kennen lernte, zeigen meist Menschen. Es sind die Menschen, die ihren Gesundheitsdienst, ihre Schulen, ihren Feldzug, auch Erwachsenen lesen und Schreiben beizubringen, verteidigen vor allem aber ihren Boden, das Land. Sie haben all das durch ihren Befreiungskampf unter Führung der Sandinisten gegen die blutige Diktatur Somozas erobert, die das Volk 40 Jahre lang ausplünderte und unterdrückte. Dieses Volk war es, was es mit der Waffe in der Hand gegen die von der Reagan-Regierung ausgebildeten, ausgerüsteten, finanzierten terroristischen Mörderbanden der "Contras" zur Wehr setzt. Wer diese Bilder sieht, wer liest, was sie aussagen, muß sich sehr wohl wünschen, an der Seite dieses Volkes zu stehen, im Kampf für seine Freiheit, seine Demokratie und die sozialen Erfolge, um zu verhindern, daß all das wieder verloren geht.

14 Seiten, DIN A 3, DM 14,80 incl.
Verpackung und Versand
PSchK 333 86-606, PSchA Frankfurt a.M.,
Isp-Verlag, Frankfurt

Im Vergleich mit Aktivitäten von Anti-Apartheid-Bewegungen in anderen Ländern, selbst in den USA, sind die Proteste gegen das Apartheidregime in der BRD bislang recht bescheiden geblieben. In den USA hat die Disinvestment Kampagne, an der sich Universitäten, Kirchen, Stadt- und Bundesstaatsverwaltungen beteiligten, erreicht, daß etliche große Banken ihre Kreditvergabe an das Regime in Pretoria gestoppt haben. In Großbritannien haben 10 Städte in Memoranden gegen die Apartheid bewußt die schwarze Transportbewegung schließt will die Ausrüstung der kriegs- und rüstungsindustriellen Unternehmen zu nennen.

In den USA hat die schwarze Bevölkerung erst vor 20 Jahren die Bürgerrechte erkämpft, die sie heute formal besitzt. Apartheid war zumeist ein nicht-substanzieller Kampf der schwarzen Bevölkerung der USA im letzten Jahre Alltag für die weiße Bevölkerung. Die Bürgerrechte wurden der nicht-weißen Bevölkerung andenkmalig verweigert. Die schwarze Bevölkerung der USA hat sich im Kampf gegen die weiße Bevölkerung der USA im letzten Jahre Alltag für die weiße Bevölkerung. Die Bürgerrechte wurden der nicht-weißen Bevölkerung andenkmalig verweigert. Die schwarze Bevölkerung der USA hat sich im Kampf gegen die weiße Bevölkerung der USA im letzten Jahre Alltag für die weiße Bevölkerung. Die Bürgerrechte wurden der nicht-weißen Bevölkerung andenkmalig verweigert.

Die ähnlich starke Solidarität mit dem Kampf in Südafrika scheint in der BRD gegenwärtig nicht möglich. Zwar ist die politische Betroffenheit angesichts der brutalen Zustände groß, und auch die moralische Verantwortung ist unbestritten. Aber wie der Umgang mit der Forderung nach Solidarität aussieht, so sieht auch die Haltung der Bundespolitiker aus. SPD bis CDU sind, wenn auch in der Gewerkschaften, so sehr wie die auf der linken Seite, so sehr wie die auf der rechten Seite. Die SPD bis CDU sind, wenn auch in der Gewerkschaften, so sehr wie die auf der linken Seite, so sehr wie die auf der rechten Seite. Die SPD bis CDU sind, wenn auch in der Gewerkschaften, so sehr wie die auf der linken Seite, so sehr wie die auf der rechten Seite.

Die DGB-Führung hofft immer noch auf die Wirkungen des EG-Konkret und läßt sich auch in der Meinung betören, daß Sanktionen die schwarze Bevölkerung zurecht rufen. Die Wirkung ist aber, daß die Sanktionen die schwarze Bevölkerung zurecht rufen. Die Wirkung ist aber, daß die Sanktionen die schwarze Bevölkerung zurecht rufen. Die Wirkung ist aber, daß die Sanktionen die schwarze Bevölkerung zurecht rufen.

Fortgesetzter Widerstand gegen die weiße Vorherrschaft

(...) Wir lehnen die Auffassung ab, die als Auslöser für den revolutionären Machtwechsel nur den direkten Weg weiterer Konfrontationen und die Schaffung von Zersplitterungen. (...) Widerstands nicht. (...) In einem modernen durchorganisierten Polizeistaat wie Südafrika ist es fraglich, ob eine Bewegung in der Lage ist, eine politische Massenorganisation über einen bestimmten Punkt hinaus aufzubauen, ohne die Art ihres Vorgehens zu ändern. Es ist auch nicht leicht, den Punkt zu bestimmen, wo die politischen und organisatorischen Vorbereitungen ausreichend sind, um unseren bewaffneten Einheiten in allen dafür vorgesehenen Gebieten die größtmöglichen Überlebens- und Wachstumschancen zu geben. (...) Wir dürfen keinesfalls die Bedeutung des subjektiven Faktors überschätzen. (...)

Der Gegner steht vor der eigenen Tür

Anmerkungen zur Solidaritätsbewegung in der BRD

Der Kampf gegen die Apartheid ist dies nicht nur verbale Hürden, sondern wohldefinierte Agitation in der Metropolenabhängigkeit von Gold, Chrom, Platin etc. aus der Erde des südlichen Afrika. Vor so viel Ansehen steht, denn auch nach der Apartheid, wenn man die Solidarität mit den Betroffenen in Südafrika sieht.

Die Beziehung zwischen der BRD und der Apartheid in Südafrika sind so eng wie wirtschaftliche Verflechtung. So ist es, daß es nicht nur die Metropolenabhängigkeit, sondern auch die wirtschaftliche Verflechtung, die die Beziehung zwischen der BRD und der Apartheid in Südafrika sind so eng wie wirtschaftliche Verflechtung.

So ergibt sich für die Solidaritätsbewegung in der BRD das Problem sich gleichzeitig in Widerspruch zu den Interessen von Wirtschaft und Politik, sprich den Staat BRD zu setzen. Die Solidaritätsbewegung mit den mittelamerikanischen Völkern konnte zum Beispiel die Bundespolitik in der Sache nicht ändern und Gewerkschaften, die sich gegen die Anliegen gewerkschaftlich machen. Offiziellen Charakter kann diese Solidarität sogar in einigen wenigen Fällen, wie in der BRD Partnerschaften mit anderen Ländern, die BRD Partnerschaften mit anderen Ländern, die BRD Partnerschaften mit anderen Ländern.

Wer — mit wem — warum —

Die Geschichte der Solidaritätsbewegung in der BRD ist, daß die Anklage der Bundesregierung die Unterstützung der Apartheid eine wesentliche Aufgabe ist. Gegenwärtig stehen jedoch eher latente Kontroversen über die Frage, welche der südafrikanischen Organisationen des Widerstandes zu unterstützen seien, im Vordergrund. Alle Auseinandersetzungen brechen in einer Schärfe wieder auf, daß eine Zusammenarbeit kaum möglich scheint.

Die Anti-Apartheid-Bewegung, die DDP und ihr nahestehende Organisationen und verschiedene kirchliche Gruppen unterstützen schon seit Jahren den ANC und nach ihrer Meinung auch die JDF. Mit der Begründung, der ANC sei eben die einzige und maßgebliche Befreiungskraft, besteht bei maßgeblichen Teilen dieses Spektrums wenig Bereitschaft, sich mit anderen Organisationen auseinanderzusetzen. Die Tatsache, daß der ANC ein Bündnis aller Apartheid-Gegnerinnen und -Gegner auf der Basis sehr breiter und demokratischer Forderungen anstrebt und auch mit Weißen zusammenarbeitet, wird betont.

„Trägerinnen von Veränderungen sind alle Personen, die das System der Apartheid bekämpfen.“ Bedauerlicherweise gehen selbst solche Vertreter der AAB wie Wolff Gieseler, der ansonsten für sachliche Analysen bekannt ist, in dieser Frage soweit, die schwarze Organisation Organisation (PAC, BCM) die eine Zersplitterung der weißen Arbeiterbewegung des Rassismus zu bezeichnen. „Turken raus“ machen hoffentlich klar, was diese Forderung aussagt. Auch mit seiner Haltung zum bewaffneten Kampf in Südafrika macht es sich Wolff Gieseler zu ein Fach, wenn er — beschränkt auf die Sabotageaktion — sagt: „Die ungeliebte präzise, Menschenleben bewahrende militärische Taktik des ANC beweist eine bewundernswürdige und Vertrauen erweckende Menschlichkeit.“ (alle Zitate aus einem Leserbrief in der „Luz“ vom 15.10.85). Das Bemühen, gegenüber der menschenverachtenden Politik der Rassisten das „menschliche Gesicht“ der Befreiungsbewegung hervorzuheben und den ANC als Garant für einen nicht-rassistischen und gerechten Verlauf der Kämpfe darzustellen, entwirft sicherlich ehrenhaften Motiven. In der Geschichte aller Massen- und Befreiungskämpfe ist ein solches „menschliches Gesicht“ Charakteristikum der Kräfte, die für eine

andere bessere Zukunft der Völker kämpfen und kämpfen. Hier sucht die bürgerliche Seite, wie weit rechts sie auch stand, ihre Agitation anzudeuten, und es war jeweils eine Aufgabe der Solidaritätsbewegungen, dieser Agitation wiederum mit Beweis und Argument entgegenzutreten — und ggf. Kritik zu üben.

Der ANC blieb bisher von einer derartigen bürgerlichen Agitation relativ unberührt. Das wird sich jedoch schlagartig ändern, wenn der ANC zu einem verstärkten bewaffneten Kampf übergehen kann. Und da fragen wir uns, ob eine solche Argumentation sich nicht in der Sicht des ANC über die Realität in Südafrika widerspricht, und überdies die Positionen des ANC arg verkennt.

Zwar ist es richtig, daß der ANC in der Lage der Zusammenarbeit im Widerstand immer betont hat, daß die Apartheid nach Harter Arbeit vom Feind abgeworfen werden muß. Kampf gegen die Apartheid ist eine Aufgabe der Arbeiterbewegung. Der ANC hat jedoch immer aus den Grundursachen der Apartheid, der Verantwortung der Weißen abgelehnt und „das in Volk verlebte Gefühl des Graus, das die wichtigste revolutionäre Waffe, die eingesetzt werden muß“, getroffen.

Unter anderem muß als erstes das afrikanische Volk als enteignetes und unterdrücktes Volk angesehen werden. Es ist die treibende Kraft und darf nicht geschwächt werden. Dies bedeutet, daß das nationale Selbstvertrauen, der Nationalismus und seine Durchsetzungskraft gestärkt und vertieft werden müssen.“ (I/S. 500/501).

Die weitaus meisten Menschen, die in Südafrika kämpfen und mit dem bisher hungrigen weißen Faschismus länger konfrontiert und, erwarten eine Auseinandersetzung, die sehr blutig und sehr bitter sein wird. Angesichts dessen, was in Südafrika zu erwarten ist, sei die französische Revolution ein Vorbild gewesen — mit diesen Worten faßte ein afrikanischer Revolutionär die Situation zusammen. Später, wenn der bewaffnete Kampf in der Nacht gegen den weißen Bereich ausgedehnt wird, werden sich unumkehrbare Opfer nicht vermeiden lassen. Auch diese Einschätzung geht aus den jüngsten Erklärungen des ANC hervor. All diejenigen, die heute schon seit Jahren, Jahrzehnten mit dem Kampf des ANC sympathisieren, werden sich auf eine verlorene Sache einlassen. BRD-Verfechter müssen seit mehr als 15 Jahren befaßt mit dem Kampf des ANC sein. Sie rechnen mit dem Kampf des ANC, sympathisieren, werden sich auf eine verlorene Sache einlassen. BRD-Verfechter müssen seit mehr als 15 Jahren befaßt mit dem Kampf des ANC sein. Sie rechnen mit dem Kampf des ANC, sympathisieren, werden sich auf eine verlorene Sache einlassen.

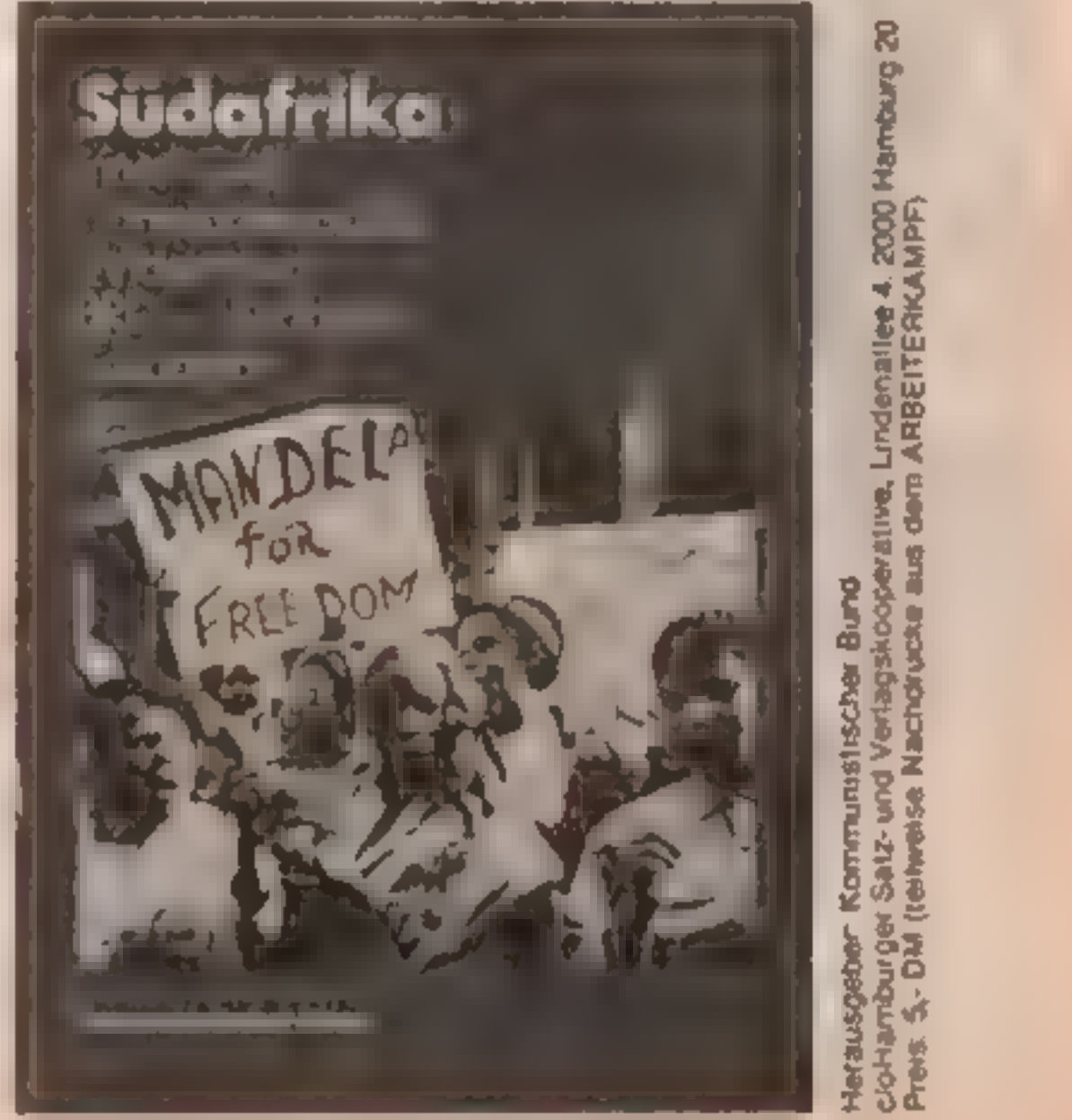
Gegen eine Orientierung an der ANC Politik in der Solidaritätsbewegung machen sich gegenwärtig stark AKA, FRK, (Münster), Azania und natim, Boko und die Mehrheit der Bundes AG Internationalismus DER GRÜNEN (wobei bemerkenswert ist, daß das Zentrum dieser Politik ein Personenkreis von nicht mal einem Halbdutzend Menschen ist). In diesen Organisationen inkonsistente Orientierung wie GIM, KPD (und in Maßen der RWK) etc. Mit der Forderung, daß alle Befreiungsorganisationen gleichberechtigt unterstützt werden müssen, geht es ihnen um eine Stärkung von PAC und BCM. A bzw. eine Orientierung an der AZAPO und dem National Forum (NF) in Südafrika. Die wichtigsten Kritikpunkte am ANC (dies wird ausgedehnt auf die UDF) und, daß der ANC eine reformistische Kraft sei, daß er nur demokratische Forderungen stelle, mit weißen und liberalen Kräften zusammenarbeite, durch seine Bündnispolitik mit der KP Südafrikas und die Unterstützung durch die Länder des realen Sozialismus ideologisch festgelegt sei. Aus der

Sicht dieses Kritikerspektrums hingegen seien authentische schwarze Organisationen die AZAPO und das NF, die darüberhinaus auch eine sozialistische Orientierung verfolgten, die dem ANC eben vollständig abginge. Weiterhin wird betont, daß es gerade das politisch sehr vielfältige Spektrum der Black Consciousness Bewegung gewesen sei, das den Aufstieg von Soweto 1976/77 ermöglichte und die Widerstände der weißen Bevölkerung zu überwinden sei, die nicht in eine festgelegte politische Strömung einzuordnen sei.

Niemand kann ernsthafterweise behaupten, daß es neben dem ANC und der UDF andere, unterschiedlichermaßen relevante Strömungen für den Widerstand in Südafrika gibt. Genau sowenig wie irgendjemand den durch die Sympathien des Volkes legitimierten Führungsanspruch des ANC in Zweifel zieht. Darüberhinaus ist es auch nichts Besonderes, wenn Menschen, Bewegungen und Organisationen in der BRD solche Kräfte in anderen Ländern unterstützen, die ihren ideologischen Positionen nach mit der Forderung nach der Zerschlagung der Apartheid in der BRD die Forderung des ANC unterstützen.

So können sich z.B. KPD und GIM daran erfreuen, daß sich AZAPO zu „Avantgarde der schwarzen Arbeiterklasse“ erklärt hat und tätliche Banden mit weißen und liberalen Kräften prinzipiell ablehnt. Dem eigenen Glück wird dabei ein wenig auf die Sprünge geholfen, indem darüber hinweggegangen wird, daß AZAPO oder NF vom Charakter her auch weniger eine Arbeiterpartei ist, sondern zum gegenwärtigen Zeitpunkt vielmehr auf der Ebene von Boykottkampagnen und Bürgerrechtsforderungen agieren. Und was für die einen die Kritik an einer zu wenig sozialistischen Politik des ANC ist, ist für die anderen Mitglieder dieser Koalition das Zuviel an traditionellen Internationalismusvorstellungen.

Die GRÜNEN haben nach ihrem eigenen Selbstverständnis natürlich keinerlei Ambitionen mit einer Kraft zusammenzuarbeiten, die in Südafrika gerade gegen Sozialismus und Klassenkampf ideologisch ankämpft. Die Politik der GRÜNEN bestimmt sich hier nicht positiv, sondern negativ, ein mal, wenn sie nicht mit einer Kraft zusammenarbeiten, die in Südafrika gerade gegen Sozialismus und Klassenkampf ideologisch ankämpft. Die Politik der GRÜNEN bestimmt sich hier nicht positiv, sondern negativ, ein mal, wenn sie nicht mit einer Kraft zusammenarbeiten, die in Südafrika gerade gegen Sozialismus und Klassenkampf ideologisch ankämpft.



Herausgeber: Kommunistischer Bund
c/o-Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20
Preis: 5,- DM (teilweise Nachdrucke aus dem ARBEITERKAMPF)

1. Stellungnahme der Partei des Afrikanischen Nationalismus (ANC) zur Apartheid in Südafrika (1985), in: „Die Welt“, 1985, S. 10. (Zitat aus dem Buch: „Die Apartheid in Südafrika“, hrsg. von der Partei des Afrikanischen Nationalismus, 1985)

Wem oder was nutzt der Anschlag auf die TAZ?

Am 16.10. veröffentlichte die „faz“ ein Interview mit dem Hamburger Vize-Boß Luchte, in dem er behauptete, in den Häusern an der Hafenstraße seien mehrere RAF-Frauen eingezogen. Vier Tage später lagen die „Reaktionskette“ der „faz“/Hamburg in Trümmern. An einer Wand fand sich die Begründung „wg. Luchte“, sowie der RAF-Stern und einem Anarchistenkreis. Inzwischen hat eine Gruppe „autonome und antihierarchische“ die Verantwortung für den Anschlag übernommen.

Kricker und Hefewörter des Ausschlags beschäftigen sich inzwischen wechselseitig, „offizielle Intimen“ des Stuhls hüten zu sein, selbstkritische Töne und auf der einen wie auf der anderen Seite kann zu vernehmen. Die seit längerem sich abzeichnende Polarisierung zwischen „Manteltragender Linker“ einerseits und „unpolitischer Randale-Stolz“ andererseits hat sich verschärft. Der Riß zieht sich auch quer durch die autonome Szene. Die bürgerliche Presse bekennt schadenfroh ihre „Kammbrüderliche“ Freude darüber, daß die Linken sich jetzt gegenseitig an die Gabel gehen.

„Wenn heißt es“, fragt man da kaum noch zu fragen. Aber genau das ist die Frage, die in dieser Zusammenhang diskutiert werden muß.

Vorher warigen wir uns in großen
Zügen den Ablauf der Ereignisse.
„Die H. Leosmühle“, die sind auch
nicht untypische Abbaueinheiten in der H. Leos-
mühle, durch den H. Leosmühle war
die Lage der H. Leosmühle war
aber im 1980 (1980) begann die H. Leos-
mühle, die H. Leosmühle, die H. Leosmühle,
des 1910 (1910) nach der H. Leosmühle
war, die H. Leosmühle, die H. Leosmühle.

Das ist ein sehr wichtiger Punkt, den wir bei der Diskussion der Rolle der Frau in der Gesellschaft nicht übersehen dürfen. Die Frau ist nicht nur eine Person, die für die Familie da ist, sondern sie ist auch eine Person, die für die Gesellschaft da ist. Sie hat eine wichtige Rolle zu spielen, und wir müssen ihr die Möglichkeit geben, diese Rolle zu spielen. Wir müssen sie unterstützen und fördern, damit sie ihre Fähigkeiten und Talente voll entfalten kann. Das ist unsere Aufgabe als Gesellschaft und als Politik.

Die Abwehr der Infektion durch
Zellen des Blutes. Die
Tiere sind mit einem
Netzwerk aus Blutgefäßen
versorgt, das die Zellen
in den Geweben verteilt.
Die Zellen können sich
bewegen und sich an
den Ort der Infektion
bewegen. Die Zellen
kann man sich vorstellen
wie kleine Soldaten, die
den Körper des Tieres
verteidigen.

Das zentralste Element der "Hamburger Linie" ist die "Hamburger Linie" selbst, die die "Hamburger Linie" ist. Die "Hamburger Linie" ist die "Hamburger Linie".

[illegible]

9. August. Letzte Nacht. Hafenstraße.
Nach Aufbruch des Labres ab, "dann
nicht Ort kann man sie überleben"
"kaufte die von ihm ausgehende Dose
se (Hamburg) aktuell, 13.8. Nachdem
der Hamburger Inhaber in Folge
angehoben vom 2. Begegnung der 14
"gekocht in Sonne" (1.8.8) ist
"daß sich hinter die Sonne" (1.8.8) ist
"der" (1.8.8) des Präfixes "H" (1.8.8)
nach der Link der Sonne (1.8.8) ist
"praktisch" war, aus der Fläche in
der "H" (1.8.8) August des Labres zu
erfahren, daß die Hafenstraße "14"
der "Lebenszeit" unpolitisch" werde
(Web. 19.8.8)

Die ZB von der „Morgenpost“ (S. 3) behauptet, dass die beiden Personen, die nach dem Tod von Curt Jarae wurden dann zum Anhalt genommen, den Druck an die Heisterkamp zu bringen. Insbesondere Jarae soll verboten, diese Verhaftung öffentlich zu machen, was natürlich nicht möglich war (Welt, 30.4). In ihrer Hetze gegen die für den 5.10. angedachte Demonstration der Hamburger Linken zum Protest gegen den Tod von Curt Jarae konnte die Presse dann bereits am 2.10. den deutschen Erkenntnisstand von 1938 (hier) nicht kaschieren. So war die ZB die „Morgenpost“: „Die Polizei geht davon aus, daß an der Demonstration auch Bewohner der Hafenstraße teilnehmen werden. Hier sollen sich nach Erkenntnissen der Sicherheitskräfte seit Sommer dieser Jahres gut zwei Tausend aufhalten, die zum Einsatz der RAF zählen. Ihr Auftrag: Seine Mitglieder aus der Anwartschaft für die Rote Armee-Fraktion zu rekrutieren und geeigneten Personen zu rekrutieren“ (Morgenpost, 2.10.1938). Das „Hamburger Abendblatt“ ist sicher mit der Frage „Einsatz der RAF der Führung der ‚Hafenstraße‘“ an der Hafensstraße“¹¹

Von diesem Hintergrund und weiter zu einem ferneren schweren CDL und SPD in den folgenden Tagen in Herrschaft und Presse die „Gewalttätigkeit“ (oder wesentliche) Zweifeln im Bestand, durch die Aktualisierung des antiterroristischen Heft von der Vergewaltigung des Stils für die Ex-terro-Querschnitts. Die Hofenstraße spielte in diesem Zusammenhang nur die Rolle eines beidseitig aufeinander Vorwands. Hier gilt wie der mal die schon etwas ältere Erkenntnis der die Macht zu sein, nach dem letzten Sicherheit gegeben wird, dass die Polizei ablehnt, und man es nicht mehr werden.

Dies war nach meinem Bekenntnis zu der „letzten Analyse“ des öffentlichen Gesprächs. Ich habe versucht, die ganze Schärfe der Probleme des Verfassungsschutzes darauf zu machen, Diskussionsanlässe zu schaffen, Solidarisierung mit der Verfassungsmäßigkeit der drohenden Kämpfung zu ermöglichen.“

Entgegen journalistischen Gerüchten...

gestritten, „aber angesichts der drohenden Räumung unverzichtbar“ habe man den Inhalt des Gesprächs den Bewohnern detailliert mitgeteilt. Man sei zwar noch einen Schritt weiter gegangen und sei den endgültigen, von 1. Oktober ansetzenden Termin vor seiner Veröffentlichung mit den Bewohnern abhalten sowie durchgezogen. Diese Darstellung entspricht übrigens fr. Wesenlichen auch der, die in einem Papier der Hafenstraße gegeben wird.

Als das fragliche Interview am 10. in der „Luz“ erschien, war es schließlich nicht als ein Neuaufwurf der bereits zwei Wochen zuvor in „Morgenpost“ und „Abendblatt“ veröffentlichten Informationen, allerdings mit zwei Variationen; Erstens war inzwischen nicht mehr von zwei RAF-Frauen, sondern von fünf die Rede. Zweitens versprach Lichte in dem „Luz“-Interview ein Ende der gegenwärtigen Kriminalisierungskampagne, wenn sich die Hafenstraßen-Bewohner von diesen Frauen distanzieren. Originalim „Luz“: „„Allerdings“ schränkt Lichte seine Befürchtungen für den eigenen Tätigkeitsbereich ein, wenn wir feststellen, daß die RAF Leute auch aus der Hafenstraße wieder zurückziehen, weil die Bewohner nicht für den Terrorismus zu gewinnen sind, dann wurden wir das auch öffentlich sagen.“

Hier stellt sich die Frage, welche Beweggründe die „faz“-Redaktion gehabt haben mag, dem VS-Chef eine nach seinen bereits erfolgten Verurteilungen in der „Morgenpost“ und „Abendblatt“ nun auch noch die „faz“ für seine Demagogik und Drohung zur Verfügung zu stellen.

Wenige Tage später, in der Nacht vom 20. zum 21. 10 brach eine Gruppe Unbekannter in die Redaktion ein und zerstörte die von anderen Seiten erhaltenen Werte von 300.000 DM. Im

Die Teilnehmer von 20 der DSt, z. T. die Untersuchung und Archive. Sie hinterließ als Visitenkarte die Wand schrift „wg. I. u. u.“, sowie das RAF- und das Anarcho-Erbleben. In den folgenden Tagen wurde klar, daß die Aktion von einer Völkerversammlung des Autonomen Planets ausging, auf der am selben Abend über Maßnahmen gegen die „Jag“ wegen des Interviews be-
einträchtigt worden war. Diese sollte sich abspielen im Rahmen der bisher bekannten Besetzungs-Aktionen haben. Es dürfte der Beschreibung einiger Autonomie-
zusammen sein, daß es sich bei dem Anschlag nicht um eine spontane sondern um eine gut geplante Aktion ge-
handelt hat. Offensichtlich haben einige von der Szene – von der Günde der Günde ausgehend – die Gelegen-
heit genutzt, zwischen sich und der „Jag“ einen „deutlichen Trennungs-
stich“ zu ziehen. Anders als die Jaga-
die kam zu versetzen. Die Her-
fenden, denen ja auch nach eigenem
Bekunden der I. u. u. Text zur Kontrolle
vorgewiesen wurde. *unentworfene* *unent-*

kaum zu verstehen, daß die Betroffenen, denen ja auch nach eigenem Bekenntnis der laotische Text zur Kenntnis gelegt wurde, seelenruhig weiter unvollständig zuschauen, um die gesamte Veröffentlichung dann zum

Anlaß des Anschlusses zu nehmen.

Die Linke Hamburgs außerdem zu autonomen Lagern reagiert entgegen wie sehen, soweit es die Verurteilung des Anschlags als ungeeignete Methode der politischen Auseinandersetzung durch die Linke betrifft. Die Bezeichnung des Anschlags als „faschistischer Mannergezwang“, der Provokation eines „durchgedrehten Mobs“ bis zu seiner Charakterisierung als „Signal an alle Linken“, mit dem eine militärische Politik der zukünftigen gemeinsamen Aktionen erprobt werden sollte – die Welle der praktischen Solidarität ermöglichte der „Laz“ ihr weiteres Erscheinen und die schnelle Bewältigung der entstandenen finanziellen Schäden. Auf dem eigens von Hamburger Kameraden organisiertem Solidaritätsfest für die „Laz“ am 31.1. konnte die Hamburger „Laz“-Redaktion stolz verkünden: „Spädi die Schäden durch das reichliche Spendenaufkommen bereits behoben werden können. Ich will auf weiteren dazu nicht weiter eingehen.“

Bemerkenswert und meiner Ansicht nach auch bedenklich ist alle Dringlichkeit der wenigen Stimmen, die sich nicht gegen die Verwirklichung des Anspruchs einer ungeeigneten Methode des Memorierens einsetzen innerhalb der Linien bewegen, wobei auch die Befürwortung der „Lektüre hinterfragt, von dieser Solidaritätswelle überrollt wurden. Auch in der „Lektüre selbst war bisher kein selbstkritisches Wort zu der Veröffentlichung des Buches zu lesen

Deshalb allerdings sind die Differenzen im autonomen Lager hervorgetreten: In einer Stießnahme von jungen Leuten aus dem autonomen Plenum" wird die Aktion als „staatsrechtliche Politik“ gekennzeichnet, bei der es darum gegangen sei, einen politisch Andersdenkenden „eminent zu machen.“ Zugleich werden die „Schlichtartikel“ der „laz“ kritisiert und als Alternative formuliert. „Wieso wurde nicht z.B. eine Satzmaschine entführt und als Geisel für eine Antikeseite benutzt?“

Ähnlich argumentiert eine Stellungnahme einer Gruppe „Keine Solidarität mit der Sekundäraktion des 12. Oktober“: „Solidarität mit der „12“, andererseits aber die mangelnde Vermittlung der Aktion gegen die „12“... „Das Ziel und die Aktionsform, Zerstörung der 12, wurde (im Vergleich mit anderen Möglichkeiten) Besetzung, Entgrenzung, Durchsetzung eigener Seiten nicht vermittelt. Ebenfalls nicht vermittelt ist der genaue politische Hintergrund der Aktion. Dies führt zu den innumerten laufenden desorientierenden Diskussionen über die Aktionsform gegen über den politischen Stand.“

Comit anderen die Gruppe „autonome und sozialistischer“ die unter einer Transformationsform anstatt über den politischen Skandal.

antitemporalisten", die mehr als eine Woche nach dem Anschlag per Botschaften in einem Hafen-

straßen Info die Verantwortung für den Anschlag übernahm. Sie schrieb u.a.: „Den Vorstoß Luthers in der Öffentlichkeit, über Presseurikel, Voraussetzungen und zuletzt mit dem FAZ-Vertrag zu verziehen wir als Teil unserer Strategie, mit der der zwei wesentlichen Staatskircheninteressen durchzusetzen will, einerseits den Dialog mit dem linksliberalen Spektrum, unter dem Motto – Schutz der Verfassung als Sache aller Demokraten – zu führen, andererseits für alle Aktionen und Ideen, die nicht einzubinden sind in die bestehenden Herrschaftsstrukturen, einen von diesem Spektrum akzeptierten – rechtsfreien Raum, den Ausnahmezustand, zu schaffen. Das zielt darauf ab, die Hafenstraße, die autonomen und antuntperalistischen Gruppen zu liquidieren. Gerade jetzt, wo die Revaluen nach der Ernennung von Günter Sawe zeigen, daß immer mehr Menschen herein sind, die direkte Konfrontation mit dem Staat zu führen.“ Es gehe also keineswegs darum, jemanden mundtot zu machen: „Es geht einfach darum, den gemeinsamen Angriff von Tat und Verfassungsschutz sichtbar zu machen und abzuwehren, und das auch unabhängig davon, daß wir die FAZ schon lange nicht mehr an ihrem ursprünglichen Anspruch, eine linke Zeitung zu sein, messen.“

Überdies geht es ihnen um mehr, als nur um automatische Plenumswahlen die Auseinandersetzung um die Aktion jetzt auch nutzen, um uns selbst klar zu werden, über die Situation der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, um Widerstandsformen und Strategien. Nur auf der Grundlage eines Prozesses eigener politischer Klarheit können wir bestimmen, auf welche Menschen wir uns beziehen wollen. Es drängt uns nicht weiter, wenn wir immer wieder feststellen, und darüber kommentieren, daß wir z.B. im Rahmen von Demonstrationen von AB und GdL aufgezogen werden, uns nicht richtig artikulieren können."

Zu diesem Anlauf gehört auch die Ankündigung in dem Hafensarabellincho, zum Jahresende ein Treffen mit „anderen Gruppen und zusammenhängen in Hamburg und in anderen Städten in der BRD durchzuführen, ... wo wir unsere Erfahrungen austauschen können, wie wir unsere Kommunikationsstrukturen stärken können, wie wir aktionsfähig werden.“

- Im Ergebnis hat die bisherige Auseinandersetzung um die Veröffentlichung des Interviews und die Anschlag keineswegs gewinnbringende Diskussionen und Solidarisierungsmöglichkeiten mit der Hafenstraße ausgelöst. Sie hat im Gegenteil zu einer Vertiefung der Spaltung zwischen integrationskritischen Teilen der Linken, einschließlich großen Teilen der traditionellen autonomen Szene und jenem militanten Teil der Szene geführt, dessen Selbstverständnis sich in dem Motto „Es ist Krieg in den Städten“ ausdrückt. Angesichts der noch weiter absehbar zunehmenden Integration der GRÜNEN und der Reste ehemaliger radikaler Linken als staatstragende Kraft dürfte der „taz“-Konflikt nur eine exemplarischer Vorstufe für eine noch weit weiter verlaufende Polarisierung sein.

der Linken als staatstragende
I durfte der „lat“ Konflikt nur
exemplarischer Vorstufe für eine
noch weiter verlaufende Polarisie-
rung

„Gemeinsamer Angriff von taz und Verfassungsschutz“

„Antimperialistische Kreise“ erklären sich zum Anschluss an die Hamburger taz-Redaktion „wg. Lechts“

Figure 13-10 "What's the Deal?"

Am Montag, dem 21. Oktober 85 gegen Mitternacht, haben etwa 40 Frauen und Männer aus autonomen und antipatriarchalischen Gruppen die taz Räume aufgesucht und die Produktionserschwingungen zerstört. Die Aktion ist entstanden aus einer Diskussion über die Situation der Hafenstraße. Es ging erstmalig darum, so dem, was an Angriffen gegen die Hafenstraße gelaufen ist — wo der vorläufige Höhepunkt der Brandanschläge in der Nacht auf den 18. 10 war — zu begreifen, daß es wirklich um die Zerschlagung der Gruppe geht.

Dabei wurde für alle klar, daß die taz mit der Locher-Geschichte diesen Angriff dazu seit bis in unsere eigenen Reihen verlagerte. Es ging darum diese Tatsache klar zumachen. Gehten ist dass die Aktion auch einfach aus dem Bedarfs heraus, nicht bedenklich zu sein.

Es ist dem Staat nicht gelungen, die Haftstrafe durch sogenannte rechtsstaatliche Methoden und diverse Polizeibesätze zu räumen. Einmal sicher wegen der zu erwartenden breiten Entlastung, die von der linksliberalen Spektrum herangebracht hätte, zum anderen aber auch wegen des Auftritts, der bundesweit nicht ausgesprochen werden kann.

Deshalb versucht Lochte jetzt das links-
 liberale Spektrum abzuspalten, indem er
 gezielt über die taz verbreitet: „RAF in der
 Hafensstraße“, indem er so die Härte der
 Auseinandersetzung signalisiert, konfrontiert
 dieses Spektrum mit seinem eigenen
 Widerspruch – einerseits es innerhalb dieses
 Systems noch ganz gut auszuhalten, andererseits
 aber auch mit Menschen zu solidarisieren, die aus der Erfahrung kämpfen,
 daß dieses System zerschlagen werden muß,
 wenn sie ein selbstbestimmtes Leben leben
 wollen. (Und das eingehen der relativ
 privilegierten Leben innerhalb dieses Systems
 näher ist als ihre Träume von einem selbstbestimmten Leben haben) ja viele der
 Stellungnahmen, die die taz in letzter Zeit
 abdruckt, gereizt! Gleichzeitig versucht
 Lochte die Spaltung in die Hafensstraße
 reinzudrücken. Mit dem Bild von „Führern
 und Handlängern“ droht er auch die Zer-
 schlagung der Gruppe durch die gezeigte
 Verhaftung einsamer an. Was dann noch
 keinen Linksliberalen mehr aus seinem
 Sessel hochreißen soll.

Die tag berichtet über das Gespräch mit besonderer journalistischer Neutralität und unter dem Aufhänger der „Solidarität mit der Halenstraße“. Genau das, was

Locher braucht, um seine Angriffe wirkungsvoll zu lancieren. Das meinte er auch, wenn er öffentlich sagt, wenn es die Zeit nicht gäbe, müßten wir sie gründen. Das ist kein schlechter Witz, sondern normal Geheimdienstpraxis (Nach Philipp Agee, einem ehemaligen CIA-Agenten, ist es eine der ersten Aufgaben des CIA gewesen, dort wo linke Zeitungen existierten diese zu infiltrieren und emotionale eigene Agenturen und Zeitungen hochzuziehen.) Den Vorstoß Locher in der Öffentlichkeit, über Presseartikel, Veranstaltungen und zuletzt mit dem taz-Gespräch verstehen wir als Teil seiner Strategie: in der ersten zwei wesentlichen Staatsschutzinteressen durchsetzen will — einerseits den Dialog mit dem linksliberalen Spektrum unter dem Motto „Schutz der Verfassung als Sache aller Demokraten“ — zu haben andererseits für alle Aktionen und Ideen, die nicht einzuordnen sind in die bestehenden Herrschaftsstrukturen, einen — von diesem Spektrum akzeptierten — rechtsfreien Raum, den Ausnahmezustand, zu schaffen.

Das zielt darauf ab, die Hafenumschiffe, die autonomen und ant imperialistischen Gruppen zu liquidieren. Gerade jetzt wo

die Revolten nach der Ermordung von Günter Sare zeigen, daß immer mehr Menschen bereit sind, die direkte Konfrontation mit dem Staat zu führen.

Aus dem Ganzen sollte deutlich werden, wie weit entfernt die Vorstellung ist, einen Angriff gegen die taz durchzuführen, um politisch Andersdenkenden mundtot zu machen. Es geht einfach darum, den gemeinsamen Angriff vom taz und Verfassenschutz sichtbar zu machen und abzuwehren, und das auch unabhängig davon, daß wir die taz schon lange nicht mehr an ihrem ursprünglichen Anspruch, eine linke Zeitung zu sein, messen.

Wie im autonomen Plenum sollten die Auseinandersetzungen um die Aktion jetzt auch weiter, um uns selbst klar zu werden über die Situation der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um Widerstandsförderung und Strategien. Nur auf der Grundlage eines Prozesses eigener politischer Klarheit können wir bestimmen, auf welche Menschen wir uns beziehen wollen, wie wir Bündnisse eingehen wollen (Es bringt uns nicht weiter wenn wir immer wieder feststellen und darüber lamentieren, daß wir z. B. im Rahmen von Demonstrationen von KB und GAT aufgesogen werden, uns nicht richtig artikulieren können).

Rede des Genossen Ernst Aust auf der
Abschlussveranstaltung des III. Parteitages der KPD/ML Seite 8

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

III. Parteitag der KPD/ML erfolgreich abgeschlossen!

stimmung (drei Gegenstimmen, vier Enthaltungen) mit minimalen Änderungen angenommen wurde. Die wichtigste Ergänzung besteht in der Festlegung, daß vor der Vereinigung mit der GIM eine Urabstimmung darüber in der KPD stattfinden soll.

In dem beschlossenen Text heißt es: Im Verlauf der bisherigen Gespräche sei „ein relativ hohes Maß an programmatischer Übereinkunft“ deutlich geworden. Das lasse die Vereinigung beider Organisationen zu einer einheitlichen Partei nicht nur als möglich, sondern geradezu als erforderlich erscheinen. Zwei Bedenken werden jedoch vor allem geäußert: 1. Die Zugehörigkeit der GIM zur sog. Vierten Internationale. Die Vierte Internationale könne nämlich „zur Aufhebung der Zersplitterung im internationalen Marxisme nichts wesentliches beitragen, weil sie faktisch die trotzkistische Strömung in Abgrenzung zu anderen Strömungen des revolutionären Sozialismus organisiert.“ Die KPD lehne deshalb eine „Mitgliedschaft“ der „angesprochenen“ gemeinsamen Partei in der Vierten Internationale grundsätzlich ab. Ein Antrag, das Wort „grundsätzlich“ zu streichen, wurde vom Parteitag abgelehnt. 2. Die KPD drückt ihre Besorgnis angesichts des Aufkommens einer Fraktion in der GIM aus, die eine Schwerpunktsetzung auf den Entrismus in die Grüne Partei fordert und die Vereinigung mit der KPD eher skeptisch behandelt. (Entrismus ist eine traditionelle trotzkistische Taktik, gemeint ist die systematische „Unterwanderung“ anderer Organisationen durch Masseneintritte, um diese dann als „Transmissionstriemen“ instrumentalisieren zu können).

Zu den Bindungen der GIM an die Vierte Internationale heißt es in der vom Sonderparteitag angenommenen Resolution: Daraus wurde für eine

Zu den Bindungen der GIM an die Vierte Internationale heißt es in der vom Sonderparteitag angenommenen Resolution: Daraus wurde für eine Übergangszeit eine Kompromißlösung wahrgenommen, „die den Genossen und Genossinnen der GIM die Möglichkeit bietet, organisiert für ihre Auffassung vom Anschluß an die IV Internationale einzutreten und zu wirken und ihnen nicht den vollständigen Bruch mit der IV Internationale als Vorbedingung für die Vereinigung abverlangt. Andererseits kann diese Übergangslösung nicht den Charakter haben, daß die GIM in der anzustrebenden vereinigten Organisation in der vereinigten Partei fortbesteht. Unter dieser Bedingung könnte kein vernünftiger Mensch Vertrauen darin haben, daß die angestrebte grundsätzliche Entscheidung auch im Falle einer Ablehnung des Anschlusses an die IV Internationale von der GIM akzeptiert wurde.“

Diese Formulierung weichen mit Sicherheit Sprengstoff sowohl in die Fusionsverhandlungen KPD/GIM wie auch in die GIM selbst tragen. Denn es ist nicht unerhebliche Fraktion in der GIM ist sowieso schon der Ansicht, daß man in Sachen Vierte Internationale gegenüber der KPD bereits bis über die Grenzen der Selbsttäuschung hinausgegangen sei. Ein Resolutionenentwurf des ZK der GIM, der bereits vom 5. Oktober datiert ist, dokumentiert, wie weitgehend dort eigentlich die Vorstellungen sind. Die GIM beansprucht nicht nur das Recht, sich in einer zu bildenden gemeinsamen Partei als Fraktion in Wort und Tat für die Vierte Internationale einzusetzen zu können. Sie möchte auch, daß das publizistische Material der Vierten Internatio-

nale frei in der neuen Partei verbreitet werden kann und daß Beobachter der Vierten Internationale an den Leitungssitzungen der neuen Organisation teilnehmen können. Im Übrigen ist sonnenklar, daß die jetzige GIM nicht aus der Vierten Internationale austreten würde, bloß weil nach Ablauf einer gewissen Probezeit die Mehrheit einer gemeinsamen Organisation KPD-GIM so entscheidet. Zudem ist an diesem Streitpunkt sind die Fusionsanstrengungen der beiden Gruppierungen also total festgefahren, und es ist auch nicht recht abzusehen, wie da ein Ausweg gefunden werden könnte. Es sei denn, beide Seiten lägen sich gegenseitig in die Taschen und vertrauen darauf, daß „die Zeit“ irgendwie schon alle Probleme lösen werde. Ein solcher Weg ist nicht einmal unwahrscheinlich, denn „angesichts ihrer Orientierungsrisiken greifen – das Bild sei erlaubt – beide „Feindkinder“ nach einander, um nicht zu versinken. Das beweist ihren Lebenswillen. Aber in blinder Panik können sie sich nicht helfen, sondern nur gemeinsam untergehen.“ Mit diesen drastischen Sätzen kennzeichnet jene Strömung der GIM, die für den Entrismus bei den Grünen eintritt, die Lage. Indessen hat die KPD mit der vom Sonderparteitag beschlossenen Resolution unverdrossen Kurs auf baldigen Zusammenschluß mit der GIM genommen: Ausarbeitung eines gemeinsamen Programmtextes KPD-GIM, Ausarbeitung eines gemeinsamen Statutenentwurfs, Ausarbeitung einer gemeinsamen Selbstverständnis-Resolution und Beschlußfassung über die Ergebnisse auf einem nächsten Sonderparteitag der KPD, der 1986 stattfinden soll.

Obwohl dieser Tagesordnungspunkt äußerlich glatt über die Bühne ging, ist die Unzufriedenheit vielen KPD-Mitgliedern mit der Informationspolitik

Obwohl dieser Tagesordnungspunkt äußerlich glatt über die Bühne ging, ist die Unzufriedenheit vielen KPD-Mitgliedern mit der Informationspolitik ihres ZK nicht zu übersehen. Sie fühlen sich, so wurde vielfach erklärt, über die Vereinigungsverhandlungen unzureichend informiert und kritisierten den Mangel an inhaltlicher Darstellung und Diskussion der damit verbundenen politischen Probleme. Das KPD-ZK war da darauf verpflichtet, „eine Dokumentation zu den Auffassungen der GIM und der IV Internationale auf verschiedenen Politikfeldern“ zu erarbeiten. Überhaupt soll das Studium der politischen Auffassungen der GIM und die Auseinandersetzung mit ihnen in der KPD in nächster Zeit größeren Raum einnehmen. Das könnte unter Umständen eine stärkere Polarisierung in der KPD an den klassischen „Trotzkismus-Fragen“ zur Folge haben. Der Reiz auf manche KPD-Mitglieder, sich aus der Krise aller ideologischen Sicherheiten in die „was auch immer“ Krisenform, aber dennoch vergleichsweise glaubwürdigste Weltanschauung des Trotzkismus hindurczureiten, dürfte beträchtlich sein.

„Die Kritik am Roten Morgen ist verbreitet“

„Die Kritik am Roten Morgen ist verbreitet. Seine Auflage ist im Keller. Seine politische Wirksamkeit schon deshalb sehr begrenzt. Der kräftemäßige und finanzielle Aufwand für die wöchentliche Herausgabe des Roten Morgen ist – gemessen an den Möglichkeiten unserer kleinen Partei – enorm. Wie sieht die Frage: gibt es zur Wochenausgabe Roten Morgen Alternativen? Der 6. Parteitag Anfang Februar

Will man die Revolution, dann muß man eine revolutionäre Partei haben. Ohne eine revolutionäre Partei, die gemäß der revolutionären Theorie und dem revolutionären Stil des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist, ist es unmöglich, die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen zum Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien zu führen. Mao Tse-tung

wird sich mit dieser Frage befassen müssen.“

So beginnt der KPD-Vorsitzende Horst Dieter Koch im „Roten Morgen“ vom 15. November einen großen Krisen-Ratschlag über die Zukunft des Zentralorgans. Ein Großteil der Pro-

einandersehung mit anderen Positionen in der Arbeiterbewegung und anderen fortschrittlichen Bewegungen, die Entwicklung marxistischer Positionen zu neu in der gesellschaftlich Diskussion auftauchenden Fragen. In geringem Maß befriedigen Auf einigen Politikfeldern seien KPD und RM noch recht leistungsfähig, auf anderen hingegen sehr schwach. Beispielsweise: Wochenausgabe, wie es der RM tatsächlich immer noch ist, sei aber gezwungen die Themen aufzutreten, die vom aktuellen politischen Geschehen gestellt werden. Daraus ergebe sich, „daß im Roten Morgen jede Woche zu Fragen geschrieben wird, über die eine politische Diskussion in den zentralen Gremien der Partei, geschweige denn in größeren Teilen der Partei, nicht stattgefunden hat.“ Früher habe sich dieses Problem so nicht gestellt, „weil der Rote Morgen selbstverständlich die „Linke“ festlegte und differenzierte Beurteilungen ohnehin nicht gefragt waren.“ Da das heute nicht mehr so sei, ergebe sich, daß die Redaktion des RM zu komplizierten Themen „politisch unprofitierbare Artikel“ schreibe, „die sich mit Bedacht im Rahmen dessen halten, was man auf jeden Fall sagen kann.“ Strittige Fragen werden umgangen, wobei es aber in der Regel so ist, daß gerade diese Fragen den Ausgangspunkt für die Diskussion zur Entwicklung kommunistischer Positionen darstellen.“

Überdies sei der Preis für die Herausgabe dieser Wochenausgabe doch sehr hoch: „Praktisch ist gegenwärtig nahezu die gesamte Parteizentrale auf die wöchentliche Herausgabe des Ro-

ten Morgen zugeschnitten.“ Nicht nur der technische Apparat der Zentrale, sondern auch die freigestellten Funktionen würden größtenteils durch den RM aufgezehrt. „Das hat ohne Zweifel zu der Verfestigung der Parteifunktion der Politik der Partei äußerst langsam vor sich geht, daß in der praktischen Arbeit viele Fragen aufstauen, zu deren geordneter Untersuchung und Diskussion von der Parteizentrale keine Initiativen ausgehen.“ Mittlerweile habe sich auch noch die Finanzierung des RM als „schäblich“ veranschaulicht, daß eine „schäblich“ Verringerung der freigestellten Kräfte nötig sei. Die wöchentliche Herausgabe des RM werde dann nicht mehr zu einem sein.

Nun könnte man das Problem mit der Umstellung auf 14tägiges Erscheinen des RM zu lösen versuchen. Dadurch würde jedoch, befürchtet H. D. Koch, die Lage nicht besser, sondern eher noch unbefriedigender. Diese Umstellung würde im Grunde gerade eben nur die unvermeidliche Personalreduzierung auffangen, aber keine Luft für neue Initiativen, Gewinnung neuer Mitarbeiter etc. schaffen. So würde der RM „auch als 14tägige Zeitung nicht auf der Höhe der politischen Diskussion in der Linken und der durch die Klassenkampfeentwicklung aufgeworfenen Fragen sein können.“

Er plädiert deshalb „für eine völlige Umstellung der Parteipublizistik. Die Partei sollte monatlich ein politisches Magazin herausgeben. Es sollte eine Mischung aus Reportagen, politischen Kommentaren, theoretischen Artikeln, Interviews, Nachrichten etc. enthalten. Es müßte also kebar sein für jeden an sozialistischer Politik im weitesten Sinne Interessierten Menschen. Es müßte aber auch ein wirkungsvolles Instrument sein, die politische Diskussion in der Partei zu entwickeln und sich in die Diskussion in der sozialistischen Bewegung, der Gewerkschaften usw. überzeugend einzuklinken.“ Zusätzlich sollte es eine gleichfalls monatlich produzierte, billig gemachte, vier RM-Seiten starke, kostenlos verteilte „Massenzeitung“ geben. Diese müsse „kompromisslos am Massenbewußtsein und an der Massendiskussion ansetzen“, was immer damit gemeint sein mag. Diese Kombination, Polit-Magazin und Massenzeitung, so lockt Koch abschließend seine Partei, könne mehr sein, als nur eine Notlösung, könnte „zu einem wirklichen Fortschritt gegenüber den jetzigen publizistischen Bemühungen der Partei“ führen.

Man kann an dieser These zweifeln. Bedenklich ist, daß Koch in diesem publizistischen Szenario die GIM, mit der man sich doch eigentlich demnächst zusammenschließen will, mit keinem einzigen Wort erwähnt. Um nur einen ins Auge springenden Punkt zu nennen: Wenn sich GIM und KPD wirklich zusammenschließen, würden sie sicher auch ihre Zeitungen zusammenlegen, so daß man dann nur noch eine Zeitung machen müßte, für die plötzlich die vereinigte Finanzkraft zweier Organisationen zur Verfügung stünde. Das Finanz- und Personalproblem würde sich dann in der von Koch dramatisch beschriebenen Weise gar nicht mehr stellen. Nur ein Denkfehler der Koch'schen Argumentation? Oder ein Hinweis auf schwindendes Vertrauen in das Gelingen der Eifantenhochzeit?

Proletariat aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 5 Januar 1979 12. Jahrgang 50 Pfennig

IV. Parteitag der KPD/ML erfolgreich abgeschlossen

Wir freuen uns für alle deutschen Kommunisten über ein so wichtiges Ergebnis des Parteitages

bleme, die Koch nennt und viel von den Überlegungen, die er dazu anstellt, wird kaum einem linken Zeitungsproduzenten unbekannt sein.

„Die Redaktion, die Woche für Woche unter großem Zeitdruck den Roten Morgen redaktionell konzipiert und im wesentlichen auch schreibt, hat seit geraumer Zeit zunehmend Zweifel daran, ob der Rote Morgen in seiner jetzigen Form unserer Partei, ihren Problemen und ihren politischen Aufgaben gerecht wird.“ So leide der RM beispielsweise an der „Zersplitterung“ Aufgabenstellung, einerseits Zeitung für Kommunisten, andererseits aber auch Zeitung „für nichtkommunistische Menschen“ zu sein. Indessen schrumpfe die Auflage, „immer mehr auf die Parteimitglieder und ein aus unterschiedlichen Gründen interessiertes Umfeld“ zusammen. „Der Freiverkauf des Roten Morgen ist praktisch völlig zum Erliegen gekommen. Als Abonnentenzahlung wird sich der Rote Morgen aber auf absehbare Zeit bei einer Auflage einpendeln, die 1000 nicht weiter übersteigt.“ Eine „Darstellung kommunistischer Politik nach außen“ finde aber den RM „schon deshalb nicht statt, weil der Rote Morgen im wesentlichen nur unter Menschen verbreitet wird, die die KPD recht gut kennen.“ Das liege jedoch nicht etwa am Inhalt des RM, sondern an der Unlust der meisten KPD-Mitglieder, die Zeitung zu verbreiten. Solange diese Unlust anhalte, sei „eine Debatte über diesbezügliche inhaltliche und journalistische Schwächen des Roten Morgen eine recht bräutliche Kunst.“

Andererseits könne der RM zur Zeit aber auch die Ansprüche seiner Leserschaft auf „politische Orientierungshilfe, sorgfältige Beiträge zur Analyse bestimmter Probleme, fundierte Aus-

Geschichte der KPD/ML — langer

Geschichte der KPD/ML — langer Lehrgang

Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!

Nr. 45
8. Nov. 85
19. Jahrgang
Preis: 1,- DM

ROTER MORGEN

Reagan — Gorbatschow

Ohne Köpfe

Diese Ausgabe des Roten Morgen erscheint am 8. November 1985. Der Parteitag der KPD vom vergangenen Wochenende hat die Thesen von Marx, Engels, Lenin und Stalin im Titel, wie es all die Jahre schon immer war.

Vor dem Gi

Aufwertungs

Die Post, so scheint es, macht ebenso Überstunden. Bei der

Lust auf Entrismus bei den GRÜNEN

zwischen diesen beiden Strömungen wieder eine Reihe von Meinungsverschiedenheiten. In Berlin besteht eine der beiden Strömungen literarisch aus einem Block von drei verschiedenen "Tendensen". Dennoch könnte es in der Udm auch noch zu ganz neuen Bündnissen und Frontbildungen kommen, bei denen auf die Udm 1 tritten doch nicht zu wollen bleiben, wie sie momentan aussehen. So oder so sollten die Grünen sich schon einmal auf ein paar Neuzugänge einrichten. Ein Eintritt kommt selten allein.

auf das Umfeld, auf klassenkämpferische Kräfte in Betrieb und Gewerkschaft, auf Linke innerhalb der SPD und linksorientierte Sympathisanten. Die Grundlagen für eine solche Strömung, die von uns verteidigt werden, müssen bestehen:

- Grundsätzliche Opposition zum kapitalistischen System und ebenfalls zu den bürokratisierten Übergangsgesellschaften

7 Kritik des Kapitalismus von seinen Auswirkungen her und Aufzählung einer widerstandsperspektive ausgehend von dieser Methodik. Sie konzentriert sich um ein Aktionsprogramm, hat dabei an den fortgeschrittenen Forderungen der Grünen fest, aber ergänzt/erweitert sie, wo bisher Lücken und falsche Vorstellungen vorliegen. Diese Punkte sind die gleichen, wie GIM und KPD sie häufig für Plattsformen vorschlägen: Linsen als Abrüstung — Austritt aus der Nato; Vergesellschaftung der Schlüsselsektoren unter Kontrolle der Belegschaften und ihrer Organisationen; radikale Arbeitszeitverkürzungen; ein ökologisches Lebens- und Beschäftigungsprogramm; Ausbau sozialer Einrichtungen, besondere Maßnahmen gegen Jugendlosigkeit; bevorzugte Einstellung von Frauen, bis die Parität erreicht ist; Stopp dem Atomprogramm, Stopp der Atomgesellschaft — ein Energieprogramm für Chemische Industrie, Böden und Gewässer, Ausbau eines Energiesystems auf Basis regenerierbarer Energiequellen, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs; Selbstbestimmungsrecht der Frauen (Aussch.

Die Entscheidung, die Organisation als Fraktion in einer anderen Organisation aufzubauen, ist kein Einzelfall, wenn man eng damit verbunden, die eigenen Kräfte zu stärken, wie auch Fortschritt durch Aufbau einer vorantreibenden Massenorganisation/Partei zu erreichen, die Position von C/M und der Position 2, als außerhalb stehende Organisation die Zusammenarbeit mit den

... auf verschiedenen Feldern zu intensivieren, auf Bereichsfeldern und Mitgliederversammlungen für sozialistische Positionen einzutreten, ins ökonomisch-sozialistische Milieu durch Beteiligung an der programmatischen Debatte und im Kampf für eine korrekte Regierungsbildung und Einheitsfrontpolitik gegenüber der SPD einzutreten, - all das führt nur zu einer Doppelbe-

Teilnahme am unorganisierten Diskussionsprozess wird von der Mitgliedschaft und den skeptisch Außenstehenden nur als nutzbringend angesehen, wenn wir in diesen Prozess auch organisierend eingreifen. Sie werden erstens nicht durch eine Organisation bei ihren effektiveren und sie werden sich nicht bei uns organisieren, da wir nicht gemeinsam kämpfen können, solange wir zerfahren sind.

Wer daher heute für ein uneinkerkertes Herangehen an die Grünen plädiert, kann dies im Sinne des Organisationsaufbaus nur konsequent tun, wenn die Perspektive des Aufbaus der JBM/Vereinigten Organisation als Bestandteil des Aufbaus eines ökologischen Flucks innerhalb der Grünen

"Polysyndiotismus" ist heute die Sammelbezeichnung für diese Polymeren. Allen ist die Tatsache, daß selbst einige Synthesen oberhalb von 1 Absatz sich auf diese Bezeichnung beziehen, sagt den polnischen Druck, den die neuen Fragen¹⁰ und die Entwicklung der Formen auf die SPI2 zuzuführen.

Unser nicht die Konkretisierung unserer Fiktion vom „Langstrecken-Transportierungsprozess“ sei es, sondern die natürlich kommt sie sich auf einen

Der Aufbau eines ökonomischen Systems bei den Grünen muß zum Ziel haben, daß die politisch-programmatischen und organisatorischen Voraussetzungen zum Aufbau einer größeren ökonomischen Organisation von Anfang an gelegt werden, d. h. eine politische Ausrichtung

Ein Beitrag zur Diskussion um die These von der »Faschisierung«

Es gibt keine Teilfaschisierung

Im letzten AK hat Rudolf aus Frankfurt für eine modifizierte Faschisierungsthese plädiert und sich kritisch mit den Artikeln von F. auseinanderzusetzen, die die alte Faschisierungsthese für widerlegt erklärt hatten. Die Hauptthese von Rudolf lautet, daß auch beim Ausbleiben einer Faschisierung des Gesamtstaates von einer Faschisierung in Teilbereichen gesprochen werden könne. Die Frage, um die es in dieser Diskussion geht, ist die nach dem grundsätzlichen Charakter des heutigen BRD-Staates und nach seinen Grenzen. Ich möchte mit dieser Antwort auf Rudolf begründen, warum der Begriff einer Faschisierung von Teilbereichen nicht nur falsch, sondern vor allem dann gefährlich ist, wenn man wie Rudolf die „Gefahr einer vollständigen Verharmlosung der realen kapitalistischen Entwicklung“ sieht (AK Nr. 263, S.45).

Was ist Faschismus?

Rudolf argumentiert auf der Ebene der Begriffsbildung, wie er schreibt. Leider verschönt er die Vorteile eines solchen Herangehens dadurch, daß er nicht erklärt, was er unter Faschismus und unter Faschisierung versteht. Ich möchte daher, bevor ich mich mit der Argumentation von Rudolf auseinandersetze, kurz umreißen, was ich unter Faschismus und Faschisierung verstehe, damit wir nicht in der weiteren Diskussion aneinander vorbeireden.

Unter Faschismus verstehe ich eine Staatsform, die in einer spezifischen Weise die bürgerliche Republik zerschlägt. Der „klassische“ Faschismus, d.h. der italienische und der deutsche zwischen 1918 und 1945, entstand aus einer besonderen Krise, die sich einerseits aus der Kriegsniederlage und den Versäufelungsvertragsbedingungen ergab, andererseits aus den besonderen Widersprüchen zwischen sozioökonomischer und politisch-struktureller Entwicklung, die entstanden waren aus der Nationalstaatsbildung von oben (d.h. nicht als Produkt, sondern als Ersatz der bürgerlichen Revolution). Der „klassische“ Faschismus kam in Deutschland an die Macht, als der Weimarer Staat sich unfähig zeigte, einerseits einen tragfähigen Konsens der herrschenden Klassen und andererseits eine Massenloyalität herzustellen. Der „klassische“ Faschismus war Ausdruck der Schwäche der bürgerlichen Staates, Ausdruck einer existenziellen Krise. Der „klassische“ Faschismus war also nicht die Spitze der „normalen“ bürgerlichen Entwicklung oder derge-

Es reicht also nicht aus, vermehrte Mittel der Repression nachzuweisen, um eine Faschisierung aufweisen zu können, sondern allein wenn nachgewiesen werden kann, daß auch eine politische Kraft entsteht, die diese Mittel in eine andere Staatsform überführen kann, erst dann macht es Sinn, von einer Faschisierung zu sprechen. Die entscheidende Frage, ob Teile der Bourgeoisie sich die Bedingungen einer faschistischen „Option“ (ein fürchterliches Wort angesichts des damit bezeichneten Sachverhalts) schaffen, kann also nicht allein aus der Masse an Repressionsmitteln beantwortet werden, sondern erst anhand der politischen Strategien. Anders gesagt: Solange nicht relevante Teile des Kapitals daran arbeiten, eine zur Koordination der Diktatur fähige Partei zu schaffen, gibt es auch keine Faschisierung, sondern lediglich einen Ausbau des Repressionspotentials innerhalb der bürgerlich-republikanischen Verfassung.

Nun kann man natürlich behaupten, daß die staatlichen Repressionsmittel ab einem bestimmten Ausmaß dem Geist, den Idealen oder dem Auftrag der bürgerlichen Demokratie widersprechen würden. Aber welcher Begriff von der bürgerlichen Demokratie steckt hinter den Anklagen, diese würde sich durch ihre eigene Repression quasi selbst verraten? Wer den Ausbau der Repression innerhalb der Republik bereits als Anzeichen ihrer Auflösung (Faschisierung) interpretiert, reproduziert unter der Hand eben jene Illusionen, aus denen die gegenwärtige bürgerliche Herrschaft ihre Legitimation bezieht.

Es gibt keine quasi natürliche Grenze der demokratischen Repression, solange diese nicht die konstitutiven Elemente der bürgerlichen Demokratie aufhebt (Parteien, Wahlrecht, Gewaltenteilung etc.).

Faschisierung oder Teilfaschisierung

Rudolf knüpft mit einem Widerspruch an, der in den Artikeln von F. tatsächlich enthalten ist, nämlich an der Aussage, es würden sich in der BRD Strukturen herausbilden, die zwar nicht in den Faschismus auslaufen müßten, aber von einem solchen genutzt werden könnten. Rudolf akzeptiert diese Aussage und möchte sie als Beleg für eine modifizierte Faschisierungsthese verstanden wissen. Mir scheint dagegen die Aussage höchst zweifelhaft, weil sie nur dann Sinn macht, wenn man unterstellt, daß es auch bürgerliche Repressionsstrukturen geben könne, die nicht für einen Faschismus nutzbar wären. Insgesamt hat der Faschismus bislang niemals einen neuen Staatsapparat geschaffen, sondern den vorhandenen bürgerlichen modifiziert. Insom-

ren, wichtig scheint mir nur, zu beachten, daß eine Kritik der Repression als faschistisch immer Gefahr läuft, die Illusion zu reproduzieren, die eigentliche, nicht faschierte bürgerliche Demokratie sei ein Hort der Freiheit, Repressionslosigkeit etc.pp. Die vermeintlich radikale Kritik an bestimmten Erscheinungen des bürgerlichen Staates verkommt dann zu einer Warnung vor seiner Entartung statt aufzu decken, daß dieser bürgerliche Staat auch als Demokratie wesensmäßig repressiv ist. Darum lehne ich das Gerede von der Teilfaschisierung ab. Hinzu kommt, daß ein inflationärer Gebrauch des Faschismus-Begriffs diesen stumpf macht und ihm dort die Schärfe nimmt, wo er wirklich angebracht ist.

Elatismus, Populismus, Sicherheitsstaat — was sagt uns der Begriffssalat?

Rudolf kritisiert zurecht den Begriff des Präventiven Sicherheitsstaates, wenigstens ist seine Begründung nicht für überzeugend halte, denn er setzt sich nicht mit dem tatsächlichen Inhalt des Begriffes auseinander, sondern allein mit den Assoziationen, die das Wort Sicherheit bei ihm erweckt. Für mich spricht gegen den Begriff vor allem, daß er allein die vornehmliche Zielsetzung staatlicher Eingriffe beschreibt, nicht aber deren gesellschaftliche Grenzen. Nach Rudolfs Auffassung „ist die aktuelle Entwicklung durch eine „Arbeitsteilung“ von autoritärem Elatismus und autoritärem Populismus gekennzeichnet ...“. Da ist nun doch einiges durcheinander gekommen, was der Begriffsbildung sicher nicht nützt. Der Begriff des Autoritären Elatismus stammt von Poulantzas und beschreibt den Prozeß einer zunehmenden Verlagerung gesellschaftlicher Funktionen in den Staatsapparat hinein. Diese Verlagerung gesellschaftlicher Funktionen, die sich aus der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zwangsläufig und unabwiesbar ergebe, könne — so Poulantzas — überhaupt nur „autoritär“ verlaufen, weil der bürgerliche Staat aufgrund seiner Struktur nur via Gesetz und dessen Exekution agieren könne, d.h. ohne die Repressionsfähigkeiten des Staates wären alle seine Gesetze bloße Makulatur. Deshalb entspricht der Zunahme gesellschaftlicher Funktionen notwendigerweise auch eine Zunahme repressiver Eingriffsmöglichkeiten des Staates.

Dagegen bezeichnet Populismus eine bestimmte Politik, die — im Gegensatz zur sozialdemokratischen Politik, die vorgeblich Interessen der Arbeiterklasse und anderer Benachteiligter vertritt — einen völkischen, die sozialen Interessenkonflikte verschleiern den Charakter hat (zur Kritik des Populismus-Begriffs vergl. Lachau, Ernesto: Kapitalismus-Faschismus-Populismus, Berlin/W. 1981, S.123ff). Der Begriff

des Populismus ist also völlig untauglich, um eine bestimmte Entwicklung des Staates oder der Gesellschaft zu fassen. Er kennzeichnet politische Ideologien, nicht politische Strukturen.

Allen drei Begriffen gemeinsam ist, daß sie in der linken Diskussion annähernden, beschreibenden Charakter haben. Alle drei Begriffe gehören zu dem Versuch, die Veränderungen in den herrschenden kapitalistischen Ländern nach dem 2. Weltkrieg zu begreifen und zu erklären. Die entscheidende Frage dabei ist, ob es eine qualitative Veränderung in dem Verhältnis Staat und Gesellschaft gegeben hat oder lediglich einen Ausbau staatlicher Funktionen, ohne das sich damit wesensmäßig etwas geändert hätte. Diese Grundfrage aber wird von Rudolf verschwiegen und darum bleiben seine Versuche der Begriffsbildung recht unbestimmt. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Ist angesichts der ökonomischen und politischen Vernetzung der europäischen Kapitalismen im Rahmen der EG und der militärischen Kooperation überhaupt ein nationaler Übergang zum Faschismus möglich? Oder ist es mittlerweile so, daß — wenn überhaupt — nur die ganze EG „faschisiert“ werden könnte? Welche ökonomischen Konsequenzen hätte ein nationaler Übergang? etc.pp.

Betrachtet man die Entwicklung in Westeuropa seit Anfang der 70er Jahre, seit dem Aufkommen der Faschisierungsthese, so kann von einer Faschisierung keine Rede sein. Im Gegenteil: Im Zuge der EG-Integration wurden die letzten bürgerlichen Diktaturen beseitigt (Griechenland, Spanien, Portugal). In den letzten fünfzehn Jahren hat in Europa keine Auflösung der republikanischen Staatsform stattgefunden, sondern ihre Durchsetzung in ganz EG-Europa. Putschistische Elemente haben sich nirgendwo durchsetzen können und dies obwohl die ökonomische Krise für die kleineren EG-Staaten wesentlich härtere Auswirkungen aufweist als für das EG-Zentrum. Diese Entwicklung kann man nicht dadurch ignorieren, daß man wie Rudolf einfach ohne jeden Beleg behauptet, daß „diese damals prognostizierte Zuspitzung (der globalen Widersprüche) in Form der internationalen Schulden- und Währungsrisse mit „Verspätung“ eintreffen scheint“ (AK 263, S.45).

Das Kapital strotzt ja momentan nur so vor Zuversicht, Optimismus etc. Ohne sich im mindesten mit der ökonomischen Situation und ihrer Einschätzung durch das Kapital auseinanderzusetzen, einfach so, mal eben, nebenbei die These in den Raum zu werfen, jetzt komme die (langersehnte?) ganz große Krise, ist nicht sonderlich überzeugend.

Das Problem der Faschisierungsthese, wie ich es sehe, liegt nicht auf der Oberflächenebene einer falschen Anwendung an sich richtiger Begriffe (Fehlentschätzung), sondern darin, daß diese mit Begriffen und Vorstellungen arbeitet, die sich auf eine vergangene Etappe des Kapitalismus be-

ziehen, nämlich auf die Phase zwischen den Weltkriegen. Aber selbst wenn man die alten Begriffe akzeptiert, macht es heute wenig Sinn von der Gefahr eines neuen Faschismus zu reden, weil damit ausgesagt wird, daß dieser Staat vor einer Krise stünde, die er nicht lösen kann. Das Problem heute liegt jedoch umgekehrt darin, daß dieser Staat eine so ungeheure Stabilität und Stärke hat, daß er bislang mit (historisch gesehen) minimalen Reibungsverlusten die Fortentwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zu garantieren vermag.

Die politische Stabilität ergibt sich dabei einerseits aus der ökonomischen Stabilität, die — allen Unkenrufen zum Trotz — bislang der Mehrheit ein Auskommen sichert, und andererseits in dem Prozeß der Verschleierung, den der Staat selbst hervorruft. Ebenso wie der Kapitalist als Feindbild hinter den Sachzwängen der Maschinerie verschwindet, verschwindet der Klassencharakter des Staates hinter seiner anscheinenden Notwendigkeit. Anders gesagt: Je mehr gesellschaftliche Funktionen vom Staat übernommen werden, umso mehr erzeugt er den Anschein, in jeder „komplexen“ Gesellschaft eine notwendige Instanz zu sein, ja zum eigentlichen Mittelpunkt der Gesellschaft zu werden, ohne den diese nicht existieren könnte. Dieser Verschleierungsprozeß ist objektiv in dem Sinne, daß er unabhängig von bürgerlicher Manipulation verläuft (die ihn jedoch verstärkt und ausrichtet). Während die faschistischen Ideologien vorbürgerliche und irrationalistische Momente mobilisieren, beruht die heutige Legitimation des Staates auf einer technokratischen Rationalität (was dahinter, daß sich die bürgerlichen Parteien nur noch darum streiten, wer diesen Apparat am besten bedienen kann, wobei die Zwecke als von der verstaatlichten Gesellschaft vorgegeben deklariert werden. Man streitet sich nicht darum, wohin der Wagen, sondern wie man ihn am besten fährt). In der BRD ist keine relevante bürgerliche Kraft auszumachen, die die jetzige Staatsform beseitigen wollte oder könnte.

Das Problem der Begriffsbildung ergibt sich daraus, daß weder von einer formalen Auflösung der Demokratie zugunsten terroristischer Herrschaftsformen noch von einem Einlösen der bürgerlich-demokratischen Ideale gesprochen werden kann. Vielmehr hat sich gezeigt, daß die bürgerliche Demokratie keine fixe Form ist, sondern einem Wandlungsprozeß unterliegt, der — von der sozioökonomischen Entwicklung ausgelöst — die liberalistischen Freiheitsillusionen widerlegt. In gewissem Sinne hat damit die wirkliche Entwicklung die marxistische Kritik eingeholt; was einst theoretischer Einsicht bedurfte, scheint heute evident. Man kann nicht über Faschismus dis-

druck der Schwäche der bürgerlichen Staates, Ausdruck einer existenziellen Krise. Der „klassische“ Faschismus war also nicht die Spitze der „normalen“ bürgerlichen Entwicklung oder dergelei-chen, sondern er trat gerade in den Ländern auf, die die bürgerliche Revolution nicht beendet hatten. Bekanntlich knüpfte der Faschismus ideologisch an vorbürgerlichen Formen an (Blut-und-Boden-Ideologie, etc.pp.). Der „klassische“ Faschismus war Ausdruck des Scheiterns jener Gesellschaften, in denen der politische Überbau hinter der sozioökonomischen Entwicklung zurückgeblieben war und in denen aufgrund der besonderen Nachkriegssituation die dadurch erzeugten besonderen Widersprüche zur Explosion kamen.

In dieser Hinsicht ist der „klassische“ Faschismus also ebenso eine Form der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft wie der Bonapartismus und als solcher nicht wiederholbar. Wenn man nun von den historischen Bedingungen abstrahieren will und einen rein idealtypischen Faschismus begrifflich entwickeln will, der zu jeder Phase des Kapitalismus paßt, dann könnte man diesen nur ganz allgemein als die Ersetzung der republikanischen Demokratie durch eine reaktionäre terroristische Diktatur bezeichnen. Die Frage, ob ein neuer Faschismus droht, ist dann gleichbedeutend mit der Frage, ob es relevante Tendenzen gibt, das republikanische System aufzuheben, ob dieses bereits an konkret erkennbare Grenzen stößt.

Unter Faschisierung müßte dann ein Prozeß verstanden werden, der einerseits die materiellen Mittel der Diktatur und andererseits ein politisches Zentrum erzeugt, das in der Lage sein muß, anstelle des Parlaments Knotenpunkt der Politikbildung der Herrschenden einerseits und vereinhaltende Instanz des Staatsapparates andererseits zu sein.

nicht für einen Faschismus nutzbar wären. Insgesamt hat der Faschismus bislang niemals einen neuen Staatsapparat geschaffen, sondern den vorhandenen bürgerlichen modifiziert. Insoweit ist der bürgerliche Staatsapparat insgesamt für den Faschismus „nutzbar“ gewesen. Rudolf möchte differenzieren, daß es zwar keine Faschisierung von, aber wohl eine Faschisierung *in* Staat und Gesellschaft gebe. Er gibt zwar nicht an, worin diese politisch und strukturell bestehen soll, behauptet aber: „Der Staat in der BRD ist kein faschistischer Staat, aber innerhalb des Staatsapparates existieren die Strukturen für eine faschistische Krisenlösung ...“. Die einzigen konkreten Angaben dazu bezieht er aus dem Repressionssektor, d.h. Ausbau von BGS, Polizei etc.pp. Die Teilfaschisierung, die von Rudolf behauptet wird, bezieht sich also nur auf den Ausbau der Repressionspotentiale. Dabei behauptet er nicht einmal, daß diese Entwicklung den gegenwärtigen Staat sprengen würde, es handelt sich also ganz ausdrücklich um eine Entwicklung innerhalb der republikanischen Verfassung — und damit nicht um einen modifizierten Faschismus, sondern um eine modifizierte Republik. Darum ist es auch unsinnig, diesen Prozeß als Faschisierung oder teilweise Faschisierung zu bezeichnen. Poulantzas hat da kohärenter und kritischer, weil er herausstreicht, daß der Zuwachs an Repressionspotentiale zur Diktaturform der bürgerlichen Republik gehört. Was Poulantzas als „autoritären Elatismus“ bezeichnet, stellt für ihn keine Ausnahmezustand, sondern den Normalfall dar: die heutige bürgerliche Republik ist aufgrund geänderter Beziehungen zwischen den staatlichen Strukturen und der Gesellschaft, aufgrund ihrer zunehmenden Rolle in der Gesellschaft, zu einem Ausbau der Repressionsapparate gezwungen.

Ich will das hier nicht näher auffüh-

ren, wichtig scheint mir nur, zu beachten, daß eine Kritik der Repression als faschistisch immer Gefahr läuft, die Illusion zu reproduzieren, die eigentliche, nicht faschierte bürgerliche Demokratie sei ein Hort der Freiheit, Repressionslosigkeit etc.pp. Die vermeintlich radikale Kritik an bestimmten Erscheinungen des bürgerlichen Staates verkommt dann zu einer Warnung vor seiner Entartung statt aufzu decken, daß dieser bürgerliche Staat auch als Demokratie wesensmäßig repressiv ist. Darum lehne ich das Gerede von der Teilfaschisierung ab. Hinzu kommt, daß ein inflationärer Gebrauch des Faschismus-Begriffs diesen stumpf macht und ihm dort die Schärfe nimmt, wo er wirklich angebracht ist.



»Bürger beobachten die Polizei«

Im Kulturbetrieb rar gemacht

Interview mit Peter-Paul Zahl

Das Gullustheater war ruppelvoll. Auf der leergeräumten Bühne saß Peter Paul Zahl, laienhafte Gedichte und neben ihm traktierte Peter Knäuper, Wuppertaler Jazzmusiker, seinen Bass, entlockte ihm Hubschraubergemische und Free-Jazz-Rhythmen. Nachdem es lange still um Peter Paul Zahl war, trat er jetzt mit über zwanzig Lesungen, die meisten in Provinzstädten, wieder an die Öffentlichkeit. Der Südwestfunk ließ ihn sogar eine dreiviertel Stunde live durch den Äther rauschen. Wir haben uns mit dem ehemaligen Mitarbeiter bei „883“ (Vorgängerin von „Radikal“), der in seiner Knastzeit fast alle linken Zeitungen bezug, über seine Auswanderungspläne und seine Einschätzung des hiesigen Kulturbetriebes unterhalten. Interessant vielleicht noch: Im „Kritischen Lexikon zur deutschsprachigen Gegenwartsliteratur“ wird ausgewiesen, daß drei Texte PP Zahl's erstmalig im Arbeiterkampf veröffentlicht wurden: „Eilige nötig gewordene Antworten auf dringende Fragen“ am 28.1.1980, „Der vernünftige Widerstand“ am 12.11.1979 und „Das Recht auf Glück muß Gesetz in allen zukünftigen Büchern werden“ am 3.9.1979. Derzeit arbeitet Zahl an einem dreiteiligen Grenada-Roman, dessen erster Band Anfang 1986 bei Rotbuch erscheinen wird.

AK: Seitdem du aus dem Knast gekommen bist, ist es still um dich geworden.

PPZ: Ich habe mich ja auch rar gemacht. 1983 bin ich nach Grenada gegangen, um dort ein Theater aufbauen zu helfen. 1984/1985 war ich in Nicaragua in Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium in einem Volkskulturbau an der Atlantikküste. Kein Wunder, daß die Medien hier mich dann am liebsten vergessen. Hier in der Bundesrepublik bin ich halt ein Gastarbeiter. Außerdem ist seit meinem letzten Band — „Aber nein sagte Bakunin und lachte laut“ — eine Zeit von immerhin zwei Jahren vergangen. Ich lasse mir für meine Projekte gerne Zeit und mache mich da unabhängig von den Medien. Viel Zeit habe ich für meine beiden Projekte im Theaterbereich gebraucht. Zuerst für die Inszenierung von meinen umgearbeiteten Stück über den Mittelständler Johann Georg Elser. Das habe ich an dem Ort mit Laien inszeniert, wo Elser herkam. Nachdem das dort großen Erfolg hatte, habe ich dann noch die Möglichkeit bekommen, eine neue Fassung von „Lysistrata“ von Aristophanes zu machen. Und das im prädestinierten Landkreis Deutschlands mit über 6000 Zuschauern.

AK: Fühlst du dich eigentlich in der gegenwärtigen Literaturlandschaft isoliert? Zwischen lauter Naturbesingern und Innerlichen?

PPZ: Ich stehe mit den gleichen Leuten in einem Diskussionszusammenhang wie noch vor zwanzig Jahren. Mit Christian Geissler, Günter Waltraff oder Max von der Grün von der Dortmunder Gruppe 61. Und dann natürlich mit den „jungen Rebellen“ der Berliner Literaturlandschaft, mit denen ich auch im Schriftstellerverband aktiv war. Aber am liebsten halte ich mich aus dem Kulturbetrieb ganz raus. Da steckt mir zuviel Eitelkeit darüber.

AK: Bleibst du nach der Tournee erstmal hier oder bist du wieder auf dem Absprung?

PPZ: Ich werde demnächst nach Jamaica fliegen, nach Port Antonio, um dort an einem Theaterprojekt mitzuarbeiten. Dann sitze ich an einem dreiteiligen Grenada-Roman und an verschiedenen Stücken. Hier in Deutschland habe ich mich nur noch als Gastarbeiter auf.

AK: Warum bist du eigentlich nicht in Nicaragua geblieben?

PPZ: Das hat weniger zu tun mit dem Konflikt zwischen Atlantikistenbewohnern und Sandinisten als mit Rassistas und Machismus, einem Phänomen, das es zwischen Mexiko und Feuerland gibt. Da ich als weißer Mann doppelt privilegiert bin, kann ich mich in so einen Konflikt noch nicht einmal einschleichen. In so einer Atmosphäre kann und will ich aber nicht leben.

AK: Und in Grenada wäre das besser gewesen?

PPZ: Ja, denn dort gibt es weder einen schwarzen noch einen weißen Rassismus und die Stellung der Frau ist dort historisch gewachsen sehr stark. Denn die Gesellschaften, aus denen die Skla-

ven geraubt wurden, waren oft matri-linear, in der Sklaverei selber war die Kleinfamilie verboten und danach heiratete faktisch nur die Oberklasse. Die Stellung der Frau ist also recht gut. Die Rasta-Bewegung ist also fast ein Reflex der schwarzen Männer auf die dominierende Stellung der Frau. Ein Versuch also, die Frauen wieder an den Herd zu drücken, aber da fallen bezeichnenderweise kaum schwarze sondern zumeist weiße Frauen drauf herein.

AK: Mystifizierst du damit nicht die schwarzen Gesellschaften? In denen gibt es doch Unterdrückung und Widersprüche wie in anderen auch.

PPZ: Sicher, das sind Klassengesellschaften. Das andere aber ist, wie Leute aus den unteren Volksschichten mit den Konflikten untereinander umgehen. Und das ist faszinierend für mich, daß es dort eine über die Jahrhunderte gewachsene Widerstandskultur gibt, die bis auf den heutigen Tag im täglichen Leben eine riesige Rolle spielt. Das klappt in Deutschland seit den Bauernkriegen auseinander. Hier werden die Massen mit Kisch und schlechten Sachen abgefüllt und die anspruchsvolle, qualitativ spannende Kultur bleibt den oberen Schichten vorbehalten.

AK: Wo sähest du deine Position als weißer Schriftsteller in so einer Gesellschaft?

PPZ: Ich habe festgestellt, daß die weiße Schriftsteller in so einer Gesellschaft?

PPZ: Ich habe festgestellt, daß die Leute in der Karibik sich für die progressiven Elemente und kulturellen Leistungen enorm interessieren. Für Bert Brecht beispielsweise und sein episches Theater, das dem afrikanischen in mancher Hinsicht recht verwandt ist. Wenn also schon ein Weltmarkt und eine Weltkultur entsteht, sollte man versuchen die nationalen Eigenheiten herauszuarbeiten und den Müll beiseite zu schaffen. Das ist ein heftiger schwieriger Prozeß. Erstaunlich dabei ist, daß man als Fremder in einem anderen Land die Entfremdungserscheinungen dort viel besser mitkriegt, als die einheimischen Intellektuellen. Ich hatte beispielsweise immer vor, der Traven von Grenada zu werden. Das ist leider nicht mehr möglich. Aber Traven ist für mich eine Masterarbeit für einen europäischen Revolutionär und Intellektuellen, der in ein Land der „Dritten Welt“ geht und die dortigen Strukturen besser durchschaut und erzählt hat als die mexikanischen Schriftsteller selber. Wenn ich also was über die mexikanische Revolution wissen will, sag mir Traven viel mehr als beispielsweise Octavio Paz.

AK: Verstehst du dich als eine Art intellektueller Entwicklungshelfer?

PPZ: Nein, nein. Ich denke Entwicklungshelfer könnten die uns oft besser geben.

AK: Einerseits sagst du, man hat als Fremder einen besseren Blick auf ein Land und andererseits schreibst du selbst viel über die Bundesrepublik und die hiesigen Zustände.

PPZ: Das ist nur ein formaler Widerspruch. Im Alter von neun Jahren haben meine Eltern mich aus der DDR nach Westdeutschland gebracht. Das war ein totaler Bruch für mich. Die westdeutsche Kultur habe ich als un-

heimlich aggressiv und imperialistisch empfunden: begonnen mit den Zwergschulen, in denen noch geprügelt wurde bis hin zur Massenkultur à la „Förster im Silberwald“. Ich glaube aus dieser Kindheitserfahrung habe ich gelernt, mich an dieser Gesellschaft, die nicht die meine ist, die ich nie als mein begriffen habe, zu reiben.

AK: Du magst das hier nicht als deine Gesellschaft ansehen aber bist verwurzelt hier du bist doch. Du bist ein Bundesdeutscher, wie die meisten anderen Linken, die sich hier nicht wohlfühlen auch.

PPZ: Zuerstmal bin ich ein Berliner. Das ist ein ganz wichtiger Unterschied. Und für Berlin habe ich optiert, als ich aus dem Rheinland in den 60er Jahren weggegangen bin mit der Gewissheit, in Berlin andere Strukturen zu finden. Und die waren da auch schon vorhanden: nicht durch die Studentenbewegung, sondern durch eine sozialrevolutionäre Bewegung, die eine Veränderung der Gesellschaft auf ihre Fahnen geschrieben hat. Die meisten Rebellen bis heute aus der Hausbesetzerbewegung sind ja sehr oft Zugezogene. Flüchtlinge kann man sagen, politische Flüchtlinge, die vor der Bundeswehr abgehauen sind oder dem Provinzmief. Die haben einen Teil ihrer Wurzeln, ihrer Verbundenheit mit dem, was man Heimat nennt aufgegeben zugunsten einer neuen Option, mit zwar der gleichen Geschichte und Sprache, aber das allein genügt für mich nicht zu sagen: Ich bin ein Berliner!

AK: So daß deine nächste politische Fluchtbewegung dich in die Karibik führt.

PPZ: Fluchtbewegung ist nicht das richtige Wort, denn ich steige nicht hier aus, ich steige wandern ein. Das hat mehr den Charakter eines Landeswechsels. So wie ich 1964 für Berlin optiert habe, optiere ich jetzt für die Karibik. Erich Fried mischt sich als Exilant aus London auch in deutsche Verhältnisse ein und beschreibt sie häufig besser als die, die sich hier mit ihnen rumschlagen. Das haben wir früher auch schon mit Heinrich Heine erlebt oder mit Bert Brecht, der aus dem amerikanischen Exil auch den deutschen Faschismus sehr scharf beschrieben hat.

AK: Was ist denn deiner Meinung nach das Hauptdilemma der Literatur?

AK: Was ist denn deiner Meinung nach das Hauptdilemma der Literatur hier in der Bundesrepublik? Viele deiner Kollegen haben von der neuen Innerlichkeit weggefunden, aber nur um jetzt die neue Natürlichkeit für sich zu entdecken. Eine politische Literatur ist hier doch stark unterentwickelt.

PPZ: Das liegt auch daran, daß vieles, was sich als definitiv politische Literatur präsentiert hat, schlechte Literatur war. Gut gemeint ist eben noch nicht gut, und auch in den Formen der Agitation und Propaganda sollten wir uns der Mittel der Avantgarde der Weltliteratur bedienen. Damit wir nicht in die Strukturen verfallen, die wir selber bekämpfen. Man kann kein linker Konflikt sein. Aber auch mit artistisch hochstehenden Mitteln muß man ja versuchen, breitere Kreise zu erreichen. Das geht mit Mitteln der Musik, ich denke da nur an das Phänomen von BAP, deren sagenhaften Erfolg.

AK: Gerade BAP macht aber doch sehr konventionelle Rockmusik. Von Avantgarde der Weltmusik ist da wenig zu spüren. Ästhetisch ist das eher langweilig.

PPZ: Das sehen die BAP-Fans sicher anders, aber mir ging es mehr darum, daß heute nicht mehr zur Klampfe gegriffen wird, daß es einen deutlichen Bruch zu den Liedermachern gibt, die nur einen ganz kleinen Kreis ansprechen. Deswegen möchte ich nächstes Jahr auch mit einer Reggaeband durch die Gegend ziehen und Reggae singen. Obwohl dann die Puristen wieder über mich herfallen werden. Die Puristen, die fordern, daß man einseitig fährt, die auch nicht wollen, daß Schriftsteller, die Romane schreiben, plötzlich Reportagen oder Lyrik schreiben. Da hat sich eine Sinnfeindlichkeit durchgesetzt, daß man immer nur eine Sache, die aber ordentlich machen darf und muß.

AK: Das sehe ich nicht, es ist doch eher das Gegenteil zu beobachten: Alle Welt lechzt nach Sinnlichkeit, jede und jeder spielt in freien Theatergruppen mit, macht Selbstführung oder schmiert sich Clownsschminke ins Gesicht. Sinnfeindlichkeit kann ich da nur schwer entdecken. Eher einen Dilettantismus, der alles toll findet, solange es nicht politisch ist.

PPZ: Das ist einer der Gründe warum ich mich hier so unwohl fühle. Als ich aus dem Knast rauskam, habe ich das gesehen und da kann ich mich nicht wiederfinden. Wenn bestimmte Standards nicht mehr erreichbar sind, obwohl ich glaubte, sie mit Freunden mal erkämpft zu haben, dann gönne ich lieber meine Schuhe und gehe woanders hin, wo ich glaube, daß das möglich ist.

AK: Hier in Frankfurt hat sich anläßlich der Auseinandersetzungen nach Günther Sars Tod gezeigt, daß es heute eine gar nicht so kleine Gruppe aus dem autonomen und anarchistischen Lager gibt, meistens recht junge Leute, die mit der politischen Kultur der 68er nichts mehr zu tun haben wollen. Hast du sowas auf deiner Lesereise auch mitbekommen und hast du festgestellt, ob du von bestimmten Altersgruppen besonders viel oder wenig gelesen wirst?

PPZ: Nein, die Leute waren so zwischen 20 und 40. Die spannendsten Auseinandersetzungen habe ich mit Punkies und Hausbesetzern in Berlin gehabt, die zwar manchen Sachen von mir sehr skeptisch gegenüberstanden...

AK: Zum Beispiel?

PPZ: Zum Beispiel, daß ich an der Schaubühne das Regiehandwerk erlernt habe. In so einem „Bürgerschuppen“ einen Beruf zu erlernen, der nur „für die Elitären“ gut sei — das konnten die nicht kapieren. Ich habe ihnen dann erklärt, daß ich gegen alternatives Dilettieren bin und deswegen, wenn ich Theater machen will, es dann richtig lerne. Also: ich will auch nicht alles hochjublein, was aus diesem autonomen Lager kommt und gerade der Antiteilnehmertum, der dort manchmal grasen, ist sehr bedenklich und gehört bekämpft. Ich kann verstehen, daß man die 68er, die in den feinen Vierteln wohnen, in Zeitungs- und Rundfunkredaktionen sitzen, als Assistenzprofessoren arbeiten, daß man die nicht als seine Genossen auffaßt — da gibt es einen richtigen Klassenbruch zwischen denen, deren Kühlschränke leer sind und denen, die sich eingerichtet haben. Ich bin sicher, daß die Kids von heute, wenn sie genug Niederlagen eingesteckt haben, den Spaß am Denken bekommen und kritisch das aufnehmen von den Älteren, wie wir uns in den 60er Jahren auch rausgepickt haben, was uns genutzt hat.

AK: Denkst du denn, daß die Kids überhaupt die Möglichkeiten haben, sich so einen theoretischen Apparat zu eigen zu machen?

PPZ: Ihnen wird überhaupt nichts anderes übrigbleiben. Wenn man von Niederlage zu Niederlage taumelt, bleibt, zu resignieren oder Geschichte aufzuarbeiten. Und da haben wir uns auch Vorwürfe zu machen, denn wir haben unsere Geschichte ähnlich aufgearbeitet, wie unsere Vätergeneration: ungeheuer verlogen. Entweder werden die Erfahrungen in Form von Schlachtgeschichten verklärend aufgearbeitet, oder, auch nicht besser, mit einem doppelten Salto völlig theoriefeindlich und behauptend, das hätte schon immer Frust bedeutet.

AK: Wie siehst du denn unseren künftigen deutschen Minister in diesem Kontext? Vom Streetfighter ins Würdenschicht?

PPZ: Man hat, damit flüßt das Dilemma an, den Grünen immer viel zu viel zugehört. Daß die beispielsweise Spielbein der außerparlamentarischen Bewegungen sein könnten. Ich denke, es muß jetzt eine größere Konzentration auf die Straße stattfinden, um von dort aus auch die Politik der Grünen kritisch zu begleiten. Aber auch da muß man sich davor hüten, den Blick immer ins Parlament zu richten. Das Selbstbewußtsein muß wieder groß genug werden, daß man sich nicht drum zu kümmern braucht, was dort passiert.

AK: Ist dafür nicht das Integrationspotential von SPD und Grünen zu groß?

PPZ: Die können nur die integrieren, die sich integrieren lassen.

Für den AK fragte Fassanbau

ANZEIGE

**Fünftausendsiebenhundert
sechshundvierzig
1985-1986**



Ein jüdischer Kalender

„Gott ich weiß, daß wir dein auserwähltes Volk sind, aber könntest du nicht einmal jemand anderen auswählen?“

(Scholem Aleichem)

„Schau ich mir die Juden an, hab ich wenig Freude dran. Fallen mir die andern ein, bin ich froh ein Jud zu sein.“

(Albert Einstein)

Stoßseufzer gepaart mit Selbstironie wie eher Kesses bietet vielfach der Jüdische Kalender in seinem dritten Jahrgang. Wichtiger jedoch ist, daß durch Darstellungen, Zitate und Daten die immense Bedeutung (deutscher) Juden für Wissenschaft und Kunst in Deutschland augenscheinlich wird. So nebenher ist dabei manche „ach-die-auch“-Erkenntnis zu verbuchen: Jüdischer Abstammung ist die „Mutter der (BRD-) Nation“ Inge Meysel, ist Walter Trier, ist Erich Kästner ... Zahlreich sind ebenfalls die Darstellungen jüdischen Selbstverständnisses, jüdischer Geschichte und Kultur sowie der Verfolgung unter dem Faschismus.

Der Beginn des Jahres 5746 nach jüdischer Zeitrechnung entspricht dem 16. September 1985 — mit diesem Tage beginnt der Kalender. Götter können ihn dennoch nicht allein zu ihrer Unterwelt, sondern auch als gewöhnlichen Kalender nutzen, da die hierzulande gebräuchliche Datierung jeweils mitaufgeführt ist.

K., Hamburg

Fünftausendsiebenhundertsechshundvierzig. 1985-1986. Ein jüdischer Kalender. Hg. v. H. M. Bender u. H. Richter. Öttinger-Verlag (Amberg). Format 10,5 x 15 cm, 246 S., Pb., DM 12,80

Wildcat

KARLSRUHER STADTZEITUNG
Nr. 37 9. Jhg. Dezember '85

„Schwarze bucklige Katze
gegen AKW Leibstadt“

Magneti Marelli Vom
Pfeißband zum „Montagemodul“

Interview
mit spanischen Werftarbeitern

Gespräch
in der Hafenstraße/Hamburg

Knastkampf in Freiburg

Klassenkampf in Südafrika

Schwerpunkt England:

Bergarbeiter-Sozialstaat-riots

„Like a Summer with a thousand
Julies“ (Dachbesprechung)

Aber 4 Hefte 1985, 7 Hefte ab 1986, Einzelheft 3,50 DM, für Institutionen 52,- (alle Preise einschlt. Porto und Verpackung) Bestellung durch Überweisung auf Postgiro-Konto Nr. 1237 83-725. Die Bestellung kann 1 Woche lang schriftl. widerrufen werden. KSZ Tel.: 0721/860401 Postfach 3644 7600 Karlsruhe

Über die Erfahrungen von Natur

Bücher zum Thema vorgestellt

Auf den ersten Blick verblüfft die thematische Ähnlichkeit heutiger (Öko-)Diskussionen mit einem vergessenen Streit des Jahres 1968. Auf dem 16. Deutschen Soziologentag ging es um die Kontroverse: „Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft“ und T.W. Adorno formulierte damals im Einleitungsvortrag: „Daß Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse heute eines seien und man deshalb die Gesellschaft umstandslos von den Produktivkräften her konstruieren könne ist die aktuelle Gestalt gesellschaftlich notwendigen Scheins!“ — Das zielt auf ein Festhalten am Begriff der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und auf die Schwierigkeit, sie als solche durchschauen zu können angesichts einer totalen Expansion der Technik. Ein „technologischer Schleier“ aus scheinbar rationalen Sachzwängen schien die kapitalistischen Strukturen zu verhüllen. Erneut wird heute die Gesellschaft von den Produktivkräften her konstruiert. Aber nicht fatalistisch und positivistisch, wie es den bürgerlichen Soziologen vorgeworfen wurde, sondern technikkritisch bis -feindlich. Hat sich damit Adornos Postulat „nur an seiner (des Getriebes; d.A.) eigener Unstimmigkeit ist der Hebel anzusetzen“ materialisiert? Der „technologische Schleier“ scheint heute weggerissen. Technik hält nicht mehr, was sie verspricht. Im Gegenteil, die ökologischen Katastrophen werden als Bumerang des rein technologischen Fortschritts empfunden. Aber zugleich ist vom Kapitalismus kaum noch die Rede. Ist also noch die radikalste Technikkritik nur „aktuelle Gestalt gesellschaftlich notwendigen Scheins“?

Und da ist man schon „mittendrin“ in der alten und neuen Diskussion: Welcher „Anteil“ an Schuldzuweisung kommt den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und welcher dem „Industriesystem“ zu? Wie sind Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse miteinander vermittelt? Ist die Technik systemneutral? Was sind die Produktionsverhältnisse und welcher dem „Industriesystem“ zu? Wie sind Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse miteinander vermittelt? Ist die Technik systemneutral? Was sind die geschichtlichen Ursachen der allenthalben kritisierten „instrumentellen Vernunft“ (Horkheimer)? Ist eine alternative Weise des Umgangs mit „der Natur“ vorstellbar, sind „sanfte Naturwissenschaften“ denkbar und was wären die gesellschaftlichen „Rahmenbedingungen“ hierfür? Welche Kritiken an der Technik sind „reaktionär“ und „romantisierend“, welche dagegen „materialistisch“ und „progressiv“? Wie sind die Protestbewegungen politisch einzuschätzen? Mehr Fragen als überzeugende Antworten. Die Literatur zu diesem Thema hat kaviarartige Züge angenommen.

Wir wollen im Folgenden eine kleine Auswahl neuer und alter „bewährter“ Texte zum Thema vorstellen, die den Zugang zu diesem komplexen Thema erleichtern. Zugleich sind es Texte, die nicht von den kapitalistischen Produktionsverhältnissen abstrahieren, wenigstens die „Gewichtung“ (siehe oben) unterschiedlich ausfällt.

Hinzuweisen wäre hier als aktueller Einstieg auf ein neues Taschenbuch der Reihe Fischer alternativ:

Böhme, Schramm (Hg.): Soziale Naturwissenschaft. Wege zu einer Erweiterung der Ökologie. Aufsätze. Fischer TB 4172, DM 8,80

Böhmes lesenswerte Kant-Studie ist von der Kritik im letzten Jahr sehr beachtet worden (Das Andere der Vernunft, Nr. 28.). Böhme vertritt die These, daß die Natur- und Technikwissenschaften, wie sie sich seit der Renaissance im Abendland entwickelt haben, eine Mitschuld an unserem heutigen Dilemma haben. Spätestens seit der Renaissance interpretierte man die Wirkungen der Natur nach dem Modell der neu entwickelten mechanischen Apparate (z.B. die Uhr). „Die Erfahrung, daß auch materiell angelegte Natur Natur ist, wirkte sich so aus, daß die Natur von nun an so entworfen wurde, als ob sie angelegte Natur sei.“ Damit wurde die Natur als zu überlistender „Partner“ (Antike) verdrängt, sie intellektuell gemäß der vorher stützenden materiellen Aneignung interpretiert (die Naturwissenschaft hinkte Jahrhunderte hinter dem Handwerk hinterher) und eine „menschenfreie“ Natur zum Experimentgegenstand gemacht. Die Wechselwirkung zwischen Natur und Gesellschaft wird zur Wechselwirkung von herauspräparierten Natursegmenten und technischen Apparaten verdinglicht, genannt „naturwissenschaftliche Objektivität“. Die Autoren grenzen sich ab von einem „fundamentalistischen“ Naturbegriff („Natur an sich“) und begreifen Natur immer als sozial konstituierte Natur, geprägt (im marxischen Sinn) durch den Stoffwechsel Mensch und Natur, wenigstens die explizite Kapitalismuskritik etwas in den Hintergrund tritt.

Im inneren Zusammenhang mit diesem Buch steht folgender Titel:

Heidegger, Thesen „Natur und Erfahrung“ von der mittelalterlichen zur neuzeitlichen Naturwissenschaft. Rowohlt TB 7705, DM 10,80

lichen zur neuzeitlichen Naturwissenschaft“ Rowohlt TB 7705, DM 10,80

Dieses Buch aus der Reihe „Kulturgeschichte der Naturwissenschaften und der Technik“ vermittelt sehr anschaulich in Wort und Bild (ausführliche Quellen) den „Umbruch“ der Naturwissenschaften im Anschluß an die Spätscholastik. Vor dem Hintergrund der Entfaltung der Produktivkräfte werden die neuen Formen der Naturwahrnehmung, die Bedeutung des Experiments als Bestätigung einer mathematisch vorgestellten Natur, die Auseinandersetzung mit dem aristotelischen Weib und die Emanzipation der Naturwissenschaften von der Religion gut verständlich geschildert. Ein Stück materialistische Philosophiegeschichte, die auch unser heutiges Wissenschaftsverständnis erhellt.

Wer tiefer in diesen Problembereich der Entwicklungsgeschichte unserer Naturvorstellungen und unserer historisch unterschiedlichen Formen der Naturwahrnehmung einsteigen will, sei auf ein französisches Standardwerk aus dem Jahre 1968 verwiesen, das jetzt relativ wohlfeil zu erwerben ist:

Serge Moscovici: Versuch über die menschliche Geschichte der Natur. Suhrkamp (weiße Reihe), DM 32

Moscovici arbeitet sehr gut heraus, wie der Wandel der Arbeitsformen einem Wandel der diesen korrelierten Naturbegriffe entspricht. Nach seiner Analyse entspricht der handwerklichen Arbeit das Schema Form-Materie, der Ingenieursarbeit die Vorstellung der Natur als eines Kräfte- oder Energiezusammenhangs und der kybernetischen bzw. regulativen Arbeit die Vorstellung von Natur als Information. Arbeit als Naturaneignung ist also historisch keineswegs invariant und hat durchaus Auswirkungen auf das Umgehen mit den konkreten Naturgegenständen, von der Herstellung bestimmter Bedingungen für Naturproduktion (Landwirtschaft) bis zur Einföhrung neuer Naturprozesse (Biotechnologie).

Einer der ersten Raubdrucke der APO (für DM 5) war von

Alfred Schmidt: „Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx.“ EVA, Neuaufgabe in Vorbereitung

Dieses Buch ist zum „Standardwerk“ avanciert, ähnlich wie die noch berühmtere „Dialektik der Aufklärung“ (Adorno/Horkheimer, 1947), und deswegen sei es hier erwähnt. Bei dem 1962 verfaßten Werk erstaunt heute, daß Schmidt schon damals auf die unterschätzte Bedeutung des Verhältnisses von Marx zu Kant hinwies (während das Verhältnis Marx zu Hegel gewissermaßen ein Dauerbrenner war). Heute hat die Auseinandersetzung mit Kant im Rahmen der Diskussion um die „Naturfrage“ neue Aktualität gewonnen; daß oder ob zu akzeptieren ist, daß die Erscheinungsform der Dinge, daß die Natur sich nach unserem Erkenntnisvermögen richtet und wie

denn die reinen Begriffe des Denkens durch die Aneignung von Natur mittels Arbeit gesellschaftlich produziert sind. Was sich hier unter dem Stichwort der „Konstitutionsproblematik“ verbirgt, hat eine eigene marxistische Diskussionsstradition. Auf sie sei im folgenden hingewiesen, denn es scheint doch interessant zu wissen, wie das abstrakte Denken, das wesentlich unsere Form der Naturbeherrschung bestimmt, gesellschaftlich entstanden ist. Der bekannteste Vertreter der Denkformtheorie ist zweifellos

Alfred Sohn-Rethel: „Warenform und Denkform“ sowie „kürperliche und geistige Arbeit.“ beide Titel Edition Suhrkamp

Ausgehend von der Marx'schen Warenanalyse und darin besonders der Wertformanalyse (Verwandlung von Gebrauchswert in Tauschwert) stellt die Denkformtheorie einen Zusammenhang her von der Durchsetzung der Warenproduktion (Griechenland, 7. Jahrhundert v. Chr.) mit der Entwicklung abstrakter Denkbegriffe. Die Menschen lernen in diesem Entwicklungsprozeß, von den konkreten Dingen zu abstrahieren, die Erkenntnis verläßt den Bereich der reinen („Gebrauchswert“-) Anschauung und wird mit Entfaltung der Tauschwertproduktion abstrakt. Es geht also um eine materialistische Genesis des reinen Denkens: wie durch gesellschaftliche Arbeit die rein theoretische Erkenntnis bestimmt wird.

terranische Genesis des reinen Denkens: wie durch gesellschaftliche Arbeit die rein theoretische Erkenntnis bestimmt wird.

Bruchstücke der Denkformtheorie finden sich bei Lukacs, Bloch, Korsch, Adorno, Horkheimer, Marcuse, Zeilony und Benjamin, zur Zeit der Studentenbewegung bei Kroll (neu aufgelegt: „Konstitution und Klassenkampf“, Verlag neue Kritik) und Brinkmann, heute bei V. Greiff, Dydak und darauf sei ausführlicher hingewiesen, bei

Rudolf Wolfgang Müller: „Geld und Geist. Zur Entstehungsgeschichte von Identitätsbewußtsein und Rationalität in der Antike.“ Campus Verlag, 418 S.

Wenn es der Verdienst der gesamten Denkformanalyse ist, den gesellschaftlich-historischen Charakter von Kants Verstandeskategorien aufgezeigt zu haben, so ist es insbesondere Müllers Verdienst, daß er den Zusammenhang dieser Verstandeskategorien mit der Kapitalform (Entwicklung des Geldes) dargestellt hat. Ein für diese Diskussion außerordentlich wichtiges Buch!

Die politische Bedeutung der Denkformanalyse besteht darin, nicht bei dem Gegensatzpaar „mechanistisches Weltbild“ kontra „ganzheitliches Leben“ zu verharren. Denn die Ursprungsentwicklung des Denkens selbst wird thematisiert, sowohl logisch (Wertformanalyse) als auch historisch-materialistisch. In der heutigen Diskussion allerdings bleibt man obigem Gegensatzpaar nur allzu leicht verhaftet. So schick es ist, Aufklärung und Vernunft „postmodern“ den Kampf anzusagen, so endet das nur allzu oft in Entwürfen, die noch tiefer von den kritisierten Strukturen geprägt sind. Die „Problematik von lebensphilosophischer Aufklärungskritik, Technikfeindlichkeit und Konservatismus wird am Beispiel von Oswald Spengler (bedeutender Konservativer der Weimarer Republik) ausgebreitet:

Thomas Kluge: „Gesellschaft, Natur, Technik. Zur lebensphilosophischen und ökologischen Kritik von Technik und Gesellschaft.“ Westdeutscher Verlag, 330 S.

Die Arbeit gliedert sich in drei große Teile: Der erste Teil beinhaltet eine Auseinandersetzung mit Spenglers philosophisch ausgerichteter Technik-, Naturwissenschafts- und Gesellschaftskritik. Der zweite Teil enthält eine Diskussion der konkreten Technikkritik Spenglers und der damit verbundenen Gesellschaftsvorstellungen. Es werden auch Übergänge und Wechselbeziehungen zu jungkonservativer und nationalsozialistischer Technikauffassung dargelegt. Der dritte Teil ist eine Auseinandersetzung mit der Kritik an Technik, Naturwissenschaft und Industriekultur innerhalb der gegenwärtigen ökologischen Bewegung. Kluge geht es nicht in erster Linie um die Suche nach gleichartigen ideologischen Mustern zwischen den Konservativen von gestern und Ökologen von heute, sondern darum, eine ihnen gemeinsame tieferliegende theoretische Problematik, das Auseinanderfallen von

technischem und gesellschaftlichem Fortschritt, herauszuarbeiten. Es wäre äußerst schade, wenn diese wichtige und erhebende Arbeit im „Bücherwust“ untergeht.

Ein anderer Autor beschäftigt sich mit einem ähnlichen Thema:

Rolf Peter Sieferle: „Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart.“ C.H. Beck Verlag, 297 S., DM 38

Es handelt sich hier um eine materialreiche und gut lesbare Geschichte der geistigen Gegenströmungen zum Rationalismus der Aufklärung in Deutschland, die vor allem die Breite und Lebendigkeit dieser Opposition dokumentiert. Denn der relativ späte Zeitpunkt und die rasche Durchführung der Industrialisierung haben in Deutschland (leider) nicht die bürgerlich-demokratische Revolution gebracht, sondern als Resultat ihrer Niederlagen (1848, 1866, 1918) den reaktionären, kleinbürgerlich-antikapitalistischen Strömungen (Antisemitismus) zu geschichtsentscheidender Bedeutung verholfen (1933). Eine marxistische Darstellung dieses Problemkreises hätte sicher diese Dialektik von Revolution und Konterrevolution stärker herausgearbeitet. Gleichwohl wird Sieferle der Ambivalenz technikkritischer Strömungen gerecht, etwa wenn er den „Maschinenstürmern“ historische Gerechtigkeit widerfahren läßt.

schier Strömungen gerecht, etwa wenn er den „Maschinenstürmern“ historische Gerechtigkeit widerfahren läßt.

Hier noch eine Art Geheimtip

Hans-Dieter Bahr: „Über den Umgang mit Maschinen.“ Konkursbuchverlag 510 S., geb., DM 39,80

Bahr ist seit Anfang der siebziger Jahre Spezialist für den Bereich „Politische Technologie“. Dieses Buch nun ist die Quintessenz einer jahrelangen Beschäftigung mit diesem Gegenstand und das Buch ist so ungewöhnlich und liegt so quer zum Kulturbetrieb, daß es prompt von 22 BRD-Verlagen abgelehnt wurde. Es handelt sich hierbei nicht um eine „Sozialgeschichte“ der Maschine o.ä. Bahr versucht vielmehr mit einer enzyklopädischen Materialfülle die gesellschaftliche Gewalt sichtbar zu machen, die in spezifischen Umgangsweisen mit Maschinen deutlich wird. Jede einzelne Maschine stellt sich zugleich als ein Komplex von Restriktionen und unbeendeten Anläufen dar, um andere Funktionen nicht auszuschließen. Insofern scheint sich jede Maschine einer archaischen sozialen Entzifferung anzubieten, die, abgesehen vom geschichtlichen Stand der Technik, Auskunft über die verschiedenen vorherrschenden Entscheidungen und Zurückstellungen geben könnten, die eine Gesellschaftsform durch ihre maschinellen Momente hindurch charakterisiert. Ich erinnere an Marxens Versuch, die Struktur der Kapitalherrschaft und somit einer klassenbedingten Arbeitsteilung als „reelle Subsumption“ an der Form der Maschine, im Unterschied zu ihr als Gebrauchsmittel der Arbeit, aufzuzeigen. „Auch hier klingt das Leitmotiv an, am Umgang mit Maschinen der bloß rationalen, verrechnenden Naturbewältigung nachzuspüren. „Im Geiz rein funktioneller, nur auf ein externes Produkt eingedrückter Maschinenbewegungen spiegelt sich die Moral der Arbeit, als ewiger Ausdruck des Mangels und als soziales Erziehungsprogramm noch dort, wo jene diese überflüssig machen.“ ... „So wurde die Maschinenbewegung zu einem asketischen Ritus, aus dem die Welt seiner Bilder und Erzählungen verbannt wurde.“ Dieses Buch ist ein kleines interdisziplinäres Meisterwerk, das eine anachronistische Forderung an die Leser/innen stellt: sich beim Lesen viel Zeit zu lassen. Die ablehnenden Verlage hatten schon das richtige Gespür.

Erwähnung finden sollte noch das 1975 geschriebene Buch von

Brigitte Wormbs: „Über den Umgang mit Natur.“ Roter Stern Verlag, DM 28

In diesem brillanten Essay versucht die Autorin „Landschaft als sedimentierte Geschichte und aktuelles Polinikum zu durchschauen“, als „heute unerläßliche Bedingung gezielter Transformation, die quasinarürlichen Wildwuchs ablösen müßte.“ Was Brigitte Wormbs kulturgeschichtlich und philosophisch anhand von Landschaftsgestaltung entfaltet, findet eine sehr anschauliche Darstellung in



Werner Ratzing: „Die Alpen, Naturbearbeitung und Umwelterstörung.“ Sender Verlag, 178 S., geb., zahlreiche Abbildungen, DM 28

Gut verständlich und präzise wird die scheinbare „Natur schlechthin“, die Bergwelt als hochdifferenziertes, durch menschliche Arbeit gestaltetes Ökosystem analysiert und seine Gefährdungen durch die neuen Nutzungsformen (Massentourismus) kritisch entwickelt. Ein ganzes Schlußkapitel ist dem Verhältnis zwischen Mensch und Natur gewidmet, das einen guten Einblick in die aktuelle philosophische und ökologische Diskussion bietet. Für Bergfreunde ein MUSS, aber auch notorischen Seeräubern sehr zu empfehlen. Ein Mitglied des Kollektivs vom Buchladen Gegenwind, Hamburg

Leserbrief

Leserbrief

ZU

„Mit dem Tanker auf offener See ...“

Die Europa-Vision der SPD« von jb. in AK 263

Wenigstens zwei Passagen in dem Artikel von jb. zwingen zu kritischen Nachfragen bzw. Anmerkungen.

1. jb. wirft der Linken vor, sie habe Giotz durch eine abstinente oder falsche Haltung zum Thema EG („Man nimmt entweder hin, daß es die EG halt gibt, oder lehnt sie abstrakt-radikal als „imperialistisches Bündnis“ ab, ohne sich über ihre Umgestaltung Gedanken zu machen.“) den Weg für die publikumswirksame Vermarktung seiner Thesen erst geebnet. Der Vorwurf abstrakter Radikalität mag gut klingen, taugt aber nichts, denn gerade die Organisationen, die die EG als imperialistisches Bündnis strikt ablehnen, haben sich in der Vergangenheit meist sehr konkret bemüht, einzelne Facetten des Charakters der EG zu untersuchen und darzustellen. Zurecht spielte dabei die „Demokratisierung der EG von links“ keine Rolle. Es ist ein Wesensmerkmal der EG, daß sie unter kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen der optimierten Ausbeutung der Arbeiterklasse in den Zentren, der koordinierten Niederhaltung revolutionärer Bewegungen (siehe Interessenlage bei der Saderweiterung) und der Aufrechterhaltung von Einflußsphären in der „3. Welt“ dient. Mehr Gespür für die Kräfteverhältnisse als jb. bewiesen diejenigen portugiesischen Arbeiter/innen, die radikal, aber nicht abstrakt, gegen den Beitritt Portugals zur EG demonstrierten.

2. jb. hält es für „denkbar, daß die EG-Strukturen zu einem Hauptobjekt der politischen Kämpfe werden, daß der Straßburger Scheinparlamentarismus auf die Dauer nicht hält.“ Will jb. hier andeuten, „ein sinnvolles Kampfziel“ der westeuropäischen Linken sei der Kampf für mehr Rechte des Europaparlaments? Dann allerdings hat jb. das Glets „sozialistischer Strategiebildung“ bereits wieder verlassen.

jb. kommt zwar der Realität des internationalen Klassenkampfes nahe, wenn er einer „sozialistischen Strategiebildung“ in nationalstaatlichen Kategorien für Westeuropa eine Absage erteilt. Aber die Felder der Auseinandersetzung werden nicht die Strukturen der EG sein, sondern abschbar vor allem der Widerstand gegen die Kriegspolitik und die weitere Verarmung der Lohnabhängigen. Für Demokratie wird ein vereintes Räte-Europa schon sorgen.

fo,



Kinderhaus e.V.



Konzert am 20. Dez.'85
im Hamburger Audi Max, ab 18 Uhr

Eine Zukunft ohne Rassismus für Südafrikas Kinder

Sechs Stunden wird ein Solidaritätskonzert gegen Rassismus dauern das am 20. Dezember 1985 um 18.00 Uhr im Hamburger Auditorium Maximum stattfinden wird. Das Spektrum der auftretenden Künstler, die sich bereit erklärt haben, zugunsten eines Flüchtlingsprojektes für südafrikanische Kinder aufzutreten, spiegelt eine breite kulturelle Palette wider:

- ★ Die „Disidenten“
- ★ F.J. Degenhardt
- ★ Duo 2
- ★ Elefant
- ★ Frankfurter Korochoester
- ★ Hannes Dieter Hüsch
- ★ Jasper van t'Hoff und Özay
- ★ Manfred Maarenbrecher
- ★ und Herwig Mitteregger (Späff)
- ★ „Reichlich weiblich“

- ★ Sagemelster Trio, Michael Naum und Wolfgang Schlüter
- ★ Mitglieder der ehemaligen Gruppe Sounds of Soweto
- ★ Südfunk
- ★ Session mit: Abi Waltemeis Band, Inga Rumpf, Julia Weisold, Vince Weber.

Einen aktuellen Beitrag zur Situation in Südafrika wird Wolff Geisler von der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) halten und die Moderation macht Henning Venske.

In Südafrika wird Wolff Geisler von der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) halten und die Moderation macht Henning Venske. Das hat schon Tradition, denn dieses Konzert, das unter dem Motto „Für eine Zukunft ohne Rassismus für Südafrikas Kinder“ steht, wird vom Kinderhaus in der Heinrichstraße organisiert und knüpft an die legendären Konzerte „Alle spielen fürs Kinderhaus“ an. Das Kinderhaus hat eine Spendenkampagne zugunsten des Projektes „Solomon Mahlangu College“ in Tansania organisiert. Der Erlös des Konzertes und der Spendensammlung wird an dieses Projekt gehen, in dem die Kinder und Jugendlichen, die seit der grausamen Niederschlagung des Schulstreiks in Soweto durch die südafrikanische Polizei flüchten mußten und immer noch fliehen müssen, eine Ausbildung erhalten. In diesem vom African National Congress (ANC) eingerichteten College gibt es bislang einen Kindergarten, eine Grundschule, eine Tagesstätte für junge Mütter und ihre Babies und eine Klinik, außerdem werden Programme zur Erwachsenenbildung angeboten.

Dieses Projekt ist, wie der ANC es ausdrückt, ein „Modell, wie ein zukünftiges Südafrika aussehen könnte“.

„... wir hoffen, daß eure Hilfe und Unterstützung weitergehen wird bis Südafrika befreit ist, bis die Apartheid zerschlagen ist und wir auf der Grundlage der Freiheits-Charta unser Land frei von Ausbeutung aufbauen können, mit gleichen Rechten und Chancen für alle“. Dieser Aufforderung der Menschen aus Südafrika schließen wir uns gerne an.

Es empfiehlt sich, jetzt schon Karten zu kaufen

Kinderhaus e.V.
Heinrichstraße 14a
2000 Hamburg 50
Tel. 43 39 49

Inhalt

Betrieb und Gewerkschaft

§116 Arbeitsförderungs-gesetz
IG Metall: Verneigt das Streikrecht?S. 3

Kampf dem Faschismus

Konservative Aktion — wer weckt dahinter?S. 21
Nationaler „Freiheitskongress“ für die
Freilassung von Rudolf Hess geplantS. 21

„Ich bereue nichts!“
Heß will Recht! nicht Gnade!S. 22

Antimilitarismus

Aktionen und Proteste zum
BundeswehrjubiläumS. 8

Niederlande: 1.743.455 mal Nein und dennoch
ein StationierungsbeschlußS. 11

Niederlande: Nach dem Stationierungsbeschluß
Rebellion ist gerechtfertigtS. 12

Niederlande wieder im Gleichschritt mit der
NATOS. 12

Ziele und Schwerpunkte des Anti-NATO-
Kongresses
Interview mit Bernd Weidmann (Göttinger AK)S. 20

Grüne und Alternative

Die GRÜNEN vor dem Offenburger Parteitag:
Kurs auf Realpolitik und KoalitionS. 13

Schily beschwichtigt: Hessen vorn bei der
AusbeutungS. 14

Chaos in Hessen
Unternehmer drohen mit Kapitalismus — SPD
und GRÜNE protestierenS. 15

Die DKP entdeckt die Realis für den Kampf
gegen RechtsS. 16

Augen zu und durch: Hessische GRÜNE
beschließen KoalitionS. 16

„Von der Machbarkeit des Unmöglichen“
— Gespräche über grüne Perspektiven —S. 19

Klassenjustiz

Widerstand gegen „geschlossene Abtiefung“
Knaustreik in FreiburgS. 4

WWG-Prozeß eingestellt wegen Falschaussage
der PolizeiS. 5

Staat

BND-Skandal: Geheimdienstsumpf
parlamentarisch gedecktS. 1

Die Brokdorf-Entscheidung des BVG
Deeskalation hat VerfassungsrangS. 25

Nach dem Tod von Günter Saxe: Zurück zur
Tagesordnung?S. 5

„under cover agents“: Gangster mit
PensionsanspruchS. 26

Militarismus

SDI-Rahmenabkommen: Koalitionsschritt um
AufrüstungsdiplomatieS. 9

Daimler/AEG: BRD-Konzerne bereit für
Handels- und WeltkriegS. 24

Zur Geschichte und Entwicklung der
„Strategischen Rüstungsbegrenzung“ Teil IIS. 28

Europa
Handels- und WeltkriegS. 24

Zur Geschichte und Entwicklung der
„Strategischen Rüstungsbegrenzung“ Teil IIS. 28

Europa
Zehn EUREKA-Projekte beschlossenS. 10

Frankreich/Rassismus: Die Rechte will mit Le
Pen gleichziehenS. 10

Frankreich: Greenpeaceaffäre abgeschlossen?S. 10

Nahost

Krieg gegen den Terrorismus oder wie eine
friedensbereite PLO ins Absicht gedrängt wird ..S. 31

„Keine Lösung des Palästinenserproblems —
kein Frieden für die Welt“

Interview mit der israelischen Rechtsanwältin
Felicia LangerS. 33

Asien

Indonesien: 20 Jahre Massaker im Namen der
FreiheitS. 35

Lateinamerika

Die Toleranzgrenze ist erreicht: Erweiterter
Notstand in NicaraguaS. 36

Dialog und Autonomie für Nicaraguas
Atlantikküste (Interview mit Oscar Hodgson,
Miskitoführer und Sandinist)S. 37

Imperialismus

Entwicklungshilfe für die BRD-IndustrieS. 27

Frauen

1. Bundesfrauenkongress der GRÜNEN:
Grüne Frauen im Aufbruch oder Niedergang? ..S. 18

Kultur

Die Lust am Tabu: (Zur Aufführung des
Fassbinderstückes)S. 6

Das Theater, kein Ort, nirgendwo (Zur
Auseinandersetzung um das Fassbinderstück)S. 7

Im Kulturbetrieb rar gemacht
Interview mit Peter-Paul ZahlS. 46

Über die Erfahrungen von Natur
Bücher zum Thema vorgestelltS. 47

Linke

PKK-Dissident in Schweden ermordetS. 34

Weitdeutsche Linke

Anmerkungen zur Solidaritätsbewegung mit dem
südafrikanischen WiderstandS. 39

Wem oder was nutzt der der Anschlag auf die
TAZ?S. 41

KPD-Parteitag ohne besondere VorkommnisseS. 42

Arbeiterkampf

Absender:

An die
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Lindenallee 4
Postfach 7685
2000 Hamburg 19

Bitte mit der Schreibmaschine ausfüllen

Ich/wir wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

☐ Halbjahresabo DM 33,— ☐ Förderabo DM 60,—

☐ Jahresabo DM 60,— ☐ Förderabo DM 100,—

☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Postscheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203

☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar

Ort, Datum

Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir die Hamburger Satz- und Verlags-Koope-
rative, Hamburg, den von mir/uns zu entrichtenden Abonnementspreis für
die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres Giro-
kontos.

*Nichtzutreffendes bitte streichen

Kto. Nr.

Kto.-Inhaber

bei der
mittels Lastschrift einzuziehen

BLZ

den

(Unterschrift)